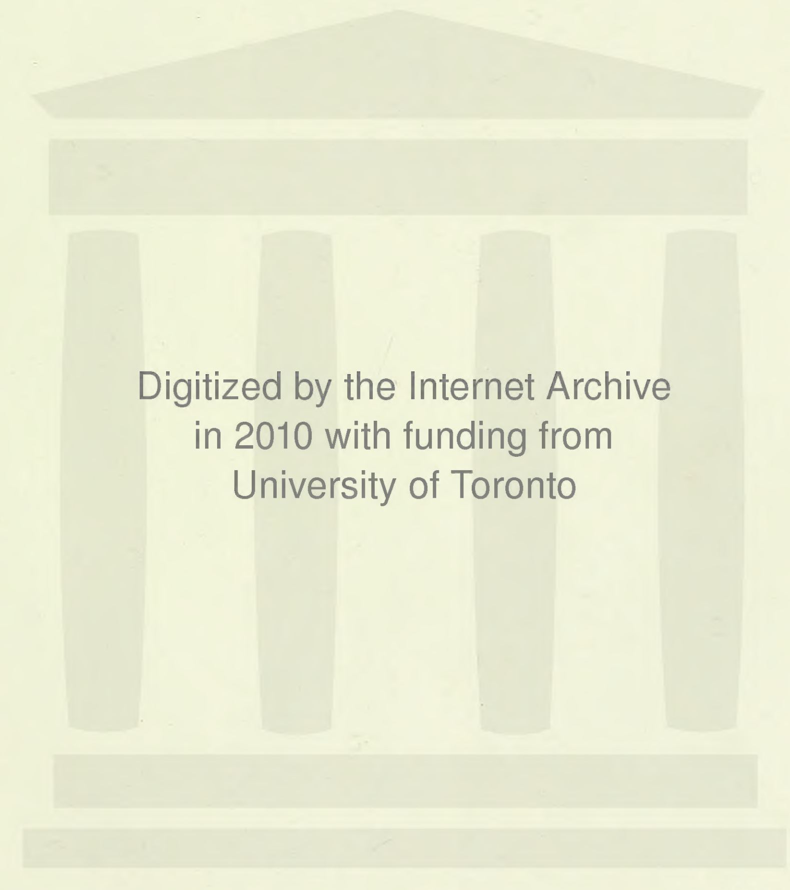

UNIVERSITY OF TORONTO
3 1761 00298073 8



Jöhlinger

# Bismarck und die Juden

dem Hof- und Domprediger Stöcker im Sinne unseres ehrfurchtsvollen Berichts [unter Hinweis auf die unaus-] ~~bleib~~

+ die Allerhöchste Mißbilligung der in seiner bisherigen Thätigkeit nach Form und Maß vorgekommenen Ausschreitungen und eine ernste Warnung vor Erregung von [illegible] [illegible] ertheilen lassen zu wollen

(dienstlichen? oder politischen?) ~~bleiblichen~~ Folgen ~~einer Fortsetzung seiner bisherigen Thätigkeit eine ernste Mahnung ertheilen lassen zu wollen.~~

Seiner Durchlaucht des Herrn Reichskanzlers.

v. B.

Sr. Excellenz des Herrn Ministers der geistlichen Angelegenheiten.

P

25

Eigenhändige Korrekturen Bismarcks an einem Schreiben an Kaiser Wilhelm I. wegen des Auftretens des Hofpredigers Stöcker.
Abbildung der Reinschrift vgl. S. 150. Der Text des Briefes ist abgedruckt S. 145.

# Bismarck und die Juden

Unter Benutzung unveröffentlichter Quellen

von

Dr. Otto Jöhlinger
Ministerialrat




Dietrich Reimer (Ernst Vohsen)
A.-G. in Berlin 1921

Erst verspottet, dann befehdet,
Vielgeschmäht in allen Landen,
Hat er dennoch hohen Mutes,
Aufrecht stets und fest gestanden.

Dann gehaßt und dann gefürchtet,
Dann verehrt, geliebt, bewundert:
Also steht er, eine Säule
Überragend das Jahrhundert.

Rudolf Genée.

# Vorwort.

Hegel ist es gewesen, der in seinen „Grundlinien der Philosophie des Rechts"[1]) von der öffentlichen Meinung gesagt hat, daß ihr der Maßstab der Unterscheidung fehle. Infolgedessen sei die Unabhängigkeit von ihr die erste formelle Bedingung zu etwas Großem und Vernünftigen und zwar sowohl in der Wirklichkeit als auch in der Wissenschaft.....

Seit Jahren untersuche ich das Problem: „Bismarck und die öffentliche Meinung" und immer wieder bei den verschiedensten Anlässen muß ich feststellen, wie Bismarck zugleich die öffentliche Meinung verachtete und sie beherrschte. Er war immer wieder gezwungen, sich gegen sie zu stemmen und seine Politik in einer Weise zu führen, die von der öffentlichen Meinung scharf mißbilligt wurde. Und die Folge davon ist gewesen, daß Bismarck von derselben öffentlichen Meinung fast stets völlig falsch beurteilt wurde. Immer wieder ergibt sich aus den zeitgenössischen Schriften, aus der Presse und aus Büchern, wie irregeleitet häufig das gewesen ist, was man die öffentliche Meinung nennt. Als ein typisches Beispiel hierfür zeigte sich mir Bismarcks Stellung in der Judenfrage. Aus dem vorliegenden Material, aus den Veröffentlichungen der Presse, aus den zahlreichen Broschüren und aus den Agitationsreden bei den Wahlversammlungen erscheint immer wieder wie etwas Feststehendes: „Bismarck ist ein Antisemit gewesen". Das kann man als Ausdruck der öffentlichen Meinung der Gegenwart feststellen. Aber die Erfahrungen, die ich auf anderen Gebieten gemacht habe, veranlaßten mich, einmal kritisch auf dieses Problem einzugehen, um festzustellen, ob hier die öffentliche Meinung auf dem rechten Wege gewesen ist.

Völlig voraussetzungslos bin ich an die Prüfung dieser Frage herangegangen, lediglich mit der Absicht, „nach der Wahrheit zu forschen, ohne Rücksicht darauf, was man später mit dieser Wahrheit anfangen kann." Ich habe das Material kritisch geprüft und die eigenartige Tatsache feststellen müssen, daß hier zwei entgegengesetzte Parteien dieselbe Ansicht vertreten, und diese Ansicht sich auf die Masse übertrug. Juden und Judengegner sind fast ausnahmslos beide überzeugt davon, daß Bismarck ein Antisemit war. Kritiklos hat die Masse diese Phrase nachgebetet, in jedem der beiden Lager aus einem anderen Motiv heraus. Aber schon sehr bald ergibt sich aus dem Material etwas Überraschendes: Beide Parteien hatten Unrecht. Die öffentliche Meinung war auch hier wieder einmal, wie so häufig, falsch geführt. Weder haben die Antisemiten Grund, sich seiner Bundesgenossenschaft zu freuen, noch haben die Juden Anlaß, wegen angeblicher Gegnerschaft ihn zu hassen. Das ist das Ergebnis einer jahrelangen Untersuchung, die sich stützt in erster Reihe auf die kritische Bearbeitung eines

[1]) Berlin 1833, Seite 411.

sehr großen Teiles der allgemeinen und der speziellen Bismarck-Literatur, die sich stützt auf ein Studium bisher unveröffentlichter Akten aus der geistigen Werkstatt Bismarcks, in die ich Einsicht nehmen durfte, die sich stützt auf persönliche Gespräche mit Männern, die mit Bismarck zusammen gearbeitet haben.

Die Schrift dient keiner Tendenz; ich habe nicht die Absicht, den Leser zu einer Auffassung zu bekehren. Mir kommt es in der Hauptsache darauf an, das Tatsachenmaterial hier zusammen zu stellen als einen Beitrag zum Kapitel des „mißverstandenen Bismarck". Hierdurch erklärt sich auch die große Zahl wörtlicher Zitate, sei es aus den Worten Bismarcks, sei es seiner Umgebung oder solcher, die ihn zu beurteilen in der Lage waren.

Die Schrift war ursprünglich gar nicht zur Veröffentlichung bestimmt. Die Ausarbeitung diente lediglich als Teil der gesamten Untersuchung über das oben angedeutete Problem. Erst auf Anraten meines Freundes, des ausgezeichneten Bismarck-Historikers Dr. von Hagen, der den Entwurf der Arbeit gelesen hatte, und dem ich für seine äußerst wertvollen Mitteilungen zu der hier behandelten Frage zu ganz besonderem Danke verpflichtet bin, entschloß ich mich, zu einer Drucklegung, nachdem vorher ein kurzer Auszug in der „Kölnischen Zeitung" erschienen war.

Wer es wagt, einer herrschenden öffentlichen Meinung entgegenzutreten, der muß auf Widerspruch gefaßt sein. Gegen den Strom zu schwimmen ist immer schwerer, als von den Wellen sich tragen zu lassen. Für mich leitend war nur der Gesichtspunkt:

Ich liebe Bismarck,
Mehr aber liebe ich die Wahrheit.

Der Verfasser.

# Inhaltsverzeichnis.

**Kapitel 1. Der Junker von Bismarck-Schönhausen** .......... 1

Bismarck im Lichte der Geschichte — Der „mißverstandene Bismarck" — Der Wandel in Bismarcks Ansichten — „Nur wer sich wandelt, bleibt mit mir verwandt" — Die drei Abschnitte in Bismarcks Leben — Die erste Periode: Der Abgeordnete von Bismarck — Die Reden gegen die Juden im Vereinigten preußischen Landtage — Bismarck und die Gleichberechtigung der Juden. — Die Rede über die Mischehen

**Kapitel 2. Die Wandlung** .................................... 14

Der Frankfurter Aufenthalt und seine Wirkungen — Die Wandlung der politischen Auffassung Bismarcks — Die veränderte Haltung gegenüber der Judenfrage — Die Umwelt in Frankfurt — Das Haus Rothschild — Ein österreichischer Vorstoß gegen die Frankfurter Juden — Bismarcks Eintreten für die Juden in Frankfurt — Rothschild und von Bethmann — Bismarck als Staatsmann — Die zweite Periode — Die Gleichberechtigung der Juden und das Gesetz von 1869 — Die Einführung der Zivilehe — Auseinandersetzung mit Gerlach wegen der Gesinnungsänderung — Judentum und Freisinn — Bismarcks Äußerungen über Juden — Rassenkreuzung und Mischehe — Bismarck über jüdische Künstler — Die Ostjudenfrage — Bismarck und die Juden in Rumänien — Vom Berliner Kongreß.

**Kapitel 3. Juden und Antisemiten im Deutschen Reiche** ....... 37

Ursachen des Antisemitismus — Friedrich von Oppeln-Bronikowski ung Gustav Schmoller über die jüdische Frage — Der Antisemitismus als Partei — Eine nationalliberale Äußerung — Die Judenhetze vom Jahre 1880 — Bismarck und die Massenpetition der Antisemiten — Wie Unterschriften „gesammelt" wurden — Antisemitismus und Außenpolitik — Judenhetze und Polizeipolitik in Preußen — Der Herr von Madai — Die Judenkrawalle und ihre Bekämpfung.

**Kaiptel 4. Bismarcks jüdische Beziehungen** .................. 50

Bismarck im Verkehr mit Lassalle — Gegensätze und Berührungspunkte — „Preußentum und Sozialismus" — Bismarcks Reichstagsrede auf Lassalle — Das Liebeswerben um Karl Marx — Der Versuch Lothar Buchers, Karl Marx zu gewinnen — Bismarck und Ludwig Bamberger — Bamberger als Politiker und Publizist — Seine Mitarbeit bei Bismarck und sein Gegensatz zur Politik des Kanzlers — Eduard Lasker — Bedeutung Laskers als Politiker — Die Trennung von Bismarck — Des Kanzlers Auffassung von Lasker — Die Reichstagsrede Bismarcks über Lasker — Schmollers Charakteristik der Persönlichkeit Laskers — Martin Eduard von Simson, der „geborene Präsident" — Bismarcks Zusammenarbeiten mit Simson — Kommerzienrat Moritz Behrend — Bismarcks Gespräch mit Behrend über die Judenfrage und dessen Aufnahme in der Presse — Bismarck und Beaconsfield — Bismarck und die Journalisten — Ludwig Hahn.

**Kapitel 5. Die „Aera Bleichröder"** ......................... 91

Die Verdienste des Geheimen Kommerzienrats Gerson von Bleichröder — Bismarcks Beziehungen zu Bleichröder — Bleichröders politische Aufgaben — Die Verleumdungsära im Anschluß an die Beziehungen zu Bleichröder — Herr von Diest zu Daber — Die „Ära Artikel" der Kreuzzeitung — Dr. Rudolf Meyers Kampf gegen Bismarck — Joachim Gehlsens Verleumdungskampagne — Freiherr von Loe und seine Angriffe gegen die Bismarck-Bleichröderschen Beziehungen.

**Kapitel 6. Bismarck und die Antisemiten** .................... 111

Bismarcks Stellung zur jüdischen Rasse — Ein Gespräch Bismarcks mit Moritz Busch — Bismarcks Stellung den Antisemiten gegenüber — Der Kampf von Antisemiten gegen Bismarck — Die Broschürenflut von Carl Paasch, Eugen Dühring, Balder, Sigl u. a.

**Kapitel 7. Der „Fall Stöcker"** .................... 133

Stöcker als Politiker — Die Beziehungen des Kanzlers zu Stöcker — „Stöckers Kampf gegen das Judentum die Ursache der Feindschaft Bismarcks" — Die christlich-soziale Bewegung — Bismarcks Pressefeldzug gegen Stöcker — Der „Fall Stöcker-Bleichröder" — Bleichröders Beschwerde an den Kaiser — Die Behandlung des Falles Bleichröder durch Bismarck — Der Bericht an den Kaiser — Die Verwarnung Stöckers — Die „Fälle Stöcker" und der evangelische Oberkirchenrat — Eine Ausweisung Stöckers? — Stöcker und Kaiser Wilhelm I — Das Verhältnis Stöckers zu Kaiser Friedrich III — Die Kronratssitzung vom Jahre 1888 — Bismarcks Haltung — Der Scheiterhaufenbrief — Die Walderseeversammlung — Bismarcks Brief an den Prinzen Friedrich Wilhelm — Stöcker und Kaiser Wilhelm II — Stöckers Sturz — Der Charakter Stöckers — Adolf Wagner und Heinrich von Treitschke.

**Kapitel 8. Der Alte im Sachsenwalde** .................... 182

Die dritte Periode — Gespräche mit Hermann Hofmann — Ablehnung des Antisemitismus — Die Aufsätze in den „Hamburger Nachrichten" — Ein Interview in der „Neuen Freien Presse" — Das Gespräch mit Anton Memminger — Bismarck und Goethe.

**Anhang: Aktenstücke** .................... 192

A) Vom Berliner Kongreß: Die Protokolle der Sitzung vom 28. Juni 1878 und 1. Juli 1878.

B) Der „Fall Stöcker" (Aktenauszüge). Der Bericht des Evangelischen Oberkirchenrats an den Kaiser — Verweis des Evangelischen Oberkirchenrats an Stöcker — Ein Schreiben des Chefs des Geheimen Zivilkabinetts an den Evangelischen Oberkirchenrat — Die Antwort des Kultusministers — Ein Schreiben Kaiser Wilhelms II.

**Register** .................... 200

Kapitel 1.

# Der Junker von Bismarck-Schönhausen.

„Es ist ein Zeichen eines Restes von Gesundheit im deutschen Volke und zugleich eine Hoffnung auf Wiedergenesung großer Teile dieses Volkes, daß eifriger denn je über Bismarck nachgedacht, geschrieben, veröffentlicht wird". Mit diesen Worten äußert sich ein angesehener deutscher Historiker, Adalbert Wahl, im Jahre 1921 über die neue Bismarck-Literatur.[1]) In der Tat brauchen wir dringend, wenn wir geistig, politisch, wirtschaftlich und moralisch aus dem völligen Zusammenbruch uns wieder erholen wollen, mehr als je ein Versenken in die geistige Werkstatt des größten deutschen Staatsmannes der Neuzeit. Gewiß, das Rad der Geschichte dreht sich nur vorwärts und zum zweiten Mal beschert uns das Geschick nicht wieder einen Bismarck. Alle Genies in der Weltgeschichte sind nur einmal da gewesen und keines gleicht dem anderen. Aber gerade darum ist es notwendig, daß wir nicht die Hände in den Schoß legen und warten, bis uns wiederum ein Genie beschert wird, das das deutsche Volk — oft gegen seinen Willen und unter schwersten Kämpfen im Inneren — aufwärts führt zur Einigung und Gesundung. Ob überhaupt ein solcher Mann jemals kommt und ob es einem Einzelnen überhaupt möglich sein wird, im Zeitalter der Demokratie das Gleiche zu leisten, was ein Bismarck geschaffen hat, das weiß niemand. Aber was wir brauchen, das ist, daß jeder Einzelne im Volke sich darüber klar wird, was Bismarck uns gewesen ist, worin seine Größe bestand und was er erstrebte, daß er zu scheiden weiß zwischen dem Unvergänglichen, was Bismarck geleistet hat und zwischen den Maßnahmen, die schon zu seinen Lebzeiten wieder aufgehoben werden mußten. Eingehämmert in die Weltgeschichte sind die gewaltigen Taten der Reichseinigung, das Zielbewußte der auswärtigen Politik und die Begründung der Sozialpolitik. Gegenüber diesen gewaltigen Aktiven darf auch der größte Bismarckverehrer ruhig eingestehen, daß in der Bilanz des Staatsmannes Bismarck Passiven vorhanden sind wie Kulturkampf und Sozialisten-Gesetz. Das verkleinert nicht die Leistung eines Genies; denn das Genie bleibt immer ein Mensch.

Der ganze Charakter des großen Staatsmannes hat es mit sich gebracht, daß auch sein Charakterbild „von der Parteien Haß und Gunst verwirrt" in der Geschichte schwankt, daß die Literatur über diesen Staatsmann, die nachgerade zu Gebirgen anschwillt, zu einem erheblichen Teile entweder aus unkritischen Lobreden oder aus von maßlosem Haß diktierten Pamphleten

---

[1]) Preußische Jahrbücher Bd. 183 Heft 1 S. 41.

sich zusammensetzt. Bismarck gehörte zu jenen Preußen, von denen einst einmal gesagt wurde, daß man sie nur lieben oder nur hassen könnte, und als Bismarck starb, da hinterließ er nur Anbeter und Feinde. Erst langsam beginnt das Bild sich zu klären, und das ist notwendig; denn mit Recht hat Bülow einst gesagt: „Das Dogmatisieren des Fürsten Bismarck ist bei uns nicht nur zu einer Manie sondern beinahe zu einer Kalamität geworden. Wir laborieren an dem mißverstandenen Fürsten Bismarck." Es ist unser Unglück, daß die Bismarck-Dogmatiker auf der einen Seite sich klammern an irgend ein Wort, das Bismarck einst gesagt hat, um es als unumstößlichen politischen Leitsatz aufzustellen, und bei allen Fragen der Gegenwart mit der Antwort bei der Hand sind: einst hat Bismarck so gehandelt, „folglich müssen wir es genau so machen". Nichts ist falscher als das. Mit Recht sagt Hammann, daß, „wenn man den wahren Wert der Bismarck'schen Staatskunst erkennen will, man die Bedingtheit seiner Worte nicht übersehen darf, die in Fülle während einer 50jährigen politischen Tätigkeit entstanden. Denn der bleibende Kern ruht nicht in Bismarcks Worten allein, sondern in seinen Taten"[1]. Und auf der anderen Seite wird leider die Schar derer immer größer, die gedankenlos das Wort nachbeten, daß Bismarck an unserem Unglück schuld sei, die alle Erscheinungen der Gegenwart dem Schuldkonto Bismarcks zur Last schreiben wollen. Daß zwischen der Vollendung des Werkes Bismarcks und dem Weltkriege ein Menschenalter liegt, daß an diesem gewaltigen Werk Baumeister gearbeitet haben, die zwar glaubten, in seinem Sinne zu arbeiten, aber nicht in seinem Geiste gearbeitet haben, das muß man sich vor Augen halten. Gewiß hat man immer wieder sich auf Bismarck berufen zu können gemeint, wenn man diese oder jene Politik trieb. Daß man sich damit aber immer mehr von Bismarcks Geist entfernte, war den Männern, die die Verantwortung hatten, nicht klar, und insofern hat Wahl Recht, wenn er[2]) sagt:

„Nicht das war der wirklich schwere Fehler des neuen Kurses, daß er von der offiziellen Politik Bismarcks abwich, sondern daß er alsbald wieder bei völlig veränderter Lage — Zweibund! — die verhöhnte Politik Bismarcks sklavisch nachzuahmen versuchte, epigonenhaft auch darin, daß er das Nachzuahmende, ob auch nicht ohne Mitschuld der Bismarckschen Presse, falsch sah und fortführte, indem er bei der Politik der zwei Eisen sehr deutlich Rußland vor England bevorzugte und die Gelegenheit, mit England abzuschließen, verpaßte. Mit welch' tiefer Genugtuung hätte dagegen Bismarck bei den englischen Bündnisabsichten zugegriffen und so die Krönung seiner diplomatischen Bemühungen seit 1871 erlebt".

Diese Charakterisierung beleuchtet treffend die Lage in der nachbismarck'-

---

[1]) Otto Hammann: Der mißverstandene Bismarck, Berlin 1921 S. 11.

[2]) a. a. O. S. 53.

schen Zeit. Nicht Bismarck ist schuld an dem Zusammenbruch! Nicht ist, wie Karl Scheffler in völliger Verkennung andeutet, die Bismarck-Politik die Ursache des Weltkrieges, sondern ein falsch verstandener Bismarck, ein Bildnis, das man sich von Bismarck gemacht hat, entstellt von kritikloser Liebe und zugleich von Unkenntnis seines Geistes. Nur dann können wir Klarheit gewinnen über die Kräfte, die uns aufwärts geführt, wenn es möglich ist, tiefer einzudringen in die Geisteswelt Bismarcks, als es bisher gelungen ist. Was uns not tut, ist, Bismarck zu zeigen, wie er war, frei von der Herrschaft der Phrase und frei und unbeeinflußt durch die öffentliche Meinung, die willenlos denen folgt, die sie führen.....

Gustav Schmoller hat in einem sehr gedankenreichen Aufsatz[1]) über den Wandel in Bismarcks Ansichten eine Aufstellung der scheinbar unvereinbaren Gegensätze, die wir im Laufe der Zeit bei Bismarck antreffen, gegeben, und diese Gegensätze sind in der Tat zahlreich und nicht nur das: der Widerspruch zwischen dem Bismarck in der Zeit vor seinem Eintritt in den Staatsdienst und dem Ministerpräsidenten Bismarck sind oft außerordentlich kraß. Bismarck war zunächst ein Anhänger des ständischen Feudalstaates. Er ist es gewesen, der das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht im Reiche einführte. Er war ursprünglich erzkonservativ, eine der Hauptstützen der ganz rechtsstehenden Gruppe und dennoch hat er als Kanzler eine scharfe Abrechnung mit den Konservativen gehalten. Er hat 1848 die „Kreuz-Zeitung" gegründet — über keine Zeitung des In- und Auslandes spricht er sich in seinen „Gedanken und Erinnerungen" so vernichtend aus wie über die gleiche „Kreuz-Zeitung". Er spricht direkt von den Giftmischereien des Blattes, von den „Kreuz-Zeitungs-Lügen" und er hat am 9. Februar 1876 öffentlich gegen die Zeitung im Parlament eine von Wut diktierte Rede gehalten. Bis 1850 war Bismarck ein Anhänger des Zunftwesens. Wie Schmoller sagt, sah er in der Wiederherstellung der Zunft eines der wichtigsten volkswirtschaftlichen Mittel, die falsche Nivellierung der liberalen Gesetzgebung rückgängig zu machen. Er ist es gewesen, der weitgehendste Freiheit für Handel und Gewerbe, für die Aktien und Börsen in Deutschland einführte. Bis 1876 ist Bismarck Freihändler gewesen. 1879 hat er die Schutzzollpolitik des Deutschen Reiches inauguriert. Sozialpolitisch stand Bismarck zunächst auf dem Standpunkt, daß der Staat produktive Genossenschaften gründen solle, später ist er aktiver Sozialpolitiker geworden.

Diese Widersprüche im Leben Bismarcks ließen sich außerordentlich vermehren. Aber was besagen sie? Doch sicherlich nicht, daß Bismarck ein schwankender Charakter gewesen ist, der seinen Mantel nach dem Winde gehängt, der seine Politik jeweils der Zweckmäßigkeit unterordnete. Ein

[1]) „Zu Bismarcks Gedächtnis" Leipzig 1899. S. 20.

derartiger „Opportunitätspolitiker" ist Bismarck nicht gewesen. Wenn zwischen dem Bismarck von 1848 und dem Bismarck von 1870 ein so großer Unterschied ist, wenn der Bismarck nach 1890 ein ganz anderer ist, als der „erste Diener Wilhelms I.", so liegt es daran, daß inzwischen eine Weltentwicklung vor sich gegangen ist. Zwischen dem Bismarck von 1848 und dem von 1890 lagen 42 Jahre, und was hatte sich inzwischen ereignet! Drei Kriege sind geführt worden, ein einheitliches Reich wurde geschaffen. Wirtschaftlich, kulturell und sozial sah es in Deutschland ganz anders aus. Sollte da ein Bismarck dieser Entwicklung gegenüber unempfindlich bleiben? Ebenso wie der alte Goethe einen ganz anderen Standpunkt zu den Dingen einnimmt, als der jugendliche Frankfurter Goethe, so auch bei Bismarck. Auch für ihn gilt das Wort von Nietzsche: „Nur wer sich wandelt, bleibt mit mir verwandt."[1]) Nicht zuletzt haben wir gerade darin die Größe Bismarcks zu sehen, daß er nicht ein verstockter Reaktionär, daß er nicht ein Parteimann mit Scheuklappen, sondern ein Mensch mit offenen Augen, mit hellem Verstand, mit raschem Erfassen des Notwendigen gewesen ist. Ausgezeichnet durch eine glänzende Beobachtungsgabe und Menschenkenntnis, gestützt durch ein ungewöhnliches Wissen, hat Bismarck den Mut gehabt, sich von Umgebung und Tradition loszusagen, wenn er das Falsche ihrer Wege erkannt hatte, und sicherlich ist ihm nichts so schwer gefallen, wie der Bruch mit den Konservativen, der ihn verfeindete mit seinen persönlichen Freunden, dem Kreise, in dem er seine geliebte Gattin kennen lernte. In seiner bitteren Stimmung über das, was seine Fraktionskollegen ihm angetan, spiegelt sich wieder, daß der Bruch mit den Konservativen auch im Innern seiner Seele einen Riß bewirkte; aber Bismarck war zu groß, als daß er Konzessionen machte, um eine Krisis zu vermeiden. Und so sagt denn Schmoller mit Recht, „wäre er der feudale Junker und reaktionäre Deichhauptmann von 1848 geblieben, so hätte er so wenig als die Senft-Pilsach, Gerlach, Kleist Retzow und Wagener das Zeug zu einem Ministerpräsidenten gehabt." Gerade dadurch ist ja Bismarck ausgezeichnet, daß er die Umgebung seiner Landedelleute turmhoch überragt und nicht nur das, auch zugleich seine ganze eigene Familie. Man liebt es, Bismarck als den „Erzreaktionär", als den Junker, als den Edelmann, den Agrarier zu bezeichnen. Aber nichts ist verkehrter als dies. Bismarck ist gar nicht so sehr Junker gewesen, wie man gemeinhin annimmt; denn die Hälfte seines Blutes ist nicht adelig, sondern liberal-bürgerlich. Seine Mutter war die Tochter eines bekannten liberalen Beamten, Anastasius Mencken, der einer alten Gelehrten- und Beamten-Familie entstammte und der gerade wegen seiner liberalen Gesinnung dauernd in den Hofkreisen anstieß. In der Vermischung von städtisch-bürgerlichem und ländlich-adeligem

---

[1]) „Aus hohen Bergen" (Nachgesang zu Jenseits von Gut und Böse.)

Blute kommt die Vereinigung der beiden Eigenschaften zusammen, jene Riesenkraft und Energie, die das väterliche Erbteil Bismarcks ist, und jene Fülle von Geist, der Mutter Erbteil. Bismarck ist Mischling im wahren Sinne des Wortes und gerade die Vereinigung bringt jene verschwenderische Ausstattung an Geistesgaben mit sich.

Nur wenn man diese psychologischen Voraussetzungen sich vor Augen hält, dann wird man das Wesen Bismarcks und seine Wandlungen erfassen. Und die gleichen Wandlungen, die wir auf politischem und sozialen Gebiete sehen, hat Bismarck auch durchgemacht in seiner Stellung dem Judentum gegenüber. Gemeinhin liebt man es, Bismarck als einen Antisemiten zu bezeichnen. Man hat sich sogar nicht gescheut, ihn als den „Vater der antisemitischen Bewegung" zu charakterisieren. Die Antisemiten der Gegenwart haben, wo sie nur konnten, Bismarck als Reklameschild vorangetragen, oft in völliger Verkennung des wahren Standpunktes des Reichskanzlers, oft in böswilliger Verdrehung seiner Worte. Gutgläubige unter den Judengegnern suchen sich an Worte zu klammern, die der Bismarck vor 1848 öffentlich ausgesprochen, dabei aber völlig vergessend, daß Bismarck sich von seinen alten Ansichten gründlich losgesagt und sich scharf dagegen gewandt hat, wenn ihm aus Kreisen seiner Freunde frühere Ansichten vorgehalten wurden.

Wollen wir Bismarcks Stellung zum Judentum verstehen, dann müssen wir das Leben des Mannes in drei Teile zergliedern, die sich scharf voneinander abheben. Die erste Periode umfaßt die Zeit von dem öffentlichen Auftreten bis zum Eintritt in den Staatsdienst als Bundestagsgesandter von Frankfurt. Die zweite Periode die Zeit seiner Tätigkeit als Gesandter, als preußischer Ministerpräsident und Reichskanzler bis zum Jahre 1890 und die dritte Periode die Zeit im Sachsenwalde bis zu seinem Tode.

So widersprechend sind die Äußerungen, die in den verschiedenen Perioden fallen, daß man, wenn man lediglich die Worte vor sich sieht, glaubt, sie stammten von verschiedenen Menschen. Der „tolle Bismarck" ist kein Freund der Juden. Er versucht, ihnen objektiv gegenüberzustehen; aber zahlreiche Judenfeinde werden nicht mit Unrecht aus seinen Worten den Judengegner nachzuweisen imstande sein. Kein Wunder. Denn in dem Kreise, aus dem Bismarck stammt, und in dem Kreise, in dem er Johanna von Puttkamer, seine spätere Gattin, kennen lernte, liebte man das Judentum nicht, vielleicht weil man es nicht kannte, vielleicht weil die Israeliten, die dem Landedelmann zu Gesicht kommen, nicht immer die edelsten Vertreter des Judentums sind. Aus dieser Zeit stammen alle die Worte, die sich ablehnend über die Juden äußern bezw. ihre Rechte begrenzen wollen. Für die Gleichberechtigung der Juden hat der jugendliche Bismarck kein rechtes Verständnis.

Freilich sei von vornherein bemerkt, daß nicht jedes Wort, das Bismarck einmal im Unmut hingeworfen, das er bei irgend einer Gelegenheit ausge-

sprochen hat, nun wie ein Aktenstück der Nachwelt gegenüber als untrüglicher Beweis für den Standpunkt Bismarcks benutzt werden darf. Bismarck selbst hat sich einmal dagegen gewandt, und der Bismarckforscher findet mehr als einen Ausspruch Bismarcks, der gar nicht in das System des Mannes hineinpaßt. Mit welch' hingebender Treue hat Bismarck seinem Könige und Kaiser Wilhelm I. gedient und dennoch sind uns starke Ausdrücke überliefert worden, die Bismarck in verärgerten Minuten, in Zeiten des Unwillens ausgesprochen hat. Wollte man diese Worte etwa als Zeugnis ansehen für die wahren Gefühle, die Bismarck gegen seinen König gehabt hat? Das gleiche gilt auch, wenn hier und da in Privatgesprächen oder Briefen Bemerkungen über die Juden gefallen sind. Aber der jugendliche Bismarck, der tolle Junker vom Kniephof, hat tatsächlich nicht viel Liebe für die Juden gehabt.....

Bei seinem ersten Auftreten im Vereinigten Landtage steht Bismarck völlig unter der geistigen Herrschaft seiner reaktionären Umgebung. Leopold v. Gerlach liefert ihm das Rüstzeug zu seiner Rede über das Gottesgnadentum und Lenz sagt in seinem Bismarckbuche von seiner Rede über den christlichen Staat und die Stellung der Juden, „daß sie sich fast mit den Erklärungen des pietistischen Ministers v. Thiele deckte und nahe an die romantischen Vorstellungen Friedrich Wilhelms IV. heranreichte."[1])

Im Jahre 1847 ging dem ersten Vereinigten Landtag der Entwurf einer Verordnung „die Verhältnisse der Juden betreffend" zu. Der § 1 lautete:

„Die Juden, welche in allen Landesteilen unserer Monarchie, mit Ausschluß des Großherzogtumes Posen, ihren Wohnsitz haben, genießen, so weit dieses Gesetz nicht anders bestimmt, neben gleichen Pflichten gleiche bürgerliche Rechte mit unseren christlichen Untertanen usw."

Dieser Gesetzentwurf kam zur Verhandlung in der sogenannten Curie der drei Stände (32. Sitzung vom 14. bezw. 15. 6. 1847). Zu dieser Frage hatten verschiedene Redner das Wort ergriffen. Diejenigen, die den Juden die volle Gleichberechtigung gewähren wollten, bezeichneten das Gesetz als einen Rückschritt; denn es lasse die Juden nur zu solchen Staats- und Gemeinde-Ämtern zu, mit denen eine obrigkeitliche Autorität nicht verbunden sei. Der Abgeordnete von Beckerrath sagte: „Ich danke unserem weisen Könige, daß hier die Stimme des Landes sich erheben kann, gegen einen letzten Versuch (nämlich die Juden in Korporationen einzuteilen), in welchem der enge mittelalterliche Geist noch einmal gegen die freie, wahrhaft christliche Weltanschauung hervorzutreten wagt."

Am 15. Juni 1847 ergriff der Abgeordnete von Bismarck-Schönhausen das Wort zur Judenfrage. Er betonte von vornherein, daß er einer

---

[1]) „Geschichte Bismarcks", 4. Auflage, München 1913. S. 38.

Richtung angehöre, die der Abgeordnete von Beckerath als finster und mittelalterlich bezeichnet hatte, derjenigen Richtung, „welche es nochmals wagt, der freieren Entwicklung des Christentums, wie sie der Abgeordnete von Krefeld für die einzig wahre hält, entgegenzutreten. Ich kann ferner nicht leugnen, daß ich jenem großen Haufen angehöre, welcher, wie der geehrte Abgeordnete aus Posen (Naumann) bemerkte, dem intelligenten Teil der Nation gegenübersteht, und dieser intelligente Teil in, wenn mein Gedächtnis mich nicht täuscht, ziemlich geringschätzender Weise entgegengesetzt wurde, dem großen Haufen, welcher noch an Vorurteilen klebt, die er mit der Muttermilch eingesogen hat, dem Haufen, welchem ein Christentum, das über dem Haufen steht, zu hoch ist." Im Anschluß daran sagt Bismarck weiter wörtlich:

„Ich bin kein Feind der Juden und wenn sie meine Feinde sein sollten, so vergebe ich ihnen. Ich liebe sie sogar unter Umständen. Ich gönne ihnen auch alle Rechte, nur nicht das, in einem christlichen Staate ein Obrigkeitsamt zu bekleiden."

Bismarck sagt ausdrücklich, daß er Preußen für einen christlichen Staat hält und macht einige Ausführungen über den Zusammenhang zwischen Staat und Christentum, wobei er bemerkt, daß für ihn die Worte „von Gottes Gnaden" kein leerer Schall seien, sondern er sehe darin das Bekenntnis, daß die Fürsten das Zepter, welches ihnen Gott verliehen hat, nach göttlichem Willen auf Erden führen wollen. „Als göttlichen Willen kann ich aber nur anerkennen, was in den christlichen Evangelien offenbart worden ist, und ich glaube in meinem Rechte zu sein, wenn ich einen solchen Staat einen christlichen nenne, welcher sich die Aufgabe gestellt hat, die Lehre des Christentums zu realisieren, zu verwirklichen."

Er gab zu, daß die Lösung nicht immer gelingt, aber er betonte, daß die Realisierung der christlichen Lehre der Zweck des Staates sei. „Daß wir aber mit Hilfe der Juden diesem Zweck näherkommen sollen, als bisher, kann ich nicht glauben. Erkennt man die religiösen Grundlagen des Staates überhaupt an, so glaube ich, kann diese Grundlage bei uns nur das Christentum sein. Entziehen wir diese religiöse Grundlage dem Staate, so behalten wir als Staat nichts als ein zufälliges Aggregat von Rechten, eine Art Bollwerk gegen den Krieg Aller gegen Alle, welches die alten Philosophen aufgestellt haben."

Er verlangt daher, daß dem Volke nicht sein Christentum geschmälert wird, indem man ihm zeige, daß es für seine Gesetzgeber nicht erforderlich sei.

Im Anschluß an die theoretischen Erörterungen geht nun Bismarck auf die praktische Seite der Frage ein. Er betont, daß in den sogenannten „alten" Landesteilen den Juden keine anderen Rechte fehlen, als diejenigen, obrigkeitliche Ämter zu bekleiden. „Diese nehmen sie nun in Anspruch. Sie ver-

langen Landräte, Generale, Minister, ja unter Umständen auch Kultusminister zu werden. Ich gestehe ein, daß ich voller Vorurteile stecke. Ich habe sie, wie gesagt, mit der Muttermilch eingesogen und es ist mir nicht gelungen, sie wegzudisputieren. Denn wenn ich mir als Repräsentant der geheiligten Majestät des Königs gegenüber einen Juden denke, dem ich gehorchen soll, so muß ich bemerken, daß ich mich tief niedergedrückt und beengt fühlen würde, daß mich die Freude und das aufrechte freie Gefühl verlassen würde, mit welchen ich jetzt meine Pflicht gegen den Staat zu erfüllen bemüht bin. Ich teile diese Empfindung mit der Masse der niederen Schichten des Volkes und schäme mich dieser Gesellschaft nicht."

Bismarck fährt dann fort, daß er die Frage, warum es den Juden in vielen Jahrhunderten nicht gelungen sei, sich die Sympathien der Bevölkerung in höherem Grade zu erwerben, nicht genau untersuchen wolle. „Man hat es weder mit den Makkabäern der Vorzeit, noch mit den Juden der Zukunft zu tun, sondern mit den Juden der Gegenwart, wie sie jetzt sind. Ich gestehe zu, daß in Berlin und überhaupt in größeren Städten die Judenschaft fast durchaus aus achtungswerten Leuten besteht. Ich gebe zu, daß solche auch auf dem Lande nicht bloß zu den Ausnahmen gehören, obgleich ich sagen muß, daß der entgegengesetzte Fall vorkommt. Wir haben von der Mildtätigkeit der Juden zur Unterstützung ihrer Sache gehört. Nun Beispiel gegen Beispiel — ich will ein anderes geben!"

Bismarck erzählt nun, daß er eine Gegend kenne, wo die jüdische Bevölkerung auf dem Lande außerordentlich zahlreich sei, wo es Bauern gebe, die nichts ihr Eigen nennen auf dem ganzen Grundstück. Alles vom Bett bis zur Ofengabel gehört den Juden, das Vieh, das Korn und die Scheunen. Der Jude verkauft den Bauern das Brot, das Saat- und Futterkorn metzenweise. „Von einem ähnlichen christlichen Wucher habe ich wenigstens in meiner Praxis noch nichts gehört."

Wenn man zur Entschuldigung der jüdischen Fehler auf die gedrückten Verhältnisse der Juden hingewiesen hat, so meint Bismarck, daß wir nicht mehr in den Zeiten der Judenhetzen leben, sondern daß der Jude nur nicht Beamter werden könne, und es sei eine starke Schlußfolge, daß, wenn jemand nicht Beamter werden könne, er ein Wucherer werden müsse. Das einzige, wovon sie ausgeschlossen seien, wäre der „Hafen der Bürokratie". Er sei aber bereit, sich mehr denjenigen Rednern anzuschließen, welche die Juden-Emanzipationen wollen, wenn die Juden selbst die Schranken niederreißen, die sie von uns trennen. Und nun erzählt Bismarck eine sehr merkwürdige Geschichte zur Charakterisierung der Starrheit jüdischer Gebräuche: Ein jüdischer Gelehrter sei derartig orthodox, daß er am Sabbath nicht einmal ein Schnupftuch in der Tasche trage. Infolgedessen habe er durch einen Scheinkauf sich ein Anrecht auf eine Stadt erworben, da nach einem rabbi-

nischen Grundsatz es erlaubt sei, am Sabbath etwas zu tragen an einem Orte, der dem Träger persönlich gehört und seitdem trage er sein Schnupftuch mit gutem Gewissen in der Tasche. „Wenn nun dies am grünen Holze geschieht von einem ausgesprochenen Gelehrten, von einem verständigen, in der Welt kundigen Manne, so frage ich, was haben wir von der großen Masse, der polnischen Juden gar nicht zu gedenken, in dieser Beziehung zu erwarten? Ich für meine Person werde mein Votum gegen den uns vorliegenden Gesetzentwurf geben, weil ich von der Korporierung von Leuten, die keine Korporation bilden wollen, keine Vorteile erwarten kann, weil eine Korporation, wenn die Korporierung von den Beteiligten mit Vorurteil und Abneigung aufgenommen wird, ein totgeborenes Kind bleibt!" Er erklärte sich aber bereit, für seine Person für die Ausdehnung des Gesetzes von 1812 zu stimmen, durch welches alle im damaligen Umfang des preußischen Staates mit Generalprivilegien, Naturalitäts-Patenten, Schutzbriefen etc. versehenen Juden für Inländer und preußische Statsbürger erkannt wurden, „vielleicht mit einem Vorbehalt in Bezug auf Posen, diejenigen exzeptionellen Bestimmungen zu treffen, die der Grad der Sittlichkeit vieler dortiger Juden in Bezug auf Eigentum notwendig machen könnte." Im Zusammenhang damit erwähnt dann Bismarck, daß, wenn der Zustand der polnischen Juden wesentlich verändert würde, „dies eine bedeutende Attraktionskraft auf Millionen russischer Juden ausüben könnte, die sich in Rußland nicht mehr heimisch fühlen". Eine Übersiedlung der russischen Juden bezeichnet aber Bismarck nicht als wünschenswert. Das Gesetz von 1812 würde s. E. auch den Juden willkommen sein. Gerade dieses Gesetz sei es gewesen, welches die Juden zu der Teilnahme an dem vaterländischen Kampfe begeistert habe.

Die damalige Rede Bismarcks rief lebhaften Widerspruch im Parlamente hervor, und der Abgeordnete von Beckerath betonte, daß es interessant war, „den engen mittelalterlichen Geist, dessen er gedachte, leibhaftig erscheinen zu sehen."

Der Gesetz-Entwurf, betreffend die Verhältnisse der Juden, wurde vom vereinigten Landtage abgelehnt. Es wurde nun ein neuer Antrag eingereicht, der den Juden die völlig gleichen Rechte gewährte. Gegen diesen Antrag hat Bismarck erneut gesprochen, und am 25. Juni nahm Bismarck wiederum das Wort, wobei er sich gegen den Satz des Referates wandte, in dem die völlige Emanzipation der Juden als wünschenswert und als Fortschritt dargestellt wurde. Bei dieser kurzen Rede des Abgeordneten von Bismarck sind, wie aus dem stenographischen Bericht hervorgeht, die Abgeordneten im Hause unruhig geworden und Bismarck verließ unter lauten Zeichen der Ungeduld der Abgeordneten die Tribüne mit den Worten: „Es war lediglich meine Absicht, zu bestreiten, daß die Emanzipation der Juden ein Fortschritt sei; denn sonst würde der Landtag sie gutgeheißen haben."

Am 15. November 1847 sprach Bismarck über die Zivilehe und christliches Volksbewußtsein. Der Verfassungsentwurf vom 5. Dezember 1848 enthielt in seinem Artikel 16 Bestimmungen über die fakultative Einführung der Zivilehe. Es heißt dort: „Die bürgerliche Gültigkeit der Ehe wird durch deren Abschließung vor den dazu bestimmten Zivil-Standesbeamten bestimmt." Gegen diesen Artikel wendet sich Bismarck, wobei er die Absicht verurteilte, die Zivilehe „allmählich einzuführen und uns diesen sprachlichen und materiellen Gallizismus stückweise beizubringen." Er wies darauf hin, daß gerade dieser Artikel 16 unmittelbar und schärfer ins praktische Leben einschneidet, als die meisten Vorlagen, die das Parlament beschäftigt hätten. Durch ihn würde der Artikel 11, welcher die vollständige Freiheit des Religionsbekenntnisses gewährleistet, zur Phrase. Bismarck spricht direkt von dem „Segen der Kirche, durch den allein die Gültigkeit der Ehe bei uns bedingt wird." Alsdann sagt er wörtlich:

„Sie haben den christlichen Religionsgesellschaften dieselbe konstitutionelle Berechtigung auf Grund des allgemeinen Vereinigungsrechtes verliehen, wie den demokratischen Klubs, und das ist viel heutzutage. Sie schmälern diese Gleichheit aber zum Nachteil der Religionsgesellschaften, wenn Sie die Erlaubnis zu der feierlichen Handlung, welche bisher den Bund der Ehe bei uns einsegnet und die Gültigkeit derselben bedingt, abhängig machen von dem gerichtlichen Akt eines Dorfschreibers, in dessen Hände die Braut in Zukunft ihr Traugelöbnis niederzulegen hat. Sie gestatten freilich denjenigen, die sich persönlich dazu gedrungen fühlen, sich nachträglich auch kirchlich trauen zu lassen. Sie gestatten der Kirche, die Schleppträgerin der subalternen Bürokratie zu werden; Sie gestatten dem Pfarrer, das verheiratete Paar vor dem Altar erscheinen zu lassen, und den verheirateten Mann zu fragen, ob er seine ihm gesetzlich bereits angetraute Frau zur Frau nehmen will oder nicht, eine Frage, die er mit Nein gesetzlich nicht mehr beantworten kann (Bravo!). Ich glaube, daß sich nicht alle Geistlichen im Lande dazu hergeben würden, die bisher heilig gehaltene Zeremonie der kirchlichen Trauung auf diese Weise zur leeren Förmlichkeit herabzuwürdigen. Wollen Sie aber dieser Zeremonie den Charakter der Förmlichkeit nehmen, so müssen Sie im Namen der Religionsfreiheit die evangelische Kirche nötigen, ihr bisheriges Trauungsritual zu ändern. Die Zivilehe ist in einer wesentlich anderen Lage in den Ländern, wo, wie z. B. in Holland oder Schottland, die sich durch Gewohnheit im Besitz befindet, oder in denen, wo, wie in dem napoleonischen Frankreich und dem Zubehör desselben, welches uns hier als Muster aufgestellt worden ist, die Zivilehe infolge einer Gesetzgebung eingeführt worden ist, welche in religiöser Beziehung tabula rasa, eine völlige Leere und Zerfahrenheit vorfand, also auch kein entgegenstehendes Gefühl dabei verletzen konnte. Anders ist es bei uns. Bei uns tritt die Zivilehe der kirchlichen

Trauung feindselig und gewissermaßen erobernd in dem Bewußtsein des Volkes gegenüber. Indem Sie die Zivilehe einführen, ordnen Sie an, daß der kirchliche Segen, der bisher die Gültigkeit der Ehe allein gültig bewirkte, als unnützes Zubehör beiseite geschoben werden soll; Sie verordnen, daß der Pfarrer dem Schreiber, der Altar dem Polizeibüro Platz machen soll. Wie tief Sie damit in die religiöse Anschauung, in die Gefühle des Volkes eingreifen, das bestätigen Ihnen die Petitionen nicht nur ihrer Anzahl nach, sondern auch ihrer Ausdrucksweise nach."

Bismarck betonte ferner, daß seiner Auffassung nach es Sache der Gesetzgebung sei, nicht das zu ignorieren, was dem Volke heilig sei; und vor allem dürfe durch die Gesetzgebung nicht die Achtung vor der Kirche und den religiösen Einrichtungen untergraben werden. Bismarck führte dann alle die Bedenken an, die gegen die Zivilehe sprachen, insbesondere eine Reihe von Fällen, die sich in Belgien beim Zivilstandes-Register ereignet hätten. Ja, er wies sogar auf Napoleon I. hin, der es lediglich „dem Versehen eines Zivilstandesbeamten zu verdanken hatte, daß er seine Ehe mit der Kaiserin Josephine auflösen konnte." Bei dieser Gelegenheit kam Bismarck auf die Ehe zwischen Juden und Christen zu sprechen, und hier sagte er wörtlich:

„Als ein wirkliches Bedürfnis kann ich die Zivilehe nur bei den Reformjuden anerkennen. Für einen wahren Juden wird die Ehe mit einer Christin ebenso gut eine sittliche Unmöglichkeit sein, wie umgekehrt. Wollen aber diejenigen Juden, welche nicht mehr Juden sind, sondern sich fälschlicherweise Juden nennen, mit denjenigen Christinnen, welche sich fälschlicherweise Christinnen nennen, ziviliter sich zusammentun lassen, so mag man ihnen diese Ausnahme gestatten. Aber wunderbar finde ich es doch, wegen dieser wenigen Renegaten einer Bevölkerung von Millionen, die dem Glauben ihrer Väter treu geblieben ist, einen solchen unerhörten Zwang auflegen zu wollen."

Bismarck sieht in der Einführung der Zivilehe nichts anderes, als die vielgerühmte „Nachbeterei fremder Zustände". Da Frankreich und Belgien die Zivilehe hätten, so könnte mancher unter uns sich schämen, ein Preuße zu sein, „so lange wir nicht auch die Zivilehe haben; denn das Ausländische hat immer einen gewissen vornehmen Anstrich für uns. Es war das die berühmte Rede, in der auch das Wort vorkam, von dem „Narrenschiff der Zeit, das an dem Felsen der christlichen Kirche scheitert."

Die damalige Rede wurde seinerzeit mit Bravo auf der einen Seite, mit Zischen und Unruhe auf der anderen Seite aufgenommen. Gerade sie ist es gewesen, die ihn später in einen so außerordentlich starken Gegensatz zu seiner Politik gebracht hat. Dasselbe, was Bismarck 1849 gegen die Zivilehe sagt, dasselbe ist ihm von seinen Gegnern vorgehalten worden, als derselbe Bismarck im Reiche die Zivilehe einführte.....

Über diese Rede, die Bismarck damals gehalten hat, finden sich einige Bemerkungen in den Briefen, die Bismarck seiner Braut geschrieben. Dort heißt es am 15. Juni 1847:

„Gestern langweilige Juden-Debatte. 25 Reden für Emanzipation der Juden, die immer wieder dieselben sentimentalen Salbadereien vorbrachten. Heute früh wieder Juden. Ich eine lange Rede gegen die Emanzipation gehalten, viel Bitteres gesagt, gehe nicht mehr durch die Königstraße, weil mich die Juden abends totschlagen."

Unter dem 18. Juni schrieb er an seine Braut von der Diskussion über die Ehe zwischen Juden und Christen und erwähnt die namentliche Abstimmung „in der Juden-Heiratssache". „Die ist mir gleichgültig. Ich muß auf den Wollmarkt gehen." Eine große Bedeutung scheint demnach Bismarck der Judenehe nicht gerade beigemessen zu haben...

Übrigens findet die Auffassung, daß der Junker Bismarck ein Judengegner gewesen sei, keineswegs durchweg Zustimmung. Im Gegenteil, Maximilian Harden steht auf dem Standpunkt, daß, wenn heute in den Parlamenten nicht schlimmere Judengegner säßen als der Bismarck von 1847 in Israel tiefster Friede sein könne. Harden schreibt nämlich in der „Zukunft" Nr. 31, Jahrgang 1893 folgendes:

„Wenn man bedenkt, daß in derselben Sitzung vom 15. Juni 1847 der liberale Herr von Vincke von der Habsucht der Juden, „die sehr häufig einen schmutzigen Charakter annimmt", von ihrer Kriecherei und Feigheit sprach, dann wird man die Rede des märkischen Ritters überraschend maßvoll finden müssen, der den Juden nur den Hafen der Bureaukratie verschließen wollte."

Bismarck ist später von seiner Politik im Vereinigten preußischen Landtage stark abgerückt und zwar nicht nur in der Tendenz, und er hat auch in seinen Gesprächen keinen Hehl daraus gemacht. Er hat selber einmal scherzweise im Freundeskreise davon gesprochen, daß er „im vereinigten Landtage manche schlechte Rede gehört und (wie er lächelnd hinzufügte) auch selbst gehalten habe." In Übereinstimmung hiermit hat Bismarck zu einem seiner Ärzte Dr. Eduard Cohen unter dem 2. November 1880 auf die Frage, daß er wohl nicht alles, was er damals gesagt, widerholen möchte: „Beileibe nicht. Tempora mutantur. Es wächst der Mensch mit seinen Zielen. Bis 1844 sei er ein einfacher Landedelmann gewesen, der seinen Kohl gebaut hätte... An praktische Politik habe er nie gedacht."[1])

Wie anders der Staatsmann Bismarck gegenüber dem Abgeordneten Bismarck denkt, dafür nur folgendes Beispiel:

In einer Rede, die der Abgeordnete v. Bismarck am 12. März 1849 über die Aufhebung des Berliner Belagerungszustandes hielt, wandte sich Bis-

---

[1]) Vgl. Eduard Cohen, in „Erinnerungen an Bismarck" Stuttgart 1915. Seite 326.

marck u. a. gegen die ungezügelte Preßfreiheit und gegen den Geist des Aufruhrs, der damals herrschte. Er erwähnte als ganz besonders gefährlich ein Lied, das kurz vorher zur Feier des 18. März in Berlin gesungen worden war. In diesem Gedicht heißt es an einer Stelle:

„Wir färben echt, wir färben gut,
Wir färben mit Tyrannenblut."

Und gerade dieses Gedicht führte Bismarck an als Beweis für die Notwendigkeit der Nichtaufhebung des Belagerungszustandes. Diese Rede ist eigentlich nicht genügend beachtet worden; denn sie gehört auch zu jenen typischen Reden, die Bismarck in einen starken Widerspruch zu seiner späteren Politik bringen. Der junkerliche Bismarck ist kein Freund der Preßfreiheit. Der Reichskanzler Bismarck ist es gewesen, der die Preßfreiheit durch das Gesetz von 1874 einführte. Aber interessant ist doch das von Bismarck zitierte Lied. Wer ist denn der Verfasser dieses Liedes vom Tyrannenblut? Kein anderer als August Braß, derselbe, den später Bismarck jahrelang als seinen „Leiboffiziosus" benutzte. Der Dichter des Liedes, der erst nach der Amnestie nach Deutschland wieder zurückkehren durfte, ist nämlich identisch mit dem späteren Chefredakteur der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung"...

Am 22. März 1849 verlangt Herr v. Bismarck-Schönhausen in einer Rede, daß den März-Rebellen keine Amnestie gewährt würde. Wer aber gehörte zu den März-Rebellen? Darunter befanden sich Männer, die später im engsten Kreise mit Bismarck gearbeitet haben. Hat doch Lothar Bucher — später Bismarcks treuester Mitarbeiter — wegen des berühmten Steuerverweigerungs-Prozesses vor der Strafkammer gestanden, und wenn er sich nicht durch die Flucht entzogen hätte, wäre er unweigerlich ins Zuchthaus gekommen. . . . .

## Kapitel 2.

# Die Wandlung.

„Also hauste er da. Und er wuchs an Kenntnis der Menschen,
„in dem täglichen Streit und der Not um das Ansehn von Preußen,
„und in grübelnder Sorge, Deutschland endlich zu lösen.
„Und er wurde ein Meister, die Menschen zu fühlen und deuten,
„und zu behandeln und beugen, und dem Willen dienstbar zu machen.
„Und sein Wille wurde ihm hart; und um Kinn und um Lippen
„stand ihm der feste Mut und in der Tiefe der Augen
„heiß das wilde Begehren, dem Vaterlande zu helfen,
„aber auch die bittere Qual, es wäre verloren.
„Und die Menschen alle, die ihn sahen und kannten,
„sahen im Antlitz und Worten die mächtige Größe des Mannes,
„fürchteten oder liebten ihn und gedachten der Zukunft.........
„Aber das deutsche Volk sah nichts. Es lachte des Mannes.

Mit diesen Worten besingt ein deutscher Dichter — Gustav Frenssen in seinem Epos „Bismarck" — die Wandlung, die in dem Junker während seiner Frankfurter Tätigkeit vor sich gegangen war. In der Tat: Bismarck war ein anderer geworden!

Will man den Staatsmann Bismarck überhaupt verstehen, dann ist es nur möglich, wenn man sich den ungeheuren Einfluß vergegenwärtigt, den der Aufenthalt in Frankfurt am Main auf ihn ausgeübt hat. Das stürmische Wesen, das er als reaktionärer Junker an sich gehabt hat, es legt sich in der Periode des Reifens, die die Frankfurter Zeit für Bismarck bedeutet. Als Stürmer kommt er in die freie Reichsstadt, als erfahrener Staatsmann, als verschlagener Diplomat, verläßt er die Geburtsstadt Goethe's. Er hat eine andere Stellung zu den Dingen gefunden. Er schätzt Menschen und Staaten jetzt anders ein, er ist selbst ein anderer Mensch geworden. Der Bismarck, der von Frankfurt nach Petersburg reist, ist nicht der gleiche Bismarck, der von Berlin nach Frankfurt gekommen war. Er hat die Eierschalen der Reaktion gründlich abgestreift. Mit gereiftem und klarem Urteil tritt er hinaus in die Welt. Seine klugen Augen auf dem Bilde Jacob Beckers, das uns den Frankfurter Bundestags-Gesandten von 1855 zeigt, blicken anders in die Welt, als auf dem früheren Gemälde von M. Berendt. Anders denkt er über die Stellung des Staates Preußen Österreich gegenüber; anders denkt er über die Stellung des Staatsmannes gegenüber den breiten Volksschichten, ja Bismarck ist sogar ketzerisch genug, von Frankfurt aus in seinem berühmten Berichte vom 26. April 1856 ein Bündnis zwischen Preußen und Frankreich vorzuschlagen. Gewiß, er sagt selbst, „daß er nicht von vornherein einem preußisch-französischen

Bündnis das Wort reden wolle"; aber er kennzeichnet die Richtlinien, die seiner Meinung nach Preußens Politik Frankreich gegenüber verfolgen muß und die sich ganz erheblich von der sonst üblichen Auffassung unterscheiden. Und dieser Bismarck, der von Frankfurt hinaus in das Leben tritt, hat auch zur Judenfrage eine ganz andere Stellung eingenommen. Ist vor der Frankfurter Zeit Bismarck kein Judenfreund gewesen, so tritt in Frankfurt die Wandlung ein: das, was er in der Nach-Frankfurter Zeit über die Juden sagt, steht in einem krassen Widerspruch zu dem, was er früher geäußert hat. Bismarck hat in Frankfurt die Juden kennen gelernt, und dazu ist die alte Kaufmannsstadt ganz besonders geeignet gewesen. Nirgendwo hätte Bismarck bessere Gelegenheit gehabt, das Judentum in seinen Schattenseiten und zugleich in seinen Vorzügen so gründlich zu beobachten, als in der Stadt, wo im Ghetto nebeneinander der Philosoph und der Hausierer, der große Bankier und der kleine Makler hausen, wo die weltbeherrschende Börse sowohl von jüdischen Wechslern als auch von Frankfurter Aristokraten, wie den Bethmanns, und anderen besucht wird. Hier war für einen so scharfen Beobachter wie Bismarck ein besonders dankbares Feld vorhanden, und die Entwicklung zeigt, daß Bismarck aus der Betrachtung seine Folgerungen gezogen hat. Gerade diese Veränderung, die im Staatsmann Bismarck vor sich geht, ist m. E. in der Öffentlichkeit nicht genügend gewürdigt worden.

Den ganzen Zuschnitt der Frankfurter Umwelt zeichnet uns ein guter Kenner der damaligen Verhältnisse, Valentin, in seinem trefflichen Bismarck-Büchlein[1]) in plastischer Weise:

„Die Stadt süddeutsch und bürgerlich in ihrem ganzen Charakter; ein stattlicher wichtiger Handel, wohlhabend nicht ohne Patriziat; verschiedene Typen darin; der Kreis der Senatoren streng, demokratisch, rechtsgelehrt, seit Generationen stolz und patriarchalisch; die große Kaufmannschaft weltgewandt, weltklug, mit Pariser Geschmacksrichtung, den bildenden Künsten mäzenatisch zugeneigt, daneben, damals noch beengt, aber eigenartig und würdesicher, die Judenschaft. Dies war die Oberschicht."

Mußten Eindrücke dieser Art nicht ganz entschieden einwirken auf den Mann, der aus den ländlichen Verhältnissen kam? Auf den Junker, der bisher nur zwei Menschenklassen kennen gelernt hatte, die Konservativen seines Schlages und den verhaßten Liberalismus. Hier sah er eine Aristokratie ganz anderen Schlages, eine rein städtische, auf kaufmännischer Tradition basierende Gesellschaftsschicht, die er schätzen lernte.

Als reaktionärer Junker mit Vorurteilen war Bismarck nach Frankfurt gezogen, als Staatsmann kehrte er 1859 von da zurück, um sich in Petersburg (1859—1862) den letzten diplomatischen Schliff zu holen. Nicht die

---

[1]) S. 31.

„Ochsentour der preußischen Bureaukratie" mit ihren Folgen, die Bismarck so sehr haßte, war er gegangen, sondern neue, eigene Wege. Wege, die der Ausbildung des Mannes, des Menschen, des Charakters, des Genies dienten. Paris waren dann noch „Sonnentage, diplomatische Ferientage." (Marcks).

Wie Bismarck sich in Frankfurt a. M. geändert hat, das geht aus einem Briefe hervor, den Keudell im Jahre 1857 an einen Freund schrieb, der in Sorge war, daß Keudell durch Bismarcks Einfluß in das reaktionäre Lager gedrängt werden könnte. Dieser Brief lautete:

„Beruhige Dich und freue Dich. Bismarck ist jetzt kein Parteimann mehr. Ich habe, wenn ich mit ihm zusammen war, täglich klüger und besser zu werden gefühlt ...... Gerade in der Unabhängigkeit des Denkens und Wollens fühle ich mich neu gestärkt durch ihn."

In seiner Frankfurter Tätigkeit am Bundestag hat sich Bismarck mit dem Judenproblem anscheinend wenig zu beschäftigen gehabt. Es ist dies zu schließen aus der sehr umfangreichen Korrespondenz, die Bismarck aus Frankfurt an seine vorgesetzte Behörde in Berlin richtete. In dieser Korrespondenz befinden sich nur 2 Briefe, die die Judenfrage behandeln, die aber dafür um so interessanter sind. Anscheinend hatte Bismarck schon bald nach seiner Übersiedlung nach Frankfurt Gelegenheit gehabt, mit jüdischen Kreisen in Berührung zu kommen, namentlich durch seine dienstlichen Beziehungen zum Bankhause Rothschild, und man geht wohl nicht fehl, wenn man die veränderte Haltung Bismarcks gegenüber den Juden auf die persönlichen Eindrücke zurückführt, die Bismarck in Frankfurt gewonnen hat. Anders wäre jedenfalls der etwas rasche Umschwung in der Gesinnung kaum zu erklären, denn in der Korrespondenz von 1853 tritt Bismarck sehr stark für die Frankfurter Juden ein. Es handelt sich damals um eine Eingabe von Österreichern bezw. österreichisch gesinnten Frankfurtern, die die Ausschließung der Juden von den ihnen kurz vorher verliehenen Bürgerrechten verlangte. Bismarck erkannte, daß es nicht im preußischen Interesse liegen würde, diesen Antrag zu unterstützen, und so ist infolge seiner Stellungnahme ein Beschluß des Bundestages, wonach den Frankfurter Juden ihr Bürgerrecht entzogen werden sollte, unterblieben! Diese Angelegenheit wird behandelt in dem vertraulichen Bericht Nr. 218 vom 5. Dezember 1853, betreffend die Verfassungsangelegenheit der Stadt Frankfurt[1]). Der Antrag, der im Bundestag einging, wird von Bismarck richtig erkannt als eine Frage „von solcher politischen Tragweite, daß für den Ausfall des zu fassenden Bundesbeschlusses nicht sowohl staatsrechtliche Gründe als politische Rücksichten entscheidend sein werden, und das um so mehr, als der erwähnte Antrag selbst von Anhängern einer bestimmten politischen

---

[1]) Vgl. Preußen im Bundestag 181—59. Dokumente der K. preuß. Bundestagsgesandtschaft. Leipzig 1882. Bd. 1.

Partei — der österreichisch-katholischen — ausgegangen ist und wesentlich die Erreichung von Parteizwecken zum Ziele hat".

Bismarck charakterisiert nun die Männer, die die Eingabe unterzeichnet haben, und er weist darauf hin, daß man es geflissentlich vermieden hätte, der Eingabe Unterschriften von anerkannten Katholiken zu geben. Anschließend führt er aus, daß die Tendenzen dieser Partei den politischen Interessen Preußens widerstreben, und er schreibt dann wörtlich:

„Bei einem solchen Vorgehen seitens der Leiter der österreichisch-katholischen Partei, hier, kann ich eine Unterstützung und Förderung ihrer Pläne nicht den politischen Interessen Preußens für entsprechend erachten .... Unter diesen Umständen stelle ich Ew. Exzellenz anheim, gestatten zu wollen, daß ich mich einer Unterstützung der Beschwerde enthalte."

Wie Bismarck in dem erwähnten Schreiben betont, wird die Nichtunterstützung der Beschwerde für Bismarck um so leichter sein, als Österreich durch gewisse Rücksichten, die es dem Hause Rothschild schuldet, gebunden ist, und er spricht die Vermutung aus, daß der Antrag vom österreichischen Präsidium benutzt würde, um ein Hilfsmittel bei finanziellen Unterhandlungen mit dem Hause Rothschild in Händen zu haben. Er sagt dazu wörtlich:

„Die Bedeutung dieses Hilfsmittels kann man nur dann richtig würdigen, wenn man weiß, welchen auffallenden hohen Wert alle Glieder der Familie Rothschild auf die Erlangung einer besseren politischen und sozialen Stellung gerade in ihrer Heimatstadt legen."

Infolge des Berichts erhielt Bismarck durch Erlaß vom 9. Dezember 1853 die Mitteilung:

> Der Minister Manteuffel erklärt sich damit einverstanden, daß Herr v. Bismarck unter den dargelegten Umständen im Verfassungsausschuß einer Unterstützung der Beschwerde sich enthalte.

Am 19. Dezember 1853 macht Bismarck einen neuen Bericht (Nr. 224) über die Verfassungsangelegenheit, und er schildert dabei die Behandlung der Eingabe im Ausschuß: Der Vertreter Österreichs hielt damals eine außerordentliche Lobrede auf die Juden, die sichtlich einen politischen Zweck hatte, und Bismarck sagt mit Recht, „der jüdische Scharfsinn wird sich durch die warme, man kann sagen übertriebene Lobrede Prokeschs nicht täuschen lassen, welche der Herr von Prokesch dem Volke des Freiherrn von Rothschild in seinem Vortrag zollte." Unterstützt wurde die Eingabe gegen die Juden durch den sächsischen Gesandten von Nostitz. Entsprechend der Anweisung des Ministerpräsidenten enthielt Bismarck sich einer Unterstützung der Beschwerde, und infolgedessen ist die Angelegenheit in der Bundesversammlung nicht wieder zur Sprache gekommen. Wenn Bismarck auch, wie schon eingangs angedeutet, im vorliegenden Falle die judenfeindlichen Treibereien der Eingabe richtig durchschaut hatte, so war für ihn das treibende Moment doch unstreitig die Erkenntnis, daß es sich um

Machenschaften handelte, deren Tendenz mit dem preußischen Interesse nicht parallel lief, daß er sich nicht dazu hergeben wollte, Österreich die Kastanien aus dem Feuer zu holen.

In Frankfurt hatte Bismarck besonders Gelegenheit, mit dem Bankier Rothschild in Verbindung zu treten. Schon in einem der ersten Briefe, die Bismarck von Frankfurt an seine Frau schrieb (v. 18. 5. 51) erwähnt er, daß „dem Gelde nach Rothschild der vornehmste" sei. Aus den späteren Briefen Bismarcks geht deutlich hervor, daß er für den alten Rothschild, obwohl er sehr ausgesprochen jüdische Eigenschaften hatte, eine gewisse Sympathie empfunden hat und daß diese Sympathie auch von der anderen Seite geteilt wurde. Bismarck macht sich zwar über verschiedene Gepflogenheiten des alten Rothschild und besonders über seinen jüdisch-deutschen Jargon zuweilen lustig; aber er hat, das geht aus manchen Aufzeichnungen hervor, vor ihm doch einen beträchtlichen Respekt. Andererseits aber spricht auch Rothschild deutlich aus, wie ihm Bismarck imponierte, was er auch bei den verschiedensten Gelegenheiten beweist. So z. B. schrieb Bismarck in seinem Brief vom 18. Juni 1851 an seine Frau von der Einladung beim „Baron Amschel" und in einem anderen Briefe (vom 28. 6. 51) erwähnt er den alten Rothschild, „der mir gefällt, weil er eben ganz Schacherjude ist und nichts anderes vorstellen will, dabei ein streng orthodoxer Jude, der bei seinen Diners nichts anrührt und nur gekauschertes ißt." In dem gleichen Brief schildert er dann auch, wie ihm Rothschild eine Pflanze, die ihn 2000 Gulden gekostet hat, schenken wollte, weil er ihn „so aufrichtig schätze."

In einem Briefe, den Bismarck unter dem 16. März 1853 an den General Leopold von Gerlach richtete, wirft der Bundestags-Gesandte ein sehr interessantes Licht auf die Rivalität zwischen den Frankfurter Bankhäusern Rothschild und Bethmann. Rothschild war zum Preußischen Hofbankier ernannt worden. Das erregte nun den Konkurrenzneid der Bankfirma Bethmann, über den sich Bismarck wie folgt äußerte:

„Es ist möglich, daß der hiesige preußische Consul von Bethmann durch Vermittlung des Prinzen von Preußen um Verleihung des Johanniter einkommt. Bethmann behauptet, der Prinz wolle es befürworten. Es geht aber durchaus nicht. Der Orden würde erstaunlich im Kurse dadurch gedrückt werden, während sich bis jetzt fürstliche Personen eifrig um ihn bewarben. Dieser Consul ist ohnehin von wenig Nutzen für uns. Es gibt viel bessere hier, und er trieb die Abgeschmacktheit soweit, daß er mit seiner Demission droht, wenn die Beleidigung, die ihm durch Rothschilds Ernennung zum Hofbankier widerfahren sei, nicht durch den Johanniter gesühnt werde. Dabei erklärte er, daß ihm selbst mit der Kategorie der „Hoflieferanten" in keiner Weise gedient gewesen wäre. Ich finde unseren Orden zu gut, um dergleichen Börsen-Rivalitäten zur Nahrung zu dienen

und genügt dem Manne die unverdiente Ehre, Konsul zu sein, nicht, so mag er es sagen.

gez. v. Bismarck."[1])

Ehe Bismark in das Ministerium berufen wurde, befaßte sich die preußische Regierung in Berlin mit der Frage, ob die im § 2 des Juden-Gesetzes vom Jahre 1847 enthaltenen „die Juden von gewissen Staatsämtern ausschließenden Bestimmungen durch § 4 und § 12 der Verfassung als aufgehoben zu erachten seien." Über diese Frage wurde in der Sitzung des Staats-Ministeriums vom 4. Januar 1860 abgestimmt. Die Frage wurde mit 6 gegen 4 Stimmen bejaht, und zwar stimmten dagegen die Minister von der Heydt, Simons, Roon und Bethmann Hollweg. Dieser letztgenannte ist identisch mit dem Gegner Bismarck's v. Bethmann Hollweg, der seinerzeit bei dem König die Entlassung Bismarcks angeregt hatte. Er war derselbe Bethmann Hollweg, der am 15. Juni 1866 an den König Wilhelm I. von Bismarck schrieb, daß er ein Mann sei, „der für den Staat, den er führt, lebensgefährlich ist. Sein Tun ist voller Widersprüche." — — — —

Von dem Augenblick an, wo Bismarck Staatsmann wurde, hat er sich jeder Bemerkung gegen die Juden enthalten. Das stellt auch Maximilian Harden, der genau über das Verhältnis zwischen Bismarck und den Juden, vor allem aus dem eigenen Munde des Kanzlers, unterrichtet war, fest, indem er in der „Zukunft Nr. 31", Jahrgang 1893 ausführt:

„Nach dieser ersten Rede hat Bismarck sich öffentlich und ausführlich nie wieder über die Judenfrage ausgesprochen; nirgends, auch in seinen bisher bekannten Briefen nicht, findet man die Spur antisemitischer Regungen und mit Recht konnte neulich Herr Stöcker darüber klagen, daß er vom früheren Kanzler nie ein Wort gegen die Juden gehört habe. Unter dem Ministerium Bismarck fielen 1869 die letzten Schranken der Emanzipation, nachdem der Deichhauptmann zum Staatsmann geworden war und bei Bleichröder für seine nationalen Pläne ein rascheres Verständnis gefunden hatte als bei den Ariern der Opposition.

Die Ubiquität des Genies, von der Goethe einmal spricht, zeigte sich bei Bismarck auch darin, daß er sich bei dem vergeblichen Bemühen, im Mittelpunkt Europas die Juden wieder unter ein Fremdenrecht zu zwingen, nicht aufhielt und sofort erkannte, welche Vorteile die Vermischung zweier Rassen gerade im status nascendi des Reiches bringen konnte."

Wenn man die Reden Bismarcks aus den 40iger Jahren ausgräbt, um daraus nachzuweisen, daß Bismarck während seines ganzen Lebens ein

---

[1]) Abgedruckt in: „Bismarcks Briefe an den General Leopold von Gerlach, Seite 68. Herausgegeben von Horst Kohl. Berlin 1896.

Judengegner gewesen sei, dann beweist man damit, daß man für das Wesen Bismarcks kein Verständnis hat. Denn in der Tat ist gerade hier die Wandlung in Bismarck für jeden Psychologen unverkennbar. Sie läßt sich deutlich nicht nur in seinen Regierungsmaßnahmen, sondern auch in seinen Reden und Schriften feststellen; sie wird durch die Einsicht in die Akten nur noch verstärkt. Aber interessant ist es, daß, während man auf der einen Seite in den Kreisen der Antisemiten bemüht war, die Bismarck'schen Worte auszugraben und für Parteizwecke auszunützen, man auf der anderen Seite diese Tätigkeit damals in einigen anderen antisemitischen Kreisen nicht einmal gern sah; denn es hat eine Zeit gegeben, in der zahlreiche Antisemiten von Bismarck gar nichts wissen wollten. Das war, als Bismarck sich weigerte, eine von ihnen gewünschte judenfeindliche Politik zu treiben. So schreibt z. B. das antisemitische Blatt „Freideutschland" vom 2. Juni 1896 gerade im Hinblick auf das Ausnützen früherer Bismarckreden durch die antisemitische „Staatsbürger-Zeitung": „Gewisse Blätter (namentlich die „Staatsbürger-Zeitung" ist stark darin) reiten immer noch herum auf einer gänzlich verschimmelten „forschen" Judenrede aus den 40er Jahren!!! Herrgott ist das lange her. Wir schreiben jetzt 1896 und die ganze Zwischenzeit bildet für Bismarck die vollständige Verleugnung, man kann fast sagen, einen schnöden Verrat seiner verschimmelten Judengegnerschaft aus uralter Zeit!"

Und in der Tat, wer objektiv die geschichtliche Entwicklung prüft, der muß zugeben, daß das antisemitische Organ im Kampfe gegen sein Schwesterblatt Recht hat.

Hat der jugendliche Bismarck 1847 gesagt, daß er den Juden alle Rechte gönne, nur nicht das, in einem christlichen Staat ein obrigkeitliches Amt zu bekleiden, so führte der Ministerpräsident Bismarck 1869 die gesetzliche Festlegung der Gleichberechtigung der Juden herbei. Im Norddeutschen Bund wird das Gesetz beschlossen. Im Bundesrat stimmten nur die Vertreter der beiden Mecklenburg dagegen.

Zwar war bereits vor dem Gesetz von 1869 theoretisch in Norddeutschland die Gleichberechtigung der Juden eingeführt. Sie bestand in der Hauptsache nicht in Mecklenburg. Dort hatten die Juden noch nicht die gleichen Rechte. Insbesondere durften dort die Juden eine Reihe von Rechten nicht ausüben, die mit dem Grundbesitz verknüpft waren. Aber davon abgesehen, hatten vielfach die Juden in Norddeutschland keine Möglichkeit, Staatsämter zu bekleiden, und vor dem Jahre 1869 konnte insbesondere ein Jude kein Richter werden. Bismarck selbst hat später, als er von dem Gesetz der Gleichberechtigung der Juden sprach, darauf hingewiesen, daß er sich noch genau der Zeit erinnere, in der die Juden in bestimmten Gegenden nicht übernachten durften. In den kleineren Städten waren die Juden ganz anderen gesetzlichen Bestimmungen unterworfen als die übrige Bevölkerung. Mit diesen mittel-

alterlichen Verhältnissen räumte nun das Gesetz von 1869 grundsätzlich auf. Alle die Bestimmungen, die im Widerspruch mit der Gleichberechtigung standen, wurden beseitigt und erst durch die Tat Bismarcks konnten Juden in Deutschland Staatsämter bekleiden.

Allerdings entstammte das Gesetz nicht der Initiative Bismarcks, sondern der des Norddeutschen Bundestages. Im Jahre 1867 hatten die norddeutschen Staaten sich zu einem besonderen Bunde zusammengeschlossen und gleich im ersten Jahre beschloß der Norddeutsche Bundestag, den Bundeskanzler zu ersuchen, ein Gesetz vorzulegen, das alle noch bestehenden, aus der Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses hergeleiteten Beschränkungen der bürgerlichen Rechte aufheben sollte. Dieser Antrag wurde zunächst in den Ressorts verhandelt und auch mit den im Norddeutschen Bunde vereinigten Staaten besprochen. Daraus erklärt es sich, daß dem Wunsche des Norddeutschen Bundestages nicht so schnell entsprochen werden konnte, wie er gewünscht hatte. Der Widerstand scheint hier besonders in Mecklenburg gelegen zu haben, das der Änderung des bestehenden Zustandes nicht zustimmen wollte. Als trotz mehrfacher Mahnung ein entsprechendes Gesetz im Jahre 1869 noch nicht vorgelegt war — am 13. März 1869 hatte der Präsident des Norddeutschen Bundestages die Erklärung abgegeben, daß die Sache aus dem Justiz-Ausschuß demnächst an den Bundestag gelangen werde — brachte der Abgeordnete Wiggers in der Sitzung vom 4. Mai 1869 den Antrag ein, welcher folgenden Wortlaut hatte: „Alle noch bestehenden, aus der Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses hergeleiteten Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte werden hierdurch aufgehoben. Insbesondere soll die Befähigung zur Teilnahme an der Gemeinde- und Landverwaltung und zur Bekleidung öffentlicher Ämter vom religiösen Bekenntnis unabhängig sein.“ Am 2. Juni 1869 wurde über den Gesetz-Entwurf im Plenum des Nordeutschen Bundestages verhandelt. Der Regierungsvertreter — es war der nachmalige Minister des Innern, Geheimrat von Puttkamer — gab die Erklärung ab, daß dem Bundesrat ein Vorschlag des Justiz-Ausschusses vorliege, der im wesentlichen mit dem von Wiggers eingebrachten Antrag übereinstimme. Gegen den Vorschlag sprach der mecklenburgische Abgeordnete Graf von Bassewitz. Der Gesetz-Entwurf wurde in allen drei Lesungen mit großer Mehrheit angenommen, und nun hatte der Bundesrat zu entscheiden. Auf Vorschlag Bismarcks wurde von einer besonderen Stellungnahme der preußischen Regierung Abstand genommen. Diese stimmte vielmehr im Plenum des Bundesrates mit allen Stimmen dafür. Das Gesetz wurde am 3. Juli 1869 als Gesetz des Norddeutschen Bundes publiziert und war in Kraft bis zur Reichsverfassung, wo der Grundsatz der Gleichberechtigung aller Religionen ausgesprochen ist. Nachstehend gebe ich den Wortlaut des Gesetzes mit den nach den Originalakten photographierten Unterschriften Wilhelms I. und Bismarcks wieder:

Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc. verordnen im Namen des Nord-deutschen Bundes, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages, was folgt:

Einziger Artikel.

Alle noch bestehenden, aus der Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses hergeleiteten Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte werden hierdurch aufgehoben. Insbesondere soll die Befähigung zur Teilnahme an der Gemeinde- und Landesvertretung und zur Bekleidung öffentlicher Ämter vom religiösen Bekenntnis unabhängig sein.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Bundes-Insiegel.

Gegeben Schloß Babelsberg, den 3. Juli 1869.

Dieses Gesetz vom 3. Juli 1869 ist von den Juden nie genügend beachtet worden. Gewiß, für Preußen schaffte es keine besonderen Verhältnisse, wohl aber beseitigte es den letzten Rest der gesetzlich zulässigen Zurücksetzung der Juden in Mecklenburg, und gerade die mecklenburgischen Verhältnisse sind es gewesen, die Bismarck immer im Auge hatte, wenn er von diesem Gesetz sprach. Er hat mehrfach darauf hingewiesen, daß gerade er es gewesen sei, der den Juden in Deutschland die gleichen Rechte verschafft habe und daß es seine Unterschrift war, die alle bestehenden gesetzlichen Schranken aufhob. Wenn auch materiell, wie erwähnt, das Gesetz keine so große Rolle spielte, so war damit ideell doch zum ersten Male als Grundsatz für den ganzen Norddeutschen Bund ausgesprochen, daß kein Staat deutsche Staatsbürger wegen ihrer Zugehörigkeit zur jüdischen Religion gesetzlich anders stellen durfte, und das war in der Tat keineswegs gering zu veranschlagen. Es ist deshalb durchaus zu begreifen, daß Bismarck die Ansicht vertrat, mit diesem Gesetz den Juden einen besonders großen Dienst

geleistet zu haben, und wenn er später zuweilen über die Undankbarkeit der Juden klagte, so hatte er dabei immer das Gesetz von 1869 im Auge, das mit den Verhältnissen aufräumte, die er noch in der Erinnerung hatte. Wenn in späteren Zeiten Bismarck von sich gesagt hat, daß kein Staatsmann für die Juden soviel getan habe, wie er, so ist das vielleicht etwas übertrieben. (Man denke nur an Hardenberg). Immerhin muß man sich vor Augen halten, welche gewaltige Wandlung es darstellt, wenn derselbe Bismarck, der $1^1/_2$ Jahrzehnte vorher ein Judengegner gewesen ist, seinen Namen an erster Stelle unter das Gesetz geschrieben hat, das noch heute den Antisemiten einen Stein des Anstoßes bedeutet, und mehr als einmal ist Bismarck während seiner Amtstätigkeit aufgefordert worden, gerade dieses Gesetz von 1869 wieder zurückzuziehen, eine Zumutung, die Bismarck aber stets mit Entschiedenheit von sich gewiesen hat. In der Tat stellt das Gesetz von 1869 einen sehr deutlichen Wendepunkt in der Geschichte der Judenpolitik des Norddeutschen Bundes und damit zugleich auch des damals vorbereiteten Ausbaues der Reichseinheit dar. . . . .

Hatte der Bismarck von 1847 scharfe Worte gegen die Zivilehe gebraucht, so war er es, der in Deutschland die Zivilehe gesetzlich einführte und zwar in der Zeit als Falk Kultusminister war. 1847 hatten die Deutsch-Katholiken im Landtage die Zivilehe verlangt. Bismarck sprach damals, wie erwähnt, dagegen. Es wurde dann als Aushilfsmittel die sogenannte „Not-Zivilehe“ geschaffen, durch die solchen Personen, die aus irgend einem Grunde die kirchliche Eheschließung nicht erlangen konnten, die Eingehung der Ehe vor einem bürgerlichen Beamten ermöglicht wurde.

Die Erfüllung der Wünsche auf Eingehung der unbeschränkten Zivilehe wurde gewährt durch das Reichsgesetz vom 6. Februar 1875, das die Unterschrift Bismarcks trägt und welches unter Beseitigung aller früheren Vorschriften für das gesamte Gebiet des Deutschen Reiches die obligatorische Zivilehe einführte. Hier ist also wieder ein besonders typisches Beispiel für einen starken Widerspruch zwischen dem Bismarck von einst und dem Bismarck als Staatsmann. Natürlich haben die Konservativen sich diesen Umschwung nicht entgehen lassen, und gerade der Abgeordnete v. Gerlach ist es gewesen, der Bismarck bei dieser Gelegenheit seine früheren Reden vorhielt. Damals behauptete die „Germania“, daß Bismarck den Widerstand des alten Kaisers gegen die Zivilehe gebrochen hätte. Bismarck bestreitet aber in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ die Richtigkeit dieser Angabe. Er gibt zu, daß eine Abneigung des Kaisers bestanden habe, dieser sei aber überwunden worden durch den Druck, den die Majorität der Minister auf den Kaiser ausübte und der so weit ging, daß Kaiser Wilhelm zu wählen hatte zwischen der Annahme des Gesetzes über die Zivilehe oder einer Neubildung des Kabinetts. Bei dieser Gelegenheit hat dann Bismarck dem Könige geraten, bei der Wahl

zwischen obligatorischer Zivilehe und Ministerwechsel für die obligatorische Zivilehe einzutreten. In den „Gedanken und Erinnerungen" heißt es da wörtlich:

„Unzweifelhaft war seine (d. h. des Königs) Abneigung gegen die Zivilehe noch größer als die meinige. Ich hielt mit Luther die Eheschließung für eine bürgerliche Angelegenheit und mein Widerstand gegen die Anerkennung dieses Grundsatzes beruht ja auf Achtung vor der bestehenden Sitte." (G. u. E. Seite 164).

Hier äußert sich also Bismarck über die Zivilehe ganz anders als in der Rede, die er früher im Vereinigten Landtag gehalten hat. Als die Konservativen, mit denen kurz vorher der Bruch erfolgt war, Bismarck den Umfall in der Frage der Zivilehe vor Augen hielten, und wie erwähnt, v. Gerlach Bismarck auf seine früheren Reden verwies, da antwortete Bismarck wörtlich:

„Ich habe mich noch niemals geschämt, eine Meinungsänderung in meiner Stellung einzuräumen, wenn die Umstände mich nötigen, entweder in etwas nachzugeben oder mich zu überzeugen, daß es so, wie ich es wollte, im Interesse des Landes eben nicht geht ...... Ich treibe keine Fraktionspolitik als Minister, sondern ich habe gelernt, meine persönliche Überzeugung den Bedürfnissen des Staates unterzuordnen."

War der Bismarck von 1848 konfessionell intolerant, so ist der spätere Bismarck bestrebt gewesen, die Toleranz so weit zu üben, wie er es für möglich gehalten hat, wobei er freilich häufig in Widerspruch zu dem geriet, was von anderer Seite als tolerant angesehen wurde. Immerhin sagt er in den „Gedanken und Erinnerungen" wörtlich: „Ich bin in konfessioneller Beziehung jederzeit tolerant gewesen bis zu den Grenzen, die die Notwendigkeit des Zusammenlebens verschiedener Bekenntnisse in demselben Staatsorganismus den Ansprüchen eines jeden Sonderglaubens zieht."

Während nun Bismarck über Katholizismus, über Kulturkampf und über die Jesuiten in seinen „Gedanken und Erinnerungen" manches sagt, findet sich in den drei Bänden über das Judentum nichts, wohl ein Beweis, daß Bismarck in seiner Stellung zum Judentum keine besonders hervorzuhebenden Momente erblickte. Hättte Bismarck als Staatsmann denselben Standpunkt eingenommen, wie im Vereinigten Landtag, dann hätte er sich sicher auch in den „Gedanken und Erinnerungen" mit der Jüdischen Frage auseinander zu setzen gesucht. Aber das war für ihn von dem Augenblick an, wo er als Staatsmann an verantwortlicher Stelle stand, kein Problem mehr. Er ist es gewesen, der den Juden die gleichen bürgerlichen Rechte verschafft hatte und seiner Auffassung nach hat er damit den Juden gegeben, was zu geben war.

Eine ungeheure Schwierigkeit in der Judenfrage bildete für Bismarck die Tatsache, daß die Juden der damaligen Zeit sich zu einem erheblichen Teile im

Lager der Opposition befanden und die Opposition, die Bismarck tötlich haßte, das war der Freisinn. Mit den Konservativen hatte Bismarck einen Streit, der ähnlich wie Zwistigkeiten in Familien sehr heftig war, der aber wieder beigelegt wurde. Mit dem Zentrum kämpfte er den Kulturkampf, kam aber später mit dieser Partei wieder zusammen. Für die Ideen der Sozialdemokratie hatte er kein Verständnis; sie durch das Sozialistengesetz niederzukämpfen, hielt er für möglich. Die Partei aber, die Bismarck dauernd Opposition machte und die er aus den Tagen der Konfliktszeit 1863 her in sehr übler Erinnerung hatte, das war der Freisinn. Gegen diese Partei gab es für Bismarck weder Sozialistengesetz noch Kulturkampf; es fehlte hier Bismarck an Waffen gegen eine Gruppe, von der er große Gefahren für seine Schöpfung — das neue Reich — befürchtete. Es ist bekannt, daß er den Freisinnsführer Virchow zum Duell herausgefordert hatte, daß er dauernd in einem scharfen Gegensatz zu Eugen Richter stand. Nun ist es kein Zufall, daß gerade im Freisinn Juden stärker vertreten waren als in andern Parteien; historisch zu erklären, weil gerade der Freisinn es gewesen, der dauernd für die Emanzipation der Juden eingetreten ist. Daß der Freisinn von damals sich in seiner Kampfesart gegen Bismarck taktisch nicht immer sehr klug benommen hat, nicht immer sehr weitschauend war, das wird heute niemand bestreiten. Man lese nur einmal die Reden, die die freisinnigen Führer über Bismarcks Politik seinerzeit gehalten haben, um zu begreifen, warum Bismarck dem Freisinn mit einer so ausgesprochenen Kampfstellung gegenüberstand. Aber gerade wenn man sich diese Tatsachen vor Augen hält, dann ist die Objektivität, mit der Bismarck als Staatsmann der Judenfrage gegenüberstand, um so bemerkenswerter.

In seinen Unterhaltungen hat denn Bismarck sich oft abfällig über die freisinnigen Abgeordneten ausgesprochen; so u. a. findet sich ein Niederschlag in den Tagebüchern von Moritz Busch, wo eine Unterredung mit dem Reichskanzler aus dem Jahre 1881 wiedergegeben wird. Damals machte Bismarck Bemerkungen über die Abgeordneten Bamberger, Rickert (den er fälschlicherweise für einen Juden hielt) und Lasker. Diese Unterredung ist aber ganz besonders lehrreich, denn sie kennzeichnet deutlich die Wandlung, die in Bismarck vor sich gegangen war. Trotzdem er die freisinnigen Abgeordneten mit geringer Liebenswürdigkeit behandelt, sagt er wörtlich:

„Ich mache bei den Juden einen Unterschied. Die Reichgewordenen sind nicht gefährlich, die gehen nicht auf die Barrikaden und zahlen pünktlich ihre Steuern. Die Strebsamen sind es, die noch nichts haben, besonders die von der Presse, doch sind auch hier wohl die Christen die schlimmsten und nicht die Juden.“

Hieraus ersehen wir sehr klar, daß Bismarck den Juden gegenüber einen ganz anderen Standpunkt einnimmt als früher.

Kennzeichnend für die veränderte Auffassung Bismarcks vom Judentum ist ferner das Gespräch, das er am 25. September 1870 im Hauptquartier hatte. Man kam auf die Juden zu sprechen, und Busch, der selbst Antisemit ist, gibt die Worte Bismarck's wieder. Es heißt da: „.....Sie haben doch eigentlich keine rechte Heimat, etwas allgemein europäisches, kosmopolitisches, sind Nomaden. Ihr Vaterland ist Zion (zu Abeken Jerusalem). Sonst gehören sie der ganzen Welt an, hängen durch die ganze Welt zusammen. Nur der kleine Jude hat so etwas wie Heimatgefühl. Auch gibt es unter diesen gute, rechtschaffene Leute. So war da einer bei uns in Pommern, der handelte mit Häuten und ähnlichen Produkten. Das muß einmal nicht gegangen sein, denn er wurde bankerott. Da kam er dann zu mir und bat mich, ich solle ihn schonen und meine Forderung nicht anmelden. Er würde mich schon bezahlen, wenn er könnte, nach und nach. Nach alter Gewohnheit ging ich darauf ein, und er zahlte wirklich. Noch als Bundestags-Gesandter in Frankfurt a. M. bekam ich Abzahlungen von ihm und ich glaube, daß, wenn ich überhaupt etwas, so noch weniger als andere verloren habe. Solcher Juden wird es freilich nicht viele mehr geben. Auch haben sie übrigens ihre Tugenden: Respekt vor den Eltern, eheliche Treue und Wohltätigkeit wird ihnen nachgerühmt."[1])

Es ist interessant, zu sehen, welche Eigenschaften hier Bismarck den Juden anrechnet. Bei späterer Gelegenheit hat Bismarck andere Eigenschaften der Juden hervorgehoben. So erwähnt er z. B. im Jahre 1892 Arbeitsamkeit und Sparsamkeit, ihre Nüchternheit, ihren geschäftlichen Mut und das Fernbleiben von Spiel, Liederlichkeit und Trunk. Wenn er hier die menschlichen Eigenschaften so hervorhebt, so liegt das daran, daß ihm diese persönlich besonders sympathisch gewesen sind. Bismarck selbst ist ja — was auch seine erbittertsten Feinde zugeben — ein mustergültiger Ehemann gewesen, und er unterscheidet sich da sehr vorteilhaft von anderen führenden Staatsmännern der Weltgeschichte. Die gleichen guten Eigenschaften bei anderen zu finden, mußte ihm besonders erwähnenswert erscheinen. Während nun Freunde und Feinde bei Bismarck diese guten Eigenschaften hervorheben, hat neuerdings ein Ästhetiker versucht, gerade diese Seite Bismarcks in einem anderen Lichte darzustellen. Karl Scheffler spricht in seinem Bismarckbuch, „von einer geradezu pedantischen Abneigung gegen erotische Abenteuer. Von früh an war ihm das Erotische fatal. Darin war er ein merkwürdig reiner Mensch, darin war er fast philiströs". Wer Bismarck liebt, der wird über diese Auffassung nur den Kopf schütteln können. Gerade die Liebe, die Bismarck mit seiner Gattin verkettet, ist etwas so Reines, daß die übergeistreichen Schlußfolgerungen Schefflers auf diesem Gebiet absolut unangebracht sind.

Nichts charakterisiert den Umschwung Bismarcks in der Stellung den Juden

---

[1]) Vgl. Busch, Tagebücher, Band I Seite 237.

gegenüber so sehr, als eine Unterredung, die Bismarck am 10. Januar 1871 im Hauptquartier hatte. Hatte Bismarck sich als Junker sehr scharf gegen die Zivilehe ausgesprochen und in geradezu höhnischer Form über die Mischehe, so äußert sich der Staatsmann von Versailles ganz anders. Das Gespräch ist von Moritz Busch aufgezeichnet worden und da Busch, wie erwähnt, selbst Antisemit ist und Bismarck bekanntlich die Korrekturabzüge des Busch'schen Werkes vor Erscheinen gelesen hat, so ist kein Zweifel an der Richtigkeit der Darstellung möglich. Busch erzählt, daß die Rede auf die Juden gekommen sei und Bismarck habe dann scherzweise gesagt, er sei der Meinung, daß „die Juden durch Kreuzung unschädlich gemacht werden" müßten. Die Resultate der Rassenkreuzung seien nicht übel. Bismarck habe im Anschluß daran einige Adelshäuser genannt wie: Lynar, Styrum und Gusserow und bemerkt: „Alles ganz gescheute nette Leute." Hierzu schreibt dann Busch wörtlich: „Dann fügte er nach einigem Nachdenken und nach Auslassung eines Zwischengedankens, der wahrscheinlich auf die Verheiratung vornehmer christlicher deutscher Baronessen mit reichen oder talentvollen Israeliten ging, hinzu:

„Übrigens ist es wohl umgekehrt besser, wenn man einen christlichen Hengst von deutscher Zucht mit einer jüdischen Stute zusammenbringt. Das Geld muß wieder in Umlauf kommen, und es gibt auch keine üble Rasse. Ich weiß nicht, was ich meinen Söhnen einmal raten werde." (Citiert bei Busch Seite 33).

Hier finden wir einen Gedanken vertreten, den Bismarck später bei einer anderen Gelegenheit in ähnlicher Weise ausgesprochen hat. So hat er im Jahre 1892 sich zu Hermann Hofmann geäußert:

„Die Juden bringen in die Mischung der verschiedenen deutschen Stämme ein gewisses Mousseux, das nicht unterschätzt werden sollte."

Als Busch die Bemerkung Bismarcks über die Rassenkreuzung zum ersten Mal wiedergab (und zwar in seinem Buche: „Unser Reichskanzler",) da fügte er den Worten Bismarcks folgenden Satz an:[1])

„Es war das eine scherzhafte Rede inter pocula aber wohl nicht ganz ohne ernsthaften Untergrund, und dann wird man nicht behaupten können, der Kanzler stehe der semitischen Rasse mit Vorurteilen gegenüber."

Den Gedanken der Rassenkreuzung zwischen „christlichem Hengst und jüdischer Stute" — der Bismarck von den Fanatikern der Rassereinheit so sehr verübelt wurde — hat der Kanzler, wie mir berichtet wird, in Tischgesprächen mehrfach zum Ausdruck gebracht. Bismarck, der ja stets an praktische Verhältnisse dachte, schwebten vermutlich damals Erfahrungen aus seinen landwirtschaftlichen Betrieben vor. Im übrigen deckt sich hier in dieser Beziehung der Standpunkt Bismarcks mit Nietzsche, der dem „adeligen Offizier aus

---

[1]) Busch Band I Seite 153 „Unser Reichskanzler."

der Mark" durch Kreuzung mit Juden „das Genie des Goldes und der Geduld und vor allem etwas Geistigkeit ..... hinzuzüchten" möchte.[1])

Der Unterschied in der Auffassung des Bismarck der zweiten Periode gegenüber dem Bismarck der ersten Periode tritt in einer Reihe von Reden deutlich in die Erscheinung. Hatte der „Junker Bismarck" die Gleichberechtigung der Juden völlig abgelehnt, war es ihm eine Selbstverständlichkeit, daß Preußen ein christlicher Staat ist, so hat der reife Staatsmann einen entgegengesetzten Standpunkt vertreten, u. a. in der Rede vom 30. Januar 1872. Da sagt er wörtlich:

„Sobald wir den Staat in konfessionelle Stücke schneiden, an welchen jede Konfession ihren verhältnismäßigen Anteil haben muß, so kommt auch noch die ganz beträchtliche Kopfzahl der jüdischen Bevölkerung in Betracht, deren Mehrzahl sich ja durch besondere Befähigung und Intelligenz für Staatsgeschäfte auszeichnet."

Selten hat Bismarck einer Volksschicht eine derartige ehrende Charakterisierung erteilt. Gleichzeitig sagt in derselben Rede Bismarck sich los von dem Standpunkt des konfessionellen Staates, indem er ausführt:

„Konfessionell kann eine Regierung nur dann auftreten, wenn sie eine Staatsreligion hat. Eine solche haben wir nicht."

Die Kreuzzeitung hatte in ihrer Nr. 269 vom 12. Juni 1921 gegen das vorstehend wiedergegebene Zitat in einem selbst für journalistische Begriffe ungewöhnlich oberflächlichen Aufsatz Stellung genommen und darauf hingewiesen, daß der stenographische Bericht über die Rede Bismarcks vom 30. Januar 1872 an der oben erwähnten Stelle, wo von der Befähigung der Juden die Rede ist, „große Heiterkeit" verzeichnet. Eine der Redaktion der Kreuz-Zeitung eingesandte Widerlegung wurde — entgegen den Gepflogenheiten der anständigen Presse — nicht zum Abdruck gebracht!

Ein Journalist sollte soviel Ahnung vom parlamentarischen Leben haben, um zu wissen, daß man aus einer derartigen Bemerkung im stenographischen Bericht absolut keine Schlußfolgerungen ziehen kann auf das, was der Redner gemeint hat.

Es war mir jedenfalls eine Genugtuung, daß in der gleichen Zeit, in der der Angriff der Kreuz-Zeitung gegen meine Veröffentlichungen in der Kölnischen Zeitung erschien, einer der besten Mitarbeiter Bismarcks, der kaiserliche Gesandte a. D. Exzellenz Raschdau mir schrieb:

---

[1]) In Übereinstimmung mit diesen Gedanken schreibt der Berliner Arzt Geheimrat Dr. Richard Paasch: „Es ist nicht zu leugnen, daß, im Gegensatz zu andauernder Inzucht, eine Kreuzung zwischen Angehörigen verschiedener Rassen im Einzelfall von glänzendem Erfolg gekrönt sein kann. Romanisches, keltisches, slavisches, semitisches Blut treibt als gelegentlicher Zusatz an einem germanischen Stamme zuweilen ein Reis von überraschend schöner Eigenart. (Gesundheit und Lebensklugheit, Leipzig 1913. Seite 78).

„Ihre Artikel über die Stellung des großen Kanzlers zur Judenfrage entsprechen überall der Auffassung, die ich persönlich über diese gewiß nicht uninteressante Frage habe gewinnen können, und ich könnte das von Ihnen Gesagte durch mancherlei Äußerungen des Fürsten, die er in meiner Gegenwart, besonders später in Friedrichsruh, gemacht hat, bestätigen. Als Staatsmann (verschieden von seiner Jugendzeit) hat er die Judenfrage und den Antisemitismus nicht aus Empfindungen heraus, sondern auf Grund reicher Menschenkenntnis beurteilt."

In einem weiteren Briefe schreibt mir Exzellenz Raschdau u. a.:

„So oft ich den Fürsten B. die Judenfrage berühren oder über einen Juden sprechen hörte, hat er das mit einer gewissen Objektivität, etwa so wie ein Arzt über den Operationsgegenstand redet. Eine persönliche gegen die „Rasse" gerichtete Abneigung war nicht zu erkennen, auch dann nicht, wenn ihm die gerade in Rede stehende Persönlichkeit unsympatisch war und er den jüdischen Charakter dabei betonte."

Aus früheren Zeitungsnotizen habe ich feststellen können, daß Fürst Bismarck bei den Unterredungen, die er Maximilian Harden gewährte, sich auch über seine Stellung zur Judenfrage ausgesprochen hat. Ich gehe wohl nicht fehl, wenn ich annehme, daß der Niederschlag dieser Gespräche in dem Aufsatz: „Fürst Bismarck und der Antisemitismus" zu finden ist, der in der Zukunft Nr. 31, Jahrgang 1893, abgedruckt ist. Hier verneint Harden, daß Bismarck ein Antisemit gewesen ist, und man wird dieses Zeugnis um so höher bewerten können, als es zu Lebzeiten Bismarcks erschienen ist, und damals auszugsweise durch ein Telegraphen-Büro an die ganze Presse gesandt wurde. Am Schluß seiner Ausführungen faßt Harden das Ergebnis in folgenden Worten zusammen:

„Fürst Bismarck ist niemals der Mann der Vertuschungen und Leisetretereien gewesen. Er hat um den Beifall der Antisemiten so wenig wie um den der Philosemiten gebuhlt, und er macht kein Geheimnis daraus, daß er auch heute zu keiner der beiden Parteien sich gesellen kann. Er glaubt, daß gewisse jüdische Eigenschaften namentlich auf dem für den Deutschen schwierigen Gebiet der Finanzwirtschaft, dem germanischen Geist nützlich sein können, wenn dieser sich nicht von ihnen überwinden läßt. Er sieht keine Möglichkeit, die Juden, die einmal da sind, auf gesetzlichem Wege wieder wegzuschaffen, deshalb wünscht er die Stärkung der produktiven Stände und erwartet im übrigen von der allmählichen Vermischung und Kreuzung der Rassen gute Resultate.[1]) Die Beharrlichkeit aber, mit der hier die Juden

[1]) Vgl. hierzu Seite 27 dieses Buches.

und dort die Antisemiten als die allergefährlichsten Feinde des Reiches ausgegeben werden, während an mancher entscheidenden Stelle das Gefühl der ernsten Verantwortlichkeit fehlt, während das Polentum, stolz auf seinen zu überraschenden Ehren gelangten Ledochowski, kühner das Haupt erhebt, während der Freihandel neue Hoffnungen schöpft und Zentrum und Sozialdemokratie sich zu vergnüglichen Mahlzeiten rüsten, erinnert ihn, wie er im Privatgespräch neulich sagte, an das Gebahren eines Mannes, der, weil er mit den ihn umringenden Raubtieren nicht anzubinden wagt, seinen Heldenmut an einem Mückenschwarm austobt."

Ob Bismarck das richtige Verständnis für das Judenproblem gehabt hat, ist vielfach bezweifelt worden. Man hat behauptet, er habe weder Zeit noch Gelegenheit gehabt, sich mit jüdischen Fragen zu beschäftigen. Ganz abgesehen davon, daß Bismarck sich amtlich oft genug mit jüdischen Problemen zu befassen hatte, wurde er durch die Juden in seiner Umgebung (insbesondere durch Bleichröder) schon sicherlich oft genug auf dieses Thema gebracht. Aber es ist ja gerade Bismarcks Größe gewesen, sich in fast alle Probleme mit einer ungewöhnlichen Klarheit hineinzudenken, und typisch in dieser Beziehung ist ein Gespräch, das Bismarck mit Carl Schurz gehabt hat. Als Schurz, der damals in Amerika bereits eine große Rolle spielte, bei Bismarck auf Besuch weilte, da unterhielt sich Bismarck mit ihm über Amerika. Trotzdem Bismarck niemals in der neuen Welt gewesen war und auch keinen besonders großen Verkehr mit Amerikanern (trotz seiner Jugendfreundschaften) gehabt hat, wußte er doch über die amerikanischen Verhältnisse so gut Bescheid, daß Schurz in seinen „Lebenserinnerungen"[1]) schreibt: „Er richtete noch viele Fragen an mich über die sozialen und politischen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten. Ihre Art und Reihenfolge bewies, daß er über diese Dinge nachgedacht hatte und viel davon wußte, mehr als irgend ein anderer Europäer meiner Bekanntschaft, der nicht in Amerika gewesen war."

Ähnlich wie mit seiner richtigen Beurteilung Amerikas, dürfte es auch mit seiner Beurteilung der Judenfrage gewesen sein. Das kommt immer dann zum Ausdruck, wenn er von jüdischen Angelegenheiten spricht. So hat sich u. a. Bismarck zweimal über jüdische Künstler geäußert:

Von dem Verhältnis der Juden zur Kunst hat Bismarck am 19. Dezember 1870 gesprochen und zwar im Anschluß an einen Ausflug, den Bismarck mit Simson im Park von Versailles gemacht hat. Wie Busch (Tagebücher, Band I Seite 545) ausführt, sagte Bismarck: „Ich dachte, er (Simson) würde sich für den Park und die hübsche Aussicht in ihm interessieren; aber er zeigte nichts davon. Es scheint, daß ihm aller landschaftliche Sinn verschlossen ist. Es gibt viele Juden, bei denen das der Fall ist. Es gibt, soviel ich weiß,

[1]) Band II, Seite 499.

auch keine jüdischen Landschaftsmaler, wohl überhaupt keine jüdischen Maler." Man nannte Meyerheim und Bendemann. „Ja," erwiderte er, „Meyerheim, aber Bendemann hat wohl nur jüdische Großeltern gehabt. Jüdische Komponisten da gibt es viele, Meyerbeer, Mendelssohn, Halevy, aber Maler, der Jude malt wohl, aber nur, wenn er es nicht nötig hat."....

Ein anderes Mal hat sich Bismarck über Heine geäußert, und das war in einer Zeit, in der der Kampf um den Dichter der Loreley ganz besonders wild tobte. Damals handelte es sich um die Frage, ob Heine in seiner Vaterstadt Düsseldorf ein Denkmal erhalten solle oder nicht, eine Frage, die eigentlich ziemlich müßig ist, da Heine kein Denkmal mehr braucht. Der Loreley-Felsen ist das schönste Denkmal, das ein Dichter sich wünschen kann. Aber damals war die Zeit besonders denkmalseifrig und einige Verehrer des rheinischen Dichters glaubten die Zahl der geschmacklosen Denkmäler, an denen die Zeit damals krankte, um ein weiteres vermehren zu sollen. Der Einfluß der Heine-Gegner war aber so stark, daß der Vorschlag abgelehnt wurde. Es ist seiner Zeit in der Presse unwidersprochen behauptet worden, daß sich die Kaiserin Elisabeth von Österreich, deren Verehrung für den rheinischen Dichter ja bekannt ist, an Bismarck gewandt habe mit der Bitte, für die Errichtung eines Heine-Denkmals seinen Einfluß geltend zu machen. Daraufhin wurde Bismarck nun mit Eingaben überschüttet, die ihn gegen das Denkmal zu beeinflussen suchten. Insbesondere wurde hingewiesen auf die Bemerkung Heines, „daß dem Hohenzollern-Aar, der allzuviel zusammengerafft habe, die Nägel beschnitten werden sollten." Angesichts dieser Treibereien hat sich Bismarck zu dem damaligen Chef der Reichskanzlei, Exzellenz von Rottenburg, über Heine geäußert. Rottenburg selbst hat zwar schriftliche Aufzeichnungen[1]) nicht hinterlassen — er hatte nach seinem Rücktritt eine Ausarbeitung über Bismarck angefertigt, sie aber vor seinem Tode selbst wieder verbrannt — aber da die Äußerung damals zu Lebzeiten Rottenburgs unwidersprochen in der Presse stand, so ist an der Richtigkeit wohl kaum zu zweifeln. Die damalige Äußerung Bismarcks über Heine wurde wie folgt wiedergegeben:

„Hat denn Heine so unrecht gehabt? Können wir leugnen, daß der Rechtstitel Friedrichs des Großen auf Schlesien nicht einwandfrei war? Ferner klagte man Heine dafür an, daß er Napoleon I. verherrlicht habe. Ich kann es ihm nicht verargen, bemerkte der Kanzler. Ich hätte, wäre ich an seiner Stelle gewesen, kaum anders gehandelt. Hätte es mir, wenn ich wie Heine als Jude geboren wäre, gefallen können, daß man um 8 Uhr abends die Tore der Judenstadt abgesperrt, überhaupt die Juden unter die schwersten Aus-

[1]) abgesehen von den „Bemerkungen zu den Aufzeichnungen des Herrn Staatsministers v. Boetticher", abgedruckt in „Fürst Bismarcks Entlassung", Berlin.

nahmegesetze gestellt hat? Ein Heine mußte naturgemäß in dem Manne, der die französische Gesetzgebung in die Rheinlande brachte, die Ausnahmegesetze insgesamt aufhob, einen Erlöser von martervollen Drucke preisen. Zum Schlusse der Besprechung äußerte der Fürst: „Und vergessen die Herren denn ganz, daß Heine ein Liederdichter war, neben dem nur noch Goethe genannt werden darf, und daß das Lied eine spezifisch deutsche Dichtungsform ist?" Bismarck fand es durchaus gerechtfertigt, daß Heine ein Denkmal in Deutschland erhielte.

Vielleicht könnte man bei dem Versuch, Bismarck zu einem Judengegner zu stempeln, auf den Gedanken kommen, seine Stellung zu den Ostjuden heranzuziehen. Daß Bismarck eine Einwanderung von Ostjuden in größerem Umfange nicht gern gesehen hat, nehme ich ohne weiteres an. Bestärkt werde ich in dieser Auffassung durch eine Notiz in den Lebenserinnerungen von Ottmar v. Mohl, die aus der Zeit von 1885—1887 stammen. Mohl schreibt wörtlich:

„... Die Einwanderung der Ostjuden in Preußen und Deutschland war der Gegenstand vielfacher Berichterstattung nach Berlin. Fürst Bismarck gab uns als Richtlinien die tunlichste Erschwerung. Da die russischen Pässe deutscherseits visiert werden mußten, so gab es Anlaß genug, die Überschwemmung deutschen Gebietes mit unerwünschten Ostjuden zu erschweren, besonders da alle deutschen jüdischen Korporationen und Organe sich aufs äußerste gegen diese Einwanderung wehrten."

Fürst Bismarck sandte Herrn von Mohl wegen seiner „korrekt abwehrenden Konsulats-Tätigkeit" in dieser Richtung einen besonderen Anerkennungs-Erlaß."[1])

Ich würde es aber für völlig verfehlt halten, wollte man die Beschränkung der Einwanderung der Ostjuden durch Bismarck irgendwie parteipolitisch ausnützen. Man kann durchaus dem deutschen Juden sympathisch gegenüberstehen und braucht deshalb noch lange nicht diese Sympathie auf die kulturell auf einem ganz anderen Niveau stehenden Russen jüdischen Glaubens anzuwenden. Das wird von jüdischer Seite übrigens auch zugegeben. Ich brauche hier nur auf einen Aufsatz eines jüdischen Schriftstellers Dr. Max Neumann aus der „Kölnischen Zeitung" hinzuweisen.[2]) Hier sagt ein Jude selbst:

„Die Entwicklung der Ostjuden hat seit Jahrhunderten einen Weg genommen, der weit ab führt von den Wegen der deutschen Juden. ..... Dem nationaldeutschen Juden ist der Ostjude fremd, wie der Chinese. Er ist ihm gefühlsfremd, geistesfremd und körperlich fremd. Wenn man hört, daß im europäischen Osten gegen diese Mitleid werten Geschöpfe Greuel verübt werden, schlägt das Herz des nationalen deutschen Juden in menschlichem Mitgefühl, wie das

[1]) 50 Jahre Reichsdienst von Wirkl. Geheimrat O. v. Mohl. Leipzig 1920, Verlag von Paul List.

[2]) Unsere national-deutschen Juden. Kölnische Zeitung v. 30.—31. Oktober 1920.

jedes menschlich empfindenden Deutschen anderen Stammes auch. Es ist dasselbe Mitleidsgefühl, wenn von Armeniermetzeleien der Türken oder Negerlynchmorden in Amerika die Rede ist. Deutschland ist zu krank, um den gefährlichen Gästen aus dem Osten Asylrecht gewähren zu können, mögen sie jüdischen oder slawischen Stammes sein. Und der nationaldeutsche Jude ist zu sehr Deutscher, um zu Gunsten der Juden, die unter diesen Schädlingen sind, eine Ausnahmebehandlung zu wünschen. Das Ostjuden-Problem ist für uns kein jüdisches, sondern es ist ein deutsches Problem."

Der dies sagt, ist selbst ein Jude. Im übrigen teilt mir Exzellenz Raschdau mit, daß Bismarck gegen eine „Auslese" bei dem Zuzug von Ostjuden nichts einzuwenden hatte! —

Bekannt ist, wie Bismarck mehrfach mit Entschiedenheit für die rumänischen Juden eingetreten ist und wie er ganz gegen den Willen der rumänischen Regierung diese zwang, den Juden Gleichberechtigung zu gewähren. Freilich spielte hier weder das menschliche Gefühl des Reichskanzlers, noch etwa eine Sympathie für die Juden mit. Hier waren es politische Gründe. Bismarck hatte bestimmte Absichten Rumänien gegenüber und zur Erreichung seines Zieles diente ihm hier die Judenfrage. Er hat mehrfach der rumänischen Regierung gegenüber eingegriffen, wenn es sich um Schutz der Juden handelte. Kohut[1]) gibt zwei Schreiben wieder, die deutlich zeigen, wie Bismarck für die Gleichberechtigung der rumänischen Juden eintrat. Diese Briefe lauten:

Berlin, 22. Februar 1868.

Ich habe die Ehre, Ihnen in Beantwortung Ihres Briefes vom 4. ds. Mts. mitzuteilen, daß die Königliche Regierung ihren Repräsentanten in Bukarest aufs neue dahin instruiert hat, daß derselbe seinen ganzen Einfluß dahin anwende, daß Ihren Glaubensgenossen in Rumänien der Schutz zu teil werde, welchen sie in anderen Ländern, in denen die Legislatur auf den Principien der Humanität beruht, genießen. Ich bin übrigens fest überzeugt, daß die Absichten des Fürsten Karol vollständig mit unseren Wünschen übereinstimmen und daß Seine Hoheit mit festem Willen die Entwicklung der Konstitution des Landes herbeiführen wird, durch die der Regierung die Ausübung eines gleich wohlwollenden Schutzes für alle Klassen der Bewohner und in einer schnelleren Weise wie in der Vergangenheit erleichtert wird.

Empfangen Sie usw.

v. Bismarck.

Berlin, den 18. April 1868.

Se. Majestät der König haben mich beauftragt, die Immediateingabe des Vorstandes der jüdischen Gemeinde vom 6. ds. Mts. zu beantworten, worin

---

[1]) in der Allg. Ztg. des Judentums Jahrgang 1914.

derselbe die Allerhöchste Verwendung Sr. Majestät gegen die Durchführung eines bei der rumänischen Volksvertretung eingebrachten, die Stellung der Israeliten betreffenden Gesetzentwurfes nachgesucht hat. Infolgedessen benachrichtige ich den Vorstand der jüdischen Gemeinde, daß ich auf allerhöchsten Befehl schon nach Eingang der ersten Nachricht über jenen Gesetzentwurf auf telegraphischem Wege Erkundigungen in Bukarest eingezogen hatte. Hierauf ist mir aus sicherster Quelle die Mitteilung zugegangen, daß der gedachte Gesetzentwurf gegen den Willen des Fürsten Karol eingebracht worden ist, daß dessen Annahme nicht zu erwarten stehe, und wenn sie dennoch erfolgte, die Sanktionierung des Gesetzes seitens der fürstlichen Regierung nicht stattfinden werde.

Wenn somit in dieser Beziehung für den Vorstand der jüdischen Gemeinde keine Veranlassung zur Beunruhigung vorhanden ist, so hat die Königliche Regierung auch nicht unterlassen, jetzt ebenso wie es bereits bei früherem Anlasse geschehen, infolge der in neuester Zeit verbreiteten Nachrichten über angebliche Judenverfolgungen in der Moldau in Bukarest Vorstellungen machen zu lassen, und es ist uns hierauf die Zusicherung erteilt worden, daß Maßregeln getroffen seien, um jede etwaige Beunruhigung der israelitischen Glaubensgenossen zu verhindern.

Graf v. Bismarck.

Schon im Jahre 1868 hat sich Bismarck mit der rumänischen Judenfrage beschäftigt, wie aus einem Brief des Preußischen Gesandten in Paris, Graf v. d. Goltz, hervorgeht. Dieser Brief, der im „Bismarck-Portefeuille" von Poschinger abgedruckt ist, hat folgenden Wortlaut:[1])

Paris, den 2. April 1868.

Mein Herr!

Ich habe mich beeilt, dem Grafen Bismarck das Schreiben zu übermitteln, welches Sie mir unterm 26. März eingesandt und in welchem Sie den Beistand Seiner Majestät des Königs, meines erhabenen Herrn, beim Fürsten Carl von Rumänien zu Gunsten der israelitischen Bevölkerung dieses Landes in Anspruch nehmen. Sie haben schon aus dem Schreiben des Konseil-Präsidenten vom 22. Februar den lebhaften Anteil ermessen können, den die Regierung des Königs an dieser Frage nimmt. Die Bereitwilligkeit, mit welcher Graf Bismarck dem in Ihrem Briefe vom 26. März kundgegebenen Wunsche Folge gegeben hat, ist hierfür ein neuer Beweis. Se. Exzellenz beauftragt mich, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß der preußische Generalkonsul in Bukarest sofort auf telegraphischem Wege aufgefordert worden ist, dem Fürsten Carl die lebhaftesten Vorstellungen gegen die Gesetzesvorlage, betreffend die Israeliten,

---

[1]) Zitiert bei Heinrich von Poschinger: Bismarck-Portefeuille, Band II, Seite 21.

zu machen, welche soeben der rumänischen Kammer unterbreitet wurde. Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung .....

Der preußische Botschafter
Graf v. d. Goltz.

Über die Stellung Bismarcks auf der Berliner Konferenz von 1878 hat der Abgeordnete Hänel in der Landtagssitzung vom 20. November 1880 einige Mitteilungen gemacht, denen nachstehendes entnommen ist: Der Europäische Kongreß, der im Jahre 1878 in Berlin tagte, stellte als Bedingung für die Aufnahme in die Europäische Volksgemeinschaft folgende Klausel: Es darf der Unterschied des religiösen Glaubens und der Bekenntnisse niemandem gegenüber geltend gemacht werden als ein Grund der Ausschließung oder der Unfähigkeit bezüglich des Genusses der bürgerlichen Rechte, der Zulassung zu öffentlichen Diensten, Ämtern und Ehren oder der Ausübung der verschiedenen Berufs- und Gewerbezweige, an welchen Orten es auch sei.

Es handelte sich hierbei um die Staaten Bulgarien, Serbien, Montenegro und Rumänien. Der Anlaß für diese Klausel war die schlechte Behandlung der Juden namentlich in Rumänien. Aus dem Protokoll des Berliner Kongresses ergibt sich deutlich, daß es sich namentlich bei Rumänien um die Anerkennung der Gleichberechtigung der Juden gehandelt hat. Der Vorschlag zu der Formel stammte von Frankreich. Gortschakow trat diesem Vorschlag entgegen, indem er meinte, daß die Konferenz nicht die Aufgabe habe, derartig weite Regelungen vorzuschreiben. Da war es gerade Fürst Bismarck, der Gortschakoff mit den Worten erwiderte, ob nicht vielleicht der traurige Zustand der Juden in jenen Ländern gerade dadurch herbeigeführt worden sei, daß sie von der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Gleichberechtigung fern gehalten seien.[1])

Das 10. Protokoll der Konferenz unterrichtet uns über die Verhandlungen mit Rumänien. Der Vertreter Frankreichs betonte, daß nur durch volle Emanzipation die Assimilation der Juden an die einheimische Bevölkerung bewirkt werden könne, und daß Rumänien, wenn es die Vorteile des Eintritts in die große europäische Familie genießen wolle, notwendig auch die Pflichten dieser Gemeinschaft übernehmen müsse.

Der Standpunkt des Vertreters Frankreichs fand die Zustimmung Bismarcks, wobei der Kanzler ausdrücklich erklärte, es sei ein hohes allgemeines Interesse, daß die Grundsätze, welche in der inneren Politik verfolgt würden, auch auf die äußere Politik Anwendung finden, wobei er namentlich auf die Lage der Gesetzgebung und Verfassung in Deutschland hinwies.

---

[1]) Der Wortlaut des Protokolls ist in deutscher Übersetzung im Anhang dieses Buches abgedruckt.

Als Rumänien zögerte, die Verpflichtungen des Berliner Vertrages zu erfüllen, da antworteten Deutschland, England und Frankreich damit, daß sie ihrerseits die Anerkennung Rumäniens hinausschoben, und erst nachdem die rumänischen Kammern die Klausel des Berliner Vertrages in ihre Verfassung aufnahmen, gaben die drei Mächte nach, und zwar dadurch, daß Rumänien zugestanden wurde, nach und nach die Klausel zu erfüllen.

In der Zeit von September 1880 bis zum Oktober 1884 war ein Hamburger Arzt namens Dr. Eduard Cohen Hausarzt der Familie Bismarck, und er hatte als solcher Gelegenheit, dem Fürsten persönlich näherzutreten und sich mit ihm über das Problem der Politik zu unterhalten. Cohen hat diese Äußerungen stets sofort niedergeschrieben. Sie sind veröffentlicht unter dem Titel: „Erinnerungen an Bismarck", Stuttgart 1915 A. v. Rauer, Erich Marks, und K. A. von Quelle. Unter diesen Aufzeichnungen befinden sich folgende Sätze:[1])

„Solange er am Ruder sei, habe man ihn von allen Seiten mit Kot beworfen, die einen nennen ihn einen Antisemiten, die anderen werfen ihm vor, daß er ein Freund Bleichröders sei. Die einen schelten ihn einen Reaktionär, die andern schelten ihn liberal. Das kommt daher, weil er keiner Partei angehörte, sondern nur seinem Könige und seinem Vaterlande bestens dienen wollte....."

---

[1]) Vgl. Seite 304.

## Kapitel 3.

# Juden und Antisemiten im Deutschen Reiche.

Das Problem des Antisemitismus ist in der deutschen Literatur so oft von allen Beteiligten behandelt worden, daß hier nicht näher darauf eingegangen zu werden braucht. Man wird davon auszugehen haben, daß verschiedene Ursachen für den Antisemitismus angegeben werden: Die häufigste Form ist der Konkurrenzneid, wobei man nicht so engherzig ist, sich nur auf die Juden zu beschränken, sondern unter dem Deckmantel des Antisemitismus gegen die großen Warenhäuser, wie auch gegen die Konsumvereine zu Felde zieht. Die zweite Form ist der gesellschaftliche Antisemitismus. Er wurzelt in dem naturgemäßen Gefühl abgeschlossener gesellschaftlicher Schichten gegen das Eindringen von Elementen, die man als „Emporkömmlinge" ansieht. Bei dem Aufstieg einer jeden Gesellschaftsschicht in eine höhere Sphäre, entwickelt sich leicht das, was man mit dem Worte „Parvenu" belegt. Diese Erscheinung können wir tagtäglich beobachten, einerlei ob es sich um den über Nacht reichgewordenen Schlächtermeister, um den Kriegsgewinnler oder um den Börsenspekulanten handelt. Der Parvenu mit allen seinen unerfreulichen Eigenheiten, mit seinem kriecherischen Wesen nach oben und zugleich mit seinem Defekt im Charakter ist immer und unter allen Umständen eine widerwärtige Erscheinung — ohne Rücksicht auf den Glauben oder die Rasse.

Auf einem ganz anderen Gebiete liegt der religiöse Antisemitismus, der sich nicht gegen die Stellung der Juden in Wirtschaft und Gesellschaft richtet, sondern gegen die jüdische Religion. Daneben gibt es noch eine andere Art des Antisemitismus, die sich gegen die Juden als Rasse wendet.[1])

Alles, was über den Antisemitismus, seine Ursachen, seine Berechtigung und seine Aussichten gesagt werden kann, das hat ein feiner Kopf, Friedrich von Oppeln-Bronikowski, in einer von staatsmännischen Geist durchwehten Schrift gesagt, die sowohl in ihren Gedankengängen, als auch in ihren Schlußfolgerungen parallel läuft mit dem Standpunkt Bismarcks. In der kurzen, aber sehr inhaltsreichen Schrift „Antisemitismus" untersucht der Verfasser, der von sich selbst bemerkt, daß er deutschnational und Monarchist aus Weltanschauung ist, das jüdische Problem in Deutschland und kommt dabei zu dem Ergebnis, daß der Antisemitismus praktisch nicht zu verwirklichen ist und daß seine Ziele mit den Interessen Deutschlands nicht übereinstimmen. Er sei eine Sackgasse, aus der man am besten resolut umkehre. Deshalb rät er seinen Parteigenossen in der Deutschnationalen Volkspartei, sobald wie

---

[1]) Vgl. hierzu: Fritz Kahn: Die Juden als Rasse und Kulturvolk. Berlin 1920.

möglich vom Antisemitismus zu lassen, denn die Partei brauche alle Kräfte zum Wiederaufbau. Mit Recht weist von Oppeln-Bronikowski darauf hin, daß Bismarck „als gereifter Mann den Antisemitismus abgelehnt hat, weil er ein Realpolitiker war." —

Es kann hier nicht Aufgabe sein, die Berechtigung des Antisemitismus zu untersuchen. Hierüber sind von beiden Seiten sehr viele Schriften veröffentlicht worden, daß Neues nicht gesagt werden kann. Aber eigenartig berührt den, der tiefer schaut, doch das Gemeinsame, das vielfach zwischen Juden und Deutschen vorhanden ist. Eigenartig deshalb, weil die Schicksale der Deutschen und der Juden so außerordentlich verwandt sind. Die Juden sind seit dem Altertum niemals wieder eine Nation gewesen. Sie haben immer um ihr Dasein mit allen Völkern ringen müssen. Oft verkannt, meist wenig geliebt, haben sie dennoch für die Kultur der Menschheit Großes geleistet. Geht es nicht den Deutschen genau so? Sagt doch Keyserling, „daß die Deutschen noch heute, trotz Bismarck, keine eigentliche Nation sind, daß sie eine solche erst werden müssen, falls sie als Volk und nicht bloß als Einzelner etwas bedeuten wollen."[1] Auch die Deutschen haben in jedem Jahrhundert neu, oft mehrfach, ihre Stellung erkämpfen müssen. Auch sie leiden dauernd darunter, daß sie verkannt, meist wenig geliebt — sie, die für die Kultur der Menschheit Großes geleistet haben. Und hat nicht der Haß, unter dem die Deutschen schon vor dem Kriege zu leiden hatten, eine verteufelte Ähnlichkeit mit dem Haß, unter dem die Juden leiden? Es ist ein Haß, der in den gleichen Quellen wurzelt: Dem Nichtverstehen der Eigenart, der Verallgemeinerung schlechter Eigenschaften Einzelner und dem Neid. Wenn der deutsche Kaufmann in England ebenso wenig beliebt gewesen ist, wie der jüdische Kaufmann in Deutschland, so hat das vielfach Gründe gleicher Art. Der Primus in der Klasse ist bei seinen Mitschülern nie beliebt, und es ist bemerkenswert, daß in der Zeit der Judenkrawalle in Deuschland im Jahre 1881 die „Times" einen Aufsatz brachten, worin sie die Strömung, die damals in Deutschland gegen die Juden herrschte, ausschließlich auf den Geschäftsneid der deutschen Kaufleute zurückführte. Dieselbe „Times", die, wenn es sich um die deutschen Kaufleute handelte, gegenüber Deutschland dieselben Manieren anwandte, wie die Antisemiten gegen die deutschen Kaufleute. Das Schicksal der Deutschen in der Weltgeschichte ähnelt auffallend stark dem der Juden. Damit sollen keineswegs schlechte Eigenschaften, die einzelne Juden an den Tag legen, irgendwie bestritten oder beschönigt werden. Es gibt unstreitig viele Staatsbürger jüdischen Glaubens, die bewußt oder unbewußt gegen bestehende Gesetze, Sitten, Gesellschaftsordnung, Ästhetik u. s. w. verstoßen. Man ist aber vielfach zu leicht geneigt, hier zu verallgemeinern, statt bei einer Würdi-

[1]) Herm. Keyserling: Philosophie als Kunst, Darmstadt 1920. S. 77.

gung der Verhältnisse die geschichtliche Entwicklung zu berücksichtigen. Was die Juden sind, das ist z. T. ein Produkt der geschichtlichen Entwicklung oder wie mein trefflicher Lehrer, Professor Zoepfl, es einmal ausgedrückt hat: „Jahrhunderte lang hat man die Juden mit Dreck beworfen und dann wunderte man sich, als man sie schmutzig fand." Die Juden sind Jahrtausende lang einem Druck ausgesetzt gewesen und daß dieser Druck — wie allen dem Druck ausgesetzten Minoritäten — sowohl ein Ansporn zur Entfaltung der Geisteskräfte, als auch zugleich vielfach eine Verführung zum Abirren von richtigen Wege sein mußte, ist natürlich.

Das Beste, was über die Judenfrage gesagt werden konnte, das hat Gustav Schmoller einmal gesagt.[1]) Schmoller betont selbst, daß er zeitlebens weder für noch gegen die Juden gewesen sei, sondern sich ein objektives historisches Urteil zu bilden und zu bewahren versucht habe. Dann sagt er wörtlich:

„Ich halte, zumal das westdeutsche Judentum, vollends das assimilierte, für eine heilsame Zugabe zur germanischen Rasse. Es gibt uns Geisteskräfte, die uns mehr oder weniger fehlen. Es hat das deutsche Volk wirtschaftlich sehr gefördert. Aber es schließt die Gefahr in sich, daß es durch seine geschäftliche Überlegenheit, die es oft noch, und zwar mannigfach, durch zweifelhafte Mittel ausnützt, viele innere soziale Verstimmungen und Kämpfe erzeugt..... Hätten wir nur Nathan-Naturen unter unseren 600.000 deutschen Juden, so gäbe es heute überhaupt kaum eine Judenfrage mehr. Wir haben auch Shylock-Naturen, und die Mehrzahl der Juden steht vielleicht zwischen diesen beiden Extremen in der Mitte. Ganz ebenso freilich ist es auf christlicher Seite: peccatur intra muros et extra".

Dieser auf einer gründlichen Geschichtskenntnis basierenden Auffassung eines Meisters der Staatswissenschaften brauche ich nichts hinzuzufügen. Es ist eine der treffendsten Charakterisierungen der Judenfrage und ihrer Ursachen, und ich habe Anlaß, zu der Annahme, daß ähnliche Gedankengänge es gewesen sind, die Bismarck in seiner Stellung zur Judenfrage beeinflußte.

Bismarck hat sich mit Rassenfragen oft beschäftigt, und wie Lucius von Ballhausen mitteilt, war er von der Überlegenheit des deutschen Blutes überzeugt. Das kommt u. a. darin zum Ausdruck, wenn er von großen russischen Politikern spricht. Da behauptet er, sie hätten alle einen Aufguß von fremden, ganz besonders von deutschem Blut. So hat Bismarck zu Gortschakoff einmal gesagt: „Könnten Sie 16 Stunden hintereinander arbeiten, wenn Ihre Mutter nicht eine Deutsche gewesen wäre?"[2]) Nur wenn man diesen Standpunkt

[1]) „Tägl. Rundschau" Nr. 27 v. 16. 11. 1917: Die heutige deutsche Judenfrage von Gustav Schmoller.

[2]) Vgl. Lucius von Ballhausen: Bismarck Erinnerungen. Stuttgart 1920.

würdigt, dann begreift man die vielen abfälligen Urteile, die Bismarck über andere Rassen gefällt hat, ganz besonders über die Franzosen, während solche über die jüdische Rasse sich nicht finden. Für ihn war übrigens, das geht auch aus dem Werke von Lucius von Ballhausen hervor, das jüdische Problem kein Rassenproblem, sondern ein politisches. Er sah in den in Deutschland wohnenden Juden das, was sie sind: Deutsche Staatsbürger, die statt in den evangelischen oder katholischen Gottesdienst in den jüdischen gehen, und mit Recht hat er sich mehrfach in seinen Gesprächen dagegen gewandt daß man in Deutschland jeden nach seiner Abstammung beurteile, weil dann von den Deutschen nicht viel übrig bleiben würde, namentlich wenn man die slawischen Elemente, die Hugenotten und die zahllosen anderen fremden Stämme abziehen würde.

Der Antisemitismus als Partei ist eine rein deutsche Erscheinung. Gewiß hat es Abneigung gegen die Juden, die sich zuweilen bis zum Haß steigerte, zu allen Zeiten und bei den verschiedensten Völkern gegeben. Aber parteimäßig organisiert war diese Bewegung sonst nirgends. Deutschland, das Land der zahlreichen Parteien und Parteigrüppchen, kann für sich in Anspruch nehmen, hier „bahnbrechend" vorangegangen zu sein. Später ist man dann in Österreich diesem Beispiel gefolgt, während in den westlichen Kulturländern, vor allem in England und Frankreich, wie auch in Amerika, sich die Judengegner parteimäßig nicht organisiert hatten. Entstanden ist die antisemitische Bewegung in Berlin, und man nimmt mit Recht an, daß Adolf Stöcker ihr Vater, und zugleich ihr größter Agitator gewesen ist. Charakteristisch für die demagogische Kampfesart Stöckers ist, daß sein Kampf anfangs gar nicht so sehr gegen das Judentum gerichtet war, als gegen die angeblich üblen Zustände in Berlin. Mit diesem Schlachtruf wurden das flache Land und die kleinen Städte zum Kampfe entfacht. Unter dem Deckmantel, den Kampf gegen das Judentum führen zu wollen, vereinigten sich dann später alle unzufriedenen, und zugleich auch alle geistig rückständigen Elemente, die von der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands um die Wende der 70er Jahre betroffen wurden. Es waren in der Hauptsache kleine Handwerkerkreise, die durch ein allzu starres Festhalten an längst veralteten Methoden im Wettbewerb unterlegen waren. Es waren jene Kleinkaufleute und Krämer, die der kaufmännischen Schulung entbehrend, in ihrem alten Schlendrian leistungsunfähige Geschäfte betrieben und nun den Wettlauf mit den wirklich kaufmännisch geleiteten Firmen nicht aushalten konnten. Nicht mit Unrecht hat man später den wirtschaftlichen Antisemitismus als den „Sozialismus der dummen Kerle" bezeichnet. Gewiß war in der Zeit nach dem Kriege von 1870 in der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands manches ungesund. Der Konkurrenzkampf nahm oft ungesunde Formen an, und diese Schwächen

wurden von gewissenlosen Agitoren für ihre Zwecke — d. h. gegen die Juden — ausgenützt. Aber mit Recht sagt das Politische Handbuch der nationalliberalen Partei:[1])

„Nun war ja nicht zu leugnen, das mit dem freien Spiel der Kräfte eine gewerbliche Entwicklung herbeigeführt war, die auch ihre Schattenseiten hatte. Indessen war doch alle befreiende Gesetzgebung von 1867—1877 nicht von Juden und Judenknechten, sondern vom Fürsten Bismarck mit den Nationalliberalen und den Konservativen zustande gebracht und allseits mit dem Vorbehalt, daß jeder gemeine Schaden, der sich nach der Entfesselung der wirtschaftlichen Tüchtigkeit des Volkes herausstellen sollte, tatsächlich auch bekämpft werden sollte. Wie das geschehen ist, lehrt die Geschichte der Reichs- und Landesgesetzgebung seit 30 Jahren. Im Hinblick auf diese kann das Urteil über den Antisemitismus nachgerade gesprochen werden. Er hat an alle dem, was die nationalen Parteien mit dem Reichsbaumeister in gemeinsamer Arbeit im ersten Jahrzehnt neuer deutscher Geschichte gearbeitet und geschaffen haben, nicht den mindesten Anteil." Es braucht diesen Ausführungen des in jeder Beziehung die Verhältnisse richtig darstellenden Handbuches der „Nationalliberalen Partei" nichts hinzugefügt werden. —

Trotz der völligen Aussichtslosigkeit hat es die Partei, die zunächst verschämt unter dem irreführenden Deckmantel „christlich-sozial" ins Leben trat, zeitweise bis auf 16 Abgeordnete gebracht, aber ihre parlamentarischen Erfolge blieben gleich Null. In ihrem Programm hatte die Partei viel versprochen, sie hat aber wenig gehalten und sich oft scharf in Gegensatz zu den Versprechungen gestellt, die sie vor der Wahl gemacht hatte. Die Enttäuschung konnte nicht ausbleiben. Der chamäleonartige Charakter der christlichsozialen Partei brachte es mit sich, daß bald mit dieser, bald mit jener Fraktion zusammengegangen wurde. Sie vereinigte die verschiedensten Elemente, vom Großagrarier bis zum kleinen Gewerbetreibenden. Sie ging mit den Konservativen aber auch mit den Sozialdemokraten zusammen! Auf dem Gebiet der sozialen Reform-Arbeit hat sie Ersprießliches nicht geleistet.

Wenn die Antisemiten zunächst einen nach außen hin groß erscheinenden Anhang hatten, so hängt das damit zusammen, daß sie mit dem Schlagwort „Sozial" einen Teil der Kreise gewannen, die ihnen politisch fernstanden. Aber es dauerte nicht lange, da merkten diese Kreise, daß ihr Platz nicht bei den Antisemiten war, und in der Folgezeit sind zahlreiche Arbeiterkreise von den Antisemiten direkt zu den — Sozialdemokraten abgeschwenkt.

Die wahltaktischen Fehler und das absolut ergebnislose Vorgehen der

---

[1]) S. 83. (Herausgegeben vom Centralbüro der Nationalliberalen Partei Deutschlands) Berlin 1907.

Antisemiten im Parlament braucht hier nicht geschildert zu werden. In der Öffentlichkeit haben sie viel von sich reden gemacht durch die berüchtigte Petition vom Jahre 1880, in der der Reichskanzler Bismarck aufgefordert wurde, amtliche Erhebungen über das Judenproblem einzuleiten und in der ihm nahe gelegt wurde, die Juden-Einwanderung zu verbieten und Juden von obrigkeitlichen Ämtern auszuschließen. Auf die Petition selbst hat Bismarck — trotzdem sie mehr als eine viertel Million Unterschriften trug! — niemals geantwortet. Ja er hat sogar, als ihm von beteiligter Seite die Petition vorher angekündigt wurde, ausdrücklich davon abgeraten, die Eingabe an ihn abzusenden, da er es ablehnen müsse, darauf zu reagieren! Am 10. November 1880 wurde im Preußischen Abgeordnetenhaus eine „Interpellation Hänel und Genossen" eingebracht, in der gefragt wurde: „Welche Stellung nimmt die Königl. Staatsregierung Anforderungen gegenüber ein, die auf Beseitigung der vollen verfassungsmäßigen Gleichberechtigung der jüdischen Staatsbürger zielen?" Namens der preußischen Staatsregierung gab der Vizepräsident des Staats-Ministeriums, Graf zu Stolberg-Wernigerode die Erklärung ab, „daß niemand etwas an der Gleichberechtigung der religiösen Bekenntnisse in staatsbürgerlicher Hinsicht zu ändern beabsichtige." Diese Antwort deckt sich mit zwei Äußerungen, die Bismarck zu verschiedenen Zeiten gegenüber den Bestrebungen der Antisemiten gemacht hat.

Als ich seinerzeit las, daß die antisemitische Eingabe mehr als eine viertel Million Unterschriften gehabt habe, da erinnerte ich mich eines Lustspieles, das ich vor Jahren einmal gesehen hatte. In diesem kommt ein vom Throne verjagter König vor, der dauernd mit Eingaben prahlt, die angeblich seine Landeskinder wegen seiner Rückkehr an ihn richten, und auf der Bühne erfährt man, wie derartige Eingaben zustande kommen: Es werden tausende von Namen aus dem — Adreßbuch abgeschrieben! An diese Scene mußte ich denken..

Zu meinem Erstaunen aber hatte ich neuerdings Gelegenheit, festzustellen, daß die „Massenfabrikation von Unterschriften" nicht nur in der Operette vorkommt, und in gewissen Kreisen nicht etwas so ganz Unmögliches ist, als ein anständiger Mensch anzunehmen geeignet ist. Die Auffassung erscheint nicht ganz unvertretbar, daß vielleicht bei der Sammlung der Unterschriften unter der großen antisemitischen Eingabe etwas „nachgeholfen" worden ist. Denn eine Beschaffung von $^1/_4$ Millionen Unterschriften ist keine Kleinigkeit. Wer sich darüber unterrichten will, welche Gepflogenheiten bestehen können, der greife nur zu dem Buch des wirklich unverdächtigen Herrn Luckhardt, des Chefredakteurs des antisemitischen „Deutschen Tageblattes", der schildert, wie eine Massen-Eingabe an den Fürsten Bismarck zustande kam. Ich gebe hier wörtlich wieder, was er schreibt:[1])

---

[1]) Juden und Christen, Nr. 2, Moderne Ehrenmänner, Seite 39.

„Als Fürst Bismarck von seinem Amte enthoben war, da waren sehr viele seiner Anhänger in Berlin betrübt. Es wurde eine sehr große Versammlung in der Viktoria-Brauerei einberufen, in welcher nach langen Debatten beschlossen wurde, die Dankbarkeit in Form einer Adresse zum Ausdruck zu bringen..... Es wurden lange Bogen für die Unterschriften in der Stadt ausgelegt. Aber es geschah, daß man die große Zahl der Unterschriften, auf die man gehofft hatte, nach längerer Zeit nicht zusammenbringen konnte. Viele Bogen zeigten bei der Einsendung bedeutende Lücken, wodurch das Komitee, welches sehnsüchtig darauf wartete, endlich die Adresse übergeben zu können, in eine peinliche Verlegenheit geriet. Da kam „Jemand" auf einen schlauen Einfall, indem er darauf hinwies, daß ja die fehlenden Unterschriften mit Leichtigkeit zu beschaffen seien. Man brauche bloß dem strebsamen Direktor eines Geschäftshauses, der viele Angestellte beschäftigt. Gelegenheit zu geben, sein Licht leuchten zu lassen — und so geschah es. In einem einsamen Zimmer des Geschäftshauses wurden die halbleeren Bogen ausgelegt und mit Namen, die dem Adreßbuch (!!) entnommen waren, ausgefüllt. Damit die Handschriften nicht ähnlich waren, wurden verschiedene Angestellte der Firma mit der Ausfüllung beauftragt, und es mußten zwischen den Namen Lücken gelassen werden, damit immer wieder andere Personen dazwischen schreiben konnten."

Luckhardt schreibt selbst, daß er durch einen Angestellten auf dieses Verfahren aufmerksam gemacht wurde und Protest gegen diese Art der Unterschriftenfälschung einlegen wollte. Er mußte aber stillschweigen, und es wurde schließlich eine Unterschriftenmasse „fabriziert". Ich füge diese Schilderung eines Antisemiten-Häuptlings kritiklos hier an......

Trotz der unzweideutigen Erklärung der Regierung auf die Interpellation Hänel ruhte die Agitation von Stöcker und Genossen nicht. Er reiste von Ort zu Ort und hetzte in der wüstesten Weise. Die Folgen blieben nicht aus. Unbesonnene Elemente ließen sich zu Krawallen hinreißen, die im Sommer 1881 in Stettin und anderswo einen ernsthaften Charakter annahmen. Hier war es der Kronprinz Friedrich Wilhelm, der von England aus den Kaiser auf den Eindruck aufmerksam machte, den diese Ereignisse im Auslande hervorgerufen hatten.

Bei dem Vorgehen der Antisemiten muß man sich vor Augen halten, daß es sich um eine Bewegung handelt, die nicht nur innerpolitisch von Bedeutung ist, sondern mindestens in ebenso starkem Umfange auch außenpolitisch in England sowie Amerika hatte man für die antisemitischen Krawalle absolut kein Verständnis. Das Ansehen des Deutschtums im Auslande, hat hierdurch wie durch amtliche Sachverständige einwandfrei festgestellt worden ist, sehr gelitten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß gerade ein Mann wie Bismarck, der stets gewohnt war, alle Ereignisse unter dem Gesichtswinkel der Wirkung auf die

äußere Politik zu betrachten,[1]) diese Entwicklung mit Besorgnis verfolgte. Ein so feiner Psychologe, wie Bismarck, war sich keine Sekunde im unklaren darüber, welche Stimmung in den angelsächsischen Ländern herrschte, und es ist anzunehmen, daß ihn gerade im Hinblick auf seine außenpolitischen Bestrebungen die Folgen der antisemitischen Bewegung im höchsten Grade in seiner Politik störten. Es steht heute einwandfrei fest, daß Bismarck schon damals ein Bündnis zwischen England und Deutschland im Auge hatte, daß er nur auf den Augenblick wartete, in dem England zu einem Zusammengehen mit Deutschland bereit war. Wenn auch in den Schriften Bismarck's niemals von diesem Plan eines Bündnisses mit England die Rede war, so haben neuere Geschichtsforscher doch den Beweis dafür erbracht.[2]) Die Reisen Lothar Bucher's nach London haben diesem Zwecke gedient. Bismarck war gewohnt, auf lange Sicht hinaus auswärtige Politik zu treiben. Er hat ja selbst einmal das Bild von der Jagd gebraucht, bei der man sehr lange ein Wild beobachtet, ehe man den ersten Schuß abgibt, und so hat auch er England lange sorgfältig verfolgt, ehe er die erste Sondierung vornahm. Während er diese Pläne spann, mußten die antisemitischen Kundgebungen, und insbesondere die Krawalle, Rückschläge in der öffentlichen Meinung Englands, wo sich die Juden damals einer ganz anderen gesellschaftlichen Stellung erfreuten als in Deutschland, hervorrufen.

Daß die auswärtige Politik für Bismarcks Stellung gegenüber den

---

[1]) Vgl. Adalbert Wahl: Vom Bismarck der 70er Jahre (Tübingen 1920).

[2]) Die Tatsache, daß Bismarck ein Bündnis mit England angestrebt hat, ist in der Neuzeit mehr als einmal durch Veröffentlichungen festgestellt worden. Es braucht an dieser Stelle auf diese Frage nicht näher eingegangen zu werden. Ich kann u. a. hinweisen auf einen Brief, den der deutsche Botschafter in Paris, Fürst Münster, unter dem 4. 4. 1890 an den Freiherrn von Eckardtstein geschrieben hat, worin Fürst Münster ausdrücklich betont, daß Bismarck von jeher ein Bündnis mit England haben wollte. So habe er im Jahre 1875 Lothar Bucher plötzlich in geheimer Mission nach London gesandt, um die Möglichkeit eines Bündnisses mit England zu erörtern. (Eckardtstein Seite 296). Bestätigt werden diese Angaben durch eine Bemerkung des Königs von Sachsen aus dem Jahre 1900 (Eckardtstein Seite 323): „Ich weiß es aus dem eigenen Munde Bismarcks, daß er als Supplement zum deutsch-österreichischen Bündnis den Beitritt Englands zum Bündnis als erstrebenswert, ja unbedingt notwendig erachtet hat." — Unter den zahlreichen Beweisen dafür, daß Bismarck ein Bündnis mit England als erstrebenswert angesehen hat. sei auf ein Gespräch mit dem englischen Maler Richmond aus dem November 1887 hingewiesen, wo Bismarck sagt: „Die natürliche Allianz ist die zwischen unseren beiden Ländern und Italien. Diese drei Mächte können, wenn auf festem Kriegsfuß, den Frieden Europas gegen Rußland und Frankreich aufrecht erhalten. Ein Frieden kann viel unehrenvoller werden als ein Krieg. Ich wünsche von ganzem Herzen, daß ich Englands für den Fall eines Krieges sicher wäre. Wenn Europa zweifellos wüßte, daß Deutschland, England und Italien eng verbündet sind, so wäre der Frieden gesichert." (Heinrich v. Poschinger, Bismarck-Portefeuille Band IV. Seite 93.) — Vgl. auch: Walter Platzhoff: „Bismarcks Bündnispolitik" Bonn 1920.

Antisemiten eine Rolle gespielt hat, geht aus einem Aufsatze „Fürst Bismarck" im „Hannoverschen Kurier" aus dem April 1900 hervor. Treffend heißt es da: „Er war der entschiedene Feind jeder Art Radaupolitik dem Auslande gegenüber. Da aber die Art und Weise wie der Antisemitismus schon wiederholt Fragen auswärtiger Politik behandelt hat, eine sehr bedenkliche Ähnlichkeit mit Radau-Politik gezeigt hat, so wäre dies schon allein ein Grund für ihn gewesen, den Antisemitismus sehr energisch zu rüffeln. Denn es liegt auf der Hand, daß die Art auswärtiger Politik, wie sie die antisemitische Richtung anstrebt, das Gegenteil diplomatischer Umsicht und Weitsicht bedeuten wird. Sie könnte nur Verstimmungen und Schwierigkeiten zeitigen, deren Folgen sich bei ernstlichen Komplikationen internationaler Art sehr ungünstig für Deutschlands Lebensinteressen bemerkbar machen müßten. Die diplomatische Kunst Bismarcks war so feingefügter Art, daß sie die Anwendung demagogischer Methoden und selbst wenn sie den Schein der Volkstümlichkeit trugen, gerade in Fragen der auswärtigen Politik ein für alle Mal ausschloß. Bis jetzt aber hat die ganze Kunst des Antisemitismus darin bestanden, nicht allein in der inneren Politik, sondern speziell in internationalen Fragen mit großen Worten und sehr geringer Sachkenntnis von der Reichsregierung Dinge zu verlangen, die das genaue Gegenteil von den Grundsätzen und dem Verfahren Bismarcks bedeuten."

Während der Zeit der Judenkrawalle führte Herr v. Puttkamer das preußische Ministerium des Innern. Sieht man sich heute die maßgebenden amtlichen Akten an, dann hat man zuweilen das Gefühl, daß an einigen Stellen damals nicht mit der notwendigen Objektivität gehandelt ist und daß zugleich ein Mangel an Entschlußkraft im Ministerium des Innern festzustellen war. Beides war psychologisch begründet: Herr v. Puttkamer war ein hochkonservativer Mann, der politisch und persönlich den Kreisen Stöckers sehr nahe stand — ganz im Gegensatz zu Bismarck — und der vermutlich aus parteipolitischen Gründen den Kampf gegen die Juden nicht ungern sah. Bismarck scheint sich damals in die Ressortverhältnisse des Herrn v. Puttkamer nicht haben einmischen wollen. Jedenfalls lag die Unterdrückung der stellenweise sehr üblen Ausschreitungen ausschließlich in der Hand des Herrn v. Puttkamer. Die ganz Berichterstattung an den Kaiser sowohl, wie auch an die Polizeipräsidenten und Oberpräsidenten ging ausschließlich vom Minister des Innern aus, was ja bei der Stellung der preußischen Minister im Gegensatz zu der Stellung der Staatssekretäre im Reich begründet ist. Im Reich herrschte der Reichskanzler, die Staatssekretäre waren nur seine Stellvertreter, die in seinem Namen handelten. In Preußen war der Ministerpräsident nur der „primus inter pares". Die Ressort-Minister verfügten über eine sehr große Freiheit. Gewiß hat in grundsätzlichen Fragen der Politik Bismarck sehr

häufig in die Ressorts eingegriffen. Bei der Frage der Unterdrückung von Unruhen handelt es sich nicht um ein Problem, das Bismarck zu einem aus den Akten ersichtlichen Schritt veranlaßte. Inwieweit er unter der Hand, sei es durch Gespräche oder auf andere Weise Einfluß ausgeübt hat, läßt sich heute nicht mehr feststellen. Aufzeichnungen darüber sind in den Akten nicht vorhanden. Wenn die Bewegung, die auf der Agitation Stöckers beruhte und die vielfach in einer lediglich auf Massensuggestion zurückzuführenden Plünderung von Kaufläden bestand, nicht mit der notwendigen Schärfe unterdrückt wurde, so lag das vielfach daran, daß die nachgeordneten Stellen in den kleineren Orten die Bewegung in ihrer Tragweite nicht übersahen. Bei den ganzen Ausschreitungen hat man es mit den typischen Erscheinungen der Massenpsychose zu tun. Irgend ein Gedanke braucht in die Menge geworfen zu werden, irgend ein Agitator stellt sich an die Spitze und sofort folgt die gedankenlose Masse. Einerlei ob die Devise heißt: „Kampf gegen den Wucher", „Kampf gegen die politische Herrschaft", „Sturm gegen die jüdischen Läden" oder wie es später beliebt wurde: „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten". In allen Zeiten und bei allen Völkern hat die Phrase die Masse beherrscht, und so haben wir es denn auch bei den antisemitischen Ausschreitungen mit nichts anderem zu tun, als mit einer Masse, in der sich alle Untugenden der einzelnen Glieder vereinigen und die willenlos denen folgt, die sie mit dem Schlagwort führen bezw. verführen.

Eine sehr eigenartige Stellung nimmt unter den Beamten der damaligen Zeit eine Persönlichkeit ein, die nach außen nicht in die Erscheinung trat, da sie durch den Minister gedeckt wurde, dafür aber hinter den Kulissen umso intensiver wirkte. Das war der Berliner Polizei-Präsident Herr von Madai. Wenn die spätere Forschung einmal die Geschichte der inneren Politik Preußens schreiben will, dann wird hierbei der damalige Berliner Polizei-Präsident keine sehr schöne Rolle spielen. Madai war nicht nur ein Reaktionär im übelsten Sinne des Wortes, sondern ein sehr enggeistiger Partei-Politiker, der seine Pflichten als Staatsbeamter in einer sehr bedenklichen Weise auffaßte. Aufgabe des Staatsbeamten, auch des politischen Beamten, ist es immer gewesen, über allen Parteien zu stehen und alle Vorgänge objektiv zu prüfen. Das war ja auch gerade der Vorzug unseres bewährten preußischen Beamtentums. Gewiß ist das Beamtentum des alten Preußen konservativ gewesen. Daraus wird aber niemand einen Vorwurf herleiten können, solange die Beamten den Ereignissen unvoreingenommen gegenüberstehen, und nicht mit Unrecht hat gerade das Beamtentum alten Schlages sich eines besonders hohen Ansehens erfreut. Für Madai gelten diese Vorzüge nicht. Er hat zwar die Stöcker'sche Bewegung nicht direkt gefördert, aber er hat sie in einer mehr als eigenartigen Weise in Schutz genommen und seine Plichten als Hüter der öffentlichen Ordnung gröblich verletzt. Seine Berichte über die sogenannte „Berliner Bewegung" und

ihre Ursachen sind keineswegs Werke der Staatskunst. Man hat direkt das Gefühl, als ob ein Mann wie Stöcker Madai die Feder geführt hat, so einseitig sind sie gehalten. Sie lesen sich nicht wie Schriften eines Staatsmannes, sondern wie schlechte Zeitungsleitartikel eines kleinen Parteiblattes.

Mit Recht beklagt sich heute die öffentliche Meinung darüber, wenn Staatsbeamte, die dem Vaterlande zu dienen haben, Parteipolitik treiben. Diese Klage ist in der gleichen Weise berechtigt, ob die Parteipolitik im Interesse der linken wie der rechten Parteien betrieben wird. Der Verwaltungsbeamte darf nicht einer Partei dienen, sondern nur der Gesamtheit. Nun wird ja auch der Parteipolitiker immer der Ansicht sein, daß er in der Weise, in der er arbeitet, der Gesamtheit am besten dient. Aber dennoch muß jeder, der auf irgend ein Partei-Programm eingeschworen ist, doppelt und dreifach prüfen, ob er nicht die Verhältnisse durch die Parteibrille ansieht, und eine Parteibrille hat Madai getragen!

Nichts liegt mir ferner, als hier etwa die Juden in Schutz nehmen zu wollen. Es gibt unstreitig ebenso üble Elemente jüdischen Glaubens, wie es üble Elemente anderen Glaubens gibt. Die Menschheit setzt sich nicht nur aus Idealtypen zusammen. Gott hat gute und böse Menschen geschaffen. Der Beamte aber darf sich durch Sympathie und Antipathie nicht verleiten lassen. Er muß — ausschließlich dem Rechte dienend — sich vor allen Verallgemeinerungen hüten und diesen Verallgemeinerungen war ein so beschränkter Geist wie Madai in einem schlimmen Umfange zum Opfer gefallen. Statt einzuschreiten hat er in einseitigster Weise alles was an Beschuldigungen gegen einzelne Juden angeführt wurde, auf die Gesamtheit angewandt, und wenn die Berliner Bewegung oft so unschöne Formen annehmen konnte, so ist das zu einem sehr erheblichen Umfange auf die Tätigkeit des Herrn Madai und auf sein mangelndes Rechtsempfinden zurückzuführen.

In liberalen Kreisen hat man diese Verhältnisse in der inneren Verwaltung Preußens natürlich nicht übersehen können. Man konnte nicht wissen, daß Madai der schuldige Teil war. Man wußte auch nicht, daß Puttkamer es unterlassen hatte, Madai entsprechend zu rüffeln, sondern schloß aus den Vorgängen, daß Bismarck es an der notwendigen Intensität habe fehlen lassen. Ich habe aber Anlaß, anzunehmen, daß Bismarck die Politik Puttkamers, die eine Art stillschweigender Duldung der antisemitischen Bewegung darstellte, nicht für richtig fand. Diese Annahme gründet sich auf eine Notiz der „Kölnischen Zeitung", hinter der ich als Autor Bismarck vermute. Die in Betracht kommende Notiz stand in der „Kölnischen Zeitung" Nr. 203 vom 24. Juli 1881. Sie ist an der Spitze des Blattes gebracht, wo damals bei dieser Zeitung stets die hochoffiziösen Mitteilungen zu stehen pflegten. Ihre Herkunft aus Berlin ist auch daraus ersichtlich, daß in der ersten Zeile als Titel „Berlin" angegeben wird. Es ist also keine Kölner Redaktionsarbeit, sondern stammt aus Berlin.

Wer die engen Beziehungen Bismarcks zu Justizrat Fischer, dem Berliner Vertreter der „Kölnischen Zeitung" kennt, der weiß, daß Bismarck in vielen Fällen, in denen er nicht das schwere Geschütz der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" auffahren wollte, sich gerade dieses Organs bediente. Anlaß zu dem Aufsatz gab eine Äußerung des dänischen Schriftstellers Georg Brandes, der scharfe Kritik an der antisemitischen Bewegung in Deutschland und der Haltung der preußischen Regierung übte. Im Anschluß an eine Erwiderung auf die Kritik Brandes schließt der Aufsatz mit einem sehr deutlichen Wink an den Polizeiminister, indem es wörtlich heißt:

„Wir wollen nicht verschweigen, daß manches im Treiben des so außerordentlich gemischten reaktionären Kriegslagers eine scharfe Zurückweisung wenigstens seitens der gouvernementalen Presse, verdient. Sonst kann es für flüchtige Beobachter leicht den Anschein gewinnen, als dulde oder wünsche die Regierung alle die gesprochenen und gedruckten Rohheiten und Gemeinheiten, die täglich unter ihren Augen sich ereignen, ohne daß sie dieselben auch nur mißbilligt."

Daß die „Kölnische Zeitung" aus sich heraus damals die Regierung in dieser Weise kritisierte, ist ausgeschlossen. Die Vermutung, daß dieser Satz aus der Feder der Bismarck'schen Umgebung stammt, wird bestärkt durch die Aufnahme, die der Aufsatz im Amte des Herrn v. Puttkamer gefunden hatte!

Kurze Zeit nach dem Erscheinen des Aufsatzes in der „Kölnischen Zeitung" kommt aber an Herrn von Puttkamer ein sehr deutlicher Wink, der einem dienstlichen Rüffel verteufelt ähnlich sieht. Herr v. Puttkamer hatte zweimal dem Kaiser Bericht über die Krawalle erstattet. Auf den zweiten Bericht ließ der Kaiser Herrn v. Puttkamer durch den Geheimen Kabinettsrat von Wilmowski unter dem 23. August 1881 eröffnen, daß seiner Ansicht nach „von den Behörden mit einem großen Mangel an Energie verfahren werde."[1]) Gleichzeitig ordnete der Kaiser eine Untersuchung an.

Ob Bismarck an dieser Anordnung des Kaisers beteiligt war, ob er sie vorher gewußt hat, läßt sich aus den Akten nicht feststellen. Aus den „Bismarck-Regesten" ergibt sich, daß am 16. August der Kaiser bei Fürst Bismarck gewesen ist. Über das Gespräch selbst findet sich naturgemäß keine Aufzeichnung. Die Vermutung erscheint nicht ganz unbegründet, daß der Kaiser Bismarck von seiner Absicht, dem Minister Puttkamer schreiben zu lassen, gesprochen hat.

Der Erfolg ist dann auch nicht ausgeblieben. Es erscheint der Erlaß an die Oberpräsidenten, worin die Behörden aufgefordert wurden, mit vollstem Nachdruck und allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln gegen die antisemitische Bewegung einzuschreiten. (Dieser

---

[1]) Dieser Satz in dem Schreiben des Geheimen Zivilkabinetts war einer eigenhändigen wörtlich gleichlautenden Randbemerkung Kaiser Wilhelms I entnommen!

Erlaß ist abgedruckt in der „Berlinischen Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen" Jahrgang 1881, Nr. 408.)

Die Stellung Bismarcks gegenüber der „Berliner Bewegung" charakterisiert Harden, vermutlich auf Grund von persönlichen Unterredungen mit Bismarck und in vollkommener Übereinstimmung mit meinen aktenmäßigen Feststellungen treffend, wenn er in der Zukunft Nr 31, Jahrgang 1893, sagt:

„Der Minister des Innern rief die Behörden gegen die antisemitischen Ausschreitungen auf, denen auch Fürst Bismarck, in einem Gespräch mit einem jüdischen Geschäftsfreund, seine Mißbilligung nicht verhehlte. Das geschah, obwohl die antikapitalistische Bewegung nur durch das Ventil des Judenhasses so gemildert werden konnte, daß sie vor dem Einmünden in die Sozialdemokratie bewahrt blieb, und obwohl die klügste und zäheste Opposition, die der Regierung entgegentrat, von Juden ausging oder doch finanziell unterstützt wurde. Der Reichskanzler hätte damals für eine judenfeindliche Politik eine begeisterte Mehrheit gefunden, aber er war zu gewissenhaft und zu weitblickend, um nach Erfolgen zu haschen, die nach ihm die Sündflut herbeiführen mußten. Kurzsichtige Antisemiten mögen ihm daraus einen Vorwurf machen; wenn seine unanständigen und würdelosen Gegner ihn aber mit ihren Fälscherkünsten zum Nährvater der Judenhetze machen wollen, so geschieht das nur, um die eigene schwere Schuld zu verbergen."

Zu der Frage, wie sich Bismarck zu der antisemitischen Bewegung im Augenblick gestellt hatte, als sie ihren Höhepunkt erreicht hatte, hat sich auch einmal Moritz Busch geäußert. Das Urteil dieses Mannes ist zwar mit großer Vorsicht zu genießen, da man sich, wie schon erwähnt, bei Busch immer wieder vor Augen halten muß, daß er Antisemit war. In seinem Buche: „Unser Reichskanzler"[1]) schreibt Busch wörtlich folgendes:

„Als nun in den letzten Jahren die Judenfrage wieder auf die Tagesordnung gebracht wurde und Stimmen sich erhoben, welche die den Israeliten eingeräumten staatsbürgerlichen Rechte teilweise wieder aufgehoben wissen wollten, sprach sich der Reichskanzler in öffentlicher Rede über diese Bewegung und ihre Gründe und Ziele nicht aus. Wir haben aber Grund, anzunehmen, daß ihm die Agitation der Antisemiten zwar nicht ganz unbegreiflich, aber unzeitgemäß erschien und infolgedessen unerwünscht war. Dies drückte ein Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" mit ziemlich deutlichen Worten aus."

---

[1]) Busch, Band 1, Seite 153. „Unser Reichskanzler".

Kapitel 4.

# Bismarcks jüdische Beziehungen.

Es gibt im Leben des Kanzlers nicht viele derartig krasse Gegensätze wie zwischen Bismarck und Lassalle. Gewiß von den Männern jüdischer Abstammung, die Bismarck schätzte, war jeder aus einer anderen Umwelt als Bismarck, aber sie waren in ihrer Gedankenrichtung ihm doch näherstehend als der Breslauer Jude. Wenn Simson und Bismarck besonders verbunden waren, so ist das nicht so wunderlich; Simson empfand ganz anders nationaldeutsch als Lassalle. Bei den engen Beziehungen zu Bleichröder lagen politische Ursachen vor. Dieser Mann hatte, als alle anderen Bismarck im Stich lassen wollten, inmitten der großen Gefahr Preußen durch Geldhergabe einen Dienst geleistet. Aber Lassalle, der radikale Stürmer, der Mann, der das Proletariat zum Kampf führen wollte, der in der liberalen Presse wegen seiner Beziehungen zur Gräfin Hatzfeldt auf das gemeinste geschmäht wurde, der von Prozeß zu Prozeß Gehetzte, er verkörperte scheinbar doch eine andere Welt als die aus der Bismarck stammte. Und dennoch hatten nicht beide Naturen etwas Verwandtes? Ist nicht auch in dem Juden von Breslau etwas, das an Bismarck anklingt, mag er im übrigen menschlich noch so verschieden von dem großen Staatsmann gewesen sein. Auch Lassalle zeigt jene preußische Prägung. Lassalle ist Deutscher durch und durch, der rechtzeitig die Mission Preußens in Deutschland erkennt, und wenn Lassalle in seinem „Sickingen" das Wort aussprach:

„Und alles Große was sich jemals wird vollbringen,
Dem Schwert zuletzt verdankt es sein Gelingen,"

so tönen da Klänge, die etwas an die Worte Bismarcks von „Eisen und Blut" erinnern. Ganz so verschieden sind die Naturen doch nicht gewesen, mögen sie durch politische Gesinnung, durch Herkunft und durch ihre Ziele noch so sehr getrennt sein.

In besonders feiner Weise hat Oncken Bismarck und Lassalle gegenübergestellt.[1]) „Dort der Kanzler, die kraftvolle und genußfreudige Hünengestalt, in der gesellschaftlichen Haltung mehr Edelmann als Junker mit den liebenswürdigen Formen der großen Welt und zugleich die urwüchsige Gesundheit und Kraft des Landlebens verratend, ein Verstand, der nicht aus den Büchern, sondern aus dem Leben gelernt hatte, dem der Anhauch des Genius nicht bloß politische Leidenschaft sondern auch die höchste politische Kunst: Vorsicht und Kühnheit in jedem Augenblick beschert hatte. Und hier der schmächtige Jude mit dem stolzen ins Semitische übersetzten Goethekopf, 10 Jahre jünger, aber

[1]) Oncken: Lassalle Seite 373.

schon ebenso lange in politischen Dingen umgetrieben, ganz in Kultur und Unnatur des Stadtlebens in der Welt der Bücher und des reinen Denkens aufgewachsen, in aufreibenden Irrungen abgearbeitet, mit dem fanatischen Glauben an seine Dialektik, das Feuer seines Innern kaum bändigend, auch er eine ganz auf politisches Handeln gestellte Natur, dazu noch die ganze Weite ihrer sachlichen Gegensätze! Trotzdem zogen sie sich an!"

Zu den vielen Eigenschaften, die Bismarck auszeichneten, gehört vor allem seine außerordentliche Menschenkenntnis. Gerade das ist es aber auch, was der Staatsmann gebraucht. Nicht so sehr die Fachkenntnisse seines einzelnen Ressorts, sondern die Gabe, Menschen richtig zu beurteilen und sie an die geeignete Stelle zu setzen. Wie sehr hat diese Gabe der wilhelminischen Epoche gefehlt! Wenn Otto v. Bismarck mit Lassalle nicht nur gern verkehrt hat, sondern auch aus den Beziehungen keinen Hehl macht, so zeugt das sowohl für diese Begabung — er hat rechtzeitig den von Natur ungewöhnlich ausgestatteten Mann erkannt — es zeugt zugleich von seinem Mut, mit einem Manne aus einem ganz anderen Lager in Verbindung zu treten, in einer Zeit, wo andere deutsche Staatsmänner sich vor einem solchen Verkehr sicherlich gescheut hätten. Es zeugt aber zugleich auch für die absolute Unvoreingenommenheit gegenüber der jüdischen Rasse. Während Simson alle guten Eigenschaften der edlen Juden in sich vereinigt, war das bei Lassalle nicht der Fall. Auf geistigem Gebiet war er von der Natur verschwenderisch ausgestattet; aber sein Äußeres mußte auf germanisch empfindende Menschen oft abstoßend wirken, und dieser Eindruck wurde noch verschärft durch die Sprache Lassalle's, seine ganze Haltung und seine Bewegungen, durch seine gesellschaftlichen Formen und seine oft bis zur Unerträglichkeit gesteigerte Eitelkeit. —

Wenn die Anekdote, die erzählt wird, wahr ist, so ist auch sie ein Beweis für die prophetische Gabe Bismarcks: Bei einem der Gespräche, die Bismarck mit Lassalle gehabt hat, soll der Kanzler Lassalle vor der Fortsetzung seines Lebenswandels gewarnt haben. „Wenn Sie, so soll Bismarck gesagt haben, es in der Politik zu etwas bringen wollen, dann müssen sie zwei Dinge haben: ein Landgut und eine häßliche Frau. Ein Landgut, auf das man sich zurückziehen kann, um sich von dem Ärger über die Parteien zu erholen und eine häßliche Frau, die als beruhigender Hafen für das stürmische Temperament dient. Sonst werden sie nicht alt werden." Lassalle hat keinen dieser beiden Ratschläge befolgt. Ein Landgut hat er sich nicht angeschafft, und es war keine häßliche Frau, um die er allzujung im Duell sein Leben aushauchte..

Aber nicht nur Bismarck hatte rechtzeitig die Bedeutung eines Lassalle erkannt, auch Lassalle gehört zu den wenigen, die die Größe Bismarcks schon zu einer Zeit richtig einschätzten, in der er, wie er selbst sagt, der „bestgehaßte Mann" gewesen ist. Zu einer Zeit, in der man in Deutschland nur mit Grausen von dem Ministerpräsidenten sprach, da hat Lassalle mit klarem Blick

erkannt, daß hier das Genie stand, auf das Deutschland gewartet hatte, daß hier der Führer gekommen war, der das Volk durch die Wüste in das gelobte Land zu führen geeignet war. Was beide einigte, war die Bewunderung, die sie sich gegenseitig zollten; aber es war zugleich etwas gemeinsames: es war der Haß gegenüber dem feigen, unpolitischen Bürgertum. Beide haßten es aus verschiedenen Gründen heraus. Aber sie waren sich einig: Der gemeinsame Feind war das deutsche Bürgertum, der deutsche Liberalismus. Hier war der Punkt, wo die beiden Männer zusammen kommen konnten. Von hier aus wurden die Beziehungen geknüpft, die zwar nicht von langer Dauer waren, aber doch eine bemerkenswerte Intimität gezeigt haben.

Psychologisch interessant ist es, zu untersuchen, welches die Motive für den gemeinsamen Haß gegenüber dem Liberalismus bei beiden Männern gewesen sind. Lassalle wollte den Kampf der Massen gegen die Regierung, und für einen solchen Kampf war das Bürgertum nicht zu haben. Für den Sturmgesellen Lassalle waren die Freisinnigen reine Philister und da er im Kampfe von ihnen nicht nur keine Unterstützung, sondern schließlich sogar maßlose Angriffe erfuhr, so steigerten sich die Gefühle, die er gegenüber den Vertretern des deutschen Liberalismus hatte, zu Haß. Und bei Bismarck war es ein anderer Grund: Der Ministerpräsident hatte sich schützend vor den König gestellt und kämpfte den Kampf um die Rechte der Krone und des Parlamentes. Es war ihm eine Herzenssache, hier mit starker Hand zuzugreifen und den Liberalismus zu knebeln. Die berüchtigte „Preßordonnanz“ war nur ein Werkzeug in diesem Kampfe, aber sie zeigt, zu welchen Mitteln Bismarck zu greifen entschlossen war.[1])

Freilich war der Haß allein nicht das treibende Glied der beiden Männer. Oncken spricht nicht mit Unrecht auch von den „Sympathien der Temperamente.“ Darüber hinaus aber verbindet beide Männer eine gemeinsame Auffassung vom Staate. Beide sind gleichmäßig dem doktrinären Manchestertum feind. Bismarck vertritt den Staatsgedanken in altpreußischem Sinne. Lassalle bekämpft die „Nachtwächter-Idee“ des Bürgertums, die dem Staate lediglich die Rolle des Aufpassers zuweist, und so vereinigen sich hier Preußentum und Sozialismus zu einem gemeinsamen Kampfe gegen die politische Gleichgültigkeit. Bevor Lassalle an Bismarck herangetreten war, hatte Bismarck sich für die Ideen dieses Mannes schon interessiert. Er hatte bereits am 12. April 1863 den Handelsminister angewiesen, die Vorschläge von Lassalle „auch aus politischen Gründen ernstlich zu prüfen und mit Nachdruck zu behandeln.“ In der Tat, aus politischen Gründen war Bismarck die soziale Agitation nicht unsympathisch; aber darüber hinaus war unstreitig die Art, wie ein aus liberalen Kreisen stammender Judensprößling gegen den Liberalis-

---

[1]) Vgl. hierzu meinen Aufsatz: „Bismarcks Kampf mit der Presse“ in der „Voß. Zeitung“ vom 26. Sept. 1920, wo auch die diesbez. Kronratsprotokolle zum Abdruck gebracht sind.

mus auftrat, für den Ministerpräsidenten etwas herzerfrischendes. Am 1. Juni 1863 trat die „Preßordonnanz" in Kraft, die während des Sommers den Zeitungen einen Maulkorb vorband, die zu ernsten Verwarnungen der gesamten liberalen Presse führte und zugleich zum Verbot einer Reihe von Zeitungen. Diese „Preßordonnanz" war das ureigenste Werk Bismarcks, der nur mit Mühe dem alten König die Zustimmung abringen konnte; denn Wilhelm I. wurde den Eindruck nicht los, daß diese „Preßordonnanz" im Widerspruch mit der Verfassung stehe. In dem Augenblick, in dem sie eingeführt wurde, wirkte sie insofern, als die Presse zum Schweigen in ihrer Kritik an dem Ministerium Bismarck gezwungen wurde. Lassalle hat dieses Schweigen als Feigheit bezeichnet, während Bernstein geneigt ist, die Presse von damals in Schutz zu nehmen unter dem Hinweis darauf, daß ihr nichts anderes übriggeblieben wäre, als zu schweigen. Während nun die Zeitungen ihre Kritik gegen die Regierung unterdrücken mußten, konnten sie um so mehr gegen den verhaßten Lassalle schreiben, und gerade die liberale Presse übergoß Lassalle mit dem schärfsten Hohn, während beispielsweise die „Kreuz-Zeitung" damals Lassalle noch mit Objektivität behandelte. Im September 1863 hielt nun Lassalle seine berühmt gewordene Rede: „Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag 3 Symptome des öffentlichen Geistes." Diese im Rheinland gehaltene Rede ist wohl das schärfste an Spott, Hohn und Kritik, was in der damaligen Zeit dem Liberalismus gesagt wurde. Ihre Wirkung war ungeheuer. Es war eine Abrechnung mit den Männern, die damals an der Spitze des Freisinns standen, und treffend sagt Oncken:

„Sie war eine schonungslose Abrechnung mit der Fortschrittspartei und eine Liebeserklärung an die Adresse Bismarcks."

Es ist kein Zweifel, die Rede war nicht nur an die Arbeiter in Barmen, Solingen und Düsseldorf gehalten, sie war zugleich gerichtet an den Gewaltigen in Berlin. Lassalle wirft den Abgeordneten vor, daß sie nichts getan hätten, als Feste zu feiern und daß ihre Presse feige geschwiegen habe über die „Preßordonnanz" und das Geldinteresse des Verlegers als Grund des Schweigens angegeben hätte. Für ein derartig feiges Benehmen hat Lassalle kein Verständnis. Er hätte von der Presse einen mutigen Kampf erwartet, der aber unterblieben sei, weil die Zeitungen ihre geschäftlichen Interessen in den Vordergrund gestellt hätten. Lassalle bezeichnet dann die ganze Presse als korrupt und verlangt als Abhilfsmittel das, was man heute die „Sozialisierung des Inseratenteiles" nennen würde, nämlich die Verstaatlichung der Zeitungsanzeigen. Und nachdem er nun über den Liberalismus, seine Parlamentarier und seine Presse hergezogen ist, kommt die „Liebeserklärung an den Fürsten Bismarck." Er wirft den Fortschrittlern vor, daß sie mit den Fürsten liebäugeln, um jenen vor Bismarck bange zu machen; „aber", sagt er, „wenn wir auch Flintenschüsse mit Herrn v. Bismarck wechseln, so würde doch die Gerech-

tigkeit erfordern, noch während der Salve einzugestehen, er ist ein Mann, aber jene sind alte Weiber!"

Das Liebeswerben von Lassalle um Bismarck steigert sich dadurch, daß der fortschrittliche Oberbürgermeister von Solingen die Versammlung, die von 5000 Menschen besucht war, auflöste, worauf Lassalle ein Telegramm an Bismarck richtete. Das war kein spontaner Akt der Erregung, sondern hier hatte Lassalle sicherlich eine langersehnte Gelegenheit, an den von ihm bewunderten Mann heranzukommen, und dieses Telegramm bildete eine der Brücken, die den Breslauer Juden zur Wilhelmstraße nach Berlin führten. Es ist der Ruf an den „Reaktionär", ihm beizustehen im Kampfe gegen die Diktatur des Freisinns......

Es steht nicht genau fest, wann Lassalle Bismarck aufgesucht hat und ebenso wenig steht genau fest, wie oft beide Männer zusammen kamen. Bebel, gestützt auf die Gräfin Hatzfeldt, bemerkte später in seiner Reichstagsrede, daß Lassalle 2—4 mal in der Woche mit Bismarck zusammengekommen sei. Bismarck antwortete, daß im ganzen 3—4 Zusammenkünfte stattgefunden hätten. Eduard Bernstein bezweifelt die Angaben Bismarcks und vertritt die Auffassung, daß die Zusammenkünfte häufiger gewesen seien. Oncken kommt zu dem Resultat, daß die Beziehungen Ende Oktober 1863 eingesetzt und sich mindestens bis zum Februar 1864 hingezogen hätten. Infolgedessen läge die Wahrheit etwa in der Mitte, wenn auch näher nach der Angabe Bismarcks. In der Aussage der Gräfin Hatzfeldt liege eine Übertreibung, während in der Bemerkung Bismarcks eine Abschwächung zu erblicken sei. Aber es kommt ja nicht so sehr auf die Zahl der Zusammenkünfte an, die im einzelnen stattgefunden haben. Lassalle hat schriftlich nichts hinterlassen, was über die Unterredung mit Bismarck Aufschluß geben könnte. Man weiß nur, daß er eifrig bestrebt war, Bismarck zu gewinnen, Preußen das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht aufzuzwingen. Ja er wollte sogar Bismarck verleiten, im Wege des Staatsstreiches dieses Wahlrecht einzuführen, ein Standpunkt, den er in etwas reichlich sophistischer Weise begründete, anscheinend nicht, ohne mit seiner Beweisführung auf die Regierung Eindruck zu machen. Aber nicht nur das Problem des Wahlrechtes war es, über das die Männer diskutierten. Es war zugleich der Lassalle'sche Vorschlag der staatlichen Unterstützung von Produktiv-Genossenschaften, eine Anregung, die dem ungemein praktisch denkenden Bismarck sehr gelegen kam.

Lassalle hat unstreitig auf Bismarck einen großen Eindruck gemacht, und nicht nur das, er hat auch auf die Gedankenrichtung dieses Mannes zeitweise

---

[1]) Wie mir auf Anfrage der Lassallebiograph Gustav Maier mitteilte, fand sich in der Hinterlassenschaft der Gräfin Hatzfeld nur ein Brief aus der Feder Bismarcks an die Gräfin über Lassalle (dessen Veröffentlichung bevorsteht), nichts aber, was Lassalle selbst aufgezeichnet hätte.

einen nicht unerheblichen Einfluß ausgeübt, Lassalle, der Mann, der rechtzeitig Preußens Mission erkannte und gewürdigt hat, der lange vor 1863 die Forderung aufstellte, daß Preußen Schleswig-Holstein annektieren sollte. Andererseits ist Lassalle seinen Prinzipien nicht untreu geworden. Gewiß, er hat um die Gunst eines Großen gebuhlt, der damals im Geruch stand, ein „Reaktionär" zu sein; aber er verlor darüber sein Ziel nicht. Denn er war fest davon durchdrungen, daß der Weg am besten gefunden werden könnte in einem gemeinsamen Kampf der Reaktion und der Massen gegen den Fortschritt, und so konnte er getrost den Mann aufsuchen, den der Liberalismus haßte.

Lassalle war vom Glück begünstigt. Ein gut Stück Weges war er mit dem „Großen" zusammengegangen, und es ist sicher, daß der weitere Verkehr zunächst die beiden Männer noch enger aneinander gefesselt hätte. Aber dann wäre schließlich der Zeitpunkt gekommen, an dem Lassalle vor der Frage stand, ob er mit oder gegen Bismarck kämpfen wollte. Ein Mittelding gab es nicht. Entweder er hätte sich Bismarck angeschlossen, dann war es mit seinem Projekt, die Massen zu führen, vorbei, oder aber er hätte sich von Bismarck abgewandt, dann wäre er in die schärfste Kampfstellung zu dem Manne gekommen, den er geliebt, eine Entwickelung, die sich bei ihm viel schärfer ausgeprägt hätte, als wir sie beispielsweise bei Lasker sehen. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß er, wenn auch vielleicht blutenden Herzens, sich schließlich von Bismarck abgewandt haben würde. Aber diesen schweren Schritt hat ihm ein glückliches Schicksal erspart. Georg Brandes, der sich ganz besonders in die Gedankenwelt Lassalle's und seinen Charakter hineingelebt hatte, gelangt zu folgendem Ergebnis: „Es kommt mir wahrscheinlich vor, daß er (wie sein Freund Lothar Bucher) sich in politischer Hinsicht an den Fürsten Bismarck angeschlossen hätte, wenn er noch lebte. In sozialer Hinsicht dagegen würde er große Ansprüche gestellt haben, Ansprüche, denen entgegenzukommen nicht beabsichtigt gewesen zu sein scheint."[1])

Die Kugel, die ihn im Duell traf, streckte den Mann nieder, bevor er seine Pläne zur Durchführung brachte und bevor Bismarck die Politik begann, die ihn von Lassalles Plänen getrennt haben würde. Nur dadurch wurde es möglich, daß Bismarck ihm ein so ehrendes Andenken bewahrte, das zum Ausdruck kommt in dem Nachruf, den Bismarck ihm widmete.

Denn wie ein Nachruf wirkt die scharfe Erwiderung an Bebel, wirkt die berühmte Reichstagsrede Bismarcks über Lassalle. Wir hören hier aus Bismarcks eigenem Munde, wie der große Staatsmann über Lassalle gedacht hat. Nicht viele Parlamentarier können sich rühmen, daß ihnen Bismarck öffentlich gutes nachgesagt hat — bei Lasker war das Gegenteil der Fall!

---

[1]) Brandes: Lassalle, Leipzig 1889, Seite 172.

Lassalle gehört zu den wenigen. Wo auch immer von Lassalle die Rede sein wird, immer wieder wird man zurückgreifen müssen auf die Worte Bismarcks im Reichstag am 17. September 1879.

Die Ausführungen Bismarcks beginnen mit dem Hinweis, daß der Kanzler nie in seinem Leben mit irgend einem Sozialdemokraten geschäftlich verhandelt habe. Damit zog Bismarck einen dicken Trennungsstrich zwischen der Sozialdemokratie und Lassalle; denn in demselben Atemzug erklärt er:

„Lassalle rechne ich nicht dazu. Das war eine viel vornehmere Natur als seine Epigonen. Das war ein bedeutender Mann, mit dem konnte man wohl sprechen."

Bismarck legte Wert darauf, daß nicht er Lassalle aufgesucht habe, sondern umgekehrt, daß Lassalle das Bedürfnis empfunden habe, mit ihm in Verbindung zu treten. Er habe es ihm aber nicht schwer gemacht, ihn zu finden. Zwar habe er ihn in jeder Woche nicht 3—4 mal gesehen, sondern im ganzen 3—4 mal. Nun betonte Bismarck in der erwähnten Rede, daß die Beziehungen zu Lassalle nicht die Natur einer politischen Verhandlung hatten; denn Lassalle hätte nichts bieten können. Er hätte nichts gehabt, was er ihm als Minister hätte bieten können. Gemeint war damit, daß hinter Lassalle keine große politische Partei stand, wie hinter den Nationalliberalen oder dem Zentrum. Dann fährt Bismarck wörtlich fort:

„Was er hatte, war etwas, was mich als Privatmann außerordentlich anzog..... Er war einer der geistreichsten und liebenswürdigsten Menschen, mit denen ich je verkehrt habe, ein Mann, der ehrgeizig in großem Stil war, durchaus nicht Republikaner. Er hatte eine sehr ausgeprägte nationale und monarchistische Gesinnung. Seine Idee, der er zustrebte, war das deutsche Kaisertum, und darin hatten wir einen Berührungspunkt. Lassalle war ehrgeizig in hohem Stile und ob das deutsche Kaisertum mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der Dynastie Lassalle abschließen sollte, das war ihm vielleicht zweifelhaft; aber monarchisch war seine Gesinnung durch und durch ....... Lassalle war ein energischer und sehr geistreicher Mensch, mit dem zu sprechen sehr lehrreich war; unsere Unterredungen haben stundenlang gedauert, und ich habe es immer bedauert, wenn sie beendet waren. Dabei ist auch unrichtig, daß ich mit Lassalle auseinandergekommen sein soll in der Art unserer persönlichen Beziehungen, von Beziehungen persönlichen Wohlwollens, wie es sich zwischen uns gebildet hatte, indem er offenbar den angenehmen Eindruck hatte, daß ich in ihm einen Mann von Geist sah, mit dem zu verkehren angenehm war und er seinerseits den Eindruck hatte, daß ich ein intelligenter und bereitwilliger Hörer war." [1])

[1]) Eine Bestätigung dessen, was Bismarck über Lassalle gesagt hat, finden wir in den Aufzeichnungen von Keudell. Dieser schreibt hierüber: „Schon 1863 sprach Bismarck gelegentlich davon, daß Lassalle ihn mehrmals besucht und sehr gut unterhalten hätte.

Bismarck erklärte schließlich in seiner Rede, daß die politische Stellung von Lassalle und seine eigene es ihm nicht gestatteten, viel mit ihm zu verkehren. Und er fügte hinzu: „Aber es würde mich gefreut haben, einen ähnlichen Mann von dieser Begabung und geistreichen Natur als Gutsnachbar zu haben."

Eine günstigere Schilderung eines Charakters aus dem Munde einer so kritischen Natur wie Bismarck können wir uns nicht gut denken. Die ungewöhnlich warme Anerkennung, die Bismarck Lassalle zollt, ist um so höher zu veranschlagen, als Bismarck von sich selbst einmal in einem Briefe an Gerlach (1857) schreibt, „daß die Fähigkeit, Menschen zu bewundern, in ihm nur mäßig ausgebildet und es viel mehr nur ein Fehler seines Auges sei, daß es schärfer für die Schwächen als für die Vorzüge ist." Bei dem ihm so wesensfremden Juden Lassalle hat er die deutlich zu Tage tretenden Schwächen, die z. T. gerade auf seiner Abstammung beruhen, viel geringer veranschlagt als die Vorzüge dieses Mannes.

Genau so wie es Bismarck gelungen ist, zu Lassalle in ein persönlich gutes Verhältnis zu kommen, und wie es ihm möglich war, den ehemaligen Steuerverweigerer Lothar Bucher vollständig in seinen Dienst zu spannen, genau so scheint Bismarck einmal versucht zu haben, auch Karl Marx für sich zu gewinnen. Wenigstens ist schon zu Lebzeiten von Bismarck behauptet worden, daß im Auftrage von Bismarck Lothar Bucher Karl Marx einen Posten bei der Redaktion des „Staatsanzeigers" angeboten habe, den Karl Marx dann abgelehnt hat. Daß Lothar Bucher an Karl Marx herangetreten ist, steht fest, wird auch von Lothar Bucher selbst zugegeben. Freilich behauptet Bucher, daß Bismarck davon nichts gewußt habe. Es ist aber anzunehmen, daß ein so eminent praktischer Politiker wie Bismarck es für möglich gehalten hat, einen Karl Marx genau so an sich zu fesseln, wie es ihm bei anderen Politikern gelungen ist.

Aufgerollt wurden die Beziehungen, die indirekt zwischen Karl Marx und Bismarck durch Lothar Bucher bestanden, durch den Brief, den Karl Marx in der „Daily News" Mitte Januar 1878 veröffentlichte[1]). In diesem Brief schreibt Karl Marx, daß Bucher die Naivität gehabt habe, ihn durch einen Brief

---

Derselbe ist zwar ein Phantast und seine Weltanschauung eine Utopie. Aber er spricht so geistvoll darüber, daß man ihm gerne zuhört. Er ist der beste aller jemals gehörten Redner. Sein Sport ist, vor einigen tausend Arbeitern zu sprechen und sich an deren Beifall zu berauschen. Politisch willkommen ist seine Gegnerschaft gegen die Fortschrittspartei. Man könnte deshalb seine Agitation eine Weile fortgehen lassen mit dem Vorbehalt, im geeigneten Moment einzuschreiten." (S. 178).

[1]) Dieser Brief ist erschienen in dem Werk von Heinrich von Poschinger „Ein Achtundvierziger". Band III Seite 172.

einzuladen, „natürlich mit der Sanktion seines Herrn und Meisters, die Redaktion der Börsen-Abteilung des „Preußischen Staats-Anzeigers" zu übernehmen." Dabei sei Marx die völlige Freiheit zugesichert worden, die vorkommenden finanziellen Operationen nach seinem eigenen wissenschaftlichen Standpunkt zu behandeln. Wie Poschinger mitteilt, hat dieser Brief seinerzeit großes Aufsehen gemacht und Bucher zu einer Erwiderung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" veranlaßt. Bucher bestritt daraufhin, wie erwähnt, daß das Anerbieten mit Vorwissen von Bismarck gemacht worden sei. Hierauf erfolgte eine neue Antwort von Karl Marx, die in der „Frankfurter Zeitung" erschien. Bucher behauptete später, daß die Anfrage nur von dem Kurator des „Staats-Anzeigers" ausgegangen sei. Bebel brachte dann in der Reichstags-Sitzung vom 16. 9. 1878 die Sache nochmals zur Sprache. Trotz des Dementis von Bismarck ist später mehrfach die Behauptung aufgestellt worden, daß Bismarck von dem Anerbieten an Karl Marx nicht nur gewußt, sondern es sogar direkt veranlaßt habe.[1])

Bemerkenswert ist, daß Oncken ebenfalls die Auffassung vertritt, daß der Schritt Lothar Bucher's nur im Einverständnis mit Bismarck erfolgt war. In seinem Buche: „Historisch-politische Aufsätze" Band II Seite 370) schreibt nämlich Oncken über das Verhältnis Bismarck zu Marx folgendes

„Bismarck hat nie aufgehört, mit der sozialistischen Arbeiterbewegung schon als einem Gegengewicht gegen das liberale Bürgertum zu rechnen. Sobald ihm Lassalle durch seinen frühen Tod entrissen war, sah er sich nach Ersatz um, je ernsthafter er den Gedanken des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes wälzte, um so geneigter wurde er, auch mit diesem Lager die Fühlung wieder aufzunehmen und den Epigonen Lassalles, namentlich Schweitzer, gegenüber die erprobte Taktik fortzusetzen. Aber es scheint, als ob er gern noch höher gegriffen hätte. Hatte er doch seit Ende 1864 Lothar Bucher zur Seite, der ihn wohl belehren konnte, wo die eigentliche Kraft verborgen lag und auch den Zugang zu ihr zu finden wußte. Am 8. Oktober 1865 schrieb Bucher den bekannten wohlerwogenen Brief an Marx, mit allen Finessen seiner Feder sich mühend, sich eines delikaten Auftrages zu entledigen. Harmlos hob er an: „zuerst business!" Der preußische Staatsanzeiger wünsche monatlich einen Bericht über die Bewegungen des Geld- und Warenmarktes; auf Nachfrage habe er erklärt, niemand würde das besser machen als Marx. Die näheren Bedingungen enthielten nichts als Entgegenkommen. Im Inhalt seiner Artikel möge er nur nach seiner wissenschaftlichen Überzeugung gehen, wenn auch unter Vermeidung der Polemik, und mit Rücksicht auf den Leserkreis „den innersten Kern nur eben für den Sachverständigen durchscheinen lassen;" seine Forderungen möge er selbst bezeichnen. Dann

[1]) Vgl. auch Busch Band III. Seite 121.

folgten ein paar persönliche Wendungen: wieviel seit ihrer letzten Begegnung im Jahre 1862 geschehen und zerstört worden sei, und eine Bemerkung über das psychologische Rätsel in Lassalles Hingang. Er selbst sei, schloß er mit beiläufiger Harmlosigkeit, wie Marx wisse, zu seiner ersten Liebe, den Akten, zurückgekehrt: „Ich war immer mit Lassalle darüber verschiedener Meinung, daß er sich die Entwicklung so schnell dachte. Der Fortschritt wird sich noch oft häuten, ehe er stirbt: wer also während seines Lebens noch innerhalb des Staates wirken will, der muß sich ralliieren um die Regierung."

Daß Bucher den Antrag, so wenig wie die Redaktion des Staatsanzeigers, nicht aus sich selbst, sondern nur im Einverständnis mit seinem Vorgesetzten, dem Ministerpräsidenten, machen konnte, liegt auf der Hand. Den Sinn des Antrages aber enthüllen die letzten Sätze seines Briefes. Was stand hier nicht alles zwischen den Zeilen! Nur von seiner Gesamtpolitik her mochte es zu erklären sein, wenn Bismarck gerade jetzt die überraschende Fühlung mit dem Haupte der Internationale suchte. Der Moment war allerdings dazu angetan, die Erklärung zu liefern. Seit dem Verkleben der Risse in Gastein war die deutsche Krise von neuem im Anzuge. Bismarck war am letzten Septembertage zur Besprechung mit Napoleon nach Biarritz geeilt — ob man sich für den Fall einer Beschleunigung der äußeren Krise nicht auch rechtzeitig im Innern darauf einrichten wollte, wenn die Bombe des allgemeinen Wahlrechts platzte?

Man würde was darum geben, wenn man wüßte, wie Marx den Antrag aufnahm. Aber leider finden wir nur ein kurzes Billet an Engels vom 19. Oktober: „Ich bin morgen nachmittag gegen 4.40 in Manchester und werde mich nach Deiner offiziellen Wohnung verfügen." Er muß es vorgezogen haben, sich mündlich mit Engels auszusprechen. Daß er den Antrag ablehnte, verstand sich von selbst für einen Mann, der kurz zuvor in seinen Nachruf auf Proudhon „selbst jedes Scheinkompromiß mit der bestehenden Gewalt" als Verletzung des einfachsten sittlichen Taktes getadelt hatte. Daß die Annahme dieses an sich unverfänglichen Antrages seine Rückkehr auf den Boden des deutschen Staates einleiten konnte, eben das wollte das Haupt der Internationale um jeden Preis vermeiden; in diesen Jahren trieb ihn Engels zur Vollendung des ersten Bandes des „Kapital", gerade mit dem Ansporn, er müsse fertig sein, wenn eine kontinentale Revolution ausbräche. Bismarck hatte mit dem untrügerischen Blick der Macht für Macht auch diese Brücke schlagen wollen, unbekümmert um alles, was vorher lag nur um seines höchsten Zweckes willen. Die Revolutionäre von 1848 aber dachten immer noch in ihren Horizonten von der europäischen Bewegung der Dinge und waren den nationalen Möglichkeiten, die sich bei uns vorbereiteten, völlig entfremdet.

Bismarck jedoch kam, als er den Sieg erfochten hatte, zum zweiten Mal. Anfang April 1867 brachte Marx das Manuskript des „Kapital" nach

Hamburg in ein verändertes Deutschland — soeben war die Verfassung des Norddeutschen Bundes fertig geworden. Während er in Hannover bei einem Freunde weilte, und mit Genugtuung eine respektvolle Aufnahme seiner theoretischen Gedanken bei dem preußischen Beamtentum beobachtete, hatte er am 24. April 1867 dem Freunde zu melden: „Bismarck schickte mir gestern einen seiner Satrapen, den Advokaten Warnebold (dies unter uns). Er wünscht mich und „meine großen Talente im Interesse des deutschen Volkes zu verwerten." Auch Bennigsen würde ihm morgen aufwarten. Engels war nicht einmal erstaunt. „Daß Bismarck bei Dir anklopfen würde, hatte ich erwartet, wenn auch nicht die Eile"; er meinte spöttisch, aber mit realistischem Spott, gewisse kaufmännische Eigenschaften in Bismarcks Politik wiedergespiegelt zu sehen: „das Verfolgen eines bestimmten Zwecks durch Abwarten und Experimentieren, bis der richtige Moment getroffen, die Diplomatie der stets offenen Hintertür, das Akkordieren und Abdingen, das Einstecken von Insulten, wenn das Interesse es erfordert." — — —

Daß auch Marx die Sache ernsthaft nahm, geht aus einem späteren Schreiben vom 7. Mai hervor: „Die Bismarcksche Affäre mußt Du ganz geheim halten. Ich versprach, niemandem davon zu sprechen. Letzteres hielt ich. Ich hatte jedoch die reservatio mentalis gemacht, Dich auszunehmen."

Die gleiche Auffassung wie Oncken vertritt auch ein guter Kenner der Psyche Bismarcks der unter einem Pseudonym im Berliner Tageblatt vom 6. 2. 1914 unter der Überschrift „Die Begründer der Sozialdemokratie und Bismarck" schreibt:

„Bismarck hoffte also die rote Zukunftsmacht um des Endziels der Reichsgründung willen rechtzeitig in nationale und gemäßigte Bahnen zu lenken, was nur durch Hinüberziehen ihres geistigen Oberhauptes möglich war..... aber was ihm bei Johannes Miquel gelungen war, der sieben Jahre lang (1850—1857) in regelmäßigem Briefverkehr mit Karl Marx gestanden und wahrscheinlich auch Mitglied des Kommunistenbundes war, dessen sozialdemokratische Neigungen also keineswegs wie später von ihm behauptet, als eine gelegentliche studentische Jugendverirrung zu betrachten sind: das gelang bei dem Spiritus rector der internationalen Arbeiterpartei nicht, obwohl die Verhandlungen von Marx nicht ohne weiteres abgebrochen worden sind."

Ein Jude, der Bismarck aus nächster Nähe beobachten und der einen tiefen Blick in seine Geisteswerkstätte tun konnte, war Ludwig Bamberger. Er war wie wenige geeignet, die Frage zu beantworten, ob Bismarck ein Judengegner war oder nicht, und mit Recht kommt dieser Kenner der Bismarck'schen Psyche zu einer Verneinung. In seinem nach dem Tode Bismarcks

erschienenen Werke erklärt Bamberger, daß ebenso wie die Franzosen Bismarck für ihren Gegner aus Stimmung hielten, so auch vielfach die Juden Bismarck für einen Antisemiten gehalten haben. Aber diese Auffassung bezeichnet Bamberger als irrtümlich und sagt: „An dem Aufkommen des Antisemitismus der Stöcker und Treitschke war er unbeteiligt. Aber es gehörte zu seiner Methode, ein Geschoß, das ihm andere geschmiedet, nicht von der Hand zu weisen, es für vorkommende Fälle in seinem Arsenal niederzulegen, es bald zur Einschüchterung, bald zur Herabsetzung eines Gegners zu verwerten."[1])

Ludwig Bamberger, der ebenso wie Lassalle und Lasker, bis zu seinem Lebensende dem Judentum treu geblieben war, entstammte einer jüdischen Kaufmannsfamilie aus Mainz. Er hatte sich durch wissenschaftliche und praktische Betätigung sehr viele Kenntnisse auf wirtschaftlichem Gebiet angeeignet, die er durch Reisen vertiefte. Charakteristisch für ihn ist allerdings ein starres Festhalten am wirtschaftlichen Manchestertum. Für ein energisches Eingreifen des Staates in das Wirtschaftsleben hatte er nicht viel übrig. Nachdem er kurze Zeit in der Schweiz gelebt hatte, war er in London in einem Bankgeschäft tätig, wo er mit Lothar Bucher und Karl Marx zusammenkam und neben praktischer kaufmännischer Arbeit sich u. a. auch politisch und schriftstellerisch betätigte. In der Zwischenzeit war er wegen Beleidigung des hessischen Heeres und aus anderen politischen Ursachen zu Gefängnis, Zuchthaus, Korrektionshaus, ja sogar zum Tode verurteilt worden. Infolgedessen mied er Deutschland und machte sich in Rotterdam als Bankier selbständig. 1853 ging er nach Paris, wo er wiederum in einem Bankgeschäft tätig war, zugleich aber auch ausgedehnten politischen Verkehr hatte. Bereits 1863 vertrat er in seinen Schriften die Auffassnug, „daß Preußen wohl allein etwas Bleibendes für Deutschland geschaffen, den Beruf zur Oberherrschaft in Deutschland besitze." Kein Wunder, daß es diesem Manne auf die Dauer im Auslande nicht gefiel und daß ähnlich wie seinerzeit in Friedrich List, auch in ihm die Sehnsucht nach der Heimat immer größer wurde. Er kehrte nach 1866 nach Deutschland zurück und vertrat in Süddeutschland öffentlich die Anschauung, daß man sich mit Preußen einigen müsse. Dies suchte er in einer Reihe von Aufsätzen zu begründen. Bamberger gehört zu den wenigen Süddeutschen, die, ebenso wie Friedrich List, Preußens Sendung in Deutschland rechtzeitig erkannt hatten. 1868 erschien dann in der „Revue Moderne" eine Reihe von Aufsätzen „Mr. de Bismarck", in denen er versuchte, der Persönlichkeit Bismarcks gerecht zu werden und zugleich diejenigen für Bismarck zu interessieren, die teils aus der Konfliktszeit her, teils wegen des Kampfes gegen Österreich zu den Gegnern Bismarcks gehörten. Es war

---

[1]) Bamberger, Bismarck Posthumus, Seite 35.

das nicht nur ein kühnes Wagnis für einen Süddeutschen, sondern es zeigte zugleich einen prophetischen Geist, wie ihn nur ganz wenige besaßen. Die Aufsätze wurden später in Buchform herausgegeben und erschienen dann noch im gleichen Jahre in einer deutschen viel beachteten Ausgabe.

Oncken charakterisiert Bambergers Begabung wie folgt:[1])

„Es ist allbekannt zunächst, welche Früchte die spezifisch banktechnische Erfahrung ihm in der Glanzzeit seiner politischen Tätigkeit im Vaterlande getragen hat. Sein verdienstvoller Anteil an der Einführung der Goldwährung und an der Begründung der deutschen Reichsbank — der auf privatwirtschaftlichem Gebiete seine Mitwirkung bei der Errichtung der Deutschen Bank zur Seite steht — ist vornehmlich die Frucht der Pariser Lehrjahre gewesen. Der weite, an große Verhältnisse gewöhnte Blick, die jahrzehntelange Vertrautheit mit den Lebensbedingungen des internationalen Geldmarktes und allen Zweigen industrieller Unternehmung: solche Vorzüge bildeten bei dem Ausbau der deutschen Reichsinstitutionen eine um so willkommenere Mitgift, als sie bei dem preußischen Beamtentum und bei den unitarischen Politikern der Kleinstaaten nur sehr sparsam vertreten waren."

Bamberger gehörte zu den wenigen Politikern, die nicht nur rechtzeitig Bismarcks Bedeutung erkannt, sondern auch hieraus die richtige Schlußfolgerung zogen. „Der Idealist und Republikaner hatte sich aus Patriotismus in einen Monarchisten verwandelt." (Wippermann in der Allgem. Deutschen Biographie.) Ermöglicht wurde ihm eine praktische politische Tätigkeit durch seine in Mainz erfolgte Wahl ins Zollparlament. Als Bamberger im Sommer 1870 zufälligerweise in Paris war, erkannte er mit der ihm eigenen Gedankenschärfe sofort die politische Lage und er machte am 10. Juli 1870 die preußische Regierung in Berlin auf die drohende Kriegsgefahr aufmerksam. Drei Tage später verließ er Paris und am 2. August wurde er von Bismarck eingeladen, ihn als amtlichen Vermittler mit der deutschen Presse zu begleiten. Er hat während des Krieges bei Bismarck eine große Rolle gespielt, insbesondere bei dem Verkehr mit den süddeutschen Staaten. „Verschiedene Aufträge Bismarcks erledigte er mit Glück." (Wippermann.) Über Bambergers Tätigkeit in Frankreich berichtet Poschinger:[2])

„Bamberger war nach dem 18. August nach Nancy, Anfang September nach Hagenau gegangen mit dem deutschen Präfekten des Unter-Elsaß und rief dort das erste amtliche deutsche Blatt ins Leben."

Über diese Tätigkeit in Nancy schreibt Busch:[3])

---

[1]) Historisch-politische Aufsätze, Band II, Seite 245.

[2]) Bismarck und die Parlamentier, Band II, Seite 131.

[3]) Busch Band II, Seite 141.

Vorher hat er drei Wochen lang mit viel Eifer und bekanntem Geschick gearbeitet und erreicht, was unter schwierigen Verhältnissen errreichbar gewesen ist und alles in guten Gang gebracht."

Seine Vaterstadt Mainz entsandte 1871 Bamberger in den Reichstag, wo er sich den Nationalliberalen anschloß. Neben politischen Problemen war es hier die wirtschaftliche Frage, die ihn fesselte und zu der er infolge seiner praktischen Banktätigkeit besonders befähigt war. Sowohl bei der Münzgesetzgebung wie auch bei der Bankgesetzgebung wirkte er in erheblichem Umfange mit, und er trat schon frühzeitig für eine nationale Reichsfinanzpolitik ein. Die Konstruktion der Reichsbank hat Bambergers Ratschlägen viel zu verdanken. Unter den Bismarckgegnern suchte man damals die Reichsbank dadurch zu diskreditieren, daß man sie gerade im Hinblick auf die Mitwirkung Bambergers als die „Bismarcksche Reichsjudenbank" charakterisierte.

Bis zum Jahre 1877 ging Bamberger mit Bismarck in den wesentlichsten Punkten einig, wenngleich er nicht zu denen gehörte, die Bismarck so blind verehrten, daß sie ihm durch dick und dünn folgten. Bamberger ist unstreitig ein viel zu selbständiger Geist gewesen, um nicht die vom Liberalismus abweichenden Wege Bismarcks mitzumachen. Für derartige selbständige Freunde aber hatte Bismarck wenig Verständnis. Bismarck verlangte von seinen Anhängern eine absolute Hingebung und Gefolgschaft in allen politischen Fragen, und so war der Bruch zwischen Bamberger und Bismarck nur eine Frage der Zeit. Er kam genau so, wie der Bruch zwischen Bismarck und zahlreichen anderen politischen Freunden. Den Anlaß gibt bei Bamberger das Sozialisten-Gesetz.

In der inneren Politik hat Bismarck zwei Entwickelungen falsch eingeschätzt: die sozialdemokratische und die katholische Bewegung. Der Kampf gegen Ideen mit Polizeigewalt ist in der Weltgeschichte stets ein Fehler gewesen, und auch Bismarck mußte hier sein Lehrgeld zahlen. Gewiß hat die Sozialdemokratie in ihren Anfängen Entwicklungsformen gezeigt, die viele Gemüter in Aufregung versetzen konnten, und für die ältere Generation war es schwer, sich in die Gedankenwelt der deutschen Arbeiterschaft einzuleben. Beschleunigt durch die Attentate auf den greisen Kaiser, dem Bismarck in vorbildlicher Lehnsherrntreue dient, hatte er sich zu einer Gesetzgebung verleiten lassen, die wirkungslos bleiben mußte und unnötig den Konflikt verschärfte. Bamberger sah das ein, trotzdem er selbst ein Gegner der Sozialdemokratie gewesen ist. Die Kritik am Sozialisten-Gesetz veranlaßte Bamberger, zu den Gegnern Bismarcks überzugehen, und nun trennen sich die Wege. Von da ab sehen wir Bamberger für die Dauer der Amtstätigkeit Bismarcks in der Opposition, die im Laufe der Zeit immer schärfere Formen annahm. Ein sehr wesentlicher Anlaß hierzu war der Umschwung in der Wirtschaftspolitik, die durch den Dezemberbrief 1879 Bismarcks an den

Bundesrat eingeleitet wurde. Bamberger war, was bei seiner ganzen Vorbildung erklärlich, absolut liberal in seiner Gesinnung und zwar sowohl auf politischem als auch auf wirtschaftlichem Gebiete. Die Liberalen der damaligen Zeit sind alle doktrinäre Anhänger von Adam Smith gewesen. Sie haben das, was Friedrich List auf wirtschaftlichem Gebiete gelehrt, nicht genügend gewürdigt. Der Fehler war, daß Männer vom Schlage Bambergers zu sehr die englischen Verhältnisse im Auge hatten, ohne die ganz anders geartete Struktur der deutschen Wirtschaftspolitik zu beachten, und nur so ist es zu erklären, daß Bamberger mit Energie für die wirtschaftlichen Theorien eintrat, die im Widerspruch zu den Bedürfnissen des neuen deutschen Wirtschaftslebens standen. Bismarck hatte sich — nicht, wie man fälschlich behauptet, beeinflußt durch Bleichroeder und Bucher, sondern überzeugt durch die Wucht der Tatsachen — losgelöst von seinem früheren freihändlerischen Standpunkt und trat nun im Gegensatz zu seinen früheren Reden, für Abkehr vom Freihandel und für Übergang zum Schutzzolle ein. Daß dabei innere politische Gründe (die Trennung der Parteien, Schaffung von Einnahmequellen für das Reich und dergleichen) eine Rolle spielten, ist bekannt. Für Bismarck war die Schutzzollpolitik eine Frage, der er besondere Bedeutung beilegte und so mußte es ihn besonders ärgern, den ehemaligen Anhänger unter denen zu sehen, die nun in so wirksamer Weise seine Schutzzollpolitik bekämpften. Bamberger vertrat seinen Standpunkt mit der ihm eigenen Energie, mit einer Fülle von volkswirtschaftlichen, aus dem Leben gegriffenen Argumenten, und so wurde schließlich der Riß zwischen Bismarck und Bamberger immer größer. In allen wirtschaftlichen Fragen stieß jetzt Bismarck auf den Widerstand des Mannes, der einst seinen Ruhm verkündete, nicht nur wegen des Zolltarifes, sondern auch bei den Monopol-Plänen und schließlich auch in der Kolonialpolitik. Als es sich um die Verwaltung der Samoa-Inseln handelte, da war es nicht zum wenigsten der Einfluß Bambergers, daß Bismarcks Absicht, Kolonialpolitik zu treiben, zunächst nicht durchgeführt werden konnte. 1880 bekämpfte Bamberger in der neu gegründeten „Liberalen Vereinigung" das Unfall-Versicherungs-Gesetz, den Volkswirtschaftsrat und zahlreiche andere Pläne. Wenn auch Bamberger über außerordentliche Kenntnisse verfügte, hatte er sich doch allmählich in einen den Tatsachen fremden Liberalismus verrannt, wodurch er ausschließlich nur noch in der Opposition eine Rolle spielte. Gerade in dem Lieblingsplane Bismarcks, einen Volkswirtschaftsrat als Gremium der Sachverständigen zu gründen, sah er eine Gefahr für den Reichstag, der man entgegentreten mußte. Hier begegnete sich Bamberger mit zahlreichen anderen, die ebenfalls von einem Wirtschaftsparlament nichts wissen wollten und den Standpunkt verfochten, daß im Reichstage genügende Sachkenntnis vertreten sei, vor allem Sonnemann, Bennigsen, Eugen Richter, Reichensberger,

Windthorst und zahlreiche andere.[1]) Die Gegnerschaft zum Volkswirtschaftsrat erklärte sich zum Teil auch daraus, daß Bamberger im Parlamentarismus das Heil Deutschlands erblickte. Auch hierin unterschied sich Bamberger durch nichts von den Freisinnigen der damaligen Zeit, die sehnsüchtig nach England blickten und dort das Ideal des Staatslebens sahen, ohne die Unterschiede zwischen England und Deutschland zu würdigen. In der Opposition ging Bamberger so weit, daß er im Jahre 1884 (15. März) das Unfallversicherungs-Gesetz als gewissenlose Gesetzgebung und sozialistische Schrulle bezeichnete. Auch in der Frage der Dampfer-Subvention kennzeichnet sich Bamberger ebenso wie auf dem Gebiet der Kolonialpolitik als absolut unbelehrbar. Bamberger hatte nicht eingesehen, welche wirtschaftlichen Aufgaben dem neuen Deutschland vorgezeichnet waren, ja sogar noch im Jahre 1892 riet er zur Abkehr von der ganzen Kolonial-Politik. 1893 schied dann Bamberger aus dem Parlament, von da ab nur noch mit der Feder, namentlich mit seinem Freunde Barth, in dessen Zeitschrift „Nation" tätig.

Im November 1899 wurde die größte Leistung Bambergers, sein Verdienst um die Schaffung der Reichsbank von der Nachwelt anerkannt, als man im Vorraum der Reichsbank seine Marmorbüste aufstellte.......

Wäre Bamberger von anderem Holze gewesen, er hätte Bismarck noch größere Dienste leisten können. Sein zähes Festhalten an liberalen und demokratischen Utopien drängte ihn immer mehr von dem Manne ab, wodurch er nicht nur seinen Einfluß, sondern auch seine Freundschaft mit Bismarck einbüßte, eine Entwicklung, die für beide Männer gleich bedauerlich gewesen ist; denn unstreitig hat Bismarck auch für Bamberger eine zeitweise große Wertschätzung empfunden. Aber das Bild des *Menschen* Bamberger gewinnt, wenn man sieht, daß er seinen Idealen treu blieb und lieber die Zuneigung zu dem großen Manne opferte, als daß er aus Opportunitätsgründen seine Vergangenheitsgründe verleugnete, wie es so viele getan haben, die man leider in der Umgebung Bismarcks sah. Als aufrechter Mann ist Bamberger von Bismarck geschieden, als aufrechter Mann stand er in der Opposition dem Kanzler gegenüber, eine der wertvollsten Erscheinungen des deutschen Liberalismus, und wenn die heutige Zeit auch kein Verständnis hat für die wirtschafts-politischen Kurzsichtigkeiten des damaligen Freisinns, so muß man von Bamberger doch das Wort sagen, er war eine Persönlichkeit, die Sympathien verdient.

Noch während Bismarck Minister war, hat übrigens Bamberger sich mit der Frage der Nachfolgerschaft des Kanzlers befaßt und zwar in Aufsätzen, die in der Wochenschrift „Die Nation" erschienen und 1889 als Broschüre herausgegeben wurden. Da schreibt Bamberger wörtlich:

---

[1]) Dr. Julius Curtius, „Bismarcks Plan eines deutschen Volkswirtschaftsrates." Heidelberg 1919.

„Einen Nachfolger im Sinne der Gleichwertigkeit für den ersten Kanzler gibt es nicht und kann es nicht geben."[1])

Ferner heißt es an der gleichen Stelle: „Diejenigen, welche nicht an der politischen Aufgabe eines freien Bürgertums verzweifeln wollen, haben nun, wie die Dinge jetzt liegen, gar keine Ursache zu dem Wunsche, den Kanzler von dem Schauplatz seiner Tätigkeit verschwinden zu sehen... Die ganze Erscheinung und die Leistungen nicht minder entsprechen dem Bilde jener herkulischen Konstitution, bei welcher von den Zerstörungen des herannahenden Greisenalters nicht mit 74 Jahren, wie bei Menschen gewöhnlicher Beschaffenheit, die Rede zu sein braucht."[2])

„Die Haltung, die Reden des Kanzlers am 15. und 26. Januar (1889) gaben wahrlich kein Zeugnis sinkender Kräfte, und wir hätten niemals die an seiner Stelle sehen mögen, welche hier Symptome eines rasch hereinbrechenden Greisenalters sehen wollen. Davon ist glücklicherweise noch gar keine Rede!"

Das ist ungefähr in der Zeit geschrieben, wo eine nationalistisch sich gebärdende Clique eifrig an der Minierarbeit war, den Kanzler zu stürzen, wo ein Stöcker Ratschläge erteilte, wie man Mißtrauen zwischen Kaiser und Kanzler säen könnte.

Hatte sich auch Bamberger im Laufe der Entwicklung von Bismarck getrennt, hatte er andere Wege eingeschlagen und war Bismarck im Parlament entgegengetreten, die Treue hat dieser Jude ihm über das Grab hinaus gehalten. Seine Bewunderung für das Genie war nicht erloschen, und in einer Zeit, in der sich alle scheu von Bismarck wandten, in der man peinlich vermied, für Bismarck einzutreten, da hat Bamberger aus seiner immer noch vorhandenen Liebe für den großen Staatsmann kein Hehl gemacht. Freilich Bamberger gehörte nicht zu den Naturen, die Bismarck rückhaltlos anbeteten und in ihrer Begeisterung nur in Bismarck das Ideal sahen. Wenn man mit Recht einmal gesagt hat: „Kritik ohne Liebe irrt," so kann man andererseits auch sagen: „Liebe ohne Kritik irrt." Und von Bamberger gilt das Wort: „Er liebte Bismarck mit Kritik." Um so wirkungsvoller tritt aber dadurch auch seine Begeisterung in den Vordergrund. Mit warmer Sympathie zeichnet er uns das Bild Bismarcks. Nach seinem Tode schildert er, welche Wege Bismarck gegangen ist, welche er gehen wollte, was ihm gelang und was ihm mißlang. Und unter den zahllosen Schriften, die nach dem Tode Bismarcks aus dem Kreise derer, die ihm nahegestanden, erschienen sind, steht Bambergers Schrift an einer ganz besonderen Stelle. Wohltuend wirkt, wenn man von einem Manne wie Bamberger, der von Bismarck zuweilen recht schlecht behandelt wurde, liest, daß Bismarck sich in den „Ge-

---

[1]) Die Nachfolge Bismarcks, Seite 4.

[2]) Die Nachfolge Bismarks, (1889), Seite 8.

danken und Erinnerungen" ein schriftliches Monument gesetzt habe, „welches von keinem ähnlichen Werke unter seinen Vorgängern in der Herrschaft über Völker und Zeiten übertroffen wird, man kann wohl sagen, kein solches an Vielseitigkeit der Darstellung und Zusammenfassung ihm an die Seite zu stellen ist." Bamberger spricht von der Macht der unbedingten Genialität, die uns beim Lesen der Gedanken und Erinnerungen ergreift. Er betont, daß Bismarck an Geschicklichkeit in der Handhabung der Regierungsmaschinerie und Parteitaktik nicht seinesgleichen hat.

Auch an anderer Stelle hat sich Bamberger stets, unbeirrt durch die Tatsache, daß die Beziehungen zwischen ihm und Bismarck sich gelockert hatten, mit der gleichen Treue über Bismarck geäußert. So gibt Eckardtstein ein Gespräch, das er in Biarritz im Jahre 1891 hatte, wieder, wonach Bamberger folgendes gesagt hat: „Ich habe mich nebst meinen Parteigenossen gezwungen gesehen, Bismarck sehr oft auf das schärfste im Reichstag und in der Presse zu bekämpfen. Aber jetzt, wo er nicht mehr am Ruder ist, kann ich es getrost sagen, er ist bei alledem ein wahrhaft großer Mann und wird für alle Zeiten in der Geschichte als solcher dastehen. Im Innern hat er zwar so manches verschuldet, aber in der äußeren Politik war er eines der größten Genies, welche die Welt je hervorgebracht hat. Jetzt wo er seit kurzem die Zügel nicht mehr in Händen hält, kann man ja schon merken, wie die gesamte Weltlage zu Ungunsten Deutschlands sich zu verschieben beginnt. Wohin unser junger Kaiser uns schließlich führen wird, das weiß niemand."

Man hat oft darüber gestritten, inwieweit Bismarck in seiner Gesinnung noch als Staatsmann ein Junker gewesen ist. Ich glaube, Bamberger trifft das Richtige, wenn er sagt (Seite 20), daß „Bismarck keine aristokratischen Vorurteile kennt. Er kennt nur einen Unterschied zwischen den Menschen: ob sie ihm passen oder nicht....."

Von ganz anderer Natur als zu Bamberger ist das Verhältnis Bismarck's zu Eduard Lasker gewesen. Als Politiker hat Lasker in der Öffentlichkeit eine größere Rolle gespielt als Bamberger; menschlich aber ist Bamberger Bismarck nähergetreten. Die Stellung, die Lasker im politischen Leben einnahm, hing zum Teil damit zusammen, daß er zu den Gründern der nationalliberalen Partei zu rechnen ist, und es ergibt sich das Interessante, daß in Deutschland sämtliche großen politischen Parteien, mit Ausnahme des Zentrums, Juden als geistige Väter haben: Der geistige Vater der konservativen Partei ist Stahl gewesen, der sich nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch bei Begründung der konservativen Partei stark betätigte und der mit seinen Theorien auch unstreitig großen Einfluß auf den jungen Bismarck ausgeübt hat. Stahl entstammte aber einer urjüdischen Familie. Die

Nationalliberalen haben Lasker als ihren Gründer, die Liberalen Bamberger, die Sozialdemokraten Marx und Lassalle.

Lasker, der ebenso wie Bamberger, sein Leben als Jude beschloß, entstammte einer orthodoxen jüdischen Familie aus dem Posenschen. Auf seine Entwicklung war etwas von Einfluß, was auch bei Bamberger eine Rolle gespielt hat und nicht zuletzt auch auf die Betätigung Lassalles eingewirkt hat: Alle drei Männer sind damals — nicht so sehr durch die Gesetze, als durch die Gewohnheit — wegen ihres Glaubens von der Staatslaufbahn ausgeschlossen gewesen. Sowohl Bamberger trug sich mit dem Gedanken, eine staatliche Laufbahn einzuschlagen, als auch Lasker und auch Lassale hätte sicherlich gern ein staatliches Amt bekleidet. Lasker war Assessor beim Berliner Stadtgericht, „ohne nach den damals herrschenden Grundsätzen Aussicht auf endgültige Anstellung zu haben" (Wippermann). Dieses Hemmnis in der Entwicklung muß man sich vor Augen halten, denn es hat unstreitig auf den Werdegang jüdischer Männer eine Wirkung ausgeübt. Hätte man damals schon die Möglichkeit gehabt, Persönlichkeiten wie Lasker und Bamberger zur aktiven Mitarbeit heranzuziehen, so hätte sich vielleicht ihr Betätigungsgebiet verschoben. Sie wären ebenso wertvolle Mitarbeiter geworden, wie es Simson gewesen ist, dem durch die Taufe ein Erlangen hoher und höchster Stellen ermöglicht worden war. Dadurch aber, daß ein ungeschriebenes Gesetz, ja sogar ein Widerspruch zu den gesetzlich verbrieften Rechten sie von einer Verwaltungs-Tätigkeit ausschloß, wurden alle diese Männer in die publizistische Tätigkeit gedrängt. Charaktere wie Bamberger und Lasker haben manches Parallele in ihrem Leben, das sich aus der Behandlung der Juden im damaligen Deutschland erklärt: durch Gründe, die mit der Gerechtigkeit im Widerspruch stehen, werden zu sie einer anderen Laufbahn gedrängt, als es bei Nichtjuden der Fall ist; eine Erscheinung, die wir in Deutschland ja nicht nur bei Juden, sondern früher auch vielfach bei Katholiken finden. Daß solche Männer leichter der Opposition anheimfallen, ist erklärlich. Diesen Gesichtspunkt haben wir zu berücksichtigen, wenn wir Lasker verstehen wollen.

1865 tritt Lasker in den Preußischen Landtag ein. Er ist als Fortschrittler auf der Seite der Opposition, wo er in Nachwirkung der Konfliktszeit gegen die Militärgesetze stimmt. Als aber in der Schlacht von Königgrätz die Würfel zu Gunsten von Bismarck fallen, da sieht Lasker den Irrtum der Freisinnigen ein, und er gehört zu denen, die Bismarck die Indemnität bewilligen. Und so begründet Lasker mit 18 ehemaligen Fortschrittlern die neue Fraktion der nationalliberalen Partei und hierbei geht er zunächst, im Gegensatz zu den Fortschrittlern, vielfach mit Bismarck zusammen. Durch Fleiß und wirtschaftliche Kenntnis ausgezeichnet, konnte er das Gesetzgebungswerk Bismarcks, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet, erheblich unterstützen.

Lasker ist es gewesen, der den Antrag stellte, Wilhelm I. eine Adresse des Reichstages bezüglich der Kaiserwürde zu überreichen, die am 18. Dezember 1870 angenommen wurde. An den Vorbereitungen zur Reichsgründung hatte er einen in der Öffentlichkeit nicht allgemein bekannten Anteil, namentlich vermittelte er, ähnlich wie Bamberger, erfolgreich zwischen Norden und Süden. Eine Adresse des Reichstages vom 30. März 1871 stammte aus der Feder von Lasker. Das gewaltige Werk der Reichsgründung durch Bismarck ist hinter den Kulissen durch kleine, aber oft schwierige Arbeit mit den widerstrebenden Parteien auf allen Seiten nicht unwirksam gefördert worden durch die 3 Männer Bamberger, Lasker und Simson.

In Übereinstimmung mit dem Kanzler war Lasker bis zum Jahre 1873. Von da ab beginnt ein Auseinanderentwickeln, was aber nicht hinderte, daß zeitweise wieder ein Zusammengehen ermöglicht wurde, so insbesondere kommt das zum Ausdruck in der Rede Laskers vom März 1873, wo er das staatsmännische Talent Bismarcks bei der Reichsgründung kennzeichnete. Viel Aufsehen erregte Lasker durch seine Rede in der Gründer-Aera im Jahre 1873, in der er scharfe Angriffe schleuderte gegen fürstliche und prinzliche Gründer und damit die ohnehin einsetzende Rückwärtsbewegung der Kurse an der Börse verschärfte. In Kreisen der Gegner Laskers hat man es ihm freilich verübelt, daß er sich bei der Aufdeckung der Mißstände nur auf rechtsstehende Gründer beschränkte, dagegen die Gründer, die auf der linken Seite saßen und deren Schuldkonto nicht geringer gewesen sein soll, nicht aufgeführt hatte. Die heutige Generation weiß kaum noch, was damals alles Männern, deren Namen einen guten Klang hatten, an Corruption, Schiebungen, Beeinflussungen und dergleichen vorgeworfen wurde, und wenn man die Börsenblätter der 70er Jahre durchsieht, so findet man die unglaublichsten Anschuldigungen gegen angesehene Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wegen Beteiligungen an Gründungen, Bekleidung von Aufsichtsratsposten usw.

Wenn Lasker auch häufig mit den linksstehenden Liberalen harmonierte, so betonte er doch bei vielen Gelegenheiten, daß die Politik des Liberalismus stets von n a t i o n a l e n Gedanken erfüllt sein müsse, wie ja Lasker überhaupt ein national empfindender Mann ist. 1876 waren die politischen Gegensätze so scharf geworden, daß Bismarck bestrebt war, den rechten Flügel der Nationalliberalen von Lasker zu entfernen, da ihm eine praktische Zusammenarbeit mit diesen — in demokratischen Fragen zu anspruchsvollen — Männern nicht möglich schien.

Während nun Bismarck Lasker den Vorwurf macht, daß er infolge seiner liberalen Auffassungen für die praktische Politik unverwendbar sei, mußte sich der gleiche Lasker von seinen „liberalen" Freunden den Vorwurf gefallen lassen, die Freiheiten des Volkes beim Preßgesetz „verraten zu haben." In der Folgezeit verschärfte sich der Gegensatz beim Branntweinmonopol und

beim Sozialistengesetz. 1880 trat Lasker aus der Nationalliberalen Partei aus. Er starb auf einer Reise 1883 nach Amerika, am Sarge gefeiert von einem der besten Deutschen, von Carl Schurz.

An seinen Tod knüpft sich eine Episode an, die von vielen liberal denkenden Männern Bismarcks sehr verübelt wurde: Das Repräsentantenhaus zu Washington hatte eine Kundgebung des Beileids beschlossen, in deren Form Bismarck eine Kritik erblickte und die er an den Reichstag weiterzugeben ablehnte. Ja, der Botschafter, der den Beschluß angenommen hatte, wurde sogar abberufen. Bismarck suchte dann in seiner Rede vom 13. März 1884 die Gründe für die Ablehnung zu rechtfertigen, worauf das Repräsentantenhaus zu Washington die Erklärung abgab, daß seine Kundgebung „als Tribut der Ehrerbietung für einen ausgezeichneten Staatsmann aufzufassen sei, der innerhalb des deutschen Volkes Sympathien besaß.“ Die Resolution des Repräsentantenhauses hatte folgenden Wortlaut:

„Das Haus der Repräsentanten hat mit tiefem Bedauern von dem Tode des hervorragenden deutschen Staatsmannes, Eduard Lasker, gehört. Sein Verlust wird nicht allein von dem Volk seiner Heimat betrauert, wo seine feste und standhafte Vertretung und seine Hingebung an freisinnige und liberale Ideen die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse dieses Volkes gefördert haben, sondern von den Freunden der Wahrheit in der ganzen Welt. Eine Abschrift dieses Beschlusses soll der Familie des Verstorbenen übersandt werden, ebenso dem in der Hauptstadt des Deutschen Reiches residierenden Gesandten der Vereinigten Staaten, um von diesem auf dem gesetzlichen Wege dem Präsidenten des gesetzgebenden Körpers mitgeteilt zu werden, dessen Mitglied er war.“

Die sehr lange Rede Bismarcks gegen Lasker zeigt, daß Bismarck glühend zu hassen verstand. Er zählte alle die Gelegenheiten auf, wo Lasker ihm Opposition gemacht hatte, und er konnte nicht unterdrücken, zu bemerken, daß Lasker ihm das Leben saurer gemacht habe als irgend ein anderer, (eine Charakteristik, die sicher nicht gerecht ist; denn Windthorst und Eugen Richter haben ihm das Leben noch viel saurer gemacht!)

Die heutigen Politiker denken über den Fall Lasker ganz anders. Die damalige Rede ist eine von jenen Gelegenheiten, von denen Gustav Schmoller einmal mit Recht gesagt hat, daß Bismarck in der Abwehr „mit Kanonen auf Spatzen geschossen“ habe. Bismarck war damals in einer jener gereizten Stimmungen, die uns Christoph von Tiedemann so plastisch geschildert hat. Wenn fälschlicherweise aber sowohl von antisemitischer, wie von jüdischer Seite die Stellung Bismarcks Lasker gegenüber auf antisemitische Gefühle zurückgeführt wird, so ist dafür auch nicht der geringste Beweis. Denn in der ganzen Rede findet sich keine Andeutung für eine antisemitische Auslegung. Der Grund ist auf anderem Gebiete zu suchen: Er war aus-

schließlich durch die politischen Gegensätze bedingt. Wenn Bismarck damals antisemitische Gefühle gehabt hätte, bei der reichlich von Haß durchtränkten Rede auf Lasker hätte er dieses Gefühl nicht zu unterdrücken vermocht; aber sie waren eben überhaupt nicht vorhanden.

Diese Auffassung wird mir bestätigt durch eine Schilderung, die der mehrfach bereits genannte frühere Gesandte Exzellenz Raschdau mir gab und in der es heißt:

„Ich konnte Bismarck einmal, aus Nordamerika angekommen, berichten, wie die Ehrung, die Lasker bei seinem in New York erfolgten Tode von Seiten des Repräsentantenhauses in Washington erfahren hatte, zustande gekommen war. Bismarck hatte sich mit einer auch für dieses Parlament wenig schmeichelhaften Schärfe dagegen gewandt, daß seitens der Partei, der Lasker angehörte, mit dem Leichnam „krebsen" gegangen würde. „Dieser Mann hat mir mit seiner jüdischen Eitelkeit viel Ärger bereitet; alles wußte er besser". Ungefähr so drückte er sich damals aus, womit er offenbar nicht auf den Juden zielte, sondern auf den Politiker, der ihm oftmals seine Kreise gestört hatte und auch im Tode unbequem wurde".

Eine lustige Anekdote überliefert uns der Redakteur der Frankfurter Zeitung August Stein — den Bismarck einst scherzhaft den „Gesandten Sonnemanns am preußischen Hofe" bezeichnete — in seinem Buche „Irenaeus"[1] Dort berichtet er, wie Bismarck eine sehr abfällige Äußerung Laskers über ihn erfährt: Lasker hatte von Moltke gesagt, er sei wahrhaft und lauter und rein wie ein Kind, Bismarck aber sei ethisch nicht rein, sei unwahr, er habe ihn oft belogen. Stein gibt nun den Eindruck, den diese Charaktrisierung auf Bismarck machte, mit folgenden Worten wieder: „Die Tischgäste waren gespannt auf den Eindruck; Bismarck lehnte sich in seinen Stuhl zurück und lachte, daß ihm die Tränen herunterliefen, und dann wiederholte er eine Wendung, die er schon einmal gebraucht hatte, als Lasker wegen seiner Gründerrede am Bismarckschen Tisch hart angegriffen wurde: Schimpft mir nicht auf meinen Lasker; er ist eine Seele von einem Menschen, nur von Politik versteht er nichts!"

Eine bemerkenswerte Charakteristik über Lasker befindet sich in den Lebenserinnerungen von Robert v. Mohl, des badischen Staatsmannes und Nationalökonomen. Dort heißt es: „Hervorleuchtend war immer sein scharfer Verstand, seine journalistisch gut geschulte Logik, seine Schlagfertigkeit, in vielen Dingen auch seine Sachkenntnis. Aber zum Staatsmann im höheren Sinne fehlte ihm doch, will mich bedünken, wesentliches, nämlich der weite und umfassende politische Blick, die Freiheit von Parteitradition und Partei-Ehrgeiz. Es ist in Auffassung und Darstellung etwas Advokatisches und

---

[1]) Frankfurt 1921. S. 36.

spezifisch preußisches, wo nicht berlinerisches. Auch schadet seinem persönlichen Ansehen der Mangel an würdiger Ruhe. Er ist beständig in quecksilberiger Bewegung. Die Natur hat ihn äußerlich nicht sehr begünstigt. Lasker — übrigens ein Mann in den besten Jahren — ist sehr klein. Er und Windthorst waren die kleinsten Mitglieder der Versammlung. Seine Physiognomie ist sehr jüdisch, seine Stimme zwar ausreichend, allein etwas spitzig und nicht ausdauernd. Man erzählt sich, als ihm einst Bismarck gesagt, sie würden doch schließlich in einem Ministerium beisammen sitzen, Lasker geantwortet habe, „die Aussicht sei ihm schon einige Tage nach seiner Geburt abgeschnitten." Es ist das aber nicht das einzige Hindernis einer großen staatsmännischen Stellung für ihn."[1])

Inwieweit die Anekdote, die Mohl erzählt, zutreffend ist, wird sich wohl niemals ermitteln lassen. Ich habe einmal eine andere Version gehört. Danach soll Bismarck zu Lasker gesagt haben, er hoffe noch einmal gemeinsam mit ihm arbeiten zu können, worauf Lasker schlagfertig geantwortet habe, „ich wußte nicht, daß Ew. Exzellenz die Absicht haben, noch einmal Rechtsanwalt zu werden."

Es ist schwer, sich ein richtiges Bild von der Bedeutung Laskers zu machen; denn auch dieser Mann gehört zu den starken Persönlichkeiten der Weltgeschichte, deren Bild der Parteien Haß verzerrt und verwirrt hat. Auf der einen Seite von seinen Freunden in den Himmel gehoben, auf der anderen Seite von seinen Gegnern maßlos angegriffen und nach seinem Tode von Bismarck nicht besonders liebevoll behandelt. Ich will hier von einer persönlichen Stellungnahme Lasker gegenüber absehen; denn es genügt, wenn ich an dieser Stelle die Worte eines Mannes wiedergebe, der wie wenige in der Lage war, Laskers Wirken zu beobachten und zu beurteilen, der Lasker politisch sehr fern stand und der zugleich ein großer Verehrer Bismarcks gewesen ist: Gustav Schmoller. In einem psychologisch feinsinnigen Aufsatz befaßt sich Schmoller mit Eduard Lasker und charakterisiert den kleinen zarten Lasker als „einen Deutschjuden aus Posen mit dünner Stimme und fast asketischer Lebensweise, voll ernst-sentimentaler Humanität, mit seiner nach Innen gerichteten Gedankenentwicklung, der Mann des formalen Rechts, der Studierstube und der Gesetzes-Paragraphen." Schmoller sagt von ihm, daß er als Parteimann unbequem gewesen, daß er seine Selbständigkeit gegenüber Parteilehren bewahrt habe, eine Fähigkeit, die den meisten, welchen die Parteidränierung die Parteibrillen und die Parteischeuklappen aufstülpt, ja leider verloren gegangen. „Er hatte zuviel innere Freiheit des Geistes, um sich die gewöhnliche Knechtschaft der Parteigesinnung gefallen zu lassen. Er war Jurist von Hause aus und nach seiner Verstandesorganisation. Er

---

[1]) Seite 176.

war nie preußischer Kreisrichter; aber man konnte ihn den Typus eines solchen nennen. Er hatte die Tugenden und Vorzüge, aber auch die Schattenseiten dieses fleißigen, abstrakten preußischen Beamtenstandes aus seiner liberalen Epoche."[1])

Schon Bamberger hatte mit Recht gesagt, daß das Ideal des Laskerschen Rechtsstaates unfehlbare Richter voraussetzte, Richter von einer Geistesschärfe, Geisteskraft und Unabhängigkeit des Denkens, wie sie im Durchschnitt heute nicht existieren. Dieser Feststellung Bambergers fügt Schmoller hinzu, daß der Laskersche Rechtsstaat viel edlere, vollkommenere Menschen voraussetze, als die heutige Welt überhaupt kenne, und Schmoller meint, daß dieses Laskersche Ideal, „das ihm vorschwebte, das er feierte als die „bevorzugte Mission des Germanentums", zu seiner vollen Verwirklichung einen abstrakten, unlebendigen Staat ohne Klassenkämpfe brauche, ohne internationale Entscheidungs- und Machtkämpfe, ohne andere Aufgaben als die Rechtspflege und Rechtsherrschaft.

Schmoller befaßt sich auch mit der Rede, die Bismarck nach dem Tode Laskers gehalten hat, und er sagt, daß es der Patriotismus gewesen, der ihm stets über den Parteizwecken stand, und es sei ein großes Glück für das deutsche Parlament gewesen, daß ein solch einflußreicher, liberaler Parteiführer wie Lasker damals so hoch über dem Phrasengeklingel des Manchestertums gestanden habe. Denn Lasker ist niemals ein Manchestermann gewesen. Im Gegensatz zu den Gegnern Laskers sagt Schmoller von ihm, „daß er — und zwar er allein — das Gewissen der deutschen Nation, sowie das Ansehen und die Ehre der großen deutschen Körperschaften dadurch gerettet, daß er in einer Zeit unerhörter Mißbräuche, die in aller Munde waren, die Dinge bei ihrem wahren Namen nannte, sich nicht zu jenem Totschweigen hergab, wie es in die Karten aller derjenigen paßte, die damals außerhalb und innerhalb des Parlamentes sich mit unsauberen Geschäften abgaben." Gegenüber den Anklagen, die von beiden Seiten gerade wegen des Kampfes gegen das Gründertum gegen Lasker erhoben wurden, sagt Schmoller, daß die doppelte Anklage vielleicht beweise, daß er eben nach Maßgabe seines Beweismaterials die richtige Mitte hielt. Den Konflikt zwischen Lasker und Bismarck sieht Schmoller auf psychologischem Gebiete: Dem Laskerschen Ideal vom absoluten Rechtsstaat stand das Genie des praktischen und politischen Lebens gegenüber. „Sie konnten sich nie ganz verstehen, das Vaterland aber kann dankbar sein, sie beide besessen, sie wenigstens zeitweise zusammenwirken gesehen zu haben." „Gewiß kann Laskers Wirken mit dem des großen Kanzlers in praktischer Bedeutung nicht verglichen werden; aber wenn die

---

[1]) Hermann Schulze-Delitzsch und Eduard Lasker. Zuerst abgedruckt im Jahrbuch für Gesetzgebung 1884 Heft 2. Erneut abgedruckt in: Zur Sozialpolitik der Gegenwart. Reden und Aufsätze Gustav Schmollers. Leipzig 1890.

Nachwelt einst dem größten Deutschen des 19ten Jahrhunderts sein ehernes Denkmal errichtet, so wird doch unten in einem Relief auch ein Platz für Lasker und Schulze (Delitzsch) neben anderen hervorragenden Parteiführern der Zeit übrigbleiben. Die Nachwelt würde nicht verstehen, wenn sie da fehlten."

Schmoller's Charakteristik beantwortet wohl am besten damit die Frage, welcher Platz Lasker in der Geschichte der Begründung des Deutschen Reiches gebührt . . . . .

Für die Frage, wie sich Bismarck zum Judentum gestellt hat, gibt es eine ganze Reihe von Maßstäben. Es sind das nicht nur seine Reden, die er gehalten hat, seine Berichte und Briefe, die er geschrieben, sondern es ist das vor allem festzustellen in seinem eigenen Verhalten den Juden gegenüber, und wenn man dieses Verhalten untersucht, dann wird man dabei nicht aus dem Auge lassen dürfen, daß in Bismarcks Kreisen sich eine ganze Reihe von Männern befand, die jüdischer Abstammung war und die durch die Taufe in Bismarcks Augen ihre Zugehörigkeit zur jüdischen Rasse nicht verloren hatte. Denn Bismarck gehörte unstreitig zu denen, die auf dem Standpunkt standen, daß der Jude durch die Taufe seine Rasse nicht verändert. Wenn es sich also darum handelt, festzustellen, wie ein Bismarck die Judenfrage behandelt hat, dann wird man in den Kreis der Betrachtungen auch die Getauften einbeziehen müssen, die rein jüdischer Abstammung gewesen sind. Und der Kreis derjenigen, die von Juden abstammen und zu den Mitarbeitern Bismarcks gehörten, ist in der Tat keineswegs klein. Hierzu gehört vor allem der frühere Kolonialdirektor Kayser, der als Erzieher der Söhne Bismarcks mit dem Kanzler in Berührung kam, und der bei Begründung der Kolonial-Abteilung des Auswärtigen Amtes zum Direktor dieser Abteilung ernannt wurde. Es gehören hierher ferner die Minister Friedberg und Friedental, der Ministerialrat und Wirkl. Geheimrat Moser; die Geheimräte Wolfshain und Noah und zahlreiche andere. Aber keiner von allen hat für Bismarck die Rolle gespielt, wie der Sohn des Königsberger Wechselmaklers Zacharias Jakob Simson. Von allen Männern, denen Bismarck seine besondere Sympathie geschenkt und auch bis ins Alter bewahrt hat, kann sich Martin Eduard von Simson des ganz besonderen Wohlwollens des Kanzlers rühmen, und Simson war, trotzdem er in jungen Jahren die Taufe empfing, als Volljude anzusehen. Sein Vater war Mitglied der jüdischen Kultusgemeinde in Königsberg, seine Mutter eine geborene Friedländer und Nichte des David Friedländer, der unter Hardenberg die bürgerliche Gleichstellung der Juden mit durchzusetzen half. Eine Verwandte von ihm war Fanny Lewald, seine Frau eine geborene Warschauer, Schwester des Berliner Bankiers Robert Warschauer.

In dem Verhalten Bismarcks Simson gegenüber kann man deutlich die Wandlungen in der Gesinnung Bismarcks den Juden gegenüber feststellen. Bismarck war schon frühzeitig mit Simson in Berührung gekommen, nämlich im Parlament zu Erfurt. Hierüber haben wir aus der Feder Poschingers eine Aufzeichnung, aus der hervorgeht, daß damals Bismarck keineswegs davon erbaut gewesen ist, unter einem jüdischen Präsidenten zu arbeiten, derselbe Bismarck, der nachher Simson zum ersten Präsidenten des Reichsgerichts ernannte.

Poschinger sagt in seinem Werke: „Fürst Bismarck und die Parlamentarier": „Zu den Lieblingen des Kanzlers gehörte Simson. Schon vom Parlament in Erfurt her kannten sich der Reichskanzler und der zukünftige Präsident des Reichstages. Simson war, wie hinlänglich bekannt, gleich Friedberg, einem anderen Matador des Reiches, ein getaufter Jude. Anknüpfend an diese Tatsache und an die Tage von Erfurt erging sich nun bei einer parlamentarischen Soiree vom 29. März 1881 dem Reichskanzler gegenüber der Abgeordnete August Reichensperger in folgender Reminiszenz: „Eben war der frühere Königsberger Professor, Eduard Simson, zum Präsidenten des Erfurter Volkshauses gewählt worden. Der Präsident verliest die Liste der gewählten Sekretäre und unter ihnen als letzten auch den Namen: Herr von Bismarck-Schönhausen. Da machte der Junker Bismarck, der am Fuße der Tribüne stand, zu seinem Nachbar Reichensperger die Bemerkung: „Mein seliger Vater würde sich dreimal im Grabe umdrehen, wenn er hörte, daß ich der Schreiber eines jüdischen Gelehrten geworden bin". „Diesen jüdischen Gelehrten, sagt nun Reichensperger, haben Durchlaucht zum Präsidenten des Reichstages gemacht." Ja, erwiderte der Kanzler, was noch alles aus einem werden kann. Dabei sprach er mit Wärme über Simson und rühmte den jüdischen Gelehrten als „einen der ausgezeichnetsten, von der reinsten Vaterlandsliebe getragenen Vertreter des nationalen Gedankens, als ein edles Gefäß, in dem stets die lautersten Empfindungen zusammengeströmt seien."

Ein konservativer Historiker, Hermann von Petersdorff, widmet in der „Allgemeinen Deutschen Biographie" Simson besonders anerkennende Worte. Er betont ausdrücklich, daß Simson sich nicht geflissentlich von seinen angestammten jüdischen Kreisen getrennt habe und daß man es bei Simson mit einem der Fälle zu tun hat, „wo ein reichbegabter Judensproß im deutschen Geiste aufging. Jeder deutschen Einheitsbewegung ist Simson auf das merkwürdigste und innigste verknüpft. Eine dekorative und repräsentative Persönlichkeit wird er gleichfalls von den Wellen dieser idealen Bewegung emporgetragen und in jeder einzelnen Phase auf einen weithin sichtbaren Platz gestellt. Es darf daher als eine günstige Fügung bezeichnet werden, daß ein so feiner und edler von vielseitiger Bildung getränkter Geist dieses Geschick hatte. Kaum wird diese Erscheinung, selbst nicht für peinlich deutsch Empfindende in ihrer

Erfreulichkeit dadurch beeinträchtigt, daß Simson nicht germanischen Blutes war. Denn wer Simson kannte, empfand seine jüdische Abstammung, möchte sie sich auch in Äußerlichkeiten und einigen Zügen seines Wesens nicht verleugnen, schwerlich störend. Man denke an Treitschke und Bernhardi. Der allgemeine Eindruck seiner Persönlichkeit war dafür zu wohltuend. Man hat wohl von der Anmut seines Wesens gesprochen. Daß ein Mann jüdischer Abkunft die schöne Rolle in der deutschen Einheitsbewegung spielen konnte, die Simson zugefallen ist, darf geradezu als symptomatisch für den Charakter der doch ursprünglich von dem gebildeten deutschen Bürgertum ausgehenden Bewegung gelten."[1])

Und in der Tat, nicht viele deutsche Männer haben in der Frage der Schaffung eines deutschen Kaisertums die Rolle gespielt, wie Simson. Zweimal erschien Simson vor einem Hohenzollern, ihm die deutsche Kaiserkrone anzubieten. Zuerst als der Abgesandte der Frankfurter National-Versammlung vor Friedrich Wilhelm IV. und schließlich als der Vertreter des Reichstages vor Wilhelm I. Beide Male mit verschiedenen Ergebnissen. Das erste Mal reiste er enttäuscht vom Hofe Friedrich Wilhelms IV. ab, das zweite Mal, bei dem Bruder, ist er Zeuge einer beispiellosen geschichtlichen Entwicklung. Er gehört zu den Männern, die Pate gestanden haben bei der Begründung des Deutschen Reiches.

Friedrich Dernburg hat einmal von Simson gesagt, er sei der „geborene Präsident", und in der Tat, einen würdigeren Präsidenten hat der Deutsche Reichstag nie gehabt, als in Eduard von Simson, einem Manne, der schon im Professoren-Parlament von Frankfurt a. M. präsidiert hat. Ebenso würdig wie sympathisch hat er die Geschäfte geführt, überragte sein „Jupiterkopf mit alttestamentarischer Schattierung" (Rud. v. Gottschall) zahlreiche der Volksvertreter. Und wie oft ist Simson Präsident eines deutschen Parlaments gewesen! Von ihm hat Sybel gesagt, „er sei ein Virtuose des Präsidaltalentes". Am 18. Dezember 1848 wurde er als Nachfolger Gagerns zum ersten Präsidenten der National-Versammlung gewählt und unter seiner Führung ist in Frankfurt die Reichsverfassung geschaffen worden, die an erster Stelle seinen Namen trägt und die dann später von Bismarck als Grundlage der Verfassung des Deutschen Reiches, freilich in veränderter Form, verwandt wurde.

Im Erfurter Volkshaus wurde er im Jahre 1850 wiederum zum ersten Präsidenten gewählt, und hier war es, wo Bismarck unter ihm als Schriftführer arbeitete. 1859 sehen wir Simson wieder auf einem Präsidentenstuhl und zwar im Preußischen Abgeordnetenhaus als Nachfolger des Ministers Schwerin, und als solcher vertrat er das Abgeordnetenhaus 1861 bei der Krönung des Königs

---

[1]) Allgemeine Deutsche Biographie Seite 363.

in seiner Heimatstadt. Nach der Schlacht von Königgrätz erkannte Simson die Größe Bismarcks, und von nun an gehört er zu den Männern, welche Bismarck folgen. Er wird 1867 in den Norddeutschen Reichstag gewählt, und wiederum wird er Präsident — zum vierten Mal Präsident eines deutschen Parlaments. Bei der Geschäftsführung im Norddeutschen Reichstag erlangte er die Zufriedenheit Bismarcks, und schließlich war es Simson vergönnt, den Reichstag zu leiten, der im Juli 1870 den entscheidenden Beschluß über die Kriegsanleihe faßte und ebenso die Beratungen über den Anschluß der Südstaaten an Norddeutschland pflegte. In dieser Eigenschaft als Präsident des Deutschen Reichstages führte er wie erwähnt, zum zweiten Mal eine deutsche Kaiser-Deputation.

Über Simson, der, wie Keudell mitteilt[1],) mit Entschiedenheit es ablehnt, zu Bismark im Überrock zu kommen, weil er den Standpunkt vertritt, daß zur Wahrung der Würde der Versammlung Frack und weißes Halstuch unerläßlich seien, haben wir eine Aufzeichnung aus der Feder von Keudell[2]) Danach hat der Kanzler im Jahre 1870 wörtlich folgendes gesagt: „Der Verkehr mit Simson hat mir wirklich Freude gemacht. Er war schon 1848 Präsident der Frankfurter National-Versammlung und brachte als solcher das Anerbieten der Kaiserkrone nach Berlin. Damals kannte ich ihn noch nicht. 1850 präsidierte er wieder im Erfurter Parlament, und ich war unter ihm Schriftführer. Er zeigte großes Geschick in der Leitung der Geschäfte, hatte aber in seinem Wesen etwas Feierliches, was meine Kritik reizte. In der Konfliktszeit hat er mich einmal in unschöner Weise angegriffen. Als Präsident des Norddeutschen Reichstages war er achtbar und förderte rasche Abwickelung der Geschäfte. Es ist ein reizendes Spiel des Geschickes, daß derselbe Mann ausersehen war 1849 die Kaiserkrone namens der Nationalversammlung anzubieten und jetzt die Annahme der von den Fürsten angebotenen Krone zu erbitten. Simson ist ein recht geistvoller Mann. Als er mich hier besuchte, war er wirklich unterhaltend, was ich von den meisten Leuten, die zu mir kommen, nicht behaupten kann."

Mitte Dezember 1870 hatte Simson die Unterredung mit Bismarck, die sich in die Nacht hineinzog, und treffend sagt Petersdorff, „daß es eine von einer weisen Schicksalsverwaltung gewährte stolze Genugtung für die Männer der Paulskirche und des Erfurter Volkshauses gewesen sei, daß ihr ehemaliger Präsident nun doch den Kaiserruf erheben durfte." Bismarck und Simson entwerfen gemeinsam die Antwort, die Wilhelm I. auf die Adresse des Reichstages geben sollte, und in seiner feierlichen Weise hielt Simson die Ansprache

---

[1]) Keudell, Fürst und Fürstin Bismark Seite 410.

[2]) Keudell Seite 465.

an Wilhelm I.[1]) Bis 1874 war Simson erster Präsident des deutschen Reichstages, wo er mit feinem Taktgefühl und vornehmer Ruhe die Geschäfte führte, bis ihm schließlich eine ganz besondere Ehre zuteil wurde: Wilhelm I., Bismarck und der Kronprinz waren darin einig, daß für die Leitung des neuen Reichsgerichtes kein anderer in Betracht käme als Simson. Aber merkwürdigerweise zögerte Simson, der in vielen Punkten eine große Zurückhaltung an den Tag legte — so lehnte er u. a. seine Entsendung in das Herrenhaus ab und erst als Bismarck ihn darauf aufmerksam machte, daß seine Kinder und Enkel ihm diesen Schritt nie verzeihen würden, da gab er nach, und am 23. April 1879 wurde Simson zum ersten Reichsgerichts-Präsidenten ernannt.

Aus dem politischen Leben war Simson schon in den 70er Jahren zurückgetreten. Er war eine zu vornehme Natur für die Kämpfe, die im Parlament stattfanden. Das allmähliche Absinken des deutschen Reichstages auf ein tieferes Niveau konnte eine so feine Natur wie Simson nicht ertragen. Simson war ein Mann, der für die Kanzel geschaffen war, er war ein Mann der Feierlichkeit, wie geboren zur Repräsentation für feierliche Gelegenheiten, aber nicht für die Kleinarbeit des Alltags. Simson war der typische „Gala-Redner" für große Gelegenheiten, für die gewöhnlichen Sitzungen war er zu volltönend. Sein pastorales Organ wirkte hervorragend bei großen Gelegenheiten. Es war nicht am Platze für die gewöhnlichen Tagungen eines nicht auf besonderer Höhe stehenden Parlamentes. Diese Empfindungen hat Simson wohl auch selbst gehabt, und so zog er sich vom politischen Leben zurück. Mit ganz besonderer Verehrung hat er stets an Bismarck gehangen. Das kommt in seinem Dankbriefe zum Ausdruck, als er 1888 unter Mitwirkung Bismarcks den Schwarzen Adlerorden erhielt, und es kommt ferner zum Ausdruck, als der Mann der Paulskirche 1898 Bismarck den Dank für die Schaffung des Deutschen Reiches ausdrückt.

Menschlich nähergetreten ist Simson Bismarck nach seinem Rücktritt nur selten. Aber das steht fest, von 1866 ab war Simson ein begeisterter Verehrer des genialen Staatsmannes. Er war ein wichtiges Werkzeug des großen Mannes in großer Zeit, und er konnte sich der besonderen Sympathie des genialen Reichsbegründers bis zu dessen Tode erfreuen . . . . .

Ein Jude, der dem Fürsten Bismarck besonders nahe getreten ist und dauernd in engen geschäftlichen Beziehungen mit ihm stand, war der Papierindustrielle Moritz Behrend, der Begründer der „Varziner Papierfabrik", die auf

[1]) Der Eindruck, den Simsons Ansprache am 18. Dezember 1870 auf Wilhelm I. gemacht hat, geht auch deutlich aus den Aufzeichnungen aus dem Tagebuch Kaiser Friedrich III. hervor, das der damalige Kronprinz führte: „Simsons Meisterrede entlockte mir helle Tränen. Es ist eigentlich kein Auge trocken geblieben."

Bismarckschem Grundbesitz errichtet wurde. Ich habe den feinen alten Herrn noch persönlich gekannt und jedesmal, wenn ich mit ihm zusammen war, erzählte er gerne von seinem Verkehr bei Bismarck, den er hoch verehrte.

Um das Jahr 1881, als die Wogen der antisemitischen Propaganda besonders hoch gingen, hat sich Bismarck Behrend gegenüber über die Judenhetze ausgesprochen. Auf eine Frage, ob er mit der antisemitischen Bewegung einverstanden sei, sagte Bismarck wörtlich:

„Nichts kann unrichtiger sein. Ich mißbillige ganz entschieden diesen Kampf gegen die Juden, sei es, daß er auf konfessioneller oder gär auf der Grundlage der Abstammung sich bewege. Mit gleichem Rechte könnte man eines Tages über Deutsche von polnischer oder französischer Abstammung herfallen wollen und sagen, es seien keine Deutschen. Daß Juden mit Vorliebe sich mit Handelsgeschäften befassen, nun, das ist Geschmackssache; durch ihre frühere Ausschließung von anderen Berufsarten mag das wohl begründet sein. Aber sicherlich berechtigt es nicht, über ihre größere Wohlhabenheit jene aufreizenden Äußerungen zu tun, die ich durchaus verwerflich finde, weil sie den Neid und die Mißgunst erregen. Ich werde niemals darauf eingehen, daß den Juden die ihnen verfassungsmäßig zustehenden Rechte in irgend einer Weise verkümmert werden. Die geistige Organisation der Juden im allgemeinen macht sie zur Kritik geneigt, und so findet man sie wohl vorzugsweise in der Opposition, aber ich mache keinen Unterschied zwischen christlichen und jüdischen Gegnern meiner Wirtschaftspolitik, die ich nach meiner Überzeugung als ersprießlich für das Land verfechte. Wenn ich zustimmende Adressen und Telegramme beantwortet habe, so erfülle ich damit eine Pflicht der Höflichkeit, wie ich dies schon Richter erwiderte: ich würde mit Vergnügen ebenso höfliche Antworten auf Zustimmungsworte der Fortschrittspartei gegeben haben, ich habe nur keine erhalten." — Auf die Frage des Gastes, ob er von einem Teil dieser Äußerungen öffentlichen Gebrauch, selbst durch die Presse, machen dürfe, antwortete der Kanzler unbedingt zustimmend.

Diese Ausführungen decken sich in wesentlichen Punkten mit dem, was Bismarck später an anderer Stelle gesagt hat. Ein Zweifel an der Richtigkeit der Bismarckschen Worte konnte schon damals nicht bestehen.

Als seinerzeit das Gespräch mit Kommerzienrat Behrend veröffentlicht wurde, gerieten natürlich die Antisemiten aus dem Häuschen. An sich war das, was Bismarck zu Behrend gesagt hate, durchaus harmlos und deckte sich, wie wir gesehen haben, völlig mit der Politik Bismarcks. Daß Bismarck die antisemitische Bewegung mißbilligte, wußte man und daß ihm ein Kampf als aussichtslos galt, war ebenfalls bekannt. Aber das hinderte einzelne dieser Kreise nicht, im stillen noch auf eine Freundschaft Bismarcks zu rechnen. Ein Beweis dafür, wie die Veröffentlichung der Unterredung auf die Anti-

semiten gewirkt hat, gibt uns eine Notiz des damaligen Chef-Redakteurs des antisemitischen „Deutschen Tageblattes“, Friedrich Luckhardt. Dieser schreibt in seiner Broschüre:[1])

„Dieser Artikel konnte bei dem damaligen Stand der „Berliner Bewegung“ nur als gegen unsere Gruppe gerichtet betrachtet werden und schlug bei uns auf der Redaktion wie eine Granate ein. In einer Konferenz, die ich unverweilt einberief, beschlossen wir, sofort eine Widerrufung des Artikels zu verlangen oder Front gegen den Inhalt zu machen. Ich begab mich gleich auf den Weg, fand aber, da es zwischen 5 und 6 Uhr abends war, zunächst keine Beamten auf der Reichskanzlei vor. Auf mein Drängen wurde mir mitgeteilt, daß drei der Herren noch einen gemütlichen Skat beim Grafen Wilhelm v. Bismarck spielten. Ich ließ mich daher melden, da die Angelegenheit keine Verzögerung zuließ. Den überraschten Herren erklärte ich, die „National-Zeitung“ in der Hand, daß ich überzeugt sei, dieser Artikel wäre amtlich eingeschmuggelt, um Stimmung zu machen. Ich käme daher als ehrlicher Mann mit einer offenen Kriegserklärung, falls man mich nicht vom Gegenteil überzeuge. Es wurde mir sehr lebhaft widersprochen und das größte Erstaunen über den betreffenden Artikel bezeugt. Ich bat um eine bestimmte Erklärung, die aber, weil Fürst Bismarck in Varzin weilte, nicht sofort gegeben werden konnte. Schließlich einigten wir uns, da ich auf der Erklärung bestehen blieb, dahin, daß ich innerhalb 24 Stunden eine Erklärung oder Berichtigung des Fürsten zugestellt erhalten sollte und damit schieden wir.“

Ich unterlasse es, das Verfahren des Herrn Luckhardt hier näher zu charakterisieren. Bismarck wird, als er von der Zumutung des Herrn Luckhardt gehört hat, sicher seinen Empfindungen, die er solchen Journalisten gegenüber hatte, entsprechenden Ausdruck gegeben haben. Immerhin stand Bismarck damals in gewissen Beziehungen zum „Deutschen Tageblatt“, das ihm als Konkurrenz gegen die „Kreuz-Zeitung“ sehr wertvoll war. Aus einer Aufzeichnung, die Luckhardt auf Seite 31 seiner Broschüre veröffentlicht, geht hervor, daß Bismarck auf das Bestehen des „Deutschen Tageblattes“ großen Wert legte, weil es nicht in den Fehler extremer Richtung verfalle, „oder gar dem Kreuzzeitungston folge.“..... „Mit der Kreuz-Zeitungs-Richtung kann Fürst Bismarck in Frieden und Freundschaft nicht leben, weil einen Nutzen für das Ganze er in ihr nicht erkennt. Die schroffe Art des Niederhauens und die einseitige extreme Verfolgung radikaler Wünsche kann für das Gemeinwohl und die konservative Partei nur schädlich wirken.“

Ich zweifle nicht daran, daß diese von Luckhardt wiedergegebene Stellungnahme Bismarcks seinen damaligen Gefühlen durchaus entsprach. Wenn nun

---

[1]) Juden und Christen. Skizzen aus dem modernen Geschäftsleben. Heft 1. Fürst Bismarck und die Berliner Bewegung Seite 9.

Bismarck damals das „Deutsche Tageblatt" zu unterstützen suchte, so ist es durchaus begreiflich, daß er bestrebt sein mußte, Angriffe in dieser Zeitung gegen seine Person nach Möglichkeit zu verhindern, und da ihm nun ein solcher Angriff „angedroht" war, blieb ihm nichts anderes übrig, als den Hieb vorher abzuwehren. Die Art, wie Bismarck dies gemacht hat, ist für seine richtige Einschätzung der journalistischen Psyche besonders bemerkenswert. Selbstverständlich dachte Bismarck nicht einen Augenblick daran, das Gespräch mit Behrend etwa zu dementieren oder abzuleugnen. Im Gegenteil, er bestätigte die Unterredung ausdrücklich, sagt dann aber den Lesern des „Deutschen Tageblattes" einige liebenswürdige Worte, pakte sie bei ihrer Eitelkeit, klagte über die Undankbarkeit der Juden und machte Stöcker einige Komplimente wegen seines Mutes. Die Erwiderung ist so geschickt, daß ich sie hier im Wortlaut wiedergeben möchte. Sie scheint nicht aus Bismarcks Feder direkt zu stammen. Vermutlich ist sie auf seine Veranlassung von einem der Männer des Literarischen Kabinetts oder der Presse-Abteilung gemacht worden. Gewisse Anzeichen lassen darauf schließen, daß vielleicht Lothar Bucher der Vater der Notiz gewesen ist. Wie Luckhardt mitteilt, kam die angebliche „Berichtigung" als eine „aus Stolp datierte Zuschrift." Stolp liegt in der Nähe von Varzin, wo Bismarck sich damals aufhielt, und die Bismarcksche Umgebung liebte es, wie ich aus einer Reihe von anderen Fällen weiß, Artikel oft von einem anderen Orte her zu datieren, als dem, in dem sie geschrieben waren. Eine „Zuschrift aus Stolp" konnte ebenso gut von einem Dritten herrühren, als auch von jemand, der aus der Umgebung Bismarcks stammte, sich aber in Stolp aufhielt. Die Notiz, die das „Deutsche Tageblatt" vom 5. November 1881 brachte, hatte folgenden Wortlaut:

„Stolp, 5. November 1881. Wir haben in Ihrem Blatte den Artikel der „National-Zeitung" vom 4. d. Mts. über die Stellung des Reichskanzlers zur semitischen Frage gelesen, und ohne in der Hauptsache die objektive Wahrheit des Inhalts in Zweifel zu ziehen, glauben wir doch, daß die Tragweite etwaiger Äußerungen des Kanzlers von Berliner Blättern verschiedener Farbe in hohem Grade überschätzt wird. Es ist nicht neu, weder für uns, noch für sonst jemand, daß die Auffassungen des Reichskanzlers mit denen der sogenannten Antisemitem sich nicht überall decken. Den Versuchen, ihn mit allen antisemitischen Bestrebungen zu identifizieren und ihm jede Äußerung dieser Richtung in Rechnung zu stellen, ist Fürst Bismarck schon im Reichstage in der Sitzung vom April ds. Js. entgegengetreten, und von der Überreichung der großen Petition hat er bekanntlich abgeraten, weil er außer Stande sei, dieselbe in einer dem Inhalte entsprechenden Weise zu beantworten; aber darüber sind wir ganz ohne Zweifel, daß der Reichskanzler, wenn er bei einer Stichwahl genötigt wäre, sich zwischen einem Vertreter der „National-Zeitung" und dem Domprediger Stöcker zu entscheiden, er unbedingt und offen für den letzteren stimmen würde. Wir entnehmen aus dem Artikel, die „National-Zeitung" scheint dafür kein Verständnis zu haben, wie ein höflicher Wirt seinen Gästen gegenüber sich zu benehmen pflegt. Wir finden in den dem Reichskanzler zugeschriebenen Äußerungen nichts als eine Variation über das Thema seiner auch uns bekannten Ansicht, daß ihm ein christlicher

Fortschrittler gerade so staaatsgefährlich erscheine wie ein jüdischer, und daß man durch zu scharfe Akzentuierung des Judentums in der Fortschrittspolitik die christlichen Anhänger dieser Politik in ein zu günstiges Licht stelle, während gerade den Juden nach ihren Rasse-Eigenschaften vom politischen Standpunkt mildernde Umstände zur Seite ständen, welche dem christlichen Fortschritte abgingen. Auch wir sind in der Lage, Äußerungen des Kanzlers über diesen Punkt gehört zu haben und zu wissen, daß das Ergebnis der Wahlen und die danach von der Regierung zu nehmende Stellung ihm zu mancherlei Betrachtungen und Erwägungen verschiedener Natur Anlaß gegeben hat, welche nicht bloß die jüdische Frage betreffen, sondern an die Andeutung anknüpfen, welche er bei Gelegenheit einer Reichstagsrede dahin machte, daß er, wenn ihm die Durchführung seiner auf Konsolidierung des Reiches berechneten Politik von liberaler Seite unmöglich gemacht werde, dem Kaiser werde raten müssen, an seine Stelle einen Staatsmann zu berufen, welcher nach seinen Antecedentien im Stande sein werde, eine Reichstagsmehrheit aus dem Zentrum und den evangelischen Konservativen zu bilden. Wir wissen auch, daß er den Namen des eventuell von ihm vorzuschlagenden Nachfolgers genannt hat, der dafür bürgt, daß der Kanzler die Zukunft des Reiches nicht im Lager der „National-Zeitung" sucht. In Betreff der Judenfrage haben wir von ihm zwar eine scharfe Verurteilung der Judenhetzen, aber auch der Erscheinungen auf wirtschaftlichem Gebiet gehört, durch welche die ungebildete Bevölkerung gegen die Juden erbittert wird. Worüber wir ihn persönlich haben klagen hören, das war die „Undankbarkeit" der Juden, die ihre volle Gleichstellung gerade der von ihm geleiteten Reichsgesetzgebung verdanken, und seitdem in Presse und Parlament ausnahmslos ihn und seine Politik anfielen wie — (wir wollen das Wort lieber nicht wiederholen). Er fügte hinzu: „Die Juden tun, was sie können, um mich zum Antisemiten zu machen". Auch das war ein Tischgespräch für welches die Ermächtigung der Veröffentlichung nicht erbeten wurde; aber wir haben noch niemals gefunden, daß der Reichskanzler auch der Öffentlichkeit gegenüber aus seinem Herzen eine Mördergrube machte. Wir haben im Parlament und in der Presse seit einem Jahre die fortschrittlichen Freunde der „National-Zeitung" bemüht gesehen, den Kanzler als Antisemiten fanatischer Farbe zu denunzieren; plötzlich scheint der gleiche Eifer Platz zu greifen, um ihn zum Semiten zu stempeln. Wir glauben, daß ein Kanzler des deutschen Reiches weder das eine noch das andere sein kann, aber wir sind gewiß, daß die konservative Gesinnung und der tapfere Kampf, den die Herren Stöcker, Cremer u. a. gegen die Fortschrittspartei geführt haben, die volle Anerkennung des Reichskanzlers findet, und daß diese Anerkennung während des Wahlkampfes sich dermaßen befestigt hat, daß die Meinungsverschiedenheit über einen einzelnen Punkt in der gesamten politischen Auffassung des Staatslebens ihr keinen Eintrag mehr tut. Namentlich sind wir gewiß, daß die Verstimmung, welche der Domprediger Stöcker durch die Schärfe seines Auftretens in einer früheren Phase bei dem Reichskanzler hervorgerufen hatte, einer aufrichtigen Anerkennung der Tapferkeit und der Begabung dieses Redners Platz gemacht hat. Damit erscheint es uns aber durchaus nicht unverträglich zu sein, wenn der Kanzler einem von ihm persönlich geachteten jüdischen Gast gegenüber seine politische Aufgabe von der Beimischung der konfessionellen und Rassenkämpfe nach Möglichkeit freizuhalten sucht."

Ich habe den Aufsatz hier absichtlich im Wortlaut wiedergegeben, um zu zeigen, wie Bismarck seine Preßpolitik trieb, und ferner, weil in diesem Aufsatz eine direkte Bestätigung dessen zu finden ist, was in dem Behrendschen Interview enthalten war. Bismarck hatte sein Ziel erreicht: Er hatte die antisemitische Bewegung scharf verurteilt, hatte Gelegenheit gehabt, zu er-

klären, daß er ihre Tendenz mißbilligt, zugleich aber vermieden, daß ihm von einem Blatte, das ihm nahestand, Schwierigkeiten gemacht wurden.

Daß Bismarck die Veröffentlichung des Interviews mit Behrend durchaus billigte, geht am besten daraus hervor, daß Poschinger, der sicherlich nicht gegen die Intentionen seines Chefs gearbeitet hat, noch zu Lebzeiten Bismarcks das Interview in seine „Neue Gespräche" (Seite 113) aufgenommen hat.

Einen weiteren interessanten Beitrag, wie Bismarck die Antisemiten, die über seine angebliche judenfreundliche Haltung aufgebracht waren, in geschickter Art beruhigte, gibt uns ebenfalls Luckhardt. Der Chefredakteur der „Kreuz-Zeitung", Freiherr v. Hammerstein, traf am 7. November 1881 bei Bismarck in Varzin ein. Es war das erste Mal, daß Hammerstein bei Bismarck zu Besuch war. Er lenkte dabei das Gespräch auf das Interview mit Behrend, das naturgemäß einem Manne wie Hammerstein außerordentlich unsympathisch war. Über die Unterredung teilt Luckhardt wörtlich folgendes mit:

„In demselben Augenblick wurden die eingegangenen Postsachen auf den Tisch gelegt, darunter das „Deutsche Tageblatt", das der Fürst, nachdem er einen Blick darauf geworfen, Herrn v. Hammerstein zuschob mit den Worten: „Lesen Sie das." An der Spitze des „Deutschen Tageblattes" stand der oben mitgeteilte Artikel aus Stolp. Nachdem Herr v. Hammerstein den Artikel gelesen hatte, fragte ihn Fürst Bismarck: „Sind Sie nun zufrieden?"

Man muß in der Tat über die geschickte Art Bismarcks staunen, mit der er seine politischen Gegner behandelte. Er war eben ein Meister in der Beurteilung von Menschen, und auch im vorliegenden Falle hat er sein Ziel erreicht. Er hat die antisemitische Bewegung verurteilt, ohne in dem Augenblick auf die politische Mitarbeit der Kreise, die der antisemitischen Bewegung zuneigten, entsagen zu müssen.

Poschinger erwähnt aus dem November 1891 ein angebliches Gespräch Bismarcks über die Judenfrage, das Bismarck mit einem Verwandten und Gutsnachbarn gehabt haben soll. Weder wird der Name dieses Gutsnachbarn genannt, noch die Quelle zitiert. Danach soll Bismarck über die Judenfrage gesagt haben:

„Diese Frage ist schon oft an mich herangetreten, ich hüte mich aber wohl, etwas zu äußern, weil es ja doch wieder entstellt würde. Ich habe ähnliche Erfahrungen in der Sozialistenfrage bitter durchgemacht, in der ich mir die Finger verbrannte; denn als ich manches von ihnen für gut fand, da hackte man Jahre lang auf mich, und als ich das Sozialistengesetz durchbrachte, da hackten dieselben Leute wieder auf mich bis zum heutigen Tage. Ich überlasse die ganze Frage den Gesetzen, dafür sind diese da."

Ich kann nicht annehmen, daß diese Bemerkung Bismarcks richtig ist, denn Bismarck ist nicht ein Mann gewesen, der vor einer Stellungnahme ausgewichen ist. Wenn Bismarck um seine Ansicht gefragt wurde, so hat er sich

nie damit herausgeredet, daß seine Stellungnahme mißdeutet werden könne, sondern er hat im Gegenteil sehr häufig zu Publizisten gar zu offen seine Ansicht geäußert, bei denen er wissen mußte, daß die Gefahr der falschen Deutung auf der Hand lag. Das hat ihn nicht daran gehindert, seine Ansicht ungeschminkt auszusprechen, und gerade in der Judenfrage hat er mehr als einmal gesagt, welchen Standpunkt er einnehme. Infolgedessen glaube ich, daß man das von Poschinger erwähnte Gespräch zu den vielen unrichtig wiedergegebenen Äußerungen Bismarcks zählen kann.

Mit ausländischen Staatsmännern jüdischen Glaubens ist Bismarck oft zusammen gekommen. Der bedeutendste unter ihnen war unstreitig Beaconsfield, der mit seinem wirklichen Namen Disraeli hieß. Bismarck schätzte Beaconsfield, der ja ein Meister der Staatskunst gewesen, außerordentlich hoch, unstreitig viel höher, als alle anderen Staatsmänner und namentlich die Erzählungen Bismarcks über den Berliner Kongreß zeigen uns, welch' gewaltige Bedeutung der Kanzler der Persönlichkeit Beaconsfield beimaß.

Interessant ist, wie verschiedenartig Beaconsfield von Bismarck und einem seiner Nachfolger charakterisiert worden ist. Hohenlohe, der spätere Reichskanzler trägt in sein Tagebuch unter dem 17 Juni 1878 ein:[1]) „Beaconsfield mißfällt mir stets mehr. Ein scheußliches Judengesicht." Wie urteilt demgegenüber aber Bismarck? Hierfür haben wir einen sehr bemerkenswerten Anhalt in den Lebenserinnerungen von Eckardtstein. Dieser gibt eine Erzählung des Sekretärs von Beaconsfield, Lord Rowton, über den Berliner Kongreß wieder, die wie folgt lautet:[2]) Während des Berliner Kongresses war es ein offenes Geheimnis, daß in manchen Fragen große Meinungsverschiedenheiten zwischen Lord Beaconsfield und Lord Salisbury herrschten. Als eines Tages bei einem Diner das Gespräch hierauf kam, fragte Graf Julius Andrassy Bismarck, was er von Lord Salisbury halte. Dieser erwiderte, er besäße zweifellos eine große staatsmännische Begabung, aber der Jude (nämlich Lord Beaconsfield) schlägt ihn doch um einige Pferdelängen."

Eine Bestätigung der Wertschätzung Beaconsfield durch Bismarck findet man in den Aufzeichnungen des Arztes Dr. Eduard Cohen, wo es heißt: "Gladstone sei ein verrückter Professor, seine Bulgarienschwärmerei Blödsinn, da sei ihm sein phantastischer Freund Disraeli lieber."[3]) Unter dem 30. Dezember 1880 notiert sich Cohen ein neues Urteil über Beaconsfield. Die

---

[1]) Denkwürdigkeiten des Fürstes Chlodwig zu Hohenlohe Schillingsfürst, Band II, Seite 236.

[2]) Eckardstein Seite 57.

[3]) Vgl. Seite 313.

Eintragung lautet:[1]) „Beaconsfield hält er sehr hoch. Er spräche stets to the pointe, wüßte was er wollte und sei sehr entschieden, so daß man rasch mit ihm zum Ziele käme." Unstreitig hat Bismarck bei Beaconsfield eine sich kongeniale Natur entdeckt, wie ja auch Beaconsfeld zu den sehr wenigen Menschen gehörte, die Bismarck frühzeitig, ehe andere ihn erkannten, eine große politische Rolle prophezeiten.

Eine weitere Kritik Beaconsfield aus dem Munde Bismarcks hat uns Booth überliefert:[2])

„Der Kanzler hielt darauf einen langen Monolog, aus welchem man die große Achtung ersehen konnte, die er für Beaconsfield nach der persönlichen Begegnung mit demselben auf dem Berliner Kongresse gewonnen hatte. „Ich habe wiederholt ihn abends bei uns gehabt; da er leidend war, kam er nur unter der Bedingung, allein zu sein, und hatte ich hier Gelegenheit, ihn genauer kennen zu lernen. Ich muß sagen, daß er trotz seiner phantastischen Romanschreiberei ein tüchtiger Staatsmann ist, weit über Gortschakow und vielen anderen stehend, mit dem sich sehr gut verhandeln ließ; in einer Viertelstunde wußte man, wie man mit ihm dran war — die Grenze war genau gezogen, wie weit er gehen wollte, und nach einer schnellen Redaktion dieser Gedanken war man mit ihm zu Ende."

In den persönlichen Erinnerungen von Sidney Whitman wird bemerkt, daß Bismarck seine Antipathie und seine Liebhaberei hatte, daß dies aber nicht aus Vorurteil entsprungen sei. Sie seien ausnahmslos das Ergebnis der fortgesetzten Wirkungen jahrelanger Erfahrungen und Beobachtungen auf eine außerordentlich sensible Natur gewesen. Nur gegen zwei Menschenklassen habe Bismarck eine sehr starke Antipathie gehabt, und das seien die Klerikalen und die Bürokraten gewesen. Aber diese Verärgerung habe auf keinen Vorurteil beruht, sondern auf Erfahrungen, die er während eines ganzen Lebens über diese beiden Typen gesammelt hatte, und diese Erfahrungen waren ihm bis zuletzt außerordentlich widerwärtig. Andere Antipathien, so meint Whitman, habe Bismarck gegen Menschenklassen nicht gehabt. „Wenn jemand z. B. Bismarcks Beifall zu finden glaubte, als er Lord Beaconsfield verächtlich einen Juden schalt, da erhielt er die Antwort: „Ja, aber ein feiner Jude."

Auch bei den französischen Staatsmännern kam Bismarck mit Juden zusammen. Hier ist es Jules Simon gewesen, der von Hause aus Gelehrter war. Jules Simon war der letzte, der an einem offiziellen Diner des Reichskanzlers Fürst Bismarck in der Reichskanzlei teilnahm. Nach Bismarcks Auffassung soll übrigens auch Gambetta jüdisches Blut gehabt haben, des-

---

[1]) Vgl. Cohen (in der „Erinnerungen an Bismarck") Seite 339.

[2]) Persönliche Erinnerungen an den Fürsten Bismarck von John Booth, (Herausgegeben von Heinrich Poschinger), Hamburg 1899, Seite 38.

gleichen Andrassy, mit dem Bismarck den Dreibundvertrag geschlossen hat und den er sehr hoch schätzte.

Zu Journalisten hat Bismarck zeit seines Lebens enge Beziehungen gehabt; denn Bismarck schätzte wie wenig andere deutsche Staatsmänner den Wert der Presse richtig ein und er verstand, die öffentliche Meinung außerordentlich geschickt zu beeinflussen. Das ist kein Zufall; denn Bismarck selbst ist eine journalistisch außerordentlich begabte Natur gewesen. Er hatte das richtige Gefühl für den Pulsschlag der Zeit. Er wußte die Presse sich dienstbar zu machen und sie als ein Mittel für seine Politik zu verwenden, wie es in der späteren Zeit kein deutscher Staatsmann mehr verstanden hat. Gerade in der journalistischen Begabung des Fürsten Bismarck sehe ich einen sehr wichtigen Grund für seine großen Erfolge in der Öffentlichkeit, und für diese ungewöhnliche journalistische Begabung glaube ich eine psychologische Begründung gefunden zu haben.

Die Eigenschaften, die ein Journalist haben muß, gleichen zwar in vieler Beziehung den Eigenschaften, über die ein Diplomat verfügen muß, weshalb ja auch vielfach besonders gute Journalisten die Befähigung zum Diplomaten in sich tragen. Wenn aber gerade bei Bismarck die journalistischen Fähigkeiten so besonders ausgebildet waren, so liegt das m. E. in einer angeborenen Begabung. Journalismus kann man nicht lernen, dazu muß man von Natur aus veranlagt sein, und über diese Veranlagung hat Bismarck in der Tat verfügt. Wie das im einzelnen sich geäußert hat, das werde ich an einer anderen Stelle zeigen. Der Zusammenhang hierfür ist klar erkennbar: Die Begabung rührt von der Familie Menken her. Wenn man einmal einen Blick in die Geschichte des deutschen Journalismus wirft, da taucht als einer der interessantesten Namen die Professoren-Familie Menken in Leipzig auf. Professor Menken war der Herausgeber der „acta eruditorum". Er war der erste, der in Deutschland eine periodische Zeitschrift herausgab, und er gehörte mit zu den Begründern des deutschen Journalismus. Sein Sohn setzte die Zeitschrift fort, und er hat sich auch sonst publizistisch betätigt. Viele Jahrzehnte sind die „acta eruditorum" von den Mitgliedern der Familie Menken herausgegeben worden. Diese journalistische Begabung des Großonkels von Bismarcks Mutter hat sich auf Otto von Bismarck übertragen. Bismarck verstand es meisterhaft, wirksame Leitartikel zu schreiben oder aus den Konzepten seiner Geheimräte mit wenigen Federstrichen einen brauchbaren Zeitungsartikel zu machen. Der beste Beweis für seine journalistische Begabung ist die Redaktion der „Emser Depesche", die ja ein Meisterwerk der Redaktionskunst ist. Wenige Journalisten haben derartig viele Leitartikel in ihrem Leben geschrieben, inspiriert, veranlaßt oder korrigiert wie Fürst Bismarck!

Den Anfang der journalistischen Tätigkeit sehen wir bereits bei der Begründung der „Kreuz-Zeitung", deren eifrigster Mitarbeiter Bismarck gewesen ist. Die journalistische Tätigkeit wird fortgesetzt in Frankfurt, wo Bismarck eine besondere Presse-Station zur Seite stand. Aus den von Poschinger herausgegebenen Berichten ersieht man deutlich, wie geschickt Bismarck die Presse der Preußen feindlich gesinnten Staaten verfolgte und wie er gegen sie zu arbeiten versucht hat, und aus den Akten des Literarischen Kabinetts in Berlin ergibt sich, wieviel Gegen-Artikel er damals in Frankfurt inspiriert hat, wie er dauernd seinen Adlatus Zitelmann veranlaßte, Artikel zu verfassen. Die journalistische Tätigkeit setzt dann Bismarck in Berlin fort. Die Namen Poschinger, Busch, Hahn, und andere erinnern an die große journalistische Gilde, mit der sich Bismarck umgab. Aber turmhoch über allen stand der getreue Begleiter, Lothar Bucher, der ihm schließlich auch noch freiwillig in das Exil nach Friedrichsruh folgte und ihm bei der Abfassung der „Gedanken und Erinnerungen" behilflich war.

Mit welchen Journalisten Bismarck im Laufe seiner Zeit verkehrt hat, ist nicht bekannt, weil die Akten über die Preßpolitik des Fürsten Bismarck hierüber keine Auskunft geben. Ich habe im Laufe der letzten Jahre bei den verschiedensten Zentralstellen die Originalakten über die Preßpolitik Bismarcks durchgearbeitet. Einen Einblick in die wirkliche Preßpolitik geben die Akten aber nicht, da aus sehr naheliegenden Gründen der Verkehr zwischen Bismarck und der Presse sich mündlich abspielte oder jedenfalls so bewirkt wurde, daß Akten-Aufzeichnungen nicht gemacht wurden. Infolgedessen läßt sich aus den Akten nicht ermitteln, welche Aufsätze von Bismarck beeinflußt waren und welche nicht. Oft sind in den entlegensten Zeitungen, von denen man es nicht ahnte, jene berüchtigten „Ballons d'essai" erschienen, die Bismarck durch irgend einen unterirdischen Kanal an die Presse gegeben hatte. Bei dieser Preßpolitik hat sich Bismarck sehr häufig jüdischer Journalisten bedient. Von Bamberger war bereits die Rede. Er war der erste, der in Frankreich eine deutsche Feldzeitung herausgab. Zu dem damaligen Quartier Bismarcks gehörte im übrigen auch Artur Lewysohn, der seinerzeit Korrespondent der „Kölnischen Zeitung" in Paris war und während des Krieges eine in französischer Sprache geschriebene deutsche Feldzeitung herausgab, und von Bismarck vielfach für seine Politik benutzt wurde. (Lewysohn ist identisch mit dem späteren Chefredakteur des „Berliner Tageblatt").

In der späteren Periode gehörte zu den Journalisten jüdischen Glaubens, die Bismarck viel mit Informationen versah, der Redakteur der „Kölnischen Zeitung", Dr. Gumbinner. Auch der Begründer und Herausgeber des damals „bismarckoffiziösen" Grenzboten, Ignaz Kuranda, war jüdischen Glaubens. Bekannt sind die Beziehungen Bismarcks zu Maximilian

Harden. Es ist bemerkenswert, wenn Friedr. von Oppeln Bronikowski schreibt:[1]) „Es ist mir stets unbegreiflich erschienen, daß die Konservativen einen Maximilian Harden, einst ein Mann Bismarcks, ja fast der einzige, der nach seinem Sturze keck sein Panier ergriff, dauernd als Isidor Witkowski anpöbelten, statt ihn ganz zu sich heranzuziehen. Einen so ehrgeizigen, geschickten und unterrichteten Mann durfte man nicht in die Opposition treiben. Bismarck selbst ist der beste Beweis dafür, wie man die Menschen brauchen soll. Er hat mit Harden jene berühmte Flasche Steinberger Kabinett getrunken! Selbst die spätere Schwenkung Hardens zum Sozialismus entspricht ganz der Tendenz Stöckers, dem so etwas wie eine evangelische Arbeiterbewegung im Gegensatz zur Zentrumspolitik vorschwebte."

Auf dem Berliner Kongreß von 1878 spielte seinerzeit der Vertreter der „Times" eine große Rolle, der ein österreichischer Jude war und Oppert hieß. Er stammte aus Blowitz und hat sich dann später Chevalier Oppert de Blowitz genannt. In der Geschichte des Journalismus ist dieser Mann dadurch verewigt, daß er durch Fixigkeit in der Berichterstattung alle seine Berufsgenossen übertroffen hat.

Der Kreis der Journalisten, mit denen Bismarck sich umgab, die er bald für diesen, bald für jenen Zweck benutzte, ist viel größer, als die Öffentlichkeit weiß. Viele haben für Bismarck im geheimen gearbeitet, und aus den Akten des Literarischen Kabinetts wird sich mancher Name als geheimer Mitarbeiter der Regierung ergeben, wovon die Öffentlichkeit bis jetzt keine Ahnung hatte. Interessant ist in dieser Beziehung, daß zu den Elementen, die in der früheren Aera aus den versteckten Fonds geheime Subventionen bekamen, damit sie in Süddeutschland für Preußen Stimmung machten, kein anderer gehörte als Wolfgang Menzel, der als „Goethefresser", wie als „Franzosenfresser" und zugleich als Bekämpfer der Jungdeutschland-Bewegung eine traurige Rolle gespielt hat. Die Tatsache seiner Subventionierung durch Preußen war bisher völlig unbekannt. Auf besonderen Wunsch Menzels wurde sie geheim gehalten, damit Menzel in der Öffentlichkeit mit um so größerem Mute für Preußen eintreten konnte und derjenige, der s. Zt. die Korruptionssumme an Menzel auszahlte, das war der Preußische Bundestags-Gesandte v. Bismarck-Schönhausen.

Bismarck nahm seine Helfer, wo er sie fand. Er fragte nie, wenn er sie für seine eigene Umgebung brauchte, nach ihrem Glauben oder nach ihrer Vergangenheit. Lothar Bucher (der freilich kein Jude war), ist ein Revolutionär von 1848. Dennoch hat ihn Bismarck in den Staatsdienst berufen und ihn bis zu seinem Tode bei sich behalten. Ein anderer Journalist, den Bismarck

[1]) „Antisemitismus" Seite 25.

an sich zog, war der Geheime Regierungsrat Ludwig Hahn, der Leiter des Literarischen Kabinetts und Herausgeber der sogenannten „Provinzial-Korrespondenz" wurde.

Geheimrat Hahn war der Sohn des Mathias Elkan Markus Hahn, der im Jahre 1861 in Breslau gestorben war. Markus Hahn war längere Zeit als Lehrer der Mathematik an verschiedenen Instituten tätig, u. a. auch an einem Gymnasium zu Breslau. 1820 wurde er als Lehrer der Mathematik und Physik an der Königl. Bau- und Kunstschule zu Breslau angestellt. Diese Anstellung erfolgte aber erst, nachdem Hahn, „von Hause aus Jude, mit seiner Frau nebst" 4 Kindern zum Christentum übergetreten war."[1])

Ludwig Hahn, der es bis zum Wirkl. Geh. Oberregierungsrat und zum Ehrendoktor gebracht hatte, hatte zunächst Theologie studiert und sich auf Reisen eine sehr vielseitige Bildung angeeignet. Er ist unstreitig ein Mann mit journalistischer Begabung gewesen und einem guten Stil, der es verstand, sich den Wünschen Bismarcks anzupassen. Seine verschiedenen Geschichtswerke sind hinreichend bekannt, namentlich das vierbändige: „Fürst Bismarck 1878—1885".[2]) Hahn gehört zu jenen, aus dem Judentum ausgeschiedenen Naturen, die sich als besonders fromme Christen auszeichnen. Er war außerordentlich religiös und politisch von streng konservativer Gesinnung. Aus Hahns Feder entstammen die Entwürfe zu zahlreichen amtlichen Publikationen, die später als Denkschriften Bismarcks bezw. als Thronreden des Königs veröffentlicht wurden. In der Hauptsache war Hahn im Literarischen Kabinett tätig. Nach außen ist er aber als publizistischer Berater nicht hervorgetreten, da in der auswärtigen Politik Lothar Bucher allgemein als der „Offiziosus" galt. Nichtsdestoweniger hatte Hahn sehr beträchtliche Verdienste um die Beeinflussung der Presse im Sinne Bismarcks, namentlich der verbreiteten Kreisblätter, die durch die „Provinzial-Korrespondenz" in erheblichen Umfange bewirkt wurde. Nach dem Rücktritt Bismarcks hat man die „Provinzial-Korrespondenz" eingehen lassen.

Wie mir einmal ein mit den Verhältnissen besonders Vertrauter mitteilte, soll man in der nachbismarckschen Zeit mehrfach auf den Plan der „Provinzial-Korrespondenz" zurückgekommen sein. Man hat aber immer wieder die Anregung fallen lassen müssen, weil es nicht gelang, unter den vorhandenen Staatsbeamten den Mann zu finden, der die journalistischen Fähigkeiten Hahns besaß, und es sei mehrfach in Sitzungen des Staats-Ministeriums ausgesprochen worden, daß ohne eine Persönlichkeit wie Hahn eine Wiedereinführung der „Provinzial-Korrespondenz" unmöglich sei, ein Beweis, welcher Wertschätzung sich Hahn noch lange nach seinem Tode erfreute.

---

[1]) Vgl. Allgemeine Deutsche Biographie, Band 10, Seite 358.
[2]) Vgl. Allgemeine Deutsche Biographie, Band 49, Seite 709.

Von jüdischen Journalisten, zu denen Bismarck von Zeit zu Zeit Beziehungen unterhielt, sei u. a. der Herausgeber der „Neuen Freien Presse" (Wien), Moritz Benedikt genannt. Dieser war es, den Bismarck in Wien zu sich bat und ihm das Interview über die Capriviische Politik gab. Damals (1892) war Bismarck nach Wien zur Hochzeit seines Sohnes gefahren. Hinter seinem Rücken war er aber von seinem Nachfolger Caprivi in schnöder Weise brüskiert worden, und nun kannte die Wut über Caprivi keine Grenzen. Die „Neue Freie Presse" in Wien war die erste, die der Öffentlichkeit Mitteilung von dem Bruch zwischen Bismarck und Caprivi machte. —

Falsch zitiert wird stets das Wort von Bismarck, die Journalisten seien Menschen, die ihren Lebensberuf verfehlt hätten. So lautet dieses Wort nicht, sondern Bismarck hat einmal von der Oppositionspresse gesprochen und von dieser gemeint, sie befinde sich „im Besitz von Juden und von Menschen, die ihren Lebensberuf verfehlt" hätten. Bismarck hat also keineswegs gesagt, daß alle Journalisten ihren Beruf verfehlt haben. Er nahm das nur von der Oppositionspresse an. Das hinderte ihn aber nicht, mit diesen Menschen besonders enge Fühlung zu nehmen und gerade nach seiner Entlassung hat ja der frühere Reichskanzler eine erstaunliche Preßtätigkeit entfaltet. Im Auswärtigen Amt befinden sich nicht weniger als 25 Aktenbände, die alle Artikel enthalten, die direkt oder indirekt auf Bismarcks Einfluß zurückzuführen sind! Hierbei hat Bismarck in sehr starkem Umfange die oppositionelle Presse benutzt und insbesondere auch in reichlichem Maße „Menschen, die ihren Beruf verfehlt hatten". Nach seinem Rücktritt ist Bismarck keineswegs wählerisch gewesen, wenn es sich darum handelte, Journalisten, mit denen er früher nicht verkehrt hatte, im Kampfe gegen den ihm verhaßten Caprivi zu benutzen. —

## Kapitel 5.

# Die „Aera Bleichröder".

Ein Finanzmann, der zu Bismarck ganz besonders enge Beziehungen hatte, war Gerson von Bleichröder, der u. a. das Privatvermögen des Kanzlers verwaltete. Wie bekannt, war Bleichröder der finanzielle Ratgeber Bismarcks 1871, der namentlich auf dem Gebiet der Kriegsentschädigung Bismarck hilfreich zur Seite stand. Auf Vorschlag Bismarcks wurde Bleichröder in den erblichen Adelstand erhoben, wobei die Tatsache eine Rolle gespielt haben dürfte, daß Bleichröder vielfach politische Dienste geleistet hatte, namentlich durch seine engen Beziehungen zu dem Pariser Bankhaus Rothschild. Vor allem hat Bleichröder in der Zeit von 1870 vielfach politische Informationen von Berlin nach Paris und nach London lanciert.

Welche Gründe Bismarck s. Z. für den Antrag auf Nobilitierung des Geheimen Kommerzienrats Bleichröder beim Kaiser angegeben hatte, läßt sich nicht ermitteln, da, wie ich feststellte, Bismarck damals die Adelsverleihung mündlich beantragt hatte. Eine schriftliche Begründung wurde weder im Staatsministerium, noch im Heroldsamte, noch im Hausarchiv vorgefunden. Anscheinend war Kaiser Wilhelm I. selbst genau über die politischen Verdienste Bleichröders unterrichtet, so daß es eines schriftlichen Antrages gar nicht mehr bedurfte. Sicherlich hat hierbei auch das Verhalten Bleichröders im Jahre 1866 eine Rolle gespielt, wo dieser Bankier Bismarck das Geld zum Kriegführen zur Verfügung stellte, in einer Zeit, in der sogar damals der preußische Finanzminister versagte. (Eine diesbez. Andeutung Bismarcks befindet sich im letzten Kapitel dieses Buches in dem Interview mit Memminger).

Gerade die Beziehungen zwischen Bleichröder und Bismarck gaben Anlaß zu den meisten Verleumdungen des Kanzlers, und ein Konservativer, der Rittmeister und Landrat a. D. von Diest-Daber benutzte die Gelegenheit, um zunächst Bismarck vor den Beziehungen zu Bleichröder zu warnen, schließlich sogar, um sich an den alten Kaiser zu wenden und Bismarck zu verleumden. Von ihm soll noch in den folgenden Zeilen die Rede sein. Bismarck selbst hat die v. Diest-Daber'schen Behauptungen als Verleumdungen bezeichnet und hat oft Klage geführt über die gemeine Art, wie gerade v. Diest-Daber gegen ihn gekämpft hat. Er behauptet Busch gegenüber, daß v. Diest-Daber an „aktivem Verfolgungswahnsinn leide, er sei gezwungen zu verfolgen. Außerdem besaß er den Größenwahn."

Bismarck hat es mehr als einmal ausgesprochen, daß er seit 1875 keine ausländischen Papiere mehr verkauft habe. S. Z. hatte er nur einen kleinen Bestand russischer Papiere, die er durch Bleichröder verkaufen ließ anläßlich des Rücktrittes Schuwalows. Damals sagte Bismarck, „ein Minister des Auswärtigen dürfe keine auswärtigen Papiere besitzen."[1])

Beschämend wirkt es, zu sagen, daß die Verleumdungen, die von antisemitischer Seite gegen Bismarck im Zusammenhang mit seinen Beziehungen zum Bankhause Bleichröder erhoben wurden, parallel mit denen laufen, die in Frankreich 1870 über Bismarck kursierten. Damals brachte der „Indiskret" von Bismarck eine Notiz, wonach der Kanzler persönlich von allen diplomatischen Andeutungen der Ereignisse profitiere, da er mit sicherer Hand für sich auf den Hauptbörsen von Europa spekuliere. „Er hatte sich bei diesen schändlichen Spekulationen auf den guten Glauben des Publikums mit einem Herrn Bleichröder, einem jüdischen Bankier in Berlin, zusammengetan. Die Raubgier Bismarcks brachte auf diese Art kolossale Summen Geldes zusammen, die er mit dem Bankier und seinen Helfershelfern teilte."[2])

Ist es nicht ein trauriges Zeichen, zu sehen, daß die Feinde Bismarcks inner- und außerhalb Deutschlands sich derselben Waffen bedienten?

Wenn man gerade die Beziehungen Bismarcks zu Bleichröder ausgenutzt hat, um Bismarck zu verleumden, so hängt das, wie schon angedeutet, damit zusammen, daß Bismarck und Bleichröder durch enge Freundschaft verbunden waren, und wer Bismarck persönlich bekämpfen wollte, hatte es verhältnismäßig nicht schwer, auf diese Beziehungen hinzuweisen. Um was es sich bei dem Verkehr zwischen Bismarck und Bleichröder gehandelt hat, darüber findet sich einiges Material auch bei Keudell[3]), der zum Kreise Bismarcks gehörte und der genau Bescheid wußte über das Verhältnis Bismarcks zu Bleichröder. So äußert sich Keudell (Seite 194) dahin, daß Bleichröder das Kapitalvermögen Bismarcks, das bei ihm deponiert war, verwaltete. Aber diese Art der Geschäftstätigkeit gab ihm fast nichts zu tun, weil Spekulationen irgendwelcher Art mit dessen Werten verboten waren. Die Ursachen für die engen Beziehungen sind nach Keudell in der Stellung Bleichröders zu dem Pariser Bankhaus Rothschild zu suchen, die ihm mitunter politische Aufträge zugeführt hätten. In Wien, Paris und London hatten die Frankfurter Rothschilds eigene Niederlassungen, in Berlin aber war Bleichröder der Vertreter. James Rothschild,

---

[1]) Vgl. hierüber Cohen, Seite 330.

[2]) Zitiert bei Busch Band I, Seite 384.

[3]) Vgl. Fürst und Fürstin Bismarck. Erinnerungen aus den Jahren 1846—1872. Berlin 1902.

der Chef des Pariser Hauses hatte, wie allgemein bekannt, jederzeit Zutritt zu Kaiser Napoleon III., weil Napoleon den Rat dieses klugen Mannes schätzte. Diese Beziehungen Rothschild, Bleichröder, Napoleon III. nützte Bismarck aus, um Mitteilungen nach Paris gelangen zu lassen, die auf offizielle Weise nicht an das Ohr Napoleons gelangen konnten. Keudell sagt hierüber: „In jenen Jahren hielt Bismarck für geboten, die Beziehungen zu dem mächtigen Manne mit allen verfügbaren Mitteln sorgfältig zu pflegen und legte daher Wert darauf, auch diesen Weg vertraulicher Mitteilungen mitunter benutzen zu können. Durch mich sind derartige Aufträge nie vermittelt worden, doch erhielt ich die Anweisung, Herrn Bleichröder über die Lage der auswärtigen Politik, soweit sie nicht geheim gehalten war, auf Befragen fortlaufend zu unterrichten, damit er Eröffnungen der bezeichneten Art, die der Minister sich selbst vorbehielt, schnell und richtig auffassen konnte." Keudell betont, daß er Bleichröder genau kennen und aufrichtig schätzen gelernt habe, daß er ein Mann von ungewöhnlichen Fähigkeiten war, von lebendigem, wie durchdringendem Verstande und zuverlässigem Gedächtnis. Also eine Persönlichkeit, wie Bismarck sie in der Politik gebrauchen konnte. In der Tat scheint Bleichröder eine Art Geheim-Diplomat Bismarcks gewesen zu sein, der in schwierigen Fällen nicht nur zu Rate gezogen wurde, sondern auch vielfach aktiv helfend eingriff. Das bestätigt auch Keudell, wenn er sagt, daß die Aufträge Bismarcks an Bleichröder bewirkt hätten, daß Bleichröder sich als „Hilfsarbeiter des Auswärtigen Amtes" fühlte und wenn er von Bismarck sprach, ihn als seinen Chef bezeichnete. Die Sonderstellung, die Bleichröder einnahm, war natürlich streng geheim. Selbst im Amte scheint man die Ursache für die zahlreichen Besuche Bleichröders nicht gekannt zu haben. Keudell betont ausdrücklich, daß Bismarck durch Bleichröder niemals Börsengeschäfte für sich habe machen lassen. Er hat oft genug ausgesprochen, „es sei völlig unerlaubt, seine Kenntnis der politischen Lage zu Spekulationen zu benutzen. Ein Minister, der sich damit befasse, müsse in Versuchung kommen, seine politischen Entschlüsse durch Rücksicht auf persönliche Vorteile oder Nachteile beeinflussen zu lassen und könne daher keine gute Politik machen." Eine Auffassung, die als absolut zutreffend anzuerkennen ist.

Die besondere Wertschätzung, deren Bleichröder sich bei Bismarck erfreute, kommt darin zum Ausdruck, daß im Februar 1871 Bleichröder zusammen mit dem Grafen Guido Henkel von Donnersmarck nach Versailles berufen wurde, wo die Frage der Kriegsentschädigung besprochen wurde. Vielfach wurde behauptet, daß Bleichröder es gewesen wäre, der Bismarck die Summe von 5 Milliarden Mark als Kriegsentschädigung genannt habe, eine Auffassung der aber von anderer Seite entgegengetreten wird. Jedenfalls hat Bleichröder in der Frage der Kriegsentschädigung mehr als einmal Bismarck seinen fachmännischen Rat erteilt. Keudell erwähnt, „daß Bleichröder nach

Versailles berufen wurde, um einige Spitzen der Finanzwelt auf die Forderung der 5 Milliarden vorzubereiten." (Seite 474).

Die Gründe, weshalb Bleichröder von Bismarck nach Versailles bestellt wurde, werden von Busch angedeutet. Danach soll Bismarck gesagt haben: „In erster Linie soll Bleichröder ins Gefecht gehen. Der muß gleich nach Paris hinein, sich mit seinen Glaubensgenossen beriechen und mit den Bankiers reden, wie das zu machen ist."[1])

Über die Ratschläge, die Bleichröder Bismarck gab, wissen wir weder aus dem Munde Bismarcks noch aus dem Bleichröders etwas. Sicherlich aber sind sie für Bismarck wertvoll gewesen. Das geht aus einer Aufzeichnung des Freiherrn Lucius von Ballhausen hervor, der nach einem Gespräch mit Bismarck aufzeichnet:

„Über die Wirtschaftslage, erwähnte Bismarck, habe Bleichröder mehrfach eine tadelnde Kritik geübt an Maßnahmen Delbrück's und Camphausens und wenn seine Äußerungen und Voraussagen jetzt publiziert würden, so würde er als großer Finanzpolitiker da stehen."[2])

Die Bedeutung Bleichröders für Bismarck erhellt u. a. auch aus den Denkwürdigkeiten Hohenlohe's, der Gelegenheit hatte, Bleichröder mehr als einmal in der geistigen Werkstatt des Reichskanzlers zu beobachten. Die Aufzeichnungen Hohenlohe's geben einen Einblick darin, wie gut Bleichröder nicht nur über die innere Politik unterrichtet war. Dabei ist interessant, festzustellen, welch' großen Einfluß Bleichröder in politischen Dingen auf Bismarck ausgeübt hat. So geht aus einer Aufzeichnung Hohenlohe's von 6. 9. 1877[3]) hervor, daß Bismarck regelmäßig die Rothschildschen Nachrichten aus Paris durch Vermittlung Bleichröders mitgeteilt erhielt. Hohenlohe vermutet, daß Bleichröder auch an der Gesetzgebung mitarbeitete. So spricht er mehrfach die Ansicht aus, als ob Bleichröder Bismarck auf dem Gebiet der Handelspolitik, der Schutzzölle und dergleichen beeinflußte.

Wenn Bismarck Bleichröder in so auffallender Weise bevorzugt hat, so hängt das damit zusammen, daß Bleichröder nicht nur gute Pariser Beziehungen hatte, sondern mindest ebenso gute Beziehungen zu England. Gerade später als Bismarck die englischen Beziehungen pflegte, mußten ihm die Dienste Bleichröders besonders wichtig sein; denn durch Vermittlung des Londoner Hauses Rothschild hatte Bleichröder indirekte Beziehungen zu Beaconsfield. Das bestätigt u. a. eine Aufzeichnung von Hohenlohe vom 15. Juni 1878 (Seite 235), wonach Bleichröder durch den Londoner Rothschild, der ein intimer Freund von Beaconsfield war, über die Absichten Beaconsfield unterrichtet war.

---

1) Zitiert bei Busch Band II Seite 125.

2) Lucius von Ballhausen, Seite 78.

3) Denkwürdigkeiten Seite 221, 223, 235 und 270.

Welche Stellung übrigens Bleichröder bei Bismarck hatte, geht daraus hervor, daß er sogar Nachfolger für Minister vorschlagen durfte. So hat er u. a. bei dem Tode des Staatssekretärs v. Bülow dem Reichskanzler als Nachfolger den Fürsten zu Hohenlohe-Schillingsfürst vorgeschlagen. Es kam aber nicht zu einer Regelung, da Hohenlohe aus finanziellen Gründen Bedenken hatte, ein derartiges Amt anzunehmen.

Daß Gerson von Bleichröder die letzte Unterredung mit Windthorst vermittelte, bildete den Ausgangspunkt neuer Verleumdungen. Es ist damals behauptet worden, daß Bismarck Windthorst habe rufen lassen. Heute steht fest, daß Windthorst sich von selbst an Bleichröder mit der Bitte gewandt hat, ihm eine Unterredung mit dem Fürsten Bismarck zu verschaffen. Die Initiative ging also weder vom Kanzler, noch von Bleichröder aus, sondern ausschließlich von Windthorst. Das hinderte aber die Antisemiten nicht, aus der Vermittlung, die Bleichröder vornahm, einen neuen Strick zu drehen, und so erscheint denn bald nach dem Rücktritt Bismarcks eine Broschüre:

„Welchen Anteil hat Gerson von Bleichröder an dem Sturz des Fürsten Bismarck. Der Schlüssel zur Erkenntnis der gegenwärtigen Lage." (Verlag Berlin, Rückerstraße 5, Karl Sedlatzek.)

Zu dieser Broschüre bemerkt Horst Kohl, der sicherlich nicht zu den Geistesgrößen in der Umgebung Bismarcks gehört: „Wir sind gewiß nicht Gegner der antisemitischen Bewegung, soweit sie sich gegen die unser Volkstum vergiftenden Auswüchse des jüdischen Geistes wendet. Aber der guten Sache wird durch derartig seichte, auf willkürlichen Voraussetzungen aufgebauten Schriften nur geschadet."[1])

Ich unterlasse es, die oben erwähnte Broschüre hier zu charakterisieren. Die Tendenz ist, den Rücktritt Bismarcks als ein Werk Bleichröders hinzustellen. Bleichröder habe angeblich Bismarck veranlaßt, Windhorst zu empfangen, um ihn dadurch zum Sturz zu bringen.

Der Verfasser sagt wörtlich: „Der gesamte Vorgang stellt sich vielmehr als eine nach schlauer und hinterhältiger Berechnung angelegte Falle dar, in welche der vormalige Reichskanzler hineingelockt wurde. Die Urheberschaft fällt einzig auf die Coterie der Behrenstraße, und auch die Teilnahme Windthorst's war keine bewußte. Er hat in seiner Stellungnahme gegenüber den Wünschen des Kaisers, in Wahrnehmung der Interessen seiner Partei gehandelt, und er selbst hat sich auch nicht zu der Unterredung mit Bismarck gedrängt. Ebenso kann es als ausgeschlossen gelten, daß er für eine Meldung über den Vorfall nach dem Schloß Sorge getragen habe." In diesem Sinne geht es nun seitenlang weiter.

---

[1]) Bismarck-Jahrbuch, Band I, Seite 514.

Um aber dem Leser ein Vergnügen zu bereiten, gebe ich ein besonders schönes Stückchen aus dieser Broschüre wieder, nämlich den Teil, in dem Schweninger zum Juden gestempelt wird. Ob Schweninger überhaupt jüdischer Abstammung gewesen ist, weiß ich nicht. Von Antisemiten — aber auch von anderer Seite — ist es regelmäßig behauptet worden, ja man hat sogar erklärt, daß Schweninger im Solde der Juden stand und im Interesse der Juden für die Gesundheit Bismarcks gearbeitet habe. Wenn das wahr gewesen wäre, dann hätten wir Deutsche allen Anlaß, den Juden hierfür dankbar zu sein. Denn es steht wohl einwandfrei fest, daß ohne die sachverständige Behandlung Schweningers Bismarck nicht so lange gelebt hätte! Was aber schreibt die Broschüre von Sedlatzek (auf Seite 6)

„Wenn z. B. Fürst Bismarck eine Reise unternimmt und er nicht im Stande ist, jedem Einzelnen unter dem herandrängenden Volke die Hand zu drücken, so schätzt sich dieses glücklich, dafür wenigstens die schwarzbehaarte Hand des Juden Schweninger ergreifen zu dürfen, der stets wie der böse Geist neben dem greisen Staatsmann steht! — Es ist merkwürdig, daß man sich niemals in Deutschland Rechenschaft von der Stellung gab, die dieser „Arzt" bei dem Fürsten Bismarck nicht nur jetzt, sondern auch während der letzten fünf Jahre seiner Kanzlerschaft eingenommen hat. Die „Alliance" die ihren Mann wohl kannte, ließ ja bei der Berufung desselben Eugen den Lauten das bekannte Gebell anstimmen, das stets ertönen mußte, wenn das deutsche Volk und — Fürst Bismarck getäuscht werden sollten. Auch dies ist einer der charakteristischen Züge der „Aera Bismarck"; sobald Bleichröder und Konsorten den Fürsten unfehlbar zur Unterstützung eines ihrer Pläne bringen wollten, so ließen sie Eugen Richter mit dem ganzen Aufgebot seiner Lungen- und Federkraft dagegen losdonnern und Fürst Bismarck war dafür gewonnen. Nun aber bedenke man die Stellung Schweningers bei Bismarck. Er wußte sich einen derartigen Einfluß zu verschaffen, daß er nicht nur die Herstellung des Pichelsteiner Fleisches, zu überwachen, sondern auch dem Fürsten den ganzen Arbeitsplan vorzuschreiben hatte. Er bestimmte, welche Besucher der Reichskanzler — ohne seine Gesundheit zu gefährden — empfangen dürfe, und welche abzuweisen waren. Er setzte den Reiseplan des Kanzlers fest und übte somit einen großen Einfluß auf die Einberufung des Reichstages und preußischen Landtages, ja auf die Arbeiten des Bundesrates aus. Er beaufsichtigte zugleich aber auch den Verkehr zwischen dem Kanzler und dem Kaiser. Er war über alle geheimen Vorgänge während der letzten Regierungsjahre Kaiser Wilhelms I. unterrichtet, er wich nicht von der Seite des Fürsten Bismarck während der 99 Tage und kannte darauf alle Beziehungen zwischen Kaiser Wilhelm II. einerseits und dem Kanzler und Graf Herbert Bismarck andererseits. Daneben aber hatte der „berühmte Erfinder" der Schweningerkur noch eine gar ausgedehnte Praxis unter den ja stets zur Körperfülle neigenden

nännlichen und weiblichen Mitgliedern der Hochfinanz, und so konnte er n den Häusern der Berliner und Wiener Börsenfürsten höchst unauffällig verkehren, ohne daß der sonst zu krankhaftem Mißtrauen neigende Fürst Bismarck gegen diese Beziehungen seines Leibarztes das geringste einzuwenden hatte. Jedenfalls geht aus diesem Zusammenhang klar hervor, wie das Großjudentum stets die genaueste Kenntnis von Allem erhalten konnte, was im Hause Bismarck vorging, und wie auch unter Umständen die Arbeits- und Reisepläne des Reichskanzlers von Schweninger in einem gewissen Einverständnis mit Bleichröder und Genossen aufgestellt werden konnten."

Kommentar überflüssig!.....

Wie schon angedeutet, sind es gerade die Beziehungen zwischen Bismarck und Bleichröder gewesen, die von den Antisemiten zum Anlaß der schärfsten Angriffe gegen Bismarck genommen wurden. Sie wurmte es, daß der jüdische Bankier als einziger unangemeldet täglich Zutritt zum Kanzler hatte, während andere tagelang auf eine Audienz warten mußten. Daß aber für die täglichen Empfänge Bleichröders ausschließlich politische und nicht private Gründe maßgebend waren, das haben die Gegner Bismarcks nicht eingesehen bezw. nicht einsehen wollen. Um einen Blick in die „Verleumdungsära" zu ermöglichen, sollen in nachstehenden Zeilen einige der Hauptrufer in dem Kampfe gegen Bismarck in Auszügen zu Worte kommen.

Unstreitig ist Diest-Daber den Antisemiten zuzurechnen, was aus der Tendenz seiner sämtlichen Broschüren hervorgeht. Für ihn ist die Ursache der Beschuldigung des Fürsten Bismarck nicht die Tatsache, daß Bismarck durch einen Bankier sein Vermögen verwalten läßt, sondern daß dieser Bankier ein — Jude ist! Versteigt sich doch Diest zur Behauptung: „.....Wo sind diese Grundsätze geblieben (gemeint sind die Grundsätze vom christlichen Staat) seitdem Bismarck in so nahe Beziehungen zu Bleichröder trat und in eine Art Intimität zu diesem Großjuden gelangte. — — — — Es ist vielfach, auch von Konservativen und hervorragenden Zentrumsmännern angenommen worden, daß Fürst Bismarck den die katholische wie evangelische Kirche gleich schädigenden Kulturkampf unternommen habe, um die öffentliche Aufmerksamkeit von seinen Bleichröderschen Beziehungen und den Folgen abzulenken."

Wer war Diest-Daber? Von den Feinden Bismarcks immer wieder als Kronzeuge angeführt als ein aufrechter und tapferer Mann, von den Freunden als ein Klatschweib gekennzeichet, so finden wir bisher kein Urteil, das ihm wirklich gerecht wird. Diest-Daber entstammte einer Familie, die aus Holland eingewandert war. Seine Vorfahren hatten lieber den Glaubenstod erlitten, als zu widerrufen und von ihnen scheint er manche Eigenschaft geerbt zu haben. Er ist Pietist gewesen, er ist zugleich eine streitsüchtige Natur und ein Fanatiker. Aber ein unedler Mensch scheint er nicht gewesen zu sein. Er hat

alle jene Eigenschaften, die der Fanatiker hat. Ebenso furchtlos wie rücksichtslos geht er vor und erinnert bei der Unzahl der Prozesse, die ihn sein Fanatismus zu führen zwingt, an Michael Kohlhaas. Schon das ganze Leben des Mannes ist eigenartig. Als Sohn eines höheren preußischen Offiziers, der für seine Tapferkeit mit dem Orden „Pour le mérite" geschmückt aus dem Kriege heimkehrte, bekleidete er in Elberfeld den Posten eines Landrates, den er 1860 freiwillig aufgab. Und der Grund? Er hatte zahlreiche militärische Mißstände aufgedeckt, die damals in der Elberfelder Gegend unter den Söhnen der Notabeln grassierten. Die militärpflichtigen Söhne der angesehensten Familien entzogen sich zum Teil durch Bestechung von Beamten und Ärzten dem Heeresdienst, und das empörte den aufrechten Beamten, den Offizierssohn. Mit bewundernswerter Energie verfolgte er — das war, ehe Bismarck Minister war — die Angelegenheit, trug sie dem Könige vor. Aber er konnte die Verfolgung nicht so durchsetzen wie er wollte, weil, wie er selbst behauptet, unter denen, die sich des Vergehens schuldig gemacht hatten, Verwandte der damals am Ruder befindlichen Minister gewesen sein sollen. Gleichzeitig hatte er scharfe Beschuldigungen gegen den Minister von der Heydt erhoben, der angeblich in der Revolution von 1848 sich als ein Revolutionär aufgespielt habe, was Diest-Daber durch Zeugen nachzuweisen imstande war. Von dem gleichen Minister behauptete er im übrigen, daß er, trotzdem er Handelsminister war, nach seinen Eintritt in das Ministerium nicht nur stiller Teilhaber bei seinem Bankhause geblieben war, sondern auch seinen ältesten Sohn als Teilhaber habe eintreten lassen. Hieraus seien dann enorme Gewinne für die Firma des Herrn von der Heydt entstanden, wie die Veranlagung zur Einkommensteuer nachgewiesen habe. In einem deswegen eingeleiteten Disziplinarverfahren wurde der Landrat von Diest-Daber freigesprochen. Aber trotz der Freisprechung verlangte damals der Minister die Versetzung dieses Mannes, und dieses Verlangen beantwortete von Diest-Daber mit dem Antrag auf Entlassung aus dem Staatsdienst unter Verzicht auf die Pension. Wie Diest-Daber selbst behauptet, soll infolge seiner Enthüllungen im Elberfelder Kreis die Zahl der Einjährig-Freiwilligen von 5 auf 70 jährlich gestiegen sein.[1])

---

[1]) Die Literatur über Diest-Daber stammt zum größten Teil aus seiner eigenen Feder. In Betracht kommen folgende Broschüren:

1. Geldmacht und Sozialismus. Schlagschatten auf die innere Politik des Fürsten Bismarck. Beleuchtung von 10 Gesetzen der Neuzeit.
2. Der sittliche Boden im Staatsleben. Eine Auseinandersetzung mit dem Abgeordneten Lasker.
3. Entgegnungen auf die Angriffe der Abgeordneten Bennigsen, Lasker usw. und juristische Klarlegung der Privilegien der Preußischen Zentral-Bodenkredit-Aktien-Gesellschaft. Weshalb ihre teilweise Ungesetzlichkeit und Schädigung des Grundbesitzes.

Diese Vergangenheit muß man Dieſt-Daber zu gute halten, wenn man sich seine Angriffe gegen Bismarck vergegenwärtigt. Er kann für sich in Anspruch nehmen, daß er einmal dem Staate Dienste erwiesen hatte, und so glaubte er sicherlich auch in seinem Kampfe gegen Bismarck auf dem richtigen Wege zu sein. Daß er mit seinem Vorgehen gegen Bismarck schließlich eine der Stützen wurde, auf denen die späteren Verleumdungen Bismarcks basierten, hatte er gewiß nicht voraussehen können. Ursprünglich stand Diest zu Bismarck in persönlich guten Beziehungen. In der im Jahre 1875 erschienenen Broschüre: „Geldmacht und Sozialismus", in der Diest dem Sozialismus entgegenzutreten sucht, sind einige Originalbriefe des Ministerpräsidenten von Bismarck aus dem Jahre 1869 abgedruckt. Um die damalige Zeit aber hatte Diest von einem Geheimrat von Wedemeyer angeblich gehört, daß Fürst Bismarck Aktien der Preußischen Zentral-Bodenkredit-Aktien Gesellschaft zum Kurse von 108% von Bleichröder erhalten habe, während der Börsenkurs 128% gewesen sei. Auf dieser Mitteilung fußte nun der ganze Verleumdungsfeldzug gegen Bismarck, wobei ich Diest-Daber durchaus keine unlauteren Motive zutraue. Er war im Anfang fest davon überzeugt, daß Bismarck seine Stellung dazu benutzt habe, um sich zu bereichern und hatte sich, wie es bei Fanatikern sehr häufig zu finden ist, in diese Ansicht verrannt. Er war durch nichts mehr zu belehren, selbst auch dann nicht, als festgestellt wurde, daß Bismarck niemals solche Aktien besessen hatte. Zunächst versuchte Diest durch mündliche Besprechungen Bismarck von Bleichröder zu trennen. Denn Diest gehörte zu denjenigen, denen der Verkehr eines preußischen Grandseigneurs mit einem jüdischen Bankier ein Dorn im Auge war. Dabei stützte er sich auf Moltke, von dem er behauptet, daß er seiner Ansicht gewesen sei. In einer Unterredung vom 4. März 1874 soll Moltke sein Einverständnis mit dem Kampfe Diest-Dabers ausgedrückt haben. „Er bedauerte gleich mir die intimen Beziehungen des Fürsten Bismarck zu Bleichröder und den Umstand, daß er durch Generalvollmacht sein Vermögen durch diesen Juden verwalten läßt. Es muß der Versuch gemacht werden, diesen Einfluß zu brechen und Bismarck von Bleichröder zu trennen."[1])

Ermuntert durch die Worte Moltkes wandte er sich am 11. Dezember 1874 schriftlich an Bismarck, um ihn durch eine offene mündliche Aussprache zu

4. Zur Klarstellung des anonymen Schriftstücks. Inhalt: Das Kartell. Beglaubigtes Material der Verleumdungsklage gegen den Fürsten Bismarck.
5. Drei Monate Gefängnis.
6. Bismarck und Bleichroeder. Deutsches Rechtsbewußtsein und die Gleichheit vor dem Gesetze.
7. Berichtigung von Unwahrheiten etc. in den Erinnerungen des Fürsten Bismarck und deutsches Rechtsbewußtsein.

[1]) Bismarck und Bleichröder Seite 4.

warnen und auszusprechen, „daß die Gefahren, welche für Deutschlands Ehrenhaftigkeit und für das gesamte Staatswohl daraus hervorgehen müßten, wenn der erste Staatsmann des Deutschen Reiches dem ersten Bankier und Großjuden Generalvollmacht für seine Vermögensverwaltung erteilte, wie dies geschehen war, enorm groß und unvermeidbar seien."[1])

Damals hat Diest noch keine Angriffe geplant. Ihn verstimmte nur eine, im übrigen natürlich auch unbewiesene „Information", daß Bleichröder Bismarcks Vermögen mit 18% verzinse. Kurz und gut, Diest war ein Mann, der überall Korruption witterte, auch da, wo sie nicht vorhanden war. Bismarck hat es nun abgelehnt, Diest zu empfangen, da vermutlich Diest im persönlichen Verkehr gewissen an Querulanten-Wahnsinn grenzenden Eigenschaften verfallen gewesen sein muß; denn es wird immer wieder darauf hingewiesen, daß dem Reichskanzler Aufregungen erspart werden müßten. Infolgedessen sei Bismarck nicht imstande, Unterredungen mit Diest zu gewähren. Daher scheiterten alle Versuche, an Bismarck direkt heranzukommen, ebenso ein Versuch, eine Audienz beim alten Kaiser zu erhalten, was Diest „auf den Einfluß des Großjudentums" zurückführte!

Als in der „Kreuz-Zeitung" die Ära-Artikel erschienen, hinter denen man zunächst von Diest als Verfasser vermutete — der Verfasser war Perrot — da wandte sich Diest im Juli 1875 erneut an den Kaiser und machte den Versuch, mit Hilfe des Kaisers Bismarck „aus den Händen der Geldmacht möglichst zu befreien". Der Kronzeuge von Diest, von Wedemeyer, erschoß sich am 25. November 1875 in einem Anfall von Schwermut, und nun ging das „Material" in die Hände der Bismarckfeinde: „Reichsglocke", Rudolf Meyer und Konsorten über, von wo es nun dauernd gegen Bismarck ausgenutzt wurde. Von diesem ganzen Verleumdungskonzern ist Diest-Daber der einzige, dem man ein menschliches Mitleid nicht absprechen kann. Er führte einen Prozeß nach dem anderen, büßte seinen Fanatismus mit drei Monaten Gefängnis und mußte, was für ihn das schmerzlichste war, zusehen, daß ihm das Ehrengericht seine Stellung als Reserve-Offizier nahm. Aber nicht nur das. Es ereignete sich der merkwürdige Fall, daß Diest sich von Bismarck beleidigt fühlte, und nun Bismarck vor dem Zivilgericht verklagen wollte. Bismarck, der damals ganz andere Dinge im Kopf hatte, als sich mit einem modernen Michael Kohlhaas vor Gericht herumzuschlagen, kam nun auf einen sehr originellen Einfall! Er ließ vor Gericht erklären, daß er als General der Kavallerie nicht vor dem Schöffengericht verklagt werden könne. Das Gericht schloß sich damals dieser Ansicht an, trotzdem Bismarck niemals aktiver Offizier gewesen ist! Es wurde also festgestellt, daß Beleidigungsklagen gegen Bismarck nicht vor dem Zivilgericht, sondern vor

[1]) Bismarck und Bleichröder Seite 10.

dem Militärgericht anzubringen waren. Dieser Standpunkt Bismarcks hat nun gerade seinem Gegner neues Material geliefert und den Kreis seiner Feinde erheblich vermehrt.[1]) Dieſt klagte nun vor dem Militärgericht, und es ergab sich das sehr Merkwürdige, daß die Verhandlung vor diesem niemals stattfand, daß dieser „Wahrheits-Fanatiker" nicht einmal vor dem Militärgericht zu seinem Rechte kam. Schließlich folgte ein Prozeß nach dem anderen, in denen sich Diest Daber stets ungerecht behandelt fühlte.

Wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck wurde Diest-Daber am 25. 5. 1877 zu einer dreimonatlichen Gefängnisstrafe verurteilt, eine Strafe, die er im Gefängnis verbüßte — „obwohl dem Offizierstand angehörig, Ritter des Eisernen Kreuzes, des Johanniter-Ordens, des Roten Adler-Ordens, der Dienstauszeichnung I. Klasse usw." Auch in der zweiten Instanz wurde das Urteil der Vor-Instanz bestätigt.

Was ergibt sich aus den ganzen Verleumdungen? Nur das eine: Bismarck hat zu dem „Großjuden Bleichröder", der sicherlich kaufmännisch eine Kraft ersten Ranges war, ein solches Vertrauen gehabt, daß er sein ganzes Kapitalvermögen Bleichröder zur Verfügung stellte mit einer Generalvollmacht, dieses so anzulegen, wie Bleichröder es für richtig hielt. Wie es angelegt war, das hat nach den eigenen Angaben Bismarcks der Kanzler selbst nie gewußt. Bleichröder konnte schalten und walten wie er es für richtig hielt.

Wie Diest zu den Verleumdungen über Bismarck gekommen ist, das erzählt Busch. Am 17. Oktober 1877 sprach Bismarck bei Tisch von seinem Freund Moritz von Blankenburg, den er als seinen ältesten und liebsten Freund bezeichnete, von dem er aber behauptete, daß er sich in der Affäre mit dem „schmutzigen Diest" sehr unvorsichtig benommen habe. Alsdann führte nach den Aufzeichnungen von Busch Bismarck wörtlich aus:[2])

„Ich hatte ihm über die Bodenkredit-Aktien gesprächsweise bemerkt, es wäre möglich, daß Bleichröder, der mein Geld zu verwalten hat, einmal solche Papiere für mich gekauft hätte. Ich konnte das aber nicht wissen, da der Bleiche (Bleichröder), dem alle überflüssigen Einkünfte zugingen und der alle großen Zahlungen für mich leistete, dabei nach seinem Ermessen verfügte. Es wäre also nicht Unrecht, wenn er mit Papieren der Art ohne mein Wissen etwas für mich verdient hätte. Blanckenburg hat dies als Tatsache weitererzählt, Diest dann vor Gericht Gebrauch davon gemacht. Zuletzt hat Bleichröder aus seinen Büchern nachgewiesen, daß ein solcher Kauf niemals vorgekommen ist. Das war zwar recht schön; aber inzwischen hatte Blanckenburgs Ungeschicklichkeit doch einen vorübergehenden Schatten auf meinen guten Namen geworfen und darüber sind wir auseinander gekommen." —

---

[1]) Die Angelegenheit hat der Abgeordnete von Ludwig in der Sitzung des Preußischen Abgeordnetenhauses vom 9. Dezember 1878 zur Sprache gebracht.

[2]) Busch Band II, Seite 455.

Als Herr von Diest zu Daber im Jahre 1875 seine Campagne begann, da lehnte die „Kreuz-Zeitung" die Zugehörigkeit dieses Mannes, der sich doch öffentlich stets als ein Stockkonservativer bezeichnete, ausdrücklich ab. Aber Ende Juni, Anfang Juli 1875 brachte dieselbe Zeitung die berüchtigten 5 Aufsätze, die man als die „Ära-Aufsätze" bezeichnet. Zwischen den Zeilen war da deutlich zu lesen, daß Bismarck finanziell nicht uninteressiert an gewissen politischen Vorkommnissen gewesen sei. Aber im Dezember 1881, also 6 Jahre später, da gab Perrot, der Verfasser dieser Aufsätze, in der „Kreuz-Zeitung" folgende Erklärung ab: „Die Tatsachen, auf welche ich zu meinem Bedauern mein Urteil über den Reichskanzler in den Ära-Artikeln gegründet hatte, haben sich bei näherer Prüfung als irrtümlich erwiesen." Es war also das Eingeständnis, daß die Beschuldigungen, die im übrigen ja nur indirekt ausgesprochen waren, unbegründet waren, daß also Bismarck absolut rein da stand.[1]) Obwohl also die „Kreuz-Zeitung", wenn auch freilich nach Verlauf einer sehr langen Zeit, revozierte, haben die anderen Angreifer Bismarcks das zum Teil nicht getan. Bei Diest-Daber hatte das andere Gründe: er war unbelehrbar und durch nichts zu überzeugen, daß er im Unrecht sei. Freilich hängt die Erklärung Perrots in der „Kreuz-Zeitung" mit politischen Vorgängen zusammen. So spielte eine Rolle die in der gleichen Zeit angebahnte Versöhnung Bismarcks mit den Konservativen. In der Abbitte, die ein großer Teil der Deklaranten leistete, war die Vorbereitung für Verzicht Bismarcks auf seine bisherige politische Richtung zu sehen. Von da ab beginnt eine neue konservative Ära Bismarck. In der gleichen Zeit trat Freiherr von Hammerstein an die Spitze der „Kreuz-Zeitung".

In den „Ära-Artikeln" wurde auf die Beziehungen zwischen dem Minister Camphausen, dem Bankier Bleichröder und Delbrück hingewiesen, und es war die Rede von dem großen Einfluß Bleichröders und seiner Umgebung durch die Beziehungen Bleichröders zu dem Bankhause Delbrück, Leo & Co. und zu dem Bankhause Camphausen & Co. Im Zusammenhang damit wurde dann die Geld- und Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches als eine „Judenpolitik" gekennzeichnet, für die Bleichröder in großem Umfange verantwortlich gemacht wurde.

In dem zweiten sogenannten Ära-Artikeln befindet sich nun folgender Satz:

„Auch mit dem Fürsten Bismarck sollen, schon ehe er Minister in Preußen wurde, hochfinanzielle Kreise in nähere Berührung getreten sein. Die intimen Beziehungen des Herrn von Bleichröder zum Fürsten dürften, mindestens indirekt, schon an die vorministerielle Zeit des Fürsten anknüpfen, als derselbe um mit spärlichem preußischen Gesandtengehalt und ohne erhebliches

---

[1]) Hans Leuß, Wilhelm Freiherr von Hammerstein.

Vermögen seinen Souverän in Petersburg, Paris und Frankfurt repräsentieren zu können, allerdings guten Rat in finanziellen Dingen haben mußte."

Die Absicht war ganz klar. Der Satz stellte eine versteckte Verleumdung des Fürsten Bismarck dar, die allerdings juristisch nicht faßbar ist. Später hat zwar Perrot sich folgenden Satz geleistet:

„Die offenbar absichtliche Falschdeutung, welche die Großpresse dieser Stelle und den hier folgenden gegeben hat, als ob dieselben „persönliche Insinuationen" gegenüber dem Reichskanzler bezweckten, dürfte lediglich in der Absicht erfunden sein, um in dieser Mißdeutung einen Vorwand für die Ablehnung jeder sachlichen Diskussion zu gewinnen..... Was in den fünf Ära-Artikeln steht, ist also für den Reichskanzler ein Vertrauensvotum der höchsten und seltensten Art."[1])

Beim Lesen dieser Zeilen wird Fürst Bismarck sicherlich in die Worte ausgebrochen sein: „Gott bewahre mich vor einem solchen Vertrauensvotum der höchsten und seltensten Art." In der Tat, man kann nicht anders, als die Art als höchst seltsam bezeichnen!

Es soll an dieser Stelle nicht näher auf das Verhältnis der Kreuz-Zeitung zu Bismarck eingegangen werden, das wird s. Z. an einer anderen Stelle geschehen. Ich kann in dieser Beziehung auf die Auseinandersetzungen zwischen dem Berliner Tageblatt vom 8. Juli 1921 („Der verärgerte Bismarck") und die wohl als Antwort hierauf aufzufassenden Aufsätze von Herm. von Petersdorff „Bismarck und die Kreuz-Zeitung", (die im Juli 1921 in der Kreuz-Zeitung erschienen) hinweisen. Bemerkenswert ist, was Petersdorff an der angegebenen Stelle über die „Ära Artikel" sagt:

„Die Artikel hatten einen scharf antisemitischen Charakter, und griffen die liberale Wirtschaftpolitik heftig an — als das Unglück Deutschlands wurde der Bankier Bleichröder bezeichnet ..... Allerdings schmeckte die ganze Tonart Perrots nach Verdächtigung vornehmlich Delbrücks und Camphausens. Bismarcks Person wurde zu schonen versucht (??) und es darf dem Verfasser geglaubt werden, daß er zu den Verehrern Bismarcks gehörte. Die verschleierte Schreibweise Perrots mußte aber auch bei Bismarck persönlich unangenehme Empfindungen wecken."

Bei allen diesen Angriffen im Zusammenhang mit Bleichröder haben wir es mit einer langen Kette von Verleumdungen zu tun, die ihren Ausgang nahmen in der Broschüre Diest-Daber, und in der „Reichsglocke". Die Verfasser dieser Schriften gehören alle ein und demselben Kreise an.

---

[1]) Die Ära Bleichröder-Delbrück-Camphausen, Separat-Abdruck der fünf Ära-Artikel aus der „Kreuz-Zeitung" nebst Literatur darüber und einem Vorwort und Nachwort des Verfassers. Berlin 1876. Seite 8 und 9.

Sie haben alle das gleiche Ziel: Bismarck durch Verleumdungen in der Öffentlichkeit herabzusetzen, mit dem Zweck, ihn zu stürzen.

Es widerstrebt mir, hier die ganze wüste Pamphlet-Literatur aus der damaligen Zeit, die ich zu einem sehr erheblichen Teile durchgearbeitet habe, wiederzugeben. Es handelt sich bei den Behauptungen ausnahmslos um üble Verleumdungen, und wenn ich auch nur aus historischen Gründen alles das registrieren wollte, was damals Bismarck aus den Kreisen preußischer Tories vorgeworfen wurde, so würde das Bände füllen. Ich begnüge mich, an dieser Stelle lediglich auf einige ganz wenige der Machenschaften als typisch für die Kampfesmethode von damals hinzuweisen.

Ein besonders wichtiges Glied in der Kette der Verleumdungen gegen Bismarck ist eine Broschüre von Dr. Rudolf Meyer unter der Überschrift: „Politische Gründer und die Corruption in Deutschland" (Leipzig 1877). Meyer gehörte zur Clique Gehlsen und Genossen. Seine ganze Broschüre ist durchzogen von antisemitischem Geist. Sie wimmelt von versteckten Gemeinheiten und Verleumdungen gegen Bismarck. Meyer gibt die Angriffe Perrots in der „Kreuz-Zeitung" und die Angriffe von Diest-Daber wieder. Damals schwebte noch der Prozeß gegen Diest, und Meyer scheute sich nicht, die Beschuldigungen zu wiederholen, trotzdem sie gar nicht erwiesen waren. Zwar fügte er hinzu: „Indes darf der Fürst gewiß wie jedermann verlangen, daß man ihm so lange edle Motive nur unterlegt, bis ihm sträfliche nachgewiesen worden sind". Er spricht aber gleich im nächsten Satz wieder von der Freundschaft und Gunst, „welche dieser mächtige Staatsmann berüchtigten Volksausbeutern bewiesen".

Auf Seite 54 der Broschüre wiederholt Meyer noch einmal die Behauptung von der Beteiligung Bismarcks an der Preußischen Zentral-Bodenkredit-Aktien-Gesellschaft, Berlin, und erwähnt u. a. die Angaben Diest-Reichsglocke: „Bismarck sei an der Gesellschaft beteiligt und habe 150 000 bis 300 000 Taler bares Geld eingesteckt." Er schwächt aber die Verleumdung in demselben Augenblick wieder ab: „Indes ist der Beweis dafür bisher nicht erbracht und sollte man meinen, daß die einfachste Klugheit den Fürsten vor der Annahme einer solchen Beteiligung hätte schützen müssen, da dieselbe sich als ein strafrechtlich zu verfolgender Amtsmißbrauch zu eigener Bereicherung qualifiziert und ihn gefesselt in die Hände der Beteiliger also Bleichroeders, Hansemanns, Rothschilds, Miquels, Oppenheimers liefern würde." Nach einigen Ausfällen auf die Bankiers Bleichroeder, Oppenheim, Landau und eine Reihe angesehener Bankiers rheinischer Abkunft versteigt sich der Verfasser zu folgender Behauptung: „Es gibt fast keinen Fehler, dessen die gegenwärtige deutsche Reichs- und preußische Staatsregierung sich nicht schon schuldig gemacht hätte, bloß um ihre skandalösen Beziehungen zu Berliner Finanziers zu verschleiern".

Natürlich hat man nach bekanntem Muster die engen Beziehungen, die zwischen Bismarck und dem Papier-Industriellen Behrend bestanden, auch zum Anlaß für Verleumdungen genommen. Ebenso wie der Jude Bleichroeder, so mußte auch der Jude Behrend dazu herhalten, als Vorwand für die antisemitischen Angriffe zu dienen. Die „Reichsglocke" behauptete, Fürst Bismarck habe Behrend, der in Varzin eine Holzstoff-Fabrik gründete und von Bismarck aus den Varziner Wäldern das Holz bezog, Betriebskapital zu einem Satze von 8% geliehen. Aus dem Holzstoff der Varziner Wälder seien dann„ in der Kösliner Fabrik Papiere für die Reichspost, Telegraphie, Staatseisenbahnen gemacht worden." Tatsächlich mußten aber diejenigen, die an diesem Geschäft Anstoß nahmen, zugeben, daß Behrend die Aufträge der Staatsbehörden in öffentlicher Submission als Mindestfordernder zugeschlagen erhalten hatte. Das hinderte aber trotzdem nicht, an die Beziehungen zwischen Bismarck und Behrend verleumderische Hinweise zu knüpfen.

Nach einer Untersuchung der Ursachen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs nach der Gründerperiode kommt Rud. Meyer zu dem Resultat, daß Fürst Bismarck verantwortlich sei für die ganze Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, und er scheut sich nicht, folgenden Satz auszusprechen: „Aber das wollen wir sagen und dafür wollen wir einstehen, daß die Korruption unerhörte Dimensionen angenommen hat, seit das System Bismarcks daselbst herrscht..... Es ist ein arges Regiment, unter dem wir leben, sein Name aber ist Bismarck."

Schließlich gipfelt die Broschüre in folgendem Satz: „So lange der Fürst Bismarck das allmächtige Idol bleibt, wird die deutsche Nation dem Reiche, das Reich dem Kanzler geopfert werden und der Kanzler gehört den Juden und Gründern. Daher gibt es für unsere Politik nur eine gebundene Marschroute: Beseitigung des jetzigen Systems und seines Trägers." (Seite 204.)

Zu den Antisemiten, die Bismarck in diesem Zusammenhange in der gemeinsten Weise bekämpft haben, gehört u. a. H. Joachim Gehlsen, ursprünglich Herausgeber der „Deutschen Eisenbahn-Zeitung", später der „Reichsglocke", d. h. des Organs, das Bismarck in geradezu perfider Weise angegriffen hat. Über die „Reichsglocke" hat sich Bismarck in seinen „G. u. E." mehrfach geäußert, namentlich auch über Herrn Gehlsen und den Kreis der Mitarbeiter. So sagt er in den „G. u. E." (25. Kapitel): „Der Kaiser hat mir seine Unterstützung in Geschäften niemals versagt. Das hinderte den Herrn aber nicht, die „Reichsglocke" täglich zu lesen. Dieses nur von der Verleumdung gegen mich lebende Blatt wurde im Königl. Haus-Ministerium für unseren und andere Höfe in 13 Exemplaren kolportiert und hatte

seine Mitarbeiter nicht nur im katholischen, sondern auch im evangelischen Hof- und Landadel."

Die „Reichsglocke" war ebenso bismarckfeindlich wie antisemitisch. Gehlsen selbst ist vom Gericht wegen der Verleumdung Bismarcks mehrfach bestraft worden. Er entzog sich schließlich der Strafe durch Flucht ins Ausland, nachdem er vorher durch einen Polizeibeamten, dem er nach Art eines Revolver-Journalisten Dienste geleistet hatte, von seiner bevorstehenden Verhaftung in Kenntnis gesetzt wurde.

In dem Kapitel „Intrigen" der „G. u. E." sind Einzelheiten der Kämpfe der Reichsglockenclique zu lesen. Bismarck spricht direkt von der „Erschöpfung seiner Nerven", die sich 1877 bemerkbar macht und im Zusammenhang damit erwähnte er zweimal die Angriffe, die die „Reichsglocke" gegen ihn persönlich gerichtet hat. Wie Bismarck bemerkt, sind die „Reichsglocke" und die „Kreuz-Zeitung" durch amtliche Stellen stets in die Hände des Kaisers und der Kaiserin gelangt. Sie waren wie bereits angedeutet, beliebte Werkzeuge der Hof-Intrige gegen den Kanzler.

Gehlsen, dessen Äußeres schon auf den typischen Querulanten und Intriganten schließen läßt, gehört zu den Naturen, die in perfidester Weise Bismarck mit persönlichen Verleumdungen überhäuften. Seine Stellung zu Bismarck ist in dem Buche von Blum: „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks" genügend charakterisiert, namentlich in dem Kapitel: „Enthüllungen im Reichsglocken-Prozeß". In welcher Weise nun ein Mann wie Gehlsen, der aus seinem Antisemitismus keinen Hehl macht, beispielsweise über Stöcker dachte, das geht aus einer Broschüre hervor, die Gehlsen im Jahre 1894 von London aus schrieb, und die den Titel trägt: „Aus dem Reiche Bismarcks." Da sagt er wörtlich:

„Das Betonen des christlichen Charakters der Antisemitenbewegung ist deshalb entweder schwerer Irrtum oder verwerfliche Heuchelei. Ich habe, so viel mir erinnerlich, in meinem ganzen Leben keine jüdische Nächstenliebe genossen, aber ich würde mich schämen, meinem Antisemitismus den Mantel christlicher Überlegenheit umzuhängen; für mich steht das Christentum zu hoch, um es in dem Kampf für materielle, rein soziale Ziele als Kampfmittel auszubeuten. Das wahre Christentum kann nur agressiv sein in seiner überwältigenden Idee, in seiner weltversöhnenden Mission. Wir haben einen modernen, richtiger einen modernisierten Antisemitismus; aber was Herr Stöcker uns gebracht hat, das ist ein modernes, für den materiellen Kampf gegen eine angeblich jüdische Moral, modernisiertes Christentum, und gegen dieses muß jeder, dem sein Christentum heilig, protestieren. Wir haben leider modernisiertes Christentum genug in unserer liberalen Gesetzgebung und von dieser aus in das Volk hineintragen sehen, als daß sich Hofprediger mit der Präparierung desselben als Kampfmittel zum Klassen- und Rassenkampf zu

befassen nötig hätten. Die Folge dieser Methode des „christianisierten Antisemitismus" ist Verwirrung der Geister und, wenn z. B. heute die verschuldeten Bauern in Deutschland das „jüdische Kapital" für ihr Unglück verantwortlich machen wollten, so verstehen sie eben nicht, daß die Regierung, die Gesetzgebung die Schuld trägt an Zuständen, welche dadurch geschaffen sind, daß in die Landesgesetze ein Geist hineingetragen ist, der sich mit dem Christentum in Widerspruch befindet, daher ausgetrieben werden muß."

Man sieht hieraus, daß selbst die Antisemiten unter sich nicht einmal einig waren über die Form, wie die Juden zu bekämpfen waren. Einig waren sie sich damals merkwürdigerweise zu einem auffallend großen Teil nur in der Bekämpfung der Person des Fürsten Bismarck. Das gibt auch Gehlsen zu, wenn er auf Seite 57 seiner Broschüre von der Bismarck-Zeit schreibt: „Damals war die Gegnerschaft weiterer Kreise gegen Bismarck wie gegen Juden identisch."

Diese Feststellung ist durchaus zutreffend.

Als die „Reichsglocke" im Jahre 1876 dauernd die Gerichte beschäftigte, da floh der Herausgeber Gehlsen aus Deutschland und ließ sich in der Schweiz nieder. Von dort aus verschickte er eine neue Zeitschrift, die den Namen führte: „Der Glöckner im Exil." Das erste Heft erschien im Januar 1877. Hier verspritzte nun Gehlsen von neuem sein Gift gegen den Kanzler. Gleich im ersten Heft findet sich folgender Satz: „Politische Knechtschaft, wirtschaftliches Elend, moralische Schmach, heilige Dreieinigkeit, dein Name ist Bismarck."[1])

Im Heft 3 befindet sich wieder ein längerer Aufsatz über „Bleichröder und Bismarck", wo die gemeinsten Verleumdungen gegen beide Männer geschleudert werden. Selbstverständlich wird im „Glöckner im Exil" immer wieder breit getreten, was Diest-Daber und Dr. Rud. Meyer behauptet hatten. Immer wieder heißt es, daß Bismarck durch Bleichröder an Spekulationen beteiligt sei. Diese Behauptung wird wiederholt, nachdem Dr. Rud. Meyer wegen verleumderischer Beleidigung des Reichskanzlers zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt war.....

In Heft 7 vom Mai 1877 stellt Gehlsen fest, „daß der Reichskanzler in den Reihen der Juden und Gründer seine wärmsten Verehrer zählt."

Zu den Mitarbeitern des „Glöckner im Exil" gehörten vor allem der Freiherr von Loe und ein Rittmeister a. D. von Puttkamer, der durch einen Beleidigungsprozeß mit Bismarck von sich reden machte. Dieser Puttkamer behauptete, Bismarck habe das Gesetz vom März 1867 über die hinterpommerschen Lehen herbeigeführt, um die Erbfolge seiner Frau in ein v. Puttkamersches Lehen zu bewirken!

---

[1]) Glöckner im Exil, Seite 7.

Man kann heute die Verleumdungen Gehlsens nicht mehr damit abtun, daß es sich hier um einen bedeutungslosen Menschen gehandelt habe. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall. So wird beispielsweise in dem Buch des Antisemiten Erich Lehnhardt mit Recht die „Deutsche Eisenbahn-Zeitung" von Joachim Gehlsen „als die Vorkämpferin in der Judenfrage bezeichnet."[1])

Man hat sich nicht gescheut, die gemeinsten Verleumdungen gegen Bismarck auszustreuen, und dabei namentlich immer wieder auf die Beziehungen zwischen dem Reichskanzler und dem Bankier Bleichröder hingewiesen. Freilich waren die Angriffe oft so geschrieben, daß sie juristisch nicht anfechtbar waren, wenngleich die Absicht der verleumderischen Beleidigung klar erkennbar war. Schält man aus den Andeutungen heraus, was gemeint war, so wurde Bismarck nicht mehr und nicht weniger vorgeworfen, als daß er Bleichröder dazu benutzt habe, um durch Spekulationen an der Börse sein Vermögen zu vergrößern. Es ist ohne weiteres klar, daß es sich hier um eine gemeine Verleumdung handelt; denn ein Mann wie Bismarck hat seine Stellung nicht ausgenutzt, um sich finanziell zu bereichern, und das werden wohl auch heute seine Gegner zugeben müssen. Damals aber haben gerade die Führer der Antisemiten sich gegenseitig überboten, versteckte Andeutungen über Börsengeschäfte des Reichskanzlers zu machen, so namentlich einer der Führer der Antisemiten und Hauptmitarbeiter an der „Reichsglocke", Otto Freiherr von Loe in seiner Broschüre über Fürst Bismarck (Basel 1890). In dieser Broschüre wird angedeutet, daß ein Minister eine rentable Dotation haben müsse, und es wird gezeigt, wie früher sich unredliche Minister durch unreelle Geldgeschäfte und Spekulationen bereichert haben. Alsdann wird hingewiesen auf die Beziehungen zwischen Bismarck und Bleichröder, wobei es wörtlich heißt: „Herr v. Bleichröder hatte stets freien Zutritt zu unserem Reichskanzler, während es allen anderen, selbst hochgestellten Beamten — es sei denn, daß sie zu amtlichen Vorträgen ausdrücklich befohlen waren — äußerst schwierig war, Zutritt zum Reichskanzler zu erlangen. Die Diener im Ministerium des Auswärtigen Amtes hatten den Befehl, Herrn v. Bleichröder stets vorzulassen, während es ihnen sogar bei Strafe verboten war, andere bei unserem Reichskanzler anzumelden."

Loe erzählt dann, daß er am 13. Juli 1870 im Ministerium des Äußeren Herrn von Bleichröder getroffen habe, und in perfider Weise fügt Loe die versteckte Andeutung hinzu: „Vermutlich war es nicht das Wetter, welches den Gegenstand ihrer Unterhaltung gebildet hatte, ob an jenem Tage Herr von Bleichröder Ankäufe oder Verkäufe gemacht hat, d. h. auf Krieg oder Frieden spekuliert hat, das weiß ich nicht." (Im

[1]) Die antisemitische Bewegung in Deutschland, besonders in Berlin, Zürich 1890, Seite 45.

Original gesperrt gedruckt.) Die Verdächtigung wird noch unterstrichen durch den folgenden Satz: „Keinesfalls aber zweifle ich daran, daß die Freundschaft zwischen Herrn von Bleichröder und Herrn von Bismarck für letzteren von Vorteil, d. h. von intellektuellem Vorteil, gewesen ist."

Man sieht deutlich die Absicht der Verleumdung.

Im Jahre 1877 erschien in Bern im Verlag von E. Magron ein Werk „Das Kleine Buch vom großen Bismarck". Der Herausgeber ist nicht benannt. In einem Bibliothekskatalog finde ich als Herausgeber Gehlsen genannt. Das dürfte aber vermutlich nicht stimmen. Stil und Darstellung deuten vielmehr als Verfasser auf den Freiherrn von Loe. In dieser Broschüre vereinigen sich Perfidie, Bismarck-Haß und Antisemitismus in ganz besonderer Weise. Es wird zunächst Bismarck als Staatsmann und Diplomat behandelt. Im Anschluß daran die Korruption, die Presse, der Kulturkampf, der Fall Arnim usw. Einige wenige Stilblüten aus diesem Machwerk sollen hier wiedergegeben werden.

Seite 42:

„Dem Fürsten Bismarck gebührt das Verdienst, die Juden und ihre Genossen zur herrschenden Clique in Deutschland erhoben zu haben. Sein Manchestertrio Camphausen-Delbrück-Michaelis hat die Judenherrschaft in Deutschland inauguriert."

Seite 44:

„Die Protektion der Juden im Deutschen Reiche ist eine der schwärzesten Merkmale des gloriosen Reiches Bismarcks und seine Folge die Verarmung des arbeitenden Volkes, die Demoralisierung aller Kreise der Gesellschaft, die widerliche Verschmelzung von Geld- und Geburtsadel."

Seite 45:

„Und der Fürst Bismarck ist dem Einfluß des Judentums unterlegen. Juden und Judengenossen bilden seine Gesellschaft, sie sind sein täglicher Umgang und seine politischen Ratgeber, seine Hauptkulturkämpfer. Der Jude Bleichröder „fruktifiziert" sein Vermögen und die Beziehungen zwischen der reichskanzlerischen Familie und derjenigen des gerichtlich notorischen Wucherers sind die intimsten". (Hierzu folgt eine Fußnote: „Es ist bekannt, daß Bismarck bei seinem selbst von Hesekiel geschilderten wüsten Leben stets bis über die Ohren in Schulden steckte und dabei vollständig in die Hände der Juden geraten war.")

Seite 56:

Das deutsche Selbstbewußtsein beugt sich sklavisch dem Tyrannen Bismarck. Die Begriffe haben sich verwirrt, verdunkelt bis zur Apathie durch niedrige Leidenschaften. So liegt das germanische Volk im Staube vor einem Götzen, dessen Haupttugenden bestehen in Schlauheit, Mittelmäßigkeit, Brutalität und Unzuverlässigkeit.".....

Wie schon erwähnt, hat Bismarck, seitdem er Staatsmann geworden, sich den Juden gegenüber objektiv verhalten, ja sogar stellenweise ein Wohlwollen bekundet und das ist um so bemerkenswerter, als unter seinen Gegnern sich Juden in beträchtlicher Zahl befanden. Wenn Bismarck von Zentrumsseite einen Angriff erfuhr, da war es nicht selten, daß er hier zur Charakterisierung des Angreifers auch das Glaubensbekenntnis heranzog und entsprechend zu kennzeichnen suchte. Bei Angriffen aus Kreisen jüdischen Glaubens hat Bismarck etwas Derartiges aber nie getan, trotzdem es ja an Angriffen dieser Art nicht gefehlt hat. Man denke nur an die zahlreichen Journalisten jüdischen Glaubens, die im freisinnigen Lager tätig waren und die ihn oft in sehr scharfer Weise kritisierten. Aber diese Kritik hat Bismarck nie so übel genommen, wie diejenige, die aus dem Lager der Konservativen stammte. Das geht deutlich hervor aus einem Gespräch, das aus dem Herbst 1883 stammt und das auch von Busch wiedergegeben wird. Damals sagte Bismarck u. a.:

„Die Juden sind in ihrer Politik gegen mich nie so gemein gewesen, als meine christlichen Gegner in der Fortschrittspartei und in der konservativen während der Zeit der „Reichsglocke".

Kapitel 6.

# Bismarck und die Antisemiten.

Hat nun Bismarck von dem Augenblick an, wo er Staatsmann wurde, niemals etwas unfreundliches gegen die Juden gesagt oder geschrieben, so entsteht die Frage, welches wohl die Gründe gewesen sind, die Bismarck zu der objektiven und gerechten Behandlung der Judenfrage veranlaßt haben. Von antisemitischer Seite wird gesagt, daß er die jüdische Frage nur als eine politische angesehen habe, daß ihm die Juden selbst aber nicht sympathisch gewesen wären. Ist diese Argumentation richtig? Wer das Tatsachenmaterial, das hier zu Tage gefördert ist, vorurteilslos würdigt, wird zu einem anderen Ergebnis kommen. Daß Bismarck in das Judenproblem nicht eingedrungen sei, ist nicht anzunehmen. Dafür hat Bismarck viel zu oft Gelegenheit gehabt, sich mit jüdischen Fragen und jüdischen Personen zu beschäftigen. Er hat die Juden kennen gelernt als Gutsherr, als Landwirt, er hat sie kennen gelernt als Bundesgesandter in Frankfurt a. M., in einer Stadt, in der man auf Schritt und Tritt jüdischer Aristokratie, jüdischen Kaufleuten und der jüdischen Bankwelt begegnet. In den zeitweise fast täglichen Gesprächen mit Bleichröder hat er sicherlich mehr als einmal sich über jüdische Probleme ausgesprochen. Er hat die Juden kennen gelernt in Berlin als Journalisten, als Parlamentarier und Politiker, und er hat sie kennen gelernt als Objekt der antisemitischen Angriffe. Und während er in seiner Umgebung bestürmt wurde mit Bitten, gegen die angebliche „jüdische Gefahr" einzuschreiten, während ihm die weltfremdesten Vorschläge gemacht wurden, wie Ausweisung der Juden, Ausschließung der Juden von den Staatsämtern und dergleichen, da sollte Bismarck niemals über die Judenfrage nachgedacht haben? Das kann niemand ernstlich behaupten, der in die Gedankenwelt Bismarcks eingedrungen ist. Gerade weil er das Judenproblem gründlich durchdacht hat, gerade darum kam er zu dem Resultat, daß die Mittel, die die Antisemiten vorschlugen, nicht zum Ziele führen. Das hat er deutlich schon während seiner Amtszeit und besonders später zum Ausdruck gebracht. Das Unfruchtbare und das Unzweckmäßige der antisemitischen Bewegung hat er oft genug gekennzeichnet, und er gehört nicht zu denjenigen törichten Naturen, die auf dem Standpunkt stehen, daß der geringe Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung (noch nicht 1 %) der so leistungsfähigen germanischen Rasse Abbruch tun könnte! Diejenigen, die auch heute noch laut in die Welt hinaus rufen, daß die Juden Deutschland aufsaugen und schließlich die Germanen verdrängen, merken gar nicht, welches Armutszeugnis sie damit der germanischen Rasse ausstellen, wenn sie be-

haupten, daß 99% einer geistig und sittlich so hochstehenden Rasse, wie es die Germanen sind, von 1% Juden „aufgesaugt" werden sollen. Bismarck war aber zu sehr von der Leistungsfähigkeit der germanischen Rasse überzeugt, als daß er nur einen Augenblick diese Gefahr hätte ernst nehmen können. Er hat auf die antisemitische Anregung nicht reagiert, weil er sie nicht ernst nahm, und in den Kämpfen der 80er Jahren hat er die antisemitische Beegung ausschließlich politisch bewertet, als eine Bewegung, die im Rahmen der politischen Konstellation gegen den Freisinn zeitweise ausgenützt werden konnte, deren Endziel aber der Kanzler völlig verwarf.

Sicherlich hat Bismarck mehr als einmal darüber nachgedacht, ob das, was die Antisemiten den Juden vorwerfen, berechtigt ist oder nicht. Er mußte sich um so mehr damit beschäftigen, als die Umgebung des Fürsten zu einem großen Teil aus Antisemiten bestand und namentlich in der Tafelrunde Bismarcks zahlreiche Männer saßen, die mit ihrem Herzen auf Seiten Stöcker's gewesen sind. Aber wie so oft, so finden wir auch hier ein turmhohes Überragen des Bismarck'schen Geistes seiner Umgebung gegenüber. Er hat sein eigenes Urteil sich bewahrt und sich nicht beeinflussen lassen durch diejenigen, mit denen er durch Herkunft eng verbunden war, über die er aber durch seine staatsmännische Begabung weit hinauswuchs.

Wie ist es mit der zweiten Behauptung? Sind die Juden Bismarck unsympathisch gewesen? Auch hierfür läßt sich keineswegs ein Beweis erbringen. Es steht einwandfrei fest, daß Bismarck den Antisemitismus in Übereinstimmung mit Ranke ausschließlich auf wirtschaftliche Ursachen zurückführte, daß der Antisemitismus also nichts anderes für ihn war, als Neid und Handelseifersucht. Solche Gefühle mußten Bismarck fremd sein; denn ein Großer kennt kein Neidgefühl. Wer wirklich groß ist, beneidet niemand und Bismarck ist wahrlich von derartigen Gefühlen frei gewesen.

Für den religiösen Antisemitismus hat Bismarck nichts übrig gehabt. Das verbot seine eigene religiöse Gesinnung, über die zwar heute oft die Meinungen auseinandergehen; aber das ist sicher, daß Bismarck im Alten Testament die Grundlage des Christentums erblickte und daß sein Gottesglaube ihn hinderte, aus religiösen Gründen die Juden zu bekämpfen. Bleibt das dritte Moment: Die Rassenfrage. Wie Bismarck über die Rassenfrage gedacht hat, das haben die zahllosen Biographen uns mehr als einmal gesagt. Er hat, und das nicht mit Unrecht, wie schon angedeutet, die germanische Rasse als eine besonders leistungsfähige, als eine durch die Natur ausgezeichnete angesehen. Er ist Germane durch und durch, voll germanischer Tugenden gewesen. Aber derselbe Mann, der das Germanentum preist, derselbe hat mehrfach den Gedanken der Rassenkreuzung angedeutet und gerade auf den Vorteil eines semitischen Blutzusatzes hingewiesen! Mehr als einmal spricht Bismarck von dem „Mousseux", das die Semiten für das germanische Blut bedeuten,

und ein solcher Mann soll der jüdischen Rasse mit Antipathie gegenüber gestanden haben? Hätte Bismarck die Juden als Menschen abgelehnt, dann hätte er nicht zahlreiche Juden in seiner Umgebung gehabt, weswegen er gerade zu Lebzeiten von den Antisemiten auf das schärfste bekämpft wurde. Die engen Beziehungen zu Bleichröder, Behrend, Simson und anderen zeigen, daß Bismarck auch die Juden als Menschen geschätzt hat. Für Bismarck gibt es kein Judenproblem im Sinne der Antisemiten. Er unterscheidet nur, ob es sich um gute oder schlechte Menschen handelt. Mit den guten hat er verkehrt, die schlechten hat er bekämpft, ohne Rücksicht darauf, welchem Glauben sie huldigten, welcher Rasse sie angehörten. Freilich kann man die Worte „gut" und „schlecht" in diesem Zusammenhang nicht uneingeschränkt anwenden. Bismarck hat die Menschen nicht nur danach beurteilt, ob sie an sich gut waren, sondern auch, ob sie „für ihn gut" waren d. h. ob er sie gebrauchen konnte, oder nicht und auch hier kannte Bismarck keinen Unterschied, wen er für seine politischen Zwecke verwenden konnte.

Besonders kennzeichnend für die Objektivität, mit der der Staatsmann Bismark den Juden gegenüberstand, trotzdem er, wie man sich immer wieder vor Augen halten muß, inmitten einer judengegnerisch gesinnten Umgebung stand, ist eine Unterredung, die Moritz Busch unter dem 26. Juni 1881 aufzeichnet. Busch ist, wie schon erwähnt, Antisemit, der bei jeder Gelegenheit die Juden herabzusetzen versucht. Die Unterredung, die hier in Betracht kommt, behandelt die „National-Zeitung", von der Bismarck behauptet, daß sie ein Judenblatt sei; denn Besitzer und Redakteure seien Semiten. Im Anschluß daran kam das Gespräch auf die Juden, und ihr Zusammenhang mit dem Fortschritt. Bismarck äußerte: Es wundere ihn, daß sie ihm so feind seien, so undankbar gegen ihn. Er habe ihnen doch ihre politische Stellung im Reich geschaffen, wenigstens durch seine Unterschrift. „Sie sollten mit mir zufrieden sein; aber sie werden mich noch zwingen, mich gegen sie zu verteidigen." Auf diese Worte seines Meisters erwidert der kleine Moritz Busch: „wie gegen die Ultramontanen, dann aber werden Sie noch viel populärer werden, als Sie jetzt sind, dann haben Sie nicht nur die 600 oder 1000 für sich, die die Petition unterschrieben haben, sondern Millionen, denen die Judenpolitik zuwider ist."[1])

Bismarck läßt sich aber durch den kleinen Busch nicht im geringsten beirren und insbesondere durch ihn sich keine Ratschläge geben. Er besinnt sich ein Weilchen und kommt dann sofort auf ein ganz anderes Problem......

Gewiß Moritz Busch hat der Geschichtsforschung manches Wertvolle überliefert und in seinen drei Bänden „Tagebücher", die selbst der begeistertste Bismarckfreund nur mit einer Mischung von Interesse und Ekel lesen kann — Interesse für die Persönlichkeit Bismarcks, Ekel gegenüber der Lakaien-

---

[1]) Busch, Tagebücher, Seite 45.

Gesinnung des Verfassers — findet sich viel Material, das das Bild Bismarck vervollständigt. Aber abstoßend wirkt in diesem Werke, wie jede Kleinigkeit aus dem Chef-Kabinet nach Waschfrauenmanier breitgetreten wird. So wird denn auch in einer Dissertation von Robert Pahncke[1]) Busch charakterisiert (Seite 52), als „ein kleiner sächsischer Journalist, eitel und naiv, eine Handlangernatur, dessen Erzählungen das Merkmal der Portierloge tragen". Und dieses journalistische Waschweib gehörte den Antisemiten an! Das muß man sich vor Augen halten, wenn man die Tagebücher von Busch liest, und nicht mit Unrecht deutet Bamberger an, daß Busch sein Möglichstes getan habe, um Bismarck als einen Antisemiten seinesgleichen hinzustellen. Aber es wäre Busch nicht gelungen, so oft er es auch versucht habe, ihm dazu zu bekehren. Alle diejenigen, die Busch schlecht machen will, würden als Juden bezeichnet. Sarkastisch bemerkt Bamberger: „Es wäre merkwürdig, daß nicht auch Stosch dessen von ihm angeklagt wurde. Mit der Kaiserin Augusta müßte es schon schwerer gewesen sein." (Beide waren bekanntlich die Hauptzielpunkte der Angriffe von Busch.)

Übrigens hat Bismarck über seine Stellung zum Antisemitismus in der Öffentlichkeit keinen Zweifel gelassen. So hielt er vor allem am 2. April 1881 eine Rede, die unstreitig eine Abrechnung mit dem Antisemitismus darstellte. Es handelt sich da um die Ausführungen Bismarcks bei Beratung des Reichshaushalt-Etats mit Bezug auf das vorgelegte Unfall-Versicherungs-Gesetz. Eugen Richter hatte gerade gesprochen und darauf hingewiesen, daß diejenigen Konservativen, die die Judenhetze veranstalteten, in einem lebhaften Telegrammwechsel mit Bismarck ständen. Bismarck klärte zunächst in seiner Rede auf, was es mit dem Telegramm auf sich habe. Er beantworte täglich tausend Telegramme, ohne sich darüber zu informieren, wer der Absender sei und fügte alsdann wörtlich hinzu:

„Macht es irgend jemand Vergnügen, mich als Mitglied der antisemitischen Verbindung darzustellen, so gönne ich ihm das. Ich habe mich, wie es mir meine amtliche Stellung gebietet, von allen diesen Bewegungen, die mir nicht erwünscht sind, ferngehalten. Ich möchte nur wünschen, daß auch die übrigen Herren und namentlich diejenigen, welche die Regierung und mich in Person mit ihrem Wohlwollen beehren, sich von Verhetzungen der Klassen gegeneinander, von Wendungen der Rede, die den Klassenhaß schüren, mehr als bisher fernhalten."

Wollte man etwa zum Beweis für die antisemitische Tendenz des Fürsten Bismarck auf die Beziehungen zwischen Bismarck und dem Chefredakteur der „Kreuz-Zeitung", Freiherrn Wilhelm von Hammerstein, hinweisen, so wird dieses Argument selbst nicht von den Antisemiten ausgenützt werden können.

[1]) Robert Pahncke: „Die Parallel-Erzählungen Bismarcks zu seinen Gedanken und Erinnerungen", Halle 1914.

Denn die Beziehungen zwischen Bismarck und Hammerstein sind nur sehr lockerer Natur gewesen. Bismarck ist mit Hammerstein nur äußerst selten zusammengekommen. Er hat ihn ausgenützt von dem Augenblick an, als die „Kreuz-Zeitung" revozierte und ihn in seiner konservativen Politik unterstützte. Er hat ihn aber ebenso schnell fallen gelassen, als seine Politik wiederum in Gegensatz zur „Kreuz-Zeitung" geriet. Von irgendwelcher Freundschaft zwischen Bismarck und einer Persönlichkeit wie Hammerstein kann man überhaupt nicht reden.

Ein Beweis dafür, daß Bismarck das Vorgehen der Antisemiten gegen die Juden in der Wirkung richtig eingeschätzt hat, findet sich in den Bismarck-Erinnerungen des Freiherrn Lucius von Ballhausen. Dieser verzeichnet unter dem 26. November 1881 ein langes Gespräch, das er im Garten des Reichskanzlers mit Bismarck gehabt hat. Da sagt Bismarck wörtlich:

„Die Judenhetze sei inopportun gewesen. Er habe sich dagegen erklärt, aber weiter nichts dagegen getan wegen ihres mutigen Eintretens gegen die Fortschrittler."[1])

Auch hier sehen wir wieder, daß der Kanzler die richtige Stellung den Antisemiten gegenüber einnimmt. Das Aussichtslose der Bewegung erkennt er sofort. Er unterstützt sie nicht, aber in seiner bekannten Politik nützt er sie aus zur Erreichung seiner innerpolitischen Pläne, d. h. als Mittel gegen den Freisinn. Wer denkt dabei nicht an ein früheres Wort von Bismarck; „was schadet es, wenn die Flasche zerbricht, wenn der Wein getrunken ist." Die Antisemiten waren ihm hier die Flasche, die er später zerbrechen ließ.[2])

Daß trotzalledem auch noch die Juden Bismarck für einen Antisemiten gehalten haben, bedarf keines besonderen Nachweises. Man kann das beinahe als die „öffentliche Meinung" der deutschen Juden ansehen. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß eine Reihe von Juden (vgl. Bamberger, Kohut, Behrend u. a.) dieser Auffassung entgegengetreten sind. Das Vorhandensein der Auffassung daß Bismarck der Vater des Antisemitismus war, habe ich oft genug in Gesprächen mit Juden festzustellen Gelegenheit gehabt. Es wird bestätigt durch zahlreiche Aufsätze in jüdischen Fachzeitschriften und jüdischen Werken. Ein ganz besonderer Beweis ist aber die Broschüre: „Fürst Bismarck und der Antisemitismus"[3]) (Der Verfasser ist nicht genannt.) Daß sie von einen Juden stammt, geht aus dem Inhalt deutlich hervor. Es ist die typische Verteidigungsschrift eines Juden, wie sie zu hunderten erscheinen. In ihr wird dauernd Klage darüber geführt, daß Bismarck ein Antisemit sei, und

---

[1]) Lucius von Ballhausen Seite 217.

[2]) Daß Bismarck einen so subalternen Geist wie den Abgeordneten Ahlwardt nicht ernst nehmen konnte, ist erklärlich und treffend hat Bismarck 1892 Gersdorff gegenüber Ahlwardt als einen „komischen Kerl" und als einen „politischen Tertianer" bezeichnet.

[3]) Wien 1886, Verlag von Hugo Engel. Als Verfasser bezeichnet Arthur Singer in seiner Bismarckbibliographie einen gewissen Jos. Popper.

zwar fußt der Verfasser auf den Reden, die Bismarck vor 1850 gehalten hat. Die Broschüre, die im übrigen einen außerordentlich dürftigen Eindruck macht und mit sehr schwachen Argumenten arbeitet, versucht nun gleichzeitig die Angriffe der Antisemiten gegen die Juden zu widerlegen und Bismarck zu einem Antisemiten zu stempeln, freilich mit dem Gefühl des Bedauerns, daß Bismarck den Judengegnern so nahe steht. Und was muß u. a. als Beweis dafürherhalten, daß Bismarck ein Antisemit war? Eine angebliche Bemerkung, die Bismarck über den Demokraten Jacobi gemacht hat. Als Jacobi wegen seiner pazifistischen Reden während des Jahres 1871 vorübergehend verhaftet war, da hat Bismarck die Maßregel des Generals Falkenstein mißbilligt und in einem privaten Kreise die Unzweckmäßigkeit der Verhaftung mit den Worten gekennzeichnet: „Er hatte an ihm nichts als einen alten dürren Juden." Es ist mehr als naiv, wenn man aus einer solchen Bemerkung irgendwelche Schlußfolgerungen auf die „Judenfeindschaft" Bismarcks ziehen wollte! In seinen Tischgesprächen hat Bismarck oft noch viel kräftigere Ausdrücke benutzt. Er selber hat sich aber mit Entschiedenheit gewehrt, daß man Worte von ihm auf die Goldwage lege, und so müssen die Juden endlich einmal versuchen, von ihrer übergroßen Empfindlichkeit abzukommen und nicht da eine Juden-Gegnerschaft zu suchen, wo sie wirklich nicht vorhanden ist. Die Broschüre „Fürst Bismarck und der Antisemismus" ist geistig ebensosehr den minderwertigen Druckerzeugnissen zuzurechnen, wie die zahlreichen von antisemitischer Seite verbreiteten Schriften, die aus anderen Gründen die gleiche Tendenz haben.

Haben wir nun gesehen, wie Bismarck den Antisemiten gegenüberstand, so ist ein anderes Kapitel in diesem Zusammenhange noch zu untersuchen: Wie haben sich die Antisemiten Bismarck gegenüber zu seinen Lebzeiten benommen? Eine Untersuchung dieser Frage gibt uns auch die Antwort, warum Bismarck sich häufig so verächtlich über eine große Reihe von Antisemitenhäuptlingen ausgesprochen hat. Natürlich sind nicht alle Antisemiten in dieser Beziehung gleich gewesen. Die Gerechtigkeit erfordert zu betonen, daß zwischen Antisemiten vom Schlage Ahlwardts und Stöckers und den Antisemiten, die anderen Führern folgten, gerade in der Beurteilung Bismarcks ein Unterschied war. Immerhin darf man aber wohl aussprechen, daß die Mehrzahl der damals auf das antisemitische Programm eingeschworenen Judengegner nicht zu den Anhängern Bismarcks gehörte. Und von ihnen soll in nachstehenden Zeilen die Rede sein.

Über das Verhältnis der Antisemiten zu Bismarck hat sich ein besonders guter Kenner der Verhältnisse, Maximilian Harden einmal ausgesprochen. Er schreibt nämlich in einen Aufsatz: „Bismarck und der Antisemitismus" (Zukunft Nr. 31, Jahrgang 1893):

„In den antisemitischen Versammlungen, wo man das Bedürfnis nach einem fleckenlosen Namen mitunter empfindet, werden zwar begeisterte Reden auf den Fürsten Bismarck noch manchmal gehalten und Herr Ahlwardt hatte sogar die Kühnheit, in seiner Bedrängnis die Hoffnung auf Hilfe von Friedrichsruh zu setzen; mit dem Herzen sind aber die Führer wenigstens nicht mehr so recht dabei, und seit die Hoffnungen des Abgeordneten für Arnswalde vereitelt sind, hat er, mit den Waffen aus dem Arsenal der „Reichsglocke" einen Feldzug begonnen, dessen letztes Ziel doch die Regierung des Fürsten Bismarck ist und dessen Vorbereitung daher an gewissen Stellen auch nicht ohne schmunzelndes Behagen betrachtet wurde."

Wie Bismarck von einem großen Teile der Antisemiten zu seinen Lebzeiten in geradezu niederträchtiger Weise beworfen worden ist, davon weiß die heutige Generation kaum noch etwas. Die Blätter und Blättchen der Antisemiten von damals sind verschollen, und man hat diesen Erzeugnissen der Druckerpresse keine Träne nachzuweinen. Aber es wird doch gut sein, wenn man hier einmal zur Beurteilung der Geistesverfassung der damaligen Parteiführer eine Blütenlese wiedergibt. Schon in dem Kapitel über Bleichröder war ein Vorgeschmack von dem zu bekommen, bis zu welchem Grade von Gemeinheit sich der Bismarckhaß steigern konnte, wobei sich das Material ausschließlich auf die Beziehungen zu Bleichröder beschränkte. Nachstehend folgen weitere derartige literarische Ergüsse:

Theodor Fritsch, der Antisemiten-Häuptling von Sachsen, leistete sich in den „Deutsch-sozialen Blättern" folgende Stilblüte: „Wenn einzelne Antisemiten einen übertriebenen Bismarck-Kultus pflegen, so wollen wir ihnen das nicht verwehren. Die Leitung der „Deutschsozialen Blätter" weiß sich davon frei."

Herr Ahlwardt, der Rektor aller Deutschen, schreibt folgenden Satz: „Selbstverständlich ist die Schrift, weil gegen Bismarck kräftig antisemitisch." Also auch für ihn war ebenso wie für Gehlsen Bismarckhaß und Judenhaß identisch!

Besonders lustig aber ist es, daß in einer antisemitischen Schrift: „Die Wahrheit über Bismarck" der Kanzler als Judensprößling hingestellt wird. Wenn einmal die Antisemiten jemand völlig vernichten wollen, dann dichten sie ihm jüdische Abstammung an, ein Verfahren, das jeder anständige Deutsche mit sehr gemischten Gefühlen ansieht. Die Juden können schmunzelnd diesem Treiben gegenüberstehen, werden ihnen doch auf diese Weise gerade die besten Deutschen zugeschrieben. Nicht nur Bismarck ist es so ergangen, sondern man hat sich auch dazu verstiegen, Goethe zu einem Juden zu stempeln! In dem Buch: „Das Sanatorium der freien Liebe", das 1903 erschien, leistete sich der Verfasser Hans Hermann folgenden Geistesblitz, der verdient, auf ewig in die deutsche Literatur aufgenommen zu werden:

„Sieht man nun Goethe an: diese vorquellenden dunkelbraunen Augen, diese an der Spitze gekrümmte Nase, diesen langen Oberleib mit den kurzen Beinen, welchen selbst ein leicht wehmütiger Zug (!) nicht fehlt, dann haben wir ganz das Urbild eines Nachkommen Abrahams vor uns. Goethe war Mischling durch das Blut seiner Mutter, und nicht nur in seinem Äußern prägte sich seine Abstammung von den alttestamentarischen Helden ab, sondern auch in seinem ganzen Wesen. Seine glühende Sinnlichkeit und ewige Verliebtheit, seine unsittliche Lebensweise und fragwürdige Ehe, der er erst ganz heimlich die Weihe geben ließ, als Napoleon, der gewiß kein Abstinenzler und Tugendbold war, sich eine etwas ironische bezügliche Frage gestattet hatte, sein Servilismus gegen Fürsten, der seinem steifnackigen Vater so zuwider war. Sein völliger Mangel an Vaterlandsliebe, seine Feigheit dem christlichen Erkenntnisse seiner Zeit gegenüber und noch ganz andere Züge reden eine zu deutliche Sprache, als daß ein Mensch von unbefangenem Urteil sich der Überzeugung verschließen könnte, daß Goethe weit mehr Semit als Deutscher war."

Nach demselben Rezept wird selbstverständlich auch Bismarck behandelt Da er kein Antisemit war, mußte er also ein Judensprößling sein. Denn in der Schrift „Die Wahrheit über Bismarck" heißt es, „daß Bismarck ein Abkömmling von Juden und von Krämern" sei. Seine ganze Politik, die Verstaatlichung der Eisenbahn, der Friede mit Rom, das Bündnis mit den Konservativen hätten nur in schmutzigen Geldgeschäften ihre Ursachen.

Merkwürdigerweise findet man die Auffassung, um nicht zu sagen, den „Vorwurf", daß Bismarck Jude sei, häufiger in der antisemitischen Literatur als man annehmen möchte. Allerdings stammen derartige Bemerkungen nur aus der Zeit, in der Bismarck noch am Leben war. Am interessantesten ist in dieser Beziehung wohl die Bemerkung, die ein besonders eifriger Antisemit Carl Paasch gemacht hat. Dieser hatte u. a. gegen den damaligen Gesandten in China, Brandt, eine Reihe von Büchern geschrieben, so u. a. „Ein Attentat in Peking" und „Eine jüdisch-deutsche Gesandtschaft und ihre Helfer". (Hiermit war die deutsche Gesandtschaft in Peking gemeint.) Das Buch hat damals großes Aufsehen gemacht, denn Paasch gehörte zu den angesehensten Kaufleuten der deutschen Kolonie Peking, und er hat in dem damaligen politischen Leben Chinas eine keineswegs geringe Rolle gespielt, im übrigen auch in Deutschland s. Z. viel von sich reden gemacht.

Carl Paasch vertritt in dem letzterwähnten Buche den Standpunkt, daß nicht der Reichskanzler, sondern Herr v. Bleichröder im Auswärtigen Amte zu Berlin herrsche, um sich alsdann zu dem Satz aufzuschwingen: „Daß Fürst Bismarck jüdischer Abkunft sei, könne man nicht direkt nachweisen; aber manche Taten rufen immer wieder den Gedanken wach. Sollte es möglich sein, daß Bismarck ein geheimer Jude ist, daß der in ihm wuchernde Keim des Talmud die kernige deutsche Natur überwuchert hat?"

Zu welchen Phantasien sich im übrigen ein antisemitisches Gehirn versteigen kann, geht aus einem weiteren Satz von Carl Paasch hervor. Dieser weist auf eine Photographie hin, die die Hand Bismarcks in der Hand seines Sohnes Herbert zeigt und hieran anknüpfend deutet er an: „Wenn man weiß, daß zwei verschlungene Hände das Symbol der Alliance Israélite sind, wäre es denkbar, daß der Fürst ein Mitglied der Alliance oder eine Marionette, der Dreibund ein Judenbund mit den Bankiers Rothschild und Bleichröder?"

In der „Antisemitischen Korrespondenz", Jahrgang 1892 Nr. 14 heißt es: „Ist Bismarck Antisemit? Optimisten nach der Art von Max Bewer meinen, Bismarck sei selbst noch Antisemit, würde sich vielleicht selbst noch an die Spitze der großen antisemitischen Partei stellen und zum Streit gegen Israel rufen. Wir haben diese Hoffnung nie teilen können und haben wiederholt Gelegenheit genommen, auf das Unerquickliche seines Verkehrs mit Bleichröder und anderen Juden hinzuweisen."

Zu den Männern, die gleichzeitig Bismarck und die Juden hassen, gehört Eugen Dühring, dem man allerdings sein körperliches Gebrechen zu gute halten muß. In seiner Blindheit eiferte er gegen alles, erkennt er keine Größe an, und so hat er seinerzeit, als Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" erschienen, das Werk mit folgender Kritik abgetan: „Angenehm wird der Eindruck, den es hinterläßt, wohl niemand sein, weder bei Freunden noch Feinden. Übrigens ist es ein ewiges willkürliches Zeugnis dafür, daß Bismarck gewaltig überschätzt worden ist. Da geht soviel durcheinander, ist so folgewidrig, mancher diplomatische Versuch sogar bis zum simplen töricht und manche Perspektive der auswärtigen Politik, wie beispielsweise bezüglich Rußlands, so geistlos und so ausschließlich nach bloßen Haberichs-Interessen, mit Ignorierung aller höheren Suprematie-Aspirationen und nationaler Gegensätze, abgeschätzt, daß man über diesen Mangel an Blick erstaunt sein muß. Aber auch überhaupt als Memoiren oder gar als Geschichtswerk veranschlagt, steht das Buch in der Geschichte recht tief...." Es wird dann ein Vergleich gezogen zwischen den Memoiren von Rocheforte und Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen", wobei festgestellt wird, daß Rocheforte seinem Ursprung nach feudaler und adeliger, ja adeliger war als der „ziemlich neufeudale Bismarck". Rochefortes Werke über Bismarcks Gedanken und Erinnerungen zu stellen, das bekommt in der Tat auch nur Herr Eugen Dühring fertig.

Der ehemalige Antisemitenführer und Reichstags-Abgeordnete, Prof. Paul Förster, schrieb im Jahre 1894 aus Anlaß des 70sten Gebursstages von Rudolf v. Bennigsen im „Freien Deutschland" über Bismarck:

„Einen Staatsmann, der mit Lasker, Bamberger, Bleichröder, Falk, Camphausen, Delbrück usw. von einem Irrtum in den anderen tappt und

hinterher die Schuld auf seine „unfähigen“ (von ihm gewählten) Mitarbeiter wälzt, den lassen sich gutgläubige Zeitgenossen als „groß“ gefallen, die Geschichte nicht.“

Der Antisemitenführer Adolf Braumann charakterisiert das Werk Bismarcks in seiner Zeitschrift „Freideutschland“ vom 15. April 1897 wie folgt: „Die ganze kurzsichtige Reichsgründung mit ihren nicht vorhergesehenen und auch heute unbegreiflicherweise immer noch nicht verstandenen, verhängnisvollen Folgen und die unglaublich fehlerhafte Politik des Reiches seit seiner Gründung, diese Politik vom verkehrten Ende, das ist ja Bismarcks ganze Leistung; dazu Verjudung, Züchtung von Sozialdemokratie und Zentrum, eine auf jüdische Anweisung zurückführende 10jährige wirtschaftliche Gesetzgebung von zerstörender Wirkung. Sieht man genauer zu, so erkennt man an dem ganzen Bismarck nichts besonderes, keinen einzigen schöpferischen Gedanken. Seine ganze „Genialität“ ist ein Zusammenschweißen von rechts und links, von zusammen staffierten vorgefundenen Irrtümern von den kurzsichtigsten und niedrigsten Gesichtspunkten aus. Das unaufhörliche Geschrei, der Mann sei „groß“, beweist dies daher nicht im mindesten, es beweist nur, wie klein sie sind, die ihn für „groß“ ausschreien.“

Ein wackerer Antisemit ist der Verfasser der anonymen Broschüre: „Die Antisemiten und Bismarck“. Dazu einiges über den alten und neuen Kurs, Bedientenhaftigkeit usw. Ein offenes Wort von dem Verfasser der Schrift: „Großpreußen oder die verfehlte Neugestaltung Deutschlands.“ (Leipzig, Verlag von Karl Minde 1892.)

Aus seiner Broschüre seien einige besonders typische Kraftwörter, die er an seine antisemitischen Bundesbrüder richtet, zur Kennzeichnung der Geistesrichtung entnommen.

Auf Seite 6:

„Denn dem Antisemitismus gegenüber ist Bismarck für uns der kleinere.... Der Schutz der Landwirtschaft war Bismarcks eigenstes Werk. Hier war er der berufene Führer. Hat er nun die Seinen im Stich gelassen, wie hofft ihr Antisemiten auf seine Führerschaft — für Euch? War denn je Bismarck etwas anderes als Euer Feind. War er nicht von jeher das mächtige Glied der Judenschutztruppe. Ihm und nochmals ihm verdanken wir die Verjudung. Er hat die heutige Judenfrage bei uns geschaffen, und diesen Busenfreund Bleichröders wollet ihr zum Führer. Ihn feiert und verherrlicht ihr. Auf alle Weise sucht ihr ihm zu gefallen und ihn zu gewinnen. Ihr irrt! Für euch ist er nicht zu haben und wäre er es, er taugt für euch nicht! Denn nicht das steht in Frage, was Ihr zu fragen scheint: Ist endlich der Antisemitismus gut genug für Bismarck, sondern die ausgemachte Wahrheit lautet: Der Antisemitismus war von jeher für Bismarck — zu gut!“

Seite 8:

„Dieses Volk nun — im Gegensatz zu Euch — glaubt nicht mehr an Bismarck! Es läßt sich mit seinem Verdacht nicht abweisen, daß mit Bismarck, seiner Vergangenheit, seinem Verhältnis zum Vaterlande etwas nicht in Ordnung ist. Es ahnt, daß hier noch Dinge unaufgedeckt bleiben, deren Enthüllung seine ganze Person, und sein ganzes Wirken im ungünstigsten Lichte darstellen würde. Von Euerem National-Heiligen will es entschieden nichts mehr wissen. Weithin findet es seine Meinung ausgedrückt, wenn im Hinblick auf die heutige Hebräerwirtschaft die Rede ist, „von einem Judas Ischariot, der sein Vaterland verriet um Silberlinge."

Seite 9:

„Was eurer Verherrlichung zujubelt, ist nicht das Volk. Für das eigentliche Volk ist Bismarck längst innerlich entfremdet und solange ihr an ihm festhaltet, bleibt es auch fern. Auch euch, wie Bismarck gegenüber ahnt es dunkel, aber ohne sich in seinem dunklen Gefühl beirren zu lassen, daß die Sache nicht in Ordnung ist.... Sagt euch los von Bismarck, von derselben Stunde an geht das Volk zu euch. In dichten Scharen wird es herbeiströmen, auch die größten Säle werden für euch zu klein sein, ihr werdet unter freiem Himmel predigen müssen. Wem aber bringt ihr dieses Opfer? Eurem Bismarck, der nie einen Finger für euch gerührt hat, wohl aber für Geld beide Hände gegen euch, ja, der von jeher euer eigentlicher Feind war, und Gott sei dank, daß er nur dies war! Denn könnte geschehen, was ihr herbeisehnt, könnte er als Führer an eure Spitze treten, dann wäret ihr fertig! Nein, freut euch, daß er noch keine Zusage gibt, daß ihr ihm noch absagen könnt. Aber versteht, daß es auch dazu die höchste Zeit ist .... Darum laßt ihn. Versteht es endlich, der Antisemitismus, diese Sache des ganzen Volkes und des Vaterlandes ist für — Bismarck zu gut."

Seite 12:

Rektor Ahlwardt allein hat den klaren Blick gehabt, es zu erkennen und den Mut, es auszusprechen: „Ein offenes Bündnis mit Bismarck wäre für die Antisemiten das sicherste Verderben. Sollte Bismarck, der nie etwas für die Antisemiten tat noch tun wird, der bis auf diese Stunde ihr Gegner und Feind gewesen, könnte es möglich sein, daß er sich an die Spitze des Antisemitismus stellt, der von derselben Stunde an sein böser Geist sein würde."

Seite 14:

„Darin hat Rektor Ahlwardt sicherlich recht, durch kein Mittel kann der Antisemitismus sich den Hof gründlicher und endgültiger verfeinden, als durch seine bisherige blinde Parteinahme für Bismarck. Die Sache Bismarcks gegen den Hof ist keine gute."

Seite 17:

„Wer Bismarcks langjähriges Wirken mit prüfenden Augen mustert, —

vorausgesetzt nämlich, daß er auch imstande ist, zu prüfen, zu sehen und zu urteilen — der muß staunen über die Eigentümlichkeit und Unfruchtbarkeit seines ganzen Tuns. Anstelle einer gediegenen Arbeit in der Stille, deren wertvolle Leistungen sich nur langsam aber entschieden sich selbst loben, finden wir hier fast ausschließlich Prunk und Schein, eine große Kunst, den Dingen einen Anstrich zu geben, daß sie nach etwas aussehen, was sie im Grunde nicht sind, eine große Geschicklichkeit, unhaltbare Zustände möglichst hinzuhalten, tiefe Schäden möglichst lange zu verstecken, nicht zu helfen und zu beheben, wohl aber zu verkleistern und zu vertuschen. Bismarcks Kunst besteht darin, nicht die Dinge gut zu machen, wohl aber sie möglichst günstig darzustellen. Kurz seine eigentliche Begabung liegt in seiner Wortgeschicklichkeit. In einem ist er von jeher groß und bewundernswürdig gewesen und bleibt es, im Wortheldentum, aber solch' innerlich hohles unwahres Tun, wie es je länger um so mehr schlimme Früchte zeitigen muß, muß schließlich auch offenbar werden, als was es ist."[1])

Seite 26:

„Wo können denn die Juden zum Fischen im Trüben so glänzende Gelegenheit wiederfinden, wie während dem Frieden seit 1871? .... Wer Augen hat, zu sehen, der sehe! Eigentlich sollten daher die Juden auch begeistert sein für Bismarck; denn ihren Dank hat Bismarck sich verdient, nicht den des deutschen Volkes."

Seite 35:

„Der Rücktritt Bismarcks war ein Glück für alle, für ihn selbst, für das ganze Volk, ganz besonders aber für die Antisemiten. Wir verlangen von letzteren eine ehrliche Antwort auf die Frage, ob nicht seitdem die antisemitische Bewegung in Fluß gekommen, einen breiteren Umfang angenommen, wie davon vorher keine Rede war."

Seite 38:

„Was indessen sein greiser Kaiser wegen seines hohen Alters nicht mehr tat, das hat in kindlicher Ehrfurcht (gemeint ist die Entlassung Bismarcks) als Erfüllung einer hinterlassenen Plicht der Enkel nachgeholt. Die Antisemiten, wie oben gezeigt, schulden ihm dafür besonderen Dank."

Seite 41:

„Wie klein und armselig erscheint demgegenüber die plumpe Auffassung: Bismarck hat Deutschland gemacht. Er hat höchstens mitgewirkt, als

---

[1]) Bismarcks Stellung auf dem Berliner Kongreß hat ihm selbstverständlich auch Angriffe von Antisemiten eingetragen. So heißt es in der Schrift: „Die Antisemiten und Bismarck" Seite 21: „So geschehen auf jenem Berliner Kongreß, auf dem zugleich durch diesen selben Bismarck das uns befreundete und auch vertrauende Rumänien geknebelt den Juden überliefert wurde".

einer unter vielen, und diesen Anteil, der nicht allzu groß ist, dürfte eine künftige Geschichtsforschung ihm vielleicht noch schmälern. Was hat Bismarck getan? Er hat als Diplomat manches eingefädelt, manches auch wieder verwirrt, so daß schließlich das Schwert die Entscheidung bringen mußte."

Seite 44:

„Sein langjähriges Wirken führte zu diesem traurigen Doppel-Ergebnis: Eine gründlich verfahrene Lage im Innern, eine ernstlich bedrängte Lage nach außen. Im Innern finden wir die Verjudung vor und alles was drum und dran hängt. Im Äußeren tut sich eine düstere Zukunft auf, die selbst ein Polen ähnliches Schicksal befürchten läßt."

Der Verfasser der von Ahlwardt so sehr gelobten Schrift: „Groß-preußen oder die verfehlte Neugestaltung Deutschlands". Eine Auseinandersetzung für den deutschen Spießbürger.[1]) vereinigt allerdings in gleicher Weise Bismarckhaß und Judenhaß. Es wird an Bismarck eine sehr scharfe Kritik geübt und namentlich wird behauptet, daß so ziemlich alles, was er auf politischem Gebiete geleistet habe, falsch gewesen sei. Gerade wenn man heute die Broschüre liest, mutet einen die politische Weisheit des Verfassers doppelt komisch an. Ich unterlasse es hier, die stellenweise geradezu schülerhaften Ausführungen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik wiederzugeben. Wer eine vergnügliche Stunde haben will, der greife zu dem Buche dieses politischen Besserwissers, und er wird einen Eindruck davon bekommen, welche politische Begabung hier an Bismarck Kritik übt! Vor allem beanstandet der Verfasser die sämtlichen Friedensschlüsse Bismarcks als verfehlt. Sowohl der Frieden von 1866, als auch der Frieden von 1871 sind dem Verfasser viel zu milde gewesen. Bismarck hätte unter allen Umständen damals die Kriege länger fortsetzen sollen und dem Feinde erheblich mehr abnehmen. Es seien hier nur einige besonders kräftige Stellen aus dem Buche wiedergegeben:

Seite 14:

„Bismarck ist durch und durch Preuße und zwar im schlimmen Sinne. Aber wie die von ihm geforderte Dotation das Zeichen gab zu einem allgemeinen Fordern und Haschen, so wollen nun nach dem Vorgang des Größten die Großen, Kleinen und Kleinsten nur noch mit realen Faktoren rechnen... Gewissenhaftigkeit, Überzeugungstreue, männlicher Freimut finden unter dem Bismarck-„Regime" keine Stätte und je länger dieses „Regime" auf der Gesamtheit lastete, um so mehr wurde es zum tötlichen Druck, der alle edlen Keime erstickte. 20 Jahre lang hat dieses Zeitalter des „Strebertums" gedauert und es ist die Frage, ob das geistige, sittliche Leben des Volkes je

---

[1]) Berlin 1891, Verlag von Adolf Reineke.

wieder sich erholen wird von den schweren Wunden, die ihm geschlagen. Künftige Sittenschilderer unserer Zeit werden vielleicht in Bismarck mehr als einen Zug entdecken, der nicht ohne Verwandtschaft ist mit dem unter ihm aufgekommenen Strebertum, und zugleich hinweisen auf den Umstand, daß sein Beispiel mehr und mehr allgemein bestimmend wirkte."

Seite 16:

„Seltsamerweise wird dieser (Bismarck) in letzter Zeit (Mai 1891) in antisemitischen Versammlungen lärmend gefeiert, als hätte er die Sache ganz besonders gefördert. Nehmen vielleicht diese Leute Bewer ernsthaft? Oder soll etwa diese Förderung mittelbar gefunden werden in der Neugründung Deutschlands? Auch so stimmt es nicht. Denn die Macht der Judenschaft hat sich erst entwickelt mit dem neuen Reich, d. h. so wie dasselbe gestaltet wurde wesentlich unter Leitung Bismarcks. Es ist dies aber ein seit der Neugründung Deutschlands sich immer stärker geltend machender Fehler, daß Personen zu sehr in den Vordergrund treten im Verhältnis zur Sache. Immer besteht ein Bedürfnis, die für richtig gehaltene Ansicht mit irgend einer leitenden Persönlichkeit in Verbindung zu bringen."

Seite 17:

„Und nicht nur ein Bismarck hat von der antisemitischen Bewegung etwas wissen wollen, sondern noch von höherer Stelle her ist diese mehr und mehr kühl behandelt worden. Wie erklärt sich das? Selbstverständlich nicht durch Gerüchte, wie sie im Volke umlaufen und geglaubt werden. Dort wird erzählt von persönlichen Geldverlegenheiten schon früherer Herrscher, von dadurch erzeugter Anhänglichkeit und gebundenen Händen. Es wird gefragt, ob nicht die Liebe des Volkes zu dem Inhaber des Thrones ein Recht darauf habe, daß dieser Sachverhalt aufgedeckt wird, damit seine Königstreue festwurzele in dem Boden völligen Vertrauens."

Seite 19:

„Nach allem Vorstehendem ist begreiflich, daß jüdische Geistesrichtung in Deutschland am ehesten eine Anknüpfung findet bei preußischer Eigentümlichkeit. Ganz besonders ist dem Juden der Berliner verwandt. Schon körperlich. Jenes schöne flachsblonde deutsche Haar, welches nirgends die Frauenköpfe so herrlich umrahmt, einem Heiligenschein gleich, wie in dem Lande Vlämen, ist in Berlin seltener als irgendwo. Aber auch abgesehen von der dunklen Farbe der Haare und Augen, ist der ganze Zuschnitt der Züge so, daß es nirgends so schwer fällt wie in Berlin nicht gerade ausgeprägt jüdische Gesichter von denen der übrigen Bevölkerung zu unterscheiden."

Seite 24:

„Eigentümlich ist es, daß Fürst Bismarck, der als „eiserner Kanzler" oder als der Mann von „Blut und Eisen" bezeichnet wird, solche Bezeichnung durchaus nicht verdient. Es läßt sich vielmehr beobachten, daß er nie imstande

war, eine Frage rein und vollständig zum Austrag zu bringen, sondern nur so, daß mit der Zeit aus der Lösung wieder eine neue Schwierigkeit sich herausbildete."

Seite 25:

„Die Wahrheit zu sagen, ist sein Wirken wie ein gewaltiges Feuerwerk, welches schnell verpufft. Aber weil die erstaunte Mitwelt erst langsam dahinter kam, wie Großes er anfangs geleistet, so wurde der eigentliche Ruhm ihm erst zuteil, als er von seiner ursprünglichen Höhe bereits bedenklich herabgestiegen war."

Seite 29:

„Aber freilich hat Bismarck nicht verstanden, und versteht auch heute nicht, was damals eigentlich von Frankreich gefordert werden mußte, so muß zugegeben werden, daß die Blindheit allgemein war... Und was noch unglaublicher klingt, diese allgemeine Unfähigkeit zu sehen, ist eine solche Star-Blindheit, daß, wenn heute ein zweiter Krieg mit Frankreich günstig entschieden wäre, günstiger noch als 1871, unter allgemeiner Zustimmung und gepriesen als Leistung höchster Staatsweisheit die Federfuchserei abermals verderben würde, was das Schwert gut gemacht hat."

Seite 30:

„Unter allen Fehlern der auswärtigen Politik Bismarcks ist dieses der größte und alle anderen fassen sich gleichsam in ihm zusammen, daß unvermeidliche, alles entscheidende Kriege nicht geführt wurden, so lange noch eine Feldherrnkraft ersten Ranges da war, wie Moltke. Diese Unbegreiflichkeit (gelinde gesagt), die dem staatsmännischen Ansehen Bismarcks bei späteren Geschlechtern den größten Abbruch tun wird, schadet ihm gleichwohl nicht in den Augen seiner Zeitgenossen. Letzteren bleibt er fortwährend der um das Ganze hochverdiente Mann, den nur Neid, Mißgunst und niedrigste Feindschaft anzugreifen wagen. Weil aber der Verfasser glaubt, sich von solchen kleinen Beweggründen frei zu wissen, nimmt er sich das ihm zustehende Recht einer offenen Sprache. In einem seiner zahllosen Interviews meint Bismarck, er sähe nicht ein, was ein Präventiv-Krieg nützen könne. Hierauf lautet die Antwort einfach: „Ein Mann, der das nicht einsieht, 20 Jahre lang an der Spitze der Staatsleitung, ist ein Unglück für sein Land."

Seite 47:

„Der alte Reichskanzler scheint den klaren Blick völlig verloren zu haben für die Wirklichkeit der gegenwärtigen Verhältnisse. Wie es scheint, lebt er noch immer in den Zeiten von 1866 und 1870, ohne gewahr zu werden, daß sich seidem die Welt um ihn eben völlig gewandelt hat."

Seite 50:

„Werfen wir nun endlich einen zusammenfassenden Rückblick auf die gesamte äußere und innere Entwicklung seit 1871 und fragen noch einmal

abschließend: Wie war dies alles möglich? Wie war eine solche Fehlschöpfung möglich zunächst als das Werk Bismarcks? War er auch nicht der „größte Staatsmann aller Jahrhunderte" — dieselbe Ruhmredigkeit, die das Geschlecht der letzten 20 Jahre ein „Heldenvolk" nannte, legt auch ihm diese überschwengliche Bezeichnung bei — war Bismarck vielleicht überhaupt nicht einmal Staatsmann, sondern nur ein großer Diplomat, der erste beste war er als solcher doch nicht... Bismarcks Beispiel hat überzeugend bewiesen, daß einseitig praktische Tüchtigkeit, auch noch so gewandte Benutzung des Äußeren, der realen Faktoren zur Leitung eines Volkes nicht ausreicht."

Seite 52:

„Er hatte einfach nicht das Zeug dazu, der große Staatsmann zu sein, welcher er zum Heile Deutschlands hätte sein müssen und überdies hätte er es nicht sein wollen. Aber, weil hier eins das andere bedingt: Können und Wollen, so lassen wir besser beides beiseite und halften uns einfach an die Tatsache: Bismarck ist bis heute stecken geblieben im Großpreußentum; zu dem wahrhaft deutschen Gedanken hat er sich niemals aufgeschwungen."

Zu den perfidesten Antisemitenschriften, die gegen Bismarck geschrieben worden sind, gehört das schon erwähnte Buch von Balder: „Die Wahrheit über Bismarck."[1]) Dieses Buch erschien in dem bekannten antisemitischen Verlag von Karl Minde, der eine Flut antisemitischer Schriften vom Stapel gelassen hat. Diese Broschüre setzt aber allem, was in dieser Art geschrieben ist, wohl die Krone auf. Nachdem Balder über die Vorfahren Bismarcks gewaltig hergezogen ist, und sie als „Schneidermeister" bezeichnet hat, charakterisiert er die Ahnen des Kanzlers wie folgt:[2])

„Die Hohenzollern sind von Geburt und Adel ein Herrschergeschlecht. Die Bismarcks aber haben weder ihrer Tradition noch ihrer Art nach zum Herrschen eine Befähigung jemals nachzuweisen vermocht, sondern sind von Hause aus ein Krämergeschlecht." So sei der Stammvater, Rudolf von Bismarck, ein Mann mit einem „vorwiegend egoistisch kaufmännischen Sinn, der wesentlich auf materiellen Erwerb gerichtet ist, gewesen." Andere Ahnen hätten Geldgeschäfte betrieben und gerade durch diese Geldoperation habe es die Familie v. Bismarck dahin gebracht, „in die Reihe des altmärkischen Adels" zu geraten. Was würde dieser „Ahnenfälscher" gesagt haben, wenn er erst gewußt hätte, daß ein Vorfahre Bismarcks sogar den höchst verdächtigen Vornamen — Levin geführt hat? Es war das Levin Friedrich von Bismarck, der in der Zeit von 1623—1695 gelebt hat!

---

[1]) „Die Wahrheit über Bismarck". Ein offenes Wort an die deutsche Nation. Leipzig 1892. Verlag von Karl Minde.

[2]) „Die Wahrheit über Bismarck" Seite 10.

Balder gehört zwar nicht zu denjenigen, die die Familie Bismarck für einen jüdischen Stamm halten. Dafür aber ist es sein „Verdienst", auf das jüdische Blut der Familie Menken hingewiesen zu haben! Es wäre auch zu merkwürdig gewesen, wenn man die Gelegenheit, den sehr liberalen Anastasius Menken als Juden zu bezeichnen, versäumt hätte. Denn damals galten die liberalisierenden Geheimräte meist für Judensprößlinge, und so schreibt denn auch Herr Balder auf Seite 19: „Man hat behauptet, Menken sei jüdischer Herkunft gewesen. Da aber alle genealogischen Fäden hinter ihm abreißen, so hat sich das doch nicht beweisen lassen — Es ist eben alles ein Erbteil des Blutes!"

Ich übergehe die geradezu gemeinen Anwürfe, die Balder Bismarck persönlich gegenüber erhebt, da sie jeden anständig empfindenden Menschen mit Ekel erfüllen müssen.

Ganz naturgemäß ist Herr Balder entrüstet über jene bekannte Photographie, die den Fürsten Bismarck zusammen mit der Lucca zeigt. Während kein anständig empfindender Mensch sich das Geringste dabei denkt, wenn ein Ministerpräsident sich zusammen mit einer Künstlerin photographieren läßt, ist Herr Balder als Sittenpriester hierüber entrüstet und gibt dieser Entrüstung durch die Worte Ausdruck: „Es ist in hohem Grade bezeichnend, daß in der Zeit seines Aufenthaltes in Gastein jener Bismarck, der im Jahre 1847 seiner Meinung von der Würdelosigkeit der Juden einen so wahr klingenden Ausdruck zu geben vermochte, jetzt als preußischer Ministerpräsident, Gatte und Vater dreier Kinder, es als seiner Würde nicht widersprechend hält, seiner zarten Freundschaft für eine jüdische Dame dadurch Ausdruck zu geben, daß er sich mit derselben auf einem Bilde photographieren ließ."

Ob die Lucca überhaupt eine Jüdin gewesen, ist mir unbekannt. Herr Balder aber, nach dem bekannten Grundsatz: „Cherchez la femme" wittert in der angeblichen Jüdin Lucca die Verführerin, die den reaktionären Junker zum Philosemiten gemacht hat. „Wo der Teufel nicht selbst kommen kann, schickt er ein Weib . . . . ."

Selbstverständlich läßt sich Herr Balder die Gelegenheit nicht entgehen, sein Schnäbelchen an den Beziehungen Bismarcks zu Bleichröder zu wetzen, und das tut er auf Seite 67:

„Es muß als ein geradezu unerhörtes, aller Tradition gewissenhafter Finanzverwaltung Preußens widersprechendes Vorkommnis bezeichnet werden, das diese Riesensumme von 48 Mill. Mark fremden Eigentums (gemeint ist der Welfenfonds) statt den für solche Angelegenheiten bestellten sicheren preußischen Behörden: der Königl. Bank oder der Königl. Seehandlung, einem Privatmanne, dem Juden Bleichröder, anvertraut wurden!"

Naturgemäß wird die Broschüre von Dr. Rudolf Meyer „Politische Gründer" weidlich ausgeschlachtet und seitenlang abgeschrieben, wie das in

solchen Kreisen üblich ist. Balder fügt den Worten Meyers folgenden Satz an (Seite 106): „Selbstverständlich war doch der Verfasser vorstehender offener Worte sofort auf das Heftigste als ein gemeinschädliches Individium verfolgt. Das Buch versuchte man durch eine strenge Konfiskation zu vernichten. Dr. Meyer rettete sich nach Kanada, wo er unter bescheidenen Verhältnissen als Landwirt noch lebt. Aber die mannhafte Tat seines Werkes und patriotischen Wortes, den mutigen braven Mann nicht zu vergessen, hat das deutsche Vaterland alle Veranlassung."

Seite 116 schreibt Balder: „Ist alles unter Bismarck in den Staub gesunken, nur die Juden sind über alle Befürchtungen hinaus übermächtig und übergewaltig emporgewuchert, so daß Deutschland nicht mehr ein Land der Deutschen ist ... Die ganze Aera Bismarck, dessen System und Regime trägt in allen ihren Fugen und Spalten den Stempel einer unerhörten Protektion des Judentums. Das durch Bismarcks Einwirkung entstandene Emanzipations-Gesetz vom 3. Juli 1869 hat die letzten Schranken niedergerissen, die in den Ämtern und Würden des Staates das reine deutsche Element noch schützten vor der Einflut der zersetzenden jüdischen Jauche. Kurz nach 1870, als eine erste „Errungenschaft" des glorreichen Krieges und der sogenannten „deutschen Einigung", ward den letzten Städten (Dresden, Rostock usw.) und Landschaften, die sich bis dahin noch rein erhalten von der jüdischen Pest, das Recht genommen, ihren „jüdischen Mitbürgern" den Zuzug zu verweigern."

Seite 117 heißt es: „Mit Bismarck kam Bleichröder, mit Bleichröder Bismarck, ein paar würdige Zeitgenossen, zu Macht und Ansehen. Ein längst überwundener Standpunkt ward die von der besseren Judenschaft einst in Berlin vertretene edlere Geistesrichtung. Hoch empor gewuchert ist das aus allen Himmelsrichtungen hier zusammengezogene wirklich echte Judengeschmeiß, alle besseren jüdischen Elemente in sich verjauchend und als der oberste würdige Leiter und König steht in der Gloriole des zusammen gehäuften Mammons Bleichröder!"

Seite 118:

„So ist es denn gekommen, daß während der Aera Bismarck die Juden scharenweise überall einzudringen und sich einzudrängen vermochten und die heiligsten und höchsten Institutionen und Ämter des Staates in die Hände der Rassengenossen des Bleichröder gekommen sind.....

Das Justizministerium ward mit Friedberg besetzt, die Reichsgericht-Präsidentschaft mit Simson, das landwirtschaftliche Ministerium mit Friedenthal, dann mit Lucius, früher Hecht genannt, selbst das Kultusministerium wurde mit Falk besetzt und dann in Hände gelegt, deren Wirken und Parteinahme zu der Annahme Anlaß gegeben, ob außer einem zahlreichen Anhange jüdischer Sippe nicht auch direkter jüdischer Ursprung die Ursache sei."

Seite 120:

„In Wahrheit ist aber Alles in Deutschland niedergegangen unter Bismarckschem Regimente, die Juden allein sind empor gekommen, „ihren Dank, sagt einer der scharfsichtigsten Beobachter unserer Zeit, hat Bismarck sich verdient, nicht den des deutschen Volkes."

Seite 212:

„Der Antisemit Bismarck, welcher 1847 es als eine Demütigung seines deutschen Gefühles erklärte, einen Juden im preußischen Beamtenrocke zu sehen, rief 1872 von der Bühne des Reichstages ins Volk hinein, um die Staatsämter, welche die Juden unter seinem Regimente errungen, zu beschönigen: „Die Juden haben Talent zum Regieren."

Seite 134:

„Als Bismarck die enormen Summen zur Verfügung hatte — vielleicht hatte er sich dieselben aus seiner Beamtenbesoldung erspart — um Varzin, sein pommersches Landgut um 35000 Morgen = $1^3/_7$ deutsche Quadratmeilen zu vergrößern, legte der Freund Bleichröders, der Cösliner Jude Behrend, in Varzin eine Holzstoff-Fabrik an, die eine höchst vorteilhafte Verwertung der Varziner Wälder ermöglichte. Es wurde damals in einer Berliner Zeitung erwähnt, daß Bismarck Behrend auch Betriebskapital zu 8% jährlich geliehen habe. — Es war selbstverständlich der reine Zufall, daß in der Cösliner Papierfabrik Behrend alles Papier für die Deutsche Reichspost, Telegraphie und für die Staatseisenbahnen zu Depeschen, Couverts, Billets, Postkarten etc. gemacht wurde."

Seite 141:

„Jeder hat seinen Preis" — Ja das ist eben die fürchterliche Judas- und Juden-Moral unserer Zeit in Deutschland geworden, an der dieselbe kernfaul ist und an welcher sie zu Grunde zu gehen droht. Unsere Zeit, die den Stempel trägt jenes würdigen Dioskuren-Paares:

Bismarck und Bleichröder!

Gibt es nichts heiligeres mehr im Leben, als das Geld, warum läßt der Krieger sein Leben im Kampfe für das Vaterland?"

Seite 142:

„Niemand genügte dem vortrefflichen Kanzler des Deutschen Reiches, nur für dessen hochintelligente sittenreine Söhne waren die höchsten Staatsämter eben gut genug."

Über die an anderer Stelle erwähnte Eingabe vom Jahre 1881 schreibt Herr Balder in seiner Broschüre Seite 147:

„Mit 268 000 Unterschriften von Männern aus den höchsten und niedrigsten Ständen des Vaterlandes bedeckt, ward diese Petition dem Kanzler des Deutschen Reiches im Frühjahr 1881 eingereicht. Eine lebendige aus tiefstem Volksherzen kommende Klage stellt den Inhalt jener Bittschrift dar. Tage,

Wochen, Jahre warteten nicht nur die Unterzeichner, sondern alle Stämme Deutschlands auf Antwort; es erfolgte niemals der geringste Bescheid, die leiseste Anregung. Was gingen den Millionär Bismarck — den Freund Bleichröders derartige unglückliche Zustände des Deutschen Volkes an. Nur mit Bleichröder ist die Petition Gegenstand lebhafter Erörterungen gewesen. Die römischen Auguren lachten sich zu, wenn sie einander begegneten!"

Seite 153:

„Bismarck, der nie den Degen zu einer militärischen Aktion zu ziehen in der Lage war, wer kennt ihn nicht aus der landläufigen persönlichen und bildlichen Darstellung, mit riesiger Plempe, mit jenem mächtigen Schlachtschwerte, das für seinen Führer stets getrost hätte eine Attrappe von Pappe sein können. Er, der nie im wackeren Kriege Kugel und Schwert zu trotzen Gelegenheit nahm, der nie Gefahr und Lust des Reitersturmes zu bewähren die patriotische Ehre hatte, dessen Stirne nie dem kriegerischen Hieb und Stich zu trotzen ausgesetzt war, erscheint im Prunk von Helm und Panzer eines tapferen Kavallerie-Generals."

Seite 158:

„Zwanzig Jahre hat er das Wohl des Vaterlandes seiner Eigensucht geopfert. Mit der größten Rücksichtslosigkeit hat er während dieser Zeit alles anders denkende unterdrückt. Und nun sollte gerade er allein unantastbar sein? Man könnte aus diesem, wie aus vielen anderen Gründen an dem deutschen Volke förmlich verzweifeln. Aber, vielleicht rückt doch die Zeit heran, wo endlich der Bismarck'sche Bann gebrochen wird. Dann erst kann es mit Deutschland wieder besser werden."

Seite 162:

„Der 20. März 1890 kann für alle Zeiten ein Gedenktag freudiger Art für Deutschland sein. An diesem Tage verabschiedete der Deutsche Kaiser den Reichskanzler Fürsten Bismarck aus dem öffentlichen Dienste. Was Bismarck der deutschen Nation gewesen, wird, je mehr die Zeit ihn von uns trennt und eine nüchterne ehrliche Betrachtung wieder Raum gewinnt, dem Volke immer klarer werden. Vor seiner hohlen Scheingröße sank wahre Größe von Charakter und Geist, die allein wahren Wert zu verleihen nur ein Volk allein glücklich und beständig zu machen vermögen, in den Staub. Nahezu dreißig Jahre hat Deutschland die von Bismarck ausstrahlende Hohlheit und Täuschung ertragen müssen. Nichts von dem, das uns diese Zeit des wenigen, was in den inneren Einrichtungen zweckmäßig und dauerverheißend erscheint, ist auf diesen Mann zurückzuführen." —

Ein sehr schlechtes Zeugnis stellt Carl Sedlazek, der damals den „Deutschen General-Anzeiger" herausgab, für Bismarck aus, indem er am 21. Jan. 1891 über den Kanzler schreibt: „Wenn also Fürst Bismarck immer Juden und Christen anstatt Rassejuden oder Hebräer und Deutsche, Slawen usw.

gegenüberstellt, so beweist er, daß er noch nicht einmal die notdürftigste Anfangsperiode des Antisemitismus gelernt (Der treffliche Antisemit scheint noch nicht einmal die „Anfangsgründe" der deutschen Sprache gelernt zu haben).

Eine edle Erscheinung im deutschen Schriftentum war der bayerische Schreiber Sigl, der seinen Haß ausstrahlt über alles was Preuße und Jude war. Zum 80sten Geburtstage des Reichskanzlers schämte er sich nicht, im „Bayerischen Vaterland" zu schreiben: „Der Fürst Bismarck ist für das deutsche Vaterland das, was die Reblaus für den Weinberg bedeutet."

Daß Bismarck von Juden bestochen war, ist eine Behauptung, die wir in der antisemitischen Literatur mehr als einmal finden. Meist ist sie nur versteckt angedeutet, wenn von Beziehungen zu Juden die Rede war. Aber zuweilen finden wir auch in der antisemitischen Literatur diese Verdächtigung offener ausgesprochen.

So schreibt u. a. auch Bremer im „Freien Beobachter" in Fürth, „Die Bismarckanbeter wollen für eine arme Exzellenz Geld sammeln zu eigener Verwendung. Was an Bismarcknickeln zusammenkommt, soll ihm am 1. April zu Füßen gelegt werden. Wie er dergleichen verwendet, weiß man aus den Ergebnissen früherer Betteleien. Er sammelt alles ein und behält es für sich, auf daß Bleichröder (oder wie sein jetziger Leibjude heißt) es mehre und vervielfältige, damit die arme Exzellenz — die bereits mit 40—50 Millionen behaftet ist — nicht gar noch verhungern muß in seinen alten Tagen!"

Und zum Schluß sei wiedergegeben, was sich das antisemitische Witzblatt „Kikeriki" im Jahre 1896 leistet: „Man nennt die Engländer die Juden unter den Ariern. Wir fügen hinzu: Und die Preußen sind die Juden unter den Deutschen. Felonie dein Name ist Jude, Doppelzüngigkeit du heißt Preußen, aber falscheste Falschheit, du wirst hinfort Bismarck genannt."[1])

Mit dieser Auswahl glaube ich dem Leser einen kleinen Einblick gewährt zu zu haben in die geistige Verfassung eines erheblichen Teiles der Antisemiten. Man kann nicht behaupten, daß es sich hierbei nur um unbedeutende Männer gehandelt habe. Ein Teil der vorhin zitierten Schriftsteller hat damals

---

[1]) Die in Wien erscheinende antisemitische Zeitschrift „Kikeriki" war durch Erkenntnis des Stadtgerichtes zu Berlin vom 16. und 21. Januar 1879 auf Grund der §§41 und 42 des Strafgesetzbuches verurteilt worden. In Betracht kamen die Nummern 99 und 101 des Jahrganges 1878. Im Dezember 1879 hat der Eigentümer des „Kikeriki" wiederholt um Aufhebung des von der Regierung ausgesprochenen Verbotes der Verbreitung dieses Organs in Deutschland gebeten und dabei unter Hinweis auf die „seitherige, Deutschland gegenüber freundliche Haltung des Blattes die Versicherung abgegeben, daß er den deutschen Behörden fernerhin keinen Anlaß zu einem strafrechtlichen Vorgehen geben werde." (Schriftliche Meldung des Ministers Otto Graf Stolberg an Kaiser Wilhelm I.).

eine führende Rolle im deutschen Antisemitismus gespielt und alle nachträglichen Versuche, sie abzuschütteln, werden scheitern.

Mit diesen giftigen Waffen haben diejenigen einst Bismarck bekämpft, die ihn heute für sich reklamieren. Bismarck hat zu Lebzeiten wenig Freunde, aber viel Feinde gehabt. Seine Maßnahmen sind von allen Seiten kritisiert worden. Auch die Presse, die man als die sogenannte „Judenpresse" bezeichnet, hat es an Kritik nicht fehlen lassen. Sie hat oft sehr scharfe Worte gebraucht. Aber so gemein, ja man kann sogar sagen, so perfide ist die sogenannte „jüdische Presse" gegen Bismarck niemals gewesen, wie die Antisemiten.

Die Antisemiten können froh sein, daß ein großer Teil der Presseerzeugnisse heute meist völlig vergriffen ist. Sonst könnte man Erstaunliches namentlich aus den Tageszeitungen und Zeitschriften der antisemitischen Partei aus früheren Jahren noch einmal heraussuchen, um zu zeigen, wie die Antisemiten dem lebenden Bismarck gegenüber sich benommen haben.

## Kapitel 7.

# Der „Fall Stöcker".

Etwas ausführlicher muß an dieser Stelle des Verhältnisses Bismarcks zu einem Manne gedacht werden: zu Stöcker. Ausführlicher deshalb, weil erstens einmal Stöcker der Vater der sogenannten „Berliner Bewegung" gewesen ist und man daher aus den Beziehungen zwischen Bismarck und Stöcker die besten Rückschlüsse über die Stellung des Kanzlers zum Judentum ziehen kann und zweitens, weil gerade auf diesem Gebiete die öffentliche Meinung ganz besonders irre geführt worden ist. Sollten doch, wie von antisemitischer Seite behauptet wird, nicht weniger als 200 Broschüren gegen Stöcker geschrieben worden sein! Ob diese Zahl richtig ist, habe ich nicht kontrollieren können, trotz der großen Zahl der Pamphlete, die ich in meinem Leben gerade auf diesem Gebiete gelesen habe.

Will man sich klar darüber werden, wie die Beziehungen Bismarcks zu Stöcker gewesen sind, dann muß man dabei auch den Schleier lüften, der über der Persönlichkeit Stöckers liegt. Das ist aber um so schwieriger, weil eine objektive Darstellung der Persönlichkeit dieses Mannes bis jetzt fehlt. Von seinen Freunden als ein Märtyrer gepriesen, mit Luther verglichen und in den Himmel gehoben, von seinen Gegnern als „Hetzkaplan" und „Meineidspfaffe" verschrieen, so steht bis heute Stöcker in der politischen Literatur da. Ich werde daher versuchen, in nachstehenden Zeilen Stöckers politische Arbeit so objektiv zu schildern, wie es möglich ist. Ich stehe ihm absolut neutral gegenüber, aber ich kann schon jetzt sagen, daß das Gefühl der Sympathie, das ich anfangs für ihn als den mutigen Mann hatte, im Laufe der Zeit immer mehr verblaßte, als ich seine Akten, seine Briefe und Reden durchsah, wobei ich ausdrücklich bemerke, daß ich nur den Politiker Stöcker hier im Auge habe. Was dieser Mann auf anderem Gebiete, insbesondere der Seelsorge geleistet hat, scheidet für unsere Betrachtungen von vornherein aus. Für Stöcker gilt in Wahrheit das Wort Schillers: „Nicht hoffe, wer des Drachen Zähne sät, Erfreuliches zu ernten." Ein Kämpfer ist er gewesen, aber keine ritterliche Natur und für einen Mann wie Bismarck hatte Stöcker kaum etwas, was ihn anziehend machte. Aber gerade wegen der Bedeutung, die Stöcker im politischen Leben der bismarckischen Periode eingenommen hat, erscheint endlich einmal eine gründliche Klärung des Problems Bismarck-Stöcker notwendig und das um so mehr, als ja auch, wie der dritte Band der „Gedanken und Erinnerungen" zeigt, das „Kapitel Stöcker" ein keineswegs zu unterschätzender Abschnitt im Leben des Reichskanzlers gewesen

ist. Stöcker gehört mit zu den Männern, die Bismarck manche Stunde des Hasses verursacht haben, was natürlich nicht ausschloß, daß Bismarck auch ihn da ausnützte, wo er ihn für seine politischen Zwecke gebrauchen konnte.

In jüdischen Kreisen hat man sehr oft die Vermutung gehabt, als ob die Beziehungen des Fürsten Bismarck zu Stöcker besonders enge waren. Ja man nahm dort an, daß Stöcker bei Bismarck aus- und einging, mit zu dem vertrauten Kreise gehörte und von Bismarck besonders bevorzugt wurde. Wie war es in Wirklichkeit? Aus einwandfreier Quelle habe ich festgestellt, daß Stöcker in seinem ganzen Leben nicht eine einzige private Einladung von Bismarck erhalten hat. Er ist niemals an Bismarcks Familientafel gewesen, auch niemals persönlich von Bismarck empfangen worden! Er war lediglich einige Male auf den parlamentarischen Abenden, wo regelmäßig einige hundert Abgeordnete eingeladen wurden. So sahen in Wirklichkeit die „Beziehungen" zwischen Bismarck und Stöcker aus. Das bestätigt übrigens Stöcker selbst in seinem Buche: „13 Jahre Hofprediger und Politiker"[1]), wo er sagt: „Unser Verhältnis bestand in Wahrheit darin, daß wir gar kein Verhältnis zu einander hatten. Niemals habe ich mit dem Fürsten Bismarck ein Gespräch geführt, nie an ihn einen Brief geschrieben oder erhalten, nie von ihm oder einem seiner Beamten einen Auftrag erhalten. Ich war als Abgeordneter einige Male in seinen Gesellschaften, bin aber niemals von ihm mit einer Unterhaltung beehrt worden. Demnach wird man nunmehr glauben, daß ich weder in Sachen der Berliner Bewegung, noch in der Judenfrage sein Werkzeug gewesen bin."

Die letztere Bemerkung ist besonders wichtig. Stöcker ist nicht nur nicht das Werkzeug Bismarcks gewesen, sondern er bestreitet auch in seiner Broschüre mit Recht, daß „der Kanzler gegenüber den Christlich-Sozialen eine freundliche Stellung einnehme."[2])

Stöcker beklagt sich darüber, daß Bismarck Adolf Wagner wenigstens einmal empfangen habe, ihm aber habe er niemals sein Ohr geschenkt. Auch hier haben wir wieder einen Beweis für die berühmte Menschenkenntnis von Bismarck. Ein Adolf Wagner stand turmhoch über Stöcker. Er war eigentlich nicht in einem Atem mit Stöcker zu nennen. Für ihn hatte Bismarck ein Ohr, für den agitatorisch tätigen Hofprediger dagegen nicht. Stöcker behauptet sogar, daß „eigentlich gerade der Kampf gegen das Judentum die Ursache für die Feindschaft Bismarcks gegen Stöcker gewesen" sei.

Wenn man darauf hinweist, daß Bismarck ursprünglich Stöcker nicht un-

---

[1]) S. 28.

[2]) Seite 29.

sympathisch gegenüberstand, so hängt das damit zusammen, daß Stöcker sich zunächst auf die Bekämpfung der Sozialdemokratie beschränkte und unter dem Deckmantel der „christlichsozialen Bewegung" seine wirklichen Ziele nicht klar erkennen ließ. Nur so erklärt es sich, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" im Jahre 1878 noch der Stöckerschen Bewegung gegenüber eine gewisse Sympathie bekundete, wobei sie freilich ausdrücklich Wert auf die Bekämpfung der sozialistischen Bewegung legte. Kurz nachdem Stöcker die christlich-soziale Partei begründet hatte, brachte nämlich Bismarcks Organ, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", am 4. Januar 1878 einen Aufsatz. Es heißt dort wörtlich:

„Nach dem Programm tritt der Verein als Schützer der Monarchie auf, welcher im Bunde mit den religiösen und sittlichen Faktoren des Volkslebens die Tendenzen des doktrinären wirtschaftlichen Liberalismus bekämpfen und die Arbeiter zu sich herüberziehen soll... Der Verein, obgleich er sich monarchisch-konstitutionell nennt, gibt sich dadurch den Anschein, als ob er die gegenwärtige politische Entwicklung ignorieren und mit reaktionären Mitteln sein Ziel verfolgen will. Und andererseits will uns bedünken, als ob unsere Monarchie noch nicht so gefährdet, um der Stütze eines ad hoc gegründeten Vereins zu bedürfen..... Man könnte meinen, daß es sich um die Schaffung eines Kanzel-Sozialismus handele, nachdem der Katheder-Sozialismus in Umarmungen des volkswirtschaftlichen Kongresses erledigt ist. Allerdings läßt sich nicht leugnen, daß den evangelischen Geistlichen mehr theoretisches und praktisches Verständnis der wirtschaftlichen Bedürfnisse des Volkes dringend zu wünschen ist. Ob es das Dringendste ist, ihnen hohes politisch-soziales Verständnis beizubringen, ist uns noch zweifelhaft."

Die ganze Aufmachung dieser Ausführungen läßt auf Bismarcks Feder schließen.

Wie Bismarck anfangs politisch über Stöcker dachte, geht aus den Aufzeichnungen von Moritz Busch aus dem Jahre 1881 hervor. Gelegentlich der Wahl hatten sowohl Busch als auch Lothar Bucher Stöcker gewählt. In einem Gespräch vom 12. November kam dann Bismarck auf die Wahlen zu sprechen und betonte, „daß das fortschrittlich sezessionierte Judentum mit seinem Gelde jetzt das Zentrum sei."[1]) Alsdann führte er wörtlich aus: „Ich wollte erst diese Agitation für Stöcker als Antisemit nicht. Sie war mir unbequem und ging zu weit. Jetzt aber freue ich mich darüber, daß der Hofprediger gewählt ist. Er ist ein tätiger, furchtloser, standhafter Mann und hat ein Maul, das nicht tot zu machen ist. Die Wahlen haben bewiesen, daß der deutsche Philister noch lebt, der sich mit Phrasen und Lügen bange machen und irre machen läßt." Ein sehr charakteristisches Wort Bismarcks

---

[1]) Vgl. Busch, Tagebücher, Band III, Seite 55.

über Stöcker hat Booth aufgezeichnet unterm 15. Juli 1892[1]): „Virchow, groß als Naturforscher, ist zum Politiker nicht berufen. Stöcker habe ich gedeckt, so lange ich konnte, nicht, weil ich in den von ihm vertretenen Dingen seine Ansicht hatte, sondern weil er sich tapfer und mutig paukte, und mit einem Tapferen muß man sich nie brouillieren, aber Agitator und Hofprediger passen nicht zusammen." —

Diese Worte fielen in jener berühmten Unterredung, in der u. a. Bismarck den Satz aussprach: „Wenn schlecht regiert wird, kann der nächste Krieg ein siebenjähriger werden, wenn gut regiert wird, kann er vermieden werden."[2])

In der politischen Literatur wird sehr häufig Bezug genommen auf einen angeblichen Brief, den Stöcker an Kaiser Wilhelm I. geschrieben haben soll, in dem er sich darüber beklagt habe, „daß Bismarck gegen alle seine Blitze geschleudert habe, nur nicht gegen Judentum und Judenpresse." Ein solcher Brief existiert, wie ich in den Akten festgestellt habe, nicht. Dennoch sind diese Worte, die vielfach als „Brief Stöckers" wiedergegeben werden, von Stöcker selbst geschrieben worden, allerdings nicht in einem Schreiben an den Kaiser, sondern in seiner Broschüre: „13 Jahre Hofprediger". Dort heißt es wörtlich:

„Offen gestanden, ist es mir immer unklar geblieben, daß der Fürst den Kampf gegen die jüdische Übermacht an der Börse, wie im Handel, in der Presse, wie im öffentlichen Leben nicht willkommen hieß. In der inneren Politik bereitete der mit dem radikalen Judentum eng verbundene verständnislose Fortschritt, in den auswärtigen Angelegenheiten die mit der Demokratie verschwisterte Judenpresse, in der sozialen Reformarbeit der unter dem Beifall des Judentums marschierende Umsturz so viele Hindernisse, daß eine Bekämpfung dieses über allen Umfang tretenden jüdischen Einflusses eine notwendige Gegenwirkung gesunder nationaler Politik gewesen wäre. Der Fürst griff im Parlament nacheinander so ziemlich alle Richtungen an, Fortschritt und Sozialdemokratie immer, Zentrum und Polentum häufig, auch Konservative und Nationalliberale, wenn sie seiner Politik im Wege standen. Er schleuderte seine Blitze auf alle Gegner. Judentum und Judenpresse hat er meines Wissens nicht ein einziges Mal erwähnt. Er muß ihre Macht für so bedeutend, ihre Feindschaft für so gefährlich gehalten haben, daß er sich zu den vielen Schwierigkeiten, die er schon hatte, nicht eine neue aufladen wollte."

Die Feststellung, daß Bismark „Judentum und Judenpresse" niemals öffentlich angegriffen hat, ist richtig, die Schlußfolgerung Stöckers aber völlig falsch, es war nicht die Furcht vor möglicherweise entstehenden

[1]) Persönliche Erinnerungen an den Fürsten Bismarck von John Booth. Herausgegeben von Heinrich Poschinger. Hamburg 1899, Seite 77.

[2]) Persönliche Erinnerungen an den Fürsten Bismarck.

Schwierigkeiten. Bismarck war eine viel zu große Kraftnatur, als daß er — wenn er innerlich von der Berechtigung des Antisemitismus überzeugt gewesen wäre — dies nicht ganz klar und in aller Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht hätte! Aber diese Überzeugung hatte er niemals gehabt von dem Augenblicke an, wo er als Staatsmann das Steuer führte. Und lediglich in dieser Tatsache haben wir die Ursache zu sehen, daß er wie Stöcker mit Recht sagt, „Judentum und Judenpresse" niemals öffentlich erwähnt hat.

Bismarck hat aus seiner Stellung Stöcker gegenüber kein Hehl gemacht, namentlich dann nicht, als Stöcker zu einer besonders lebhaften Agitation überging. Einen Einblick in den Gedankengang Bismarcks geben einige offiziöse Aufsätze, die unstreitig, da sie auf Bismarcks Auffassung Bezug nahmen, von einer Stelle stammen, die Bismarck nicht fernstand. Die Aufsätze, die hier in Betracht kommen, standen zwar weder in der damals offiziösen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" noch in der amtlichen „Provinzial-Korrespondenz". Aber Bismarck hatte noch genug andere Presseorgane zur Verfügung. Ich trage keine Bedenken, die Aufsätze für absolut „offiziös" zu halten; denn sie sind abgedruckt in dem Buche eines gut unterrichteten Journalisten, das den Titel trägt

„Aus der Wilhelmstraße.
(Erinnerungen eines Offiziösen.)"

Wer der Verfasser dieser Broschüre ist, ist nicht angegeben. Aber aus einer Reihe von tatsächlichen Angaben der Broschüre konnte ich den Schluß ziehen, daß es sich um eine Persönlichkeit handelt, die Einblick in den Pressebetrieb des Fürsten Bismarck hatte und vermutlich zu dem Literarischen Kabinett oder zu einer ähnlichen Pressestelle Bismarcks enge Beziehungen unterhielt.[1]) Dieser „Offiziöse" schreibt auf Seite 170 seiner Broschüre:

„Im Dezember 1880 wurden über die Stellung der Regierung zu der sozialpolitischen Tätigkeit des Hofprediger Stöcker die folgenden Angaben in die Presse gebracht:

„Es ist in neuester Zeit der Regierung wiederholt der Vorwurf gemacht worden, daß sie die sozialpolitische Agitation des Hofpredigers nicht ungern sehe oder wohl gar begünstige. Es erscheint daher angezeigt, das Verhalten

---

[1]) Meine Auffassung, daß es sich bei dem „Offiziosus" um einen gut unterrichteten Mann handelt, wird, wie ich nachträglich feststellen kann, durch Poschinger bestätigt. Poschinger, der sicherlich genau Bescheid wußte, druckt in seinem Buche „Bismarck und die Parlamentarier" seitenlang wörtliche Auszüge aus dem „Offiziösen" ab — ohne ihn freilich zu zitieren. Aber an einer Stelle (Band I Seite 8) bezeichnet er ihn als „einen gut Unterrichteten, dem es ab und zu vergönnt war, die Gespräche des Gewaltigen zu belauschen". — Von einigen Autoren wird — freilich ohne Beweis — die Broschüre dem Journalisten Dr. Robolsky zugeschrieben.

der Regierung in dieser Angelegenheit auf Grund durchaus zuverlässiger Information endlich einmal darzulegen. Der Hofprediger Stöcker ist wegen seines Vorgehens auf sozialem Gebiete der Regierung von vornherein nichts weniger als persona grata gewesen; — es ist vielmehr schon früher die Frage in Erwägung gezogen worden, ob das Auftreten desselben nach Erlaß des Sozialistengesetzes überhaupt noch zu dulden sei.[1]) Fürst Bismarck hat sogar den Ausdruck entschiedener Mißbilligung des Auftretens des Herrn Stöckers bis an die allerhöchste Stelle gelangen lassen. Es ist jedoch als irrtümlich erkannt worden, das Sozialistengesetz gegen Herrn Stöcker in Anwendung zu bringen, weil seine sozialpolitische Tätigkeit entschieden keine dem Gesetz verfallende ist, wenn auch die Form seines Auftretens zu Bedenken und Ausstellungen Anlaß geben mag. Wiederholt soll dann das Kirchenregiment angegangen worden sein, der Agitation des Herrn Stöcker Einhalt zu tun. Wenn dies bisher nicht geschehen, so ist einzig und allein der Umstand schuld, daß immer und immer wieder von hervorragend einflußreicher Stelle, der nicht wohl zuwider gehandelt werden konnte, die zweifellos redliche Absicht des Herrn Stöcker geltend gemacht worden ist.[2]) Die bezüglichen Vorstellungen des Kirchenregiments sollen jedoch in neuerer Zeit dahin geführt haben, daß Herrn Stöcker wiederholt eröffnet wurde, die Stellung eines Hofpredigers sei mit seinem Auftreten schwerlich vereinbar. Hieraus mag wohl das Gerücht entstanden sein, daß Herr Stöcker, der ein vermögender Mann ist, und der aus innerster Überzeugung den Kampf gegen den Sozialismus und im Zusammenhang damit gegen das Gründerwesen und das Überhandnehmen des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen und sozialen Lebens für seine Mission hält, lieber seinen Abschied nehmen, als auf die nachdrückliche Geltendmachung seiner Bestrebungen verzichten werde. So viel steht fest, daß man die etwaige Fortdauer der Stöcker'schen Agitation nicht als eine Folge der von der Regierung geübten Konnivenz bezeichnen darf. Die Regierung vermag Herrn Stöcker gegenüber kein wirksames disziplinarisches Mittel zur Anwendung zu bringen, in diesem Falle würde allein das Kirchenregiment einschreiten können."

Dieser Aufsatz verrät, wie das nachstehend veröffentlichte Aktenmaterial zeigt, eine besonders intime Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse.

Es folgt dann ein Artikel, aus dem sich ergibt, daß Bismarck sich schon im Jahre 1880 Kaiser Wilhelm I. gegenüber mißbilligend über Stöcker ausgesprochen hat, daß es ihm aber nicht gelungen ist, mit seiner Ansicht durchzudringen. Aus der ganzen Aufmachung des Aufsatzes geht ebenfalls der stark offiziöse Charakter deutlich hervor. Gegen diesen Aufsatz hat damals

---

[1]) Vgl. Seite 157 dieses Buches.

[2]) Hiermit war der Evangelische Oberkirchenrat gemeint!

die „Kreuz-Zeitung" polemisiert und betont, daß Stöcker in der Judenfrage völlig auf eigene Verantwortung vorgegangen sei und eher Ge·ensatz als Förderung gefunden habe.

Eine zweite offiziöse Kritik der Christlich-Sozialen, erfolgte im Sommer des Jahres 1885. Auch hier benutze ich wieder die gleiche Quelle, nämlich die Broschüre des „Offiziösen". Hier steht mir allerdings ein Kontrollmittel zur Verfügung. Nämlich in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 25. September 1885 werden ganz ähnliche Gedanken vertreten, wie in dem nachfolgenden Aufsatz. Der „Offiziöse" schreibt hierzu (S. 177): „Im Sommer 1885 wurde die Stellung des Fürsten Bismarck gegen die konservativ-antisemitische Bewegung eine feindselige. Sie contre-carrirte seine Tendenz, die auf die Stärkung der Mittelparteien ging. Er verzichtete lieber auf die Niederlage der Fortschrittspartei in Berlin, ehe er aus dem Siege der antisemitischen Bewegung in der Hauptstadt eine Stärkung dieser Richtung in dem ganzen Lande voraussah. Stöcker und Genossen erhielten ihren Abschied mit den Worten: (Es folgt nun ein Absatz, der ganz unstreitig offiziösen Ursprunges ist, da er sich in der Tendenz mit den Worten der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" deckt). „Die Christlich-Sozialen haben zwar den Antisemitismus nicht in Szene gesetzt, aber sie haben ihm eine nutzbare Verwendung zu geben versucht. Inwiefern? Der Antisemitismus zielt auf ein bestimmtes Ziel ab, welches im Bereiche des politisch-praktischen Lebens auf dem Wege friedlicher Reform nicht wohl erreichbar erscheint. Es ist eines der sichersten Ergebnisse der politischen Entwicklung, daß die bürgerlichen Rechte der Staatsangehörigen durch den Unterschied des Religionsbekenntnisses nicht alteriert werden, und selbst eine Politik des Fanatismus, welche dem Antisemitismus zu Hilfe kommen wollte, würde die Möglichkeit kaum finden, weil der Antisemitismus nicht klar erkennen läßt, ob er sich gegen die Religion, gegen die Nationalität oder nur gegen die Geschäftsgewohnheit richtet. Insofern also die „Christlich-Sozialen" sich solidarisch mit dem Antisemitismus erklären wollten, würden sie nur als eine Agitations-Partei in Betracht kommen können, welcher ebenso wie der Sozialdemokratie die Agitation Selbstzweck ist. Aber diese Richtung entspringt nicht aus dem Begriff der Partei, welche ihrem Namen nach darauf angewiesen ist, den sozialen Schäden mit den Hilfsmitteln des praktischen Christentums beizukommen. Je ernster aber die Christlich-Sozialen gerade diese Aufgabe nehmen, desto weniger werden sie den Beruf empfinden können, sich als politische Partei geltend zu machen; denn diese Aufgabe liegt nicht im Bereich der politischen Arena, sondern auf dem Gebiet der inneren Mission."

Mit feiner Ironie verweist hier Bismarck Stöcker aus der politischen Arena. Er sagt mit Recht, daß das antisemitische Ziel auf dem Wege friedlicher Reform nicht erreichbar ist, eine Auffassung, die Bismarck als Staatsmann sehr oft

öffentlich vertreten hat und die er auch nach seiner Entlassung den Antisemiten noch sehr deutlich durch die „Hamburger Nachrichten" in das Stammbuch geschrieben hat.

Öffentlich hat Bismarck über Stöcker nichts gesagt, was sich ja deutlich aus der damaligen politischen Konstellation ergab. Denn Stöckers parteiliche Gefolgschaft konnte der Kanzler zeitweise im Kampfe gegen den verhaßten Freisinn gebrauchen, aber desto schärfer ließ er das Geschütz der offiziösen Presse gegen die „Stöckerei und Muckerei" auffahren. Und Stöcker beschwert sich nicht mit Unrecht, daß es gerade die Bismarcksoffiziösen Blätter gewesen seien, die das Signal zu dem Angriff auf seine Person geboten hätten.

Stöcker sagt hierüber wörtlich:

„Auf die „Norddeutsche Allgemeine", welche als rein offiziöses Organ nicht die Stadtmission, sondern nur die christlich-soziale Partei angegriffen hatte, folgten die halboffiziösen Blätter, der „Hamburger Correspondent" und die „Post". Sie fuhren grobes Geschütz auf; gröberes ist nie aufgestellt; und ihre Geschosse waren mit gehacktem vergifteten Blei gefüllt. Wenn man die damaligen Ereignisse an seinem Geiste vorüberziehen läßt, so fragt man noch immer von neuem, wie ein solches Treiben möglich war."

Nach der Waldersee-Versammlung (1887) brachte die „Post" am Weihnachtsabend einen Aufsatz, in dem das berühmte Wort von der „Muckerei und Stöckerei" vorkam, und es wurde dann wörtlich ausgeführt:

„Dazu kommt, daß die Beflissenheit, mit welcher die „Stöckerei" versucht, sich an die Sohlen des Prinzen Wilhelm anzuheften, für diesen und seine künftigen Aufgaben nur schädliche Folgen haben kann. Nicht als ob wir befürchten, daß diese Richtung auf den jungen und kräftigen Sproß des Hohenzollernhauses Einfluß gewinnen könnte, gegen einen solchen ist ein jedes Glied unseres Herrscherhauses schon durch das Beispiel der großen Herrscher aus demselben, vor allem unseres Kaisers, gefeit, und wir zweifeln nicht, daß die goldenen Worte, mit welchen derselbe sein glorreiches Regiment einleitete, auch seinem Enkel zum Leitstern dienen werden. Von welcher Seite man auch mit dem neuesten Versuch der Fruktifizierung der Zeitereignisse im klerikal-konservativen bezw. christlich-sozialen Partei-Interesse bebetrachten mag, erscheint er verderblich. Je rascher und gründlicher damit aufgeräumt wird, um so besser ist es."

Daß hinter diesem Aufsatz der Fürst Bismarck stand, unterliegt keinem Zweifel, wenn man damit die Briefe vergleicht, die Fürst Bismarck in der Angelegenheit der Waldersee-Versammlung geschrieben hat. Einen Beweis dafür hat man u. a. darin, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" in ihrer offiziösen Presse-Rundschau einen Auszug aus dem Aufsatz der „Post" brachte. Etwas derartiges hätte sie nicht getan, wenn sie dazu von maßgeben-

der Stelle nicht einen Wink bekommen hätte. Im gleichen Sinne arbeiteten dann auch die „Hamburger Nachrichten."

Daß der Gegensatz zwischen Stöcker und Bismarck in der Judenfrage besonders stark war, beweist der Fall: Stöcker-Bleichröder". Gerade bei dieser Gelegenheit kann man die wirkliche Gesinnung Bismarcks dem Judentum gegenüber deutlich erkennen. Der Fall „Stöcker-Bleichröder" ist damals sowohl in der Tagespresse als auch in der gesamten Stöckerliteratur ungenau und — teils bewußt, teils aus Mangel an Kenntnis des gesamten Materials — unvollständig dargestellt worden. Angesichts der Wichtigkeit dieser Begebenheit und angesichts der Tatsache, daß Bismarck selbst niemals über diesen Fall gesprochen hat, soll nun an Hand der verschiedensten Akten (unter Benutzung der Konzepte und der Reinschriften) an dieser Stelle zum ersten Male die Stellungnahme Bismarcks Stöcker gegenüber klar gestellt werden:

Stöcker hatte in Lübbecke bei Minden eine Rede gehalten und dort u. a. von Bleichröder behauptet, „er habe durch Wuchergeschäfte im letzten Jahre mehr als 7 Millionen Taler erworben und darum die Christen betrogen."

Diese Bemerkung, sowie die Tatsache, daß Stöcker bei anderen Gelegenheiten auf den Zwischenruf eines Arbeiters „was denn eigentlich die Pastoren für die Arbeiter getan hätten", geantwortet hatte, „er solle sich an Bleichröder wenden, der habe mehr Vermögen als alle Pastoren zusammen," gaben Veranlassung zu einer schriftlichen Eingabe des Geh. Kommerzienrates Gerson von Bleichröder, die er unter dem 18. Juni 1880 an den Kaiser Wilhelm I. richtete. Unter Hinweis auf das eben erwähnte Wort von dem „Wuchergeschäft" schreibt Bleichröder wörtlich:

„Gegen diese wachsende Bewegung anzukämpfen, bin ich machtlos. Die mir gestattete Privatklage wegen Beleidigung und Verleumdung würde dem Skandal nur neuen Stoff zuführen. Die öffentlichen Behörden haben mir bisher Schutz nicht gewährt. Dies alles dient aber auch wieder zur Ermunterung der Verfolger und zur Verbreitung der Agitation, die sich so innerhalb der gesetzlichen Grenzen, wie unter gesetzlichem Schutze glauben darf, und den das große Publikum ganz offen die Protektion von einflußreicher und höherer Stelle vindiziert, wäre es auch nur, um die Vorgänge zu erklären."

Auf den Kopf dieser Eingabe schrieb Kaiser Wilhelm I. eigenhändig: „Dem Reichskanzler und dem Minister des Kultus zur Kenntnisnahme, Prüfung und Bericht. Berlin, 18. Juni 1880."

Ich kann nicht annehmen, daß Bleichröder bei seinen so außerordentlich engen Beziehungen zum Fürsten Bismarck den Beschwerdebrief an den Kaiser ohne Veranlassung Bismarcks oder gar ohne dessen Mitwissen geschrieben hat. Im Gegenteil, ich bin sogar überzeugt, daß Bismarck den Bankier

Bleichröder zu diesem Brief erst veranlaßt hat. Wenn man bedenkt, daß Bismarck und Bleichröder zeitweise fast täglich zusammen kamen und damals gerade die Stöckersche Bewegung Tagesgespräch war, so ist die Auffassung wohl berechtigt, daß in den Gesprächen mit Bismarck auch mehr als einmal von Stöcker die Rede war. Daß der „politisierende Pastor" Bismarck unsympathisch war, ist ja hinreichend bekannt, und es war Bismarck vielleicht nicht unangenehm, daß eine so einflußreiche und angesehene Stelle wie der Bankier Bleichröder einmal eine sehr wirksame Handhabe zu einem Vorgehen bot. Denn Bismarck wußte ganz genau, welche Kreise hinter Stöcker standen und wie diese Kreise ihn dauernd stützten. Und diese waren z. T. mit den Gegnern Bismarcks identisch. Zu der Auffassung, daß der Brief Bleichröders mit Wissen und Willen Bismarcks geschrieben war, bringt mich vor allem auch der oben wiedergegebene Satz Bleichröders, „daß die öffentlichen Behörden Schutz bisher nicht gewährt hätten". Würde Bleichröder eine derartige Bemerkung hinter dem Rücken Bismarcks gemacht haben, so hätte darin ja eine Beschwerde über die Politik Bismarcks gesehen werden können. Aber dieser Satz deckt sich dem Sinne nach mit einer schon früher erwähnten anderen Bemerkung Bismarcks aus der gleichen Zeit und die sich gegen das Preußische Ministerium des Innern richtete. Aus allen diesen Gründen komme ich zu folgender Annahme: Bleichröder hat Bismarck über die Stöckersche Bewegung berichtet und auf die persönlichen Angriffe hingewiesen. Daraufhin hat Bismarck ihn veranlaßt, einen Brief direkt an den Kaiser zu richten, und sich über den mangelnden Schutz seitens der öffentlichen Behörden zu beklagen. Diese Annahme wird gestützt, wenn man die spätere energische Behandlung der Angelegenheit gerade durch Bismarck in den Akten verfolgt. In dem Brief Bleichröders an den Kaiser befindet sich ein Hinweis auf die neueste Form des Kampfes gegen die Juden, „als einen sozialen Kampf gegen das Kapital im Namen der christlichen Religion". Auch diese Auffassung Bleichröders von der „christlich-sozialen Bewegung" deckt sich mit derjenigen Bismarcks.

Kurze Zeit nach dem Briefe Bleichröders an den Kaiser wurde der Bankier in Bad Ems von Kaiser Wilhelm I. in einer eigens zu diesem Zweck nachgesuchten Audienz empfangen. Über die Aufnahme berichtete damals der „Berliner Börsen-Courier": „Kaiser Wilhelm habe die Hetzereien, die von Stöcker ausgegangen seien, naturgemäß niemals gebilligt, aber er werde die Gelegenheit auch nicht vorübergehen lassen, ganz direkt die Mißbilligung dieser Hetzereien, die den Frieden der Konfessionen in Frage stellten, auszudrücken." Daß diese Version nicht unzutreffend war, geht aus einer Akten-Aufzeichnung des Geh. Kabinettchefs von Wilmowski, hervor, die unter dem 29. September 1880 angefertigt ist:

Aktennotiz 29/9 1880.

Nach Allerhöchster Mitteilung hat Bleichröder dieses Jahr in Ems bei S. M. eine Audienz in finanziellen Angelegenheiten gehabt und bei dieser Gelegenheit sich auch beklagt über die Agitation des Hofpredigers Stöcker gegen die Juden. S. M. haben erwidert, daß Allerhöchst die „Hetzereien" gegen die Juden allerdings mißbilligten, im übrigen aber es einem Prediger nicht verargen könnten, wenn er die Religion des von den Juden verfolgten Heilands gegen das Judentum in Schutz nehme. In Rücksicht darauf, daß S. M. König der Juden und Christen sind, jene den letzteren in allen Rechten und Pflichten des Staatsbürgers gleichstehen, insbesondere nicht minder Steuern zahlen, der Wehrpflicht genügen und alle Staatslasten tragen, daß S. M. als Landesherr die unzweifelhaft bestehende Agitation nicht unterstützen können noch wollen, Stöcker aber in einer seinem Amte als Hof-Domprediger nicht immer entsprechenden Weise der Agitation Vorschub leistet, sind S. M. nicht in der Lage eine Billigung seines Verfahrens auszusprechen. Bei der Innendienststellung der Hofprediger würde solches überdies nur durch Ordre geschehen können, für deren Veröffentlichung Stöcker in seinem Interesse sorgen würde. S. M. würde dadurch in eine falsche Lage geraten.

S. M. wünschen aber auch einen ausdrücklichen Tadel gegen den von Allerhöchstdemselben geschätzten Stöcker zu vermeiden, eine solche Äußerung würde, wenn sie .... [1]) die Stellung Stöckers als Prediger leicht erschüttern.

Unter diesen Umständen soll die Eingabe für jetzt beruhen bleiben.

Abt. I Nr. 53/32238/9 /80

Die Aufzeichnung von Wilmowski, daß die Eingabe auf sich beruhen solle, war aber nicht zutreffend. Im Gegenteil, Kaiser Wilhelm hat den Brief Bleichröders persönlich gelegentlich eines Vortrages Bismarck zur Rückäußerung übergeben (wovon, wie aus den Akten hervorgeht, das Geheime Zivil-Kabinet nichts wußte). Möglicherweise hat der Kaiser bei dem Vortrag das Gespräch auf den Bleichröderschen Brief gebracht.

Daß auch Kaiser Wilhelm I. die antisemitische Bewegung Stöckers mißbilligt, geht aus den Aufzeichnungen des Fürsten Chlodewig Hohenlohe zu Schillingsfürst hervor. Dieser berichtet unter dem 29. November 1880 über ein Gespräch mit Kaiser Wilhelm I. Es heißt da wörtlich:

„Wir kamen dann auf die Judenfrage. Der Kaiser billigte nicht das Treiben des Hofpredigers Stöcker, aber er meinte, daß die Sache sich im Sande verlaufe und hält den Spektakel für nützlich, um die Juden etwas bescheidener zu machen."

Als seinerzeit im „Börsen-Courier" die erwähnte Notiz über Bleichröder und den Kaiser erschien, da richtete Stöcker den bekannten Brief an Kaiser Wilhelm I. Ich kann mir hier versagen, den Brief im Wortlaut wiederzugeben. Er ist in der Öffentlichkeit genügend bekannt (Stöcker hat ihn selbst in seiner Broschüre Seite 33 abgedruckt). Freilich stimmt das, was Stöcker wiedergibt, nicht vollkommen mit dem Original, das an Kaiser Wilhelm I.

[1]) Das folgende Wort ist im Original nicht zu entziffern.

gerichtet war, und welches mir vorgelegen hat, überein. So schreibt Stöcker in seinem Buche:

„Der „Börsen-Courier", welcher die Unterredung Ew. Majestät mit Herrn v. Bleichröder brachte, übertrifft alle anderen Zeitungen an grenzenloser Nichtswürdigkeit."

In Wirklichkeit hat aber Stöcker folgendes geschrieben:

„Der „Börsen-Courier", das rein jüdische Blatt, welchem Herr von Bleichröder seine Unterredung mit Ew. Majestät anvertraut hat, übertrifft alle anderen Zeitungen an grenzenloser Niederträchtigkeit."

Das Schreiben hat Bismarck im Original vorgelegen und ist stellenweise mit Bleistift-Fragezeichen versehen. Ich habe Anlaß, anzunehmen, daß diese Fragezeichen mit dem berühmten großen Bleistift Bismarcks gemacht worden sind und zwar befindet sich ein Fragezeichen da, wo Stöcker sagt, er habe einmal in der „harmlosesten Weise" den Namen des Herrn von Bleichröder genannt. Ferner befindet sich ein Fragezeichen bei dem Satz: „Er habe Herrn von Bleichröder nicht als Person, sondern nur als Beispiel bezeichnet." Ebenso ist ein Fragezeichen an der Stelle, wo Stöcker angibt, er habe den Kampf mit der „größten Mäßigung" geführt. Meine Annahme, daß die Bleistift-Fragezeichen von Bismarck herrühren, stützt sich darauf, daß in dem Schreiben Stöckers an einer Stelle eine mit Bleistift geschriebene Bemerkung sich befindet, die sofort für jeden als die Handschrift Bismarcks zu erkennen ist. An einer Stelle beklagt sich nämlich Stöcker darüber, daß im Königl. Schauspielhaus ein Stück „Die Gräfin Lea" aufgeführt würde, in dem der christlich-germanische Adel von einer jüdischen Emporkömmlingin mit Füßen getreten werde. Hier hat Bismarck eigenhändig ein Kreuz gemacht und an den Rand geschrieben: „Ist von keinem Juden!" Darin hat Bismarck auch Recht, denn das Stück ist von Paul Lindau.

Als der Brief Stöckers an den Kaiser in der Angelegenheit Bleichröder in der Öffentlichkeit bekannt wurde, da wurde selbst in rechtsstehenden Kreisen eine scharfe Kritik an dem Gebahren Stöckers geübt. So schrieb im Oktober 1885 die „Schlesische Zeitung" wörtlich:

„Für so gut Herr Stöcker die von ihm vertretene Sache auch halten mußte, so durfte doch erwartet werden, daß er in seinen Klagen gegenüber dem kaiserlichen Herrn den geziemenden Ton finden würde. Das ist nicht geschehen. Vielmehr wird man mit Erstaunen und Entrüstung wahrnehmen, in wie wenig angemessenen Tone Herr Stöcker seine Angelegenheiten der Ehrfurcht gebietenden Persönlichkeit des greisen Kaisers vorzutragen gewagt hat. Die von Herrn Stöcker in Volksversammlungen gewohnheitsmäßig gebrauchten Ausdrücke durften aber unter keinen Umständen in einem Briefe an die Allerhöchste Person angewandt werden. Die Sprache der Gasse darf nicht an den Stufen des deutschen Kaiserthrones laut werden."

Ich brauche dieser Kritik nichts hinzuzufügen. Abgesehen von dem Ton, in dem das Schreiben gehalten ist, muß man es auch auf das schärfste mißbilligen, wenn gerade ein Hofprediger den Versuch macht, den Kaiser, der trotz seiner sehr starken Frömmigkeit allen Religionen gegenüber mit der größten Objektivität und Toleranz gegenüberstand, für parteipolitische Zwecke einzuspannen. Und wenn Stöcker für seine partei-agitatorischen Zwecke vom Kaiser auch noch den „Segen" verlangt und sich nicht scheut, dem greisen Kaiser zuzurufen, „seinen Kampf zu billigen", so ist das, gelinde gesagt, eine ganz grobe Ungehörigkeit, die gerade bei einer Persönlichkeit, wie sie Wilhelm I. darstellte, im höchsten Grade unangebracht war. Kaiser Wilhelm I. ist von dem Augenblick seiner Thronbesteigung an peinlich bemüht gewesen, stets dem Grundsatz der Gerechtigkeit zu huldigen. Das hat er bei den verschiedensten Gelegenheiten deutlich bewiesen und gerade diesem Kaiser in einer solchen Form zuzumuten, gegen den obersten Grundsatz der Staatsgerechtigkeit zu verstoßen, mußte aus dem Munde eines „Hof- und Dompredigers" ganz besonderen Anstoß erregen. Fürst Bismarck hat denn auch mit seiner Charakteristik gerade über diesen Brief nicht hinter dem Berge gehalten.

Selbst der Freund Stöckers, Oertzen, sagt über Stöckers Brief: „An Stöckers Brief kann, wie gesagt, eine kritische Betrachtung hier und da die Form beanstanden. Es hätte sich dies und das in feinerer Weise sagen lassen. Auch durfte er den Kaiser nicht für den Antisemitismus in Anspruch nehmen."[1])

Gelinde gesagt, ist das freilich außerordentlich milde ausgedrückt.

Infolge der Anweisung Kaiser Wilhelms I. vom 18. Juni 1880 erstattete nunmehr Bismarck gemeinsam mit dem damaligen Kultusminister von Puttkamer Bericht über die Tätigkeit Stöckers. Dieser Bericht ist für die Auffassung Bismarcks Stöcker gegenüber so kennzeichnend, daß ich den Wortlaut dieses Briefes nach dem Original, wie er dem Kaiser vorlag, hier wiedergebe.

Friedrichsruhe, 4. Dezember 1882.

Berlin.

An Seine Majestät den Kaiser und König.

Eure Kaiserliche und Königliche Majestät haben die mit Anlage ehrfurchtsvoll wieder angeschlossene Immediatvorstellung des Geheimen Kommerzienrats von Bleichröder hierselbst betr. die Tätigkeit des Hof- und Dompredigers Stöcker als Leiter des von ihm gegründeten christlich-sozialen Arbeiter-Vereins uns zur

[1]) Oertzens Stöckerbiographie, Seite 231.

Kenntnisnahme, Prüfung und Bericht allergnädigst zufertigen zu lassen geruht.[1])

In Folge dessen verfehlen wir nicht, den nachstehenden alleruntertänigsten Bericht zu erstatten.

„Unseres alleruntertänigstens Dafürhaltens haben die unter Leitung des Hofpredigers Stöcker in diesem Frühjahr veranstalteten Versammlungen der christlich-sozialen Partei einen Charakter angenommen, der von Aufreizung zu Klassenhaß nicht frei ist und unerfüllbare Versprechungen macht, daher für die Ordnung des Staates als bedenklich bezeichnet werden muß und hat der Hofprediger Stöcker selbst in diesen Versammlungen namentlich die Judenfrage in einer Weise behandelt, die ernste Mißbilligung verdient.

In erster Beziehung ist nicht in Abrede zu nehmen, daß wenn große Versammlungen, deren Mitglieder in überwiegender Zahl dem Handwerker- und Arbeiterstande angehören, einen so tumultuarischen Charakter annehmen, wie es bei den Stöckerschen Versammlungen gegen den Schluß des Winters und im Frühjahr der Fall gewesen ist, dies notwendig in den Teilnehmern die Achtung vor der Ordnung untergraben und die Neigung zu Exzessen fördern muß. Es kommt ferner hinzu, daß in diesen Versammlungen den Sozialdemokraten, welche eine eigene Vereinstätigkeit zu entfalten durch das Sozialistengesetz genommen ist, eine Gelegenheit geboten war, ihre Anhänger in größeren Massen in diese Versammlungen zu führen und dadurch in Tätigkeit und Bewegung zu erhalten.

Was aber das Verhalten des Hofpredigers Stöcker selbst anbelangt, so fällt ihm als Veranstalter und Leiter jener Versammlungen nicht allein zur Last, daß er denselben ruhigen und der Sache würdigen Charakter nicht zu erhalten verstanden hat, sondern ihn trifft auch der Vorwurf, daß er durch seine Reden und die Art der von ihm geführten Politik wesentlich selbst dazu beigetragen hat, daß die fraglichen Versammlungen einen so tumultuarischen Charakter angenommen haben.

[1]) **Randbemerkung:** Allerhöchst eigenhändig und unmittelbar deshalb beim Kabinett davon nichts bekannt war.

Insbesondere fällt hier die Art und Weise, wie er die Judenfrage behandelt hat, ins Gewicht, die in der Tat geeignet erscheint, die besitzlosen Bevölkerungsklassen gegen das begüterte Judentum aufzuregen, zumal der Hofprediger Stöcker in der Versammlung vom 11. Juni d. J. welche den eigentlichen Gegenstand der Beschwerde des p. von Bleichröder bildet, sich dazu hat hinreißen lassen, auf eine bestimmte Persönlichkeit, eben den Geh. Kommerzienrat v. Bleichröder als Prototyp des übermäßige Schätze ansammelnden Judentums in einer die gesetzlose Begehrlichkeit ermutigenden Art hinzuweisen. Das für eine objektive berechtigte Polemik ausreichende und gebotene Maß hat Hofprediger Stöcker in seinen überdies vor einem überaus gemischten und an sich urteilsunfähigen Publikum gehaltenen Reden offenbar überschritten, und sich dadurch nicht nur von gegnerischer Seite die lebhaftesten Anfeindungen zugezogen sondern unläugbar auch die Sympatien eines großen Teiles derjenigen verscherzt, die an sich mit ihm auf demselben Boden des Glaubens stehen.

Daß selbst abgesehen von der Beschwerde des Geh. Kommerzienrats v. Bleichröder solchen Vorkommnissen gegenüber ein längeres Zuwarten nicht am Platze ist, kann umsoweniger zweifelhaft sein, als auch in jüngster Zeit in der Versammlung des „Centralvereins für Sozialreform“ am 14. Oktb. der p. Stöcker die Arbeiter durch übertriebene Versprechungen von Sicherstellung gegen Arbeitslosigkeit, Normalarbeitszeit und Heilung der sozialen Schäden durch das ganz unzulängliche Mittel der progressiven Einkommensteuer zu unerfüllbaren Ansprüchen und zur Unzufriedenheit mit dem erregt, was Ew. Majestät Regierung zu Gunsten der Arbeiter etwa zu tun vermag. Dagegen wird sich fragen, in welcher Weise am Zweckmäßigsten hier einzugreifen sei. Da nun überdies die amtliche Stellung des p. Stöcker als Hof- und Domprediger bei Beurteilung der Sache nicht außer Betracht gelassen werden kann, so habe ich der alleruntertänigst mitunterzeichnete Minister der geistlichen Angelegenheiten nicht unterlassen zu dürfen geglaubt, dem Präsidenten des Evangelischen Ober Kirchenrats Dr. Hermes Gelegenheit zu einer vertraulichen Äußerung zu geben.

Obwohl derselbe das Verhalten des p. Stöcker in einem milderen Lichte glaubt beurteilen zu können als wir darzulegen die Ehre gehabt haben, so hält auch er ein Einschreiten für geboten, spricht sich indessen gegen die Einleitung eines Disziplinarverfahrens aus, teils des Aufsehens wegen, das ein solches verursachen müsse teils wegen der Zweifelhaftigkeit seines Ausganges. Er ist vielmehr der Meinung daß auch in Rücksicht auf die Persönlichkeit des Stöcker nichts von gleich heilsamer Wirkung sein werde[1]) als eine ihm von allerhöchster Stelle erteilte Mahnung.

Dieser letzteren Auffassung vermögen wir uns nur alleruntertänigst anzuschließen.

Sollte diese Mahnung nicht den ausreichenden Erfolg haben, so würde eine später einzuleitende Disziplinaruntersuchung auch die bisherigen Vorgänge noch in Betracht ziehen können.

Im Interesse des Hofpredigers Stöcker selbst und um wenn möglich, weiterem Vorschreiten desselben auf der verhängnisvollen Bahn, die er betreten, vorzubeugen, müssen wir aber auf die Erteilung einer ernsten Mahnung an den p. Stöcker um so entscheidenderes Gewicht legen, als die letzten Versammlungen, welche die christl. soziale Arbeiterpartei hier gehalten hat, gegenüber einer ruhigeren Haltung der Versammlung im Laufe des Sommers angenommen hatte, wiederum den Charakter erregter Leidenschaftlichkeit und tumultuarischer Bewegung gezeigt haben

(Hier folgt ein Hinweis auf Versammlungen, an denen Stöcker nicht beteiligt war).

..... Zwar ist Hofprediger Stöcker in jener Versammlung nicht anwesend gewesen. Er soll sich vielmehr zu jener Zeit auf einer Reise zu Parteizwecken in Ostpreußen befunden haben .....

Dies ändert indessen an der Sache nichts, welche nur zu deutlich zeigt, bis zu welchem Grade der Leiden-

---

1) Randbemerkung: cf. Äußerung Stöckers am Schlusse seiner Immediat-Eingabe vom 23. 9. (Der in der Randbemerkung erwähnte Schlußpassus von Stöckers Immediat-Eingabe lautete wörtlich: „Aber ich wage zu hoffen, daß Ew. Majestät, wenn es mir vergönnt wäre, meine Anschauungen dem landesväterlichen Herzen Ew. Majestät darzulegen, meinen Kampf billigen und Allerhöchst ihren Segen dazu nicht versagen würden").

schaftlichkeit die Parteigänger Stöckers aufgeregt sind, so daß sie sich zu Äußerungen hinreißen lassen, die mit den Pflichten der Loyalität gegen Ew. Majestät Allerhöchste Person in schroffem Widerspruch stehen.

Die Versammlung vom 27. Oktbr. ist aber im übrigen eine der stürmischsten gewesen, die je von den Christlich-Sozialen abgehalten und der tumultuarische Charakter, den sie angenommen und der zu ihrer Schließung vor Erledigung der Tagesordnung genötigt hat, ist leider im Wesentlichen auf die leidenschaftliche und aufreizende Art zurückzuführen, in welcher der Hofprediger Stöcker, welcher die Versammlung geleitet hat, fortwährend persönlich in die Debatte eingriff.

Eure Kaiserliche und Königliche Majestät bitten wir hiernach alleruntertänigst,

dem Hof- und Domprediger Stöcker im Sinne unseres ehrfurchtsvollen Berichts die Allerhöchste Mißbilligung der in seiner bisherigen Tätigkeit nach Form und Maß vorgekommenen Ausschreitungen und eine ernste Mahnung vor Erregung von Ärgernis und Zwietracht erteilenlassen zu wollen.

v. Bismarck. von Puttkamer

Als ich s. Z. zum ersten Male den Bericht Bismarcks an den Kaiser in der Originalreinschrift las, da war mir klar, daß die Ausführung zu einem sehr großen Teil Geist von Bismarcks Geist war, daß stellenweise sogar der Wortlaut von Bismarck beeinflußt gewesen sein mußte. Ganz besonders der letzte Satz zeigte mir gar zu deutlich den eigenartigen persönlichen Stil des Kanzlers. Es kam mir nun darauf an, festzustellen, ob diese Auffassung zutreffend war. Nach längerem Suchen fand ich schließlich das Concept zu dem Briefe in den Akten des preußischen Kultusministeriums und es ergab sich, daß in der Tat die Schärfe gerade des letzten Satzes von Bismarck persönlich bewirkt worden war, der die erheblich mildere Fassung Puttkamers gestrichen hatte. Um dem Leser einen Einblick in die Redaktionstätigkeit Bismarcks auf diesem Gebiete zu ermöglichen, bringe ich daher neben der Abbildung der Reinschrift auch noch das Lichtbild des Conceptes mit den charakteristischen Schriftzügen Bismarcks. (Vgl. Abbildung vor dem Titelblatt sowie auf der folgenden Seite des Buches).

Auf den Bericht vom 4. Dezember übersendet unterm 7. Dezember 1880 das Geheime Zivilkabinet an Bismarck „im allerhöchsten Auftrage" das bereits erwähnte Schreiben Stöckers, das dieser am 23. September als Eingabe

nur zu deutlich zeigt, bis zu welchem Grade der Leidenschaftlichkeit die Parteigänger Stöckers aufgeregt sind, so daß sie sich zu Äußerungen hinreißen lassen, die mit den Pflichten der Loyalität gegen Ew. Majestät Allerhöchste Person im schroffen Widerspruch stehen.

Die Versammlung vom 27. Oktober ist aber im Übrigen eine der stürmischsten gewesen, die je von den Christlich-Sozialen abgehalten, und der tumultuarische Charakter, den sie angenommen und der zu ihrer Schließung vor Erledigung der Tagesordnung genöthigt hat, ist leider im Wesentlichen auf die leidenschaftliche und aufreizende Art zurückzuführen, in welcher

der

Lichtbildabdruck der letzten beiden Seiten des Bismarckschen Berichtes an Kaiser
zu dem letzten Absatz ist auf der

der Hofprediger Stöcker, welcher die Versammlung geleitet hat, fortwährend persönlich in die Debatte eingriff.

Euere Kaiserliche und Königliche Majestät bitten wir hiernach allerunterthänigst,

dem Hof- und Domprediger Stöcker im Sinne unseres ehrfurchtsvollen Berichts die Allerhöchste Mißbilligung der in seiner bisherigen Thätigkeit nach Form und Maß vorgekommenen Ausschreitungen und eine ernste Warnung vor Erregung von Ärgerniß und Zwietracht ertheilen lassen zu wollen.

v. Bismarck  von Puttkamer

Wilhelm I. betr. den Hofprediger Stöcker nach dem Original hergestellt. Das Concept Seite vor dem Titelblatt abgedruckt.

direkt an den Kaiser gesandt hatte. Dieses Schreiben Stöckers war s. Z. auf Befehl des Kaisers unbeantwortet zu den Akten genommen worden, weil im Zivilkabinett von der Eingabe Bleichröders nichts bekannt war. Diese hatte nämlich der Kaiser persönlich Bismarck gegeben. Infolge des Berichtes Bismarcks befahl nun der Kaiser den Brief Stöckers Bismarck vorzulegen und „Hochdieselben, wenn Sie bei deren berichteten Auffassung verbleiben, zu ersuchen, S. M. unter Rückgabe der Eingabe den Entwurf einen an Stöcker zu richtenden Ordre vorzulegen".

Auf diese Anregung ergeht von Bismarck und Puttkamer an den Kaiser ein neues Schreiben:

Friedrichsruh, / Berlin, den 27. Dezember 1880.

Eurer Kaiserl. u. Königl. Majestät verfehlen wir nicht, in Folge des Allergnädigsten Befehles, welche uns durch Allerhöchstdero Geheimen Kabinetsrat unterm 7. ds. Mts. zugegangen ist, anbei die Vorstellung des Hofpredigers Stöcker vom 23. Septbr. d. J. nebst der Immediateingabe des Geheimen Kommerzienrats von Bleichröder vom 18. Juni d. J. mit der ehrfurchtsvollen Anzeige zurück zu reichen, daß wir aus der Eingabe des p. Stöcker keinen Anlaß zu einer Änderung oder Modifizierung derjenigen Auffassung haben entnehmen, können, welche wir in unserem alleruntertänigsten Bericht vom 4. d. M. vorzulegen die Ehre gehabt haben. Dieselbe verrät im günstigsten Falle denselben Mangel an Bestimmtheit im Urteil, welcher den p. Stöcker zu der Aufgabe, die er sich gestellt hat, besonders ungeeignet macht. Demgemäß unterlassen wir nicht Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät huldreichem Befehle gemäß anbei den Entwurf einer an den p. Stöcker zu richtenden Allerhöchsten Ordre in tiefster Ehrfurcht vorzulegen.

An
Seine Majestät
den Kaiser u. König.

v. Bismarck. von Puttkamer.

Der von Bismarck zusammen mit Puttkamer entworfene und unverändert von Kaiser Wilhelm I. unterzeichnete allerhöchste Verweis an Stöcker vom 29. Dezember 1880 hat folgenden Wortlaut:

„Über Ihre Tätigkeit als Leiter des von Ihnen gegründeten christlich-sozialen Arbeiter-Vereins habe Ich mit Bezug auf Ihre Vorstellungen vom 23. Dezember d. Js. aus Anlaß einer Immediat-Eingabe des Geh. Kommerzienrats v. Bleichröder Bericht von dem Reichskanzler und dem Minister der geistlichen Angelegenheiten erfordert und die Überzeugung gewonnen, daß wenn Sie auch bei Ihren sozialen Bestrebungen von guter Absicht geleitet werden, doch Ihre bisherige Tätigkeit von Ausschreitungen nach Form und Maß nicht frei geblieben ist. Ich kann insbesondere Ihnen Meine Mißbilligung darüber nicht vorenthalten, daß Sie durch Hinweisung auf einzelne große Vermögen wie in der Rede vom 11. Juni d. Js. geschehen und auf die Unzulänglichkeit der von Meiner Regierung zu Gunsten der Arbeiter beabsichtigten Schritte, denen Sie insbesondere in der am 14. Oktober ds. Js. in der Versammlung des Zentralvereins für soziale Reform gehaltenen Rede weitergehende Ziele gegenüberstellten, Begehrlichkeiten, zu deren Befriedigung auch Sie kein Mittel kennen, mehr erregt als beruhigt haben. Ich erwarte, daß Sie fortan überall, wo Sie öffentlich auftreten, auch außerhalb Ihres geistlichen Amtes die dem letzteren besonders obliegende Pflege des Friedens unter allen Klassen meiner Untertanen unbeirrt im Auge behalten werden.

Wilhelm."

Von der Absendung dieses Verweises wurde Bismarck mit dem ausdrücklichen Hinweis in Kenntnis gesetzt, daß der Kaiser keine Änderung an dem von Bismarck vorgeschlagenen Text bewirkt habe, und der Geh. Kommerzienrat v. Bleichröder wurde davon verständigt, daß dem Hofprediger Stöcker gegenüber allerhöchst das Notwendige veranlaßt worden sei.

Bei dem Verweis vom 29. Dezember 1880 ist in den Akten ein Vermerk: „Abschrift der Ordre ist für den Kronprinzen, welcher sie zu haben wünscht, zu nehmen."

Mit Recht sagt Stöcker in seiner Broschüre, daß er es der Hilfe des Herrn Dr. Hermes vom Evangelischen Oberkirchenrat zu verdanken habe, daß er nur mit einem Verweise davon kam.[1]) Oertzen spricht die Vermutung aus, daß bei diesem Verweis „ein Satz anscheinend der Bismarckschen Klageschrift entnommen sei"; in Wirklichkeit ist aber der ganze Verweis wörtlich dem Bismarckschen Konzept entnommen. —

Durch seine ganze Kampfesweise hat Stöcker die Formen verschuldet, in denen sich später die antisemitischen Versammlungen abspielten, eine Feststellung, die ja auch Bismarck in seiner Beschwerdeschrift an den Kaiser macht. Gewiß ist richtig, daß nicht jede Entgleisung auf das Konto Stöckers zu setzen ist, daß vieles in der antisemitischen Bewegung geschah, was Stöcker viel-

[1]) Die Stellungnahme des Präsidenten Hermes für Stöcker, die ein schärferes Zugreifen Bismarcks gegenüber Stöcker verhinderte, geht deutlich aus den im Anhange dieses Buches abgedruckten Aktenstücken hervor.

leicht selbst mißbilligte. Aber der Führer einer Bewegung ist stets persönlich verantwortlich dafür, welche Formen die Bewegung annimmt, wenn er nicht seine Unfähigkeit zum Führer eingestehen will. Wenn von Stöckers Freunden zur Entschuldigung gesagt wird, daß Stöcker sich Antisemiten angeschlossen hätte, die die „Judenhetze als Sport mit einer gewissen Frivolität und Lieblosigkeit betrieben", so trifft Stöcker der Vorwurf, daß er diese Elemente ruhig hat für sich arbeiten lassen und nicht rechtzeitig einen Trennungsstrich zwischen sich und diesen Elementen gezogen hat. Es ist aber nicht vornehm, sich zunächst der Unterstützung von Radaubrüdern zu bedienen und dann nachher zu erklären, diese hätten nichts mit dem „sittlichen Pathos Stöckers" zu tun gehabt. Im übrigen war Stöckers Kampf gegen die Juden ihm selbst dadurch erschwert, daß ihm aus den Reihen seiner eigenen Fachkollegen angesehene Männer entgegentraten. Es waren dies vor allem Prof. Delitzsch, Prof. Strack und Prof. Baumgarten.

Für die vorgesetzte Behörde, vor allem den Evangelischen Oberkirchenrat, ist Stöcker so etwas wie ein „enfant terrible" gewesen; denn beim Oberkirchenrat befinden sich unzählige Aktenstücke, die die jeweiligen Untersuchungsverfahren, Gerichtsverhandlungen und sonstige „Fälle Stöcker" behandeln. Wohl noch nie in der preußischen Geschichte sind über einen Hofprediger derartig viele Untersuchungen geführt worden, wie über Stöcker. Es mag sein, daß er im Falle Witte — der ja zu den unerfreulichsten Erscheinungen im Leben Stöckers gehört — unschuldig gewesen ist. Die Form aber, in der er den Kampf führte, war jedenfalls unwürdig eines Mannes, der dazu da ist, Gottes Wort zu verkünden. Überhaupt mußte es auf jeden gläubigen Christen einen außerordentlich peinlichen Eindruck machen, zu sehen, daß ein Mann, der Sonntags auf der Kanzel im Dom stand, wochentags abwechselnd als Kläger oder Beklagter vor den Gerichten saß. Die dauernden Verleumdungs- und Beleidigungs-Prozesse, die er führte, mußten ihn unter allen Umständen in der Öffentlichkeit herabsetzen und auch bei seinen Freunden den Eindruck verstärken, daß er seinen politischen Kampf nicht immer mit vornehmen Waffen geführt hat. Und so mehrten sich denn die Stimmen, dir auf das Unwürdige der Haltung Stöckers hinwiesen.

Der Ausgang der Prozesse war in sehr vielen Fällen für den Kläger Stöcker mehr belastend als für den verurteilten Angeklagten. Stöcker selbst hat das auch empfunden. In seinem Buche tröstet er sich darüber mit folgendem Satz: „Ich nehme von einem deutschen Richter an, daß er mit Bewußtsein und Recht richtet; aber die Partei-Eingenommenheit ist bei vielen so groß, daß in politischen Prozessen die Unparteilichkeit ziemlich unmöglich wird. Hängt aber die schwebende Sache mit dem Judentum zusammen, so verwirrt sich leicht auch ein sonst klarer Geist."[1])

[1]) 13 Jahre Hofprediger Seite 42.

Ein größerer Vorwurf, als dem deutschen Richter Partei-Eingenommenheit nachzusagen, ist im Munde eines Predigers kaum denkbar, und gerade dieser Vorwurf wirft kein schönes Licht auf den Charakter des allzu streitsüchtigen Mannes.

Im übrigen hat ja nicht nur Bismarck und der nachmalige Kaiser Friedrich III. die Haltung Stöckers mißbilligt, sondern mindestens ebensosehr religiös empfindende christliche Kreise, und insbesondere orthodoxe Protestanten haben keinen Hehl aus ihrer ablehnenden Haltung Stöcker gegenüber gemacht. So schreibt z. B. der „Evangelische Kirchliche Anzeiger" in seinem Jahresrückblick von 1880:

„Allgemein anerkannt wird, daß dem Hofprediger Stöcker eine große Arbeitskraft und ein Geschick der hinreißenden Volksrede innewohnt, welches ihn zum Agitator und Volkskämpfer prädestiniert. Was aber die Anerkennung seines Wirkens vielfach in christlichen Kreisen hemmt, ist vornehmlich, daß er soziale Forderungen auf Grund der Heiligen Schrift und im Rahmen des Christentums geltend macht und auf dem Wege seiner Agitation, namentlich in der Judenfrage, zu Mitteln des Angriffs und der Verteidigung zu greifen sich genötigt sieht, die auch wohlgeneigten Freunden Bedenken erregen, weil sie eher Wunden schlagen als heilen und Wasser auf die Mühle der Leute geben, mit denen Hofprediger Stöcker nichts zu schaffen haben will."

Im Februar 1879 erließ im Zusammenhang mit der Bewegung der Antisemiten der Evangelische Oberkirchenrat eine Kundgebung, die sich gegen das agitatorische Auftreten der Geistlichen in der Politik richtete. Es wurden darin die Geistlichen ermahnt, „bei der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte diejenige Vorsicht und Zurückhaltung zu beobachten, welche das Amt, dem Himmelreich in der Welt den Weg zu bahnen, und das Wort von der Versöhnung zu predigen, mit sich bringt. Kaum etwas habe den Einfluß der amtlich organisierten Kirche so geschädigt, als der von verschiedenen Seiten unternommene Versuch, die Kirche, ihre Bekenntnisse und ihre Organe als Mittel für bestimmte politische Parteizwecke zu benutzen." (Das ist eine deutliche Spitze gegen den Hofprediger Stöcker. Später hat dann allerdings der Evangelische Oberkirchenrat allzusehr Stöcker in Schutz genommen!)

Ein für Stöcker sehr unangenehmer Konflikt entstand, als es sich um die Frage der bekannten antisemitischen Petition an Bismarck handelte. Wie an anderer Stelle dieses Buches bereits auseinandergesetzt, hatte man Bismarck von antisemitischer Seite aus eine Petition mit nicht weniger als 260 000 Unterschriften übergeben und das, trotzdem Bismarck selbst die Väter dieser Petition vor der Absendung gewarnt hatte. Es war nun die Frage, ob Stöcker die Eingabe unterzeichnet habe oder nicht. Das festzustellen war um so wichtiger, als eine Reihe führender Männer, so u. a. Treitschke, es abgelehnt hatte,

die Eingabe zu unterzeichnen. Gelegentlich der Verhandlungen im Reichstag beantwortete Stöcker diese Frage zunächst mit Nein, bis ihm schließlich dann seine eigene Unterschrift entgegengehalten wurde. Er hat sich dann herausgeredet; aber auf jeden unbefangenen Leser macht die damalige Reichstags-Debatte und das Verhalten Stöckers, wenn man es milde ausdrückt, einen kläglichen Eindruck, und ein derartiges Benehmen ist natürlich auch Bismarck nicht entgangen. Denn Stöcker berief sich schließlich darauf, daß er die ersten 20 000 Exemplare des Antrags nicht unterschrieben habe, die folgenden habe er dann auf erneutes Bitten schließlich unterschrieben. Von jenem Verhalten rührt die scharfe Kritik her, die man dann später an Stöckers Auftreten geübt hat. Stöckers Biograph, Dietrich von Oertzen, klärt nun diese Frage wie folgt auf: „Es kann heute mit voller Bestimmtheit gesagt werden, daß, wenn Stöckers Aussage in der Tat unklar war, dies nicht auf moralische Unentschlossenheit, ob er die Wahrheit sagen wolle oder nicht, zurückzuführen ist, sondern auf eine ganz verzwickte Situation. Stöcker hatte die Petition zuerst, d. h. vor der Publikation, unterschrieben, dann auf Bitten einiger Freunde die Unterschrift zurückgezogen, so daß der veröffentlichte Wortlaut seinen Namen nicht trug. Dann hat er wiederum auf Bitten anderer zwar nicht die Petition, aber ein Schreiben an die Superintendenten unterschrieben."[1])

Von einer besonderen Charakterfestigkeit wird man in diesem Falle wohl kaum sprechen können! Oertzen sucht ihn hier in Schutz zu nehmen, indem er in diesem Zusammenhang sagt:

„Ein Fehler war es ja zweifellos, daß er in Gewährung oder Versagung seiner Unterschrift nicht konsequent gewesen ist, sondern erst gewährte, dann versagte, dann wieder teilweise gewährt hatte, alles nach Maßgabe der Bitten, die man an ihn richtete. Aber er war eben damals noch ein Anfänger in der Politik." (!)

Ein interessantes Problem ist die Frage, welche Maßregeln Bismarck gegen Stöcker geplant hatte. Gerüchte besagten nämlich, daß Bismarck den Versuch gemacht hätte, das Sozialisten-Gesetz auf Stöcker in Anwendung zu bringen nnd Stöcker ins Ausland ausweisen zu lassen. Diese Absicht ist übrigens angedeutet in dem schon wiedergegebenen offiziösen Zeitungs-Aufsatz.[2]) Stöcker hat mehrfach selbst behauptet, daß Bismarck ihn habe ausweisen lassen wollen. Auch Eugen Richter erwähnt, „daß in den ersten Jahren des Sozialisten-Gesetzes Bismarck

[1]) Seite 292.

[2]) Dort heißt es wörtlich: „Der Hofprediger Stöcker ist wegen seines Vorgehens auf sozialem Gebiete der Regierung von vornherein nichts weniger als persona grata gewesen — es ist vielmehr schon früher die Frage in Erwägung gezogen worden, ob das Auftreten desselben nach Erlaß des Sozialistengesetzes überhaupt noch zu dulden sei". (Vgl. S. 138 dieses Buches.)

vergeblich beim Ministerium des Innern die Ausweisung Stöckers auf Grund dieses Gesetzes beantragt" habe. Stöcker selbst führte hierfür sogar Zeugen an, die es angeblich gewußt haben. So lange Bismarck im Amte war, hat sich der Kanzler zu dieser Behauptung nicht geäußert. Er scheint ihr jedenfalls in der Öffentlichkeit nicht widersprochen zu haben. Aber nach seinem Rücktritt hatte Bismarck Gelegenheit, auf diese sehr interessante Frage noch einmal zurückzukommen. In dem Stöckerschen Blatt „Das Volk" wurde im Anschluß an die Veröffentlichung des sogenannten „Scheiterhaufenbriefes" versucht, den üblen Eindruck, den der Brief in der Öffentlichkeit machte, dadurch zu mildern, daß man diesen Brief als erklärlich bezeichnete durch das damalige Vorgehen des Kanzlers, „der den Antrag gestellt hat, Stöcker auf Grund des Sozialisten-Gesetzes auszuweisen." Auf diesen Vorwurf antwortete Bismarck in den „Hamburger Nachrichten" vom 9. September 1895:

„Die Lesart, Fürst Bismarck habe diesen Antrag gestellt, beruht auf Erfindung, wenn auch die Erwägung der Frage damals nahegelegen hat."

Dieses Dementi ist Bismarck sehr erleichtert worden. Bismarck bestreitet ausdrücklich, „daß er den Antrag gestellt hat." Das ist sicherlich richtig. Bis zu einem „Antrag" wird es nicht gekommen sein. Ob er aber diesen Plan nicht im engeren Kreise besprochen hat, ist eine andere Frage, und wenn man die verschiedenen Veröffentlichungen kritisch untersucht, dann ist die Auffassung nicht ganz unvertretbar, daß Bismarck, als Herr Stöcker es ihm zu toll getrieben hat, die Frage erwog, ob vielleicht mit Hilfe des Sozialisten-Gesetzes Stöcker beizukommen sei.[1])

Daß Bismarck in der Tat gegen Stöcker mit sehr scharfen Mitteln vorzugehen geplant hatte, geht auch aus einer Erzählung Stöckers hervor, die wörtlich lautet:

„Fürst Bismarck hat, wie ich später in den Tagen der Waldersee-Versammlung erfuhr, von zwei Ministern gefordert, sie sollten mich aus Berlin ausweisen wie andere Sozialdemokraten; natürlich geschah dies nicht. Die Blätter des Reichskanzlers haben dies immer geleugnet; aber ein Minister hat mir erzählt, er habe dem Reichskanzler offen erklärt, er könne das nicht; ich sei schon als Militärgeistlicher als einer der königstreuesten Männer bekannt gewesen. Darauf sei es unterblieben. Nachher sei dann durch ein kaiserliches Schreiben die Sache, offenbar Bismarck zuliebe, getadelt. Der Kanzler aber sei, das erzählte mir der Oberkirchenratspräsident, bei dieser

---

[1]) Die Frage, ob Bismarck die Absicht gehabt hat, Stöcker ausweisen zu lassen, hat seinerzeit sehr erheblich die Öffentlichkeit beschäftigt. Sie ist u. a. behandelt worden in der „Vossischen Zeitung" Nr. 462 vom 3. Okt. 1890, im „Berliner Tageblatt" Nr 502 vom 4. Okt. 1890 und in der „Kölnischen Volkszeitung" Nr. 472 vom 4. Okt. 1890.

Gelegenheit über die Aussprache bei S. M. dem Kaiser so in Zorn und Wut geraten, daß er dieselbe nicht habe hören wollen."

Diese Darstellung, so bemerkt s. Z. die „Lib. Korr." hierzu, beweist jedenfalls, mag sie auch sehr subjektiv zu Gunsten des Erzählers gefärbt sein, daß Fürst Bismarck nach anfänglichem Gewährenlassen die Gefährlichkeit der von Stöcker betriebenen Judenhetze sehr bald erkannt hat und daß er, wenn nicht starke Kräfte gegen ihn gewirkt hätten, mit dem „teuren Gottesmann" sehr bald kurzen Prozeß gemacht hätte.

Als seinerzeit im „Reichsboten" die Behauptung aufgestellt wurde, Bismarck habe die Ausweisung Stöckers gefordert, da äußerte das „Deutsche Tageblatt" Zweifel an den Angaben und wies darauf hin, daß Bismarck in einer sehr viel näher liegenden Periode — gemeint war die Regierungszeit Kaiser Friedrichs III. — einen empfindlichen Schlag gegen Stöcker, nämlich seine Entfernung vom Hofpredigeramte, abgewandt habe. Hierauf antwortete freilich der „Reichsbote" nicht mit Unrecht: „Das geschah allerdings in den ersten Tagen der Regierung Kaiser Friedrichs, macht aber unsere Mitteilung nicht unwahr. Fürst Bismarck folgte oft den Impulsen des Augenblicks, wie das Vorgehen der offiziösen Presse gegen Stöcker nach der Waldersee-Versammlung und vor der letzten Wahlkampagne illustriert."[1])

Der Schritt des Reichskanzlers wegen der Ausweisung Stöckers soll angeblich im Sommer 1880 erfolgt sein, vermutlich nach der Versammlung vom 11. Juni, wo Stöcker auf Herrn v. Bleichröder hinwies, der mehr Geld besitze als alle Geistlichen. Damals soll angeblich Bismarck ein Schreiben an den Minister des Innern gerichtet haben, und zwar behauptet Stöcker dies trotz der Ableugnungsversuche der „Hamburger Nachrichten." Ich habe ein derartiges Schreiben nicht in den Akten feststellen können, was natürlich nicht ausschließt, daß es trotzdem abgegangen ist, da ja nicht alle Schreiben, die Bismarck an seine Ministerkollegen sandte, zu den Akten gegeben wurden.

Daß Stöcker seine Information über die Ausweisungspläne von dem damaligen Minister Puttkamer hatte, steht außer Zweifel und gerade diese Tatsache könnte vielleicht für die Richtigkeit sprechen.

1883 hielt Stöcker in London bei einer Lutherfeier zwei Vorträge, wobei er u. a. auch die Sozialpolitik Deutschlands behandelte. Während der Vorträge Stöckers kam es zu Zusammenstößen, und wenn man dem Urteil der Zeitgenossen trauen darf, hat das Auftreten Stöckers nicht gerade dazu beigetragen, das Ansehen des Deutschtums im Auslande zu heben. Infolgedessen erhielt Stöcker von seiner vorgesetzten Kirchenbehörde einen Verweis, und es wurde ihm aus diesem Anlaß verboten, im Auslande jemals wieder Vorträge zu

---

[1]) Poschinger: Fürst Bismarck und die Parlamentarier", Band III, S. 76.

halten. Ja man ging sogar so weit, Stöcker schließlich zu verbieten, während seines Urlaubes in Deutschland Vorträge zu halten, da man das Unpassende seines Auftretens an maßgebender Stelle deutlich empfunden hatte. Stöcker spricht in seinem Buche von „recht empfindlichen Demütigungen". In der Tat war die Beschränkung der geistigen Freiheit für ihn eine Demütigung. Aber er hatte sie sich selbst zuzuschreiben; denn den anderen Hofpredigern wurden derartige Beschränkungen nicht auferlegt. In einem Falle ist Stöcker sogar ein Urlaub nach seiner Besitzung in Bayern nur unter der Bedingung erteilt worden, daß er sich verpflichtete, unterwegs keine Vorträge zu halten!

Im Jahre 1885 war die Lage für Stöcker besonders kritisch. Seine Entlassung war fest beschlossen. Das geht deutlich aus einem Schreiben des Oberkirchenrates Hermes an Stöcker hervor. Hermes erhielt damals die Ermächtigung vom Kaiser, zu sagen, daß er die Demission als Hof- und Domprediger wünsche. „Schon gleich nach den unglücklichen Verhandlungen ca. Bäcker kam die Aufforderung, mit Bezug auf Ihr Amt als Hof- und Domprediger zu berichten. Ich schob die Sache auf den disziplinarischen Weg, wodurch sich deren Verzug bis zur Rechtskraft des Erkenntnisses ergab. Inzwischen ließ Herr v. Wilmowski mir mitteilen, daß nach der Ansicht des Kaisers wie der Kaiserin Sie nicht länger Hofprediger bleiben könnten. Ich reagierte darauf nicht, weil kein allerhöchster Auftrag zu dieser Mitteilung ausgesprochen war. Endlich bekam ich offiziell neben der allerhöchsten Bewilligung meines Sommer-Urlaubes ein Kabinettsschreiben, worin die Erwartung S. M. ausgedrückt wird, daß die Stöckersche Angelegenheit durch die Beurlaubung keine Verzögerung erleide, da diese Angelegenheit der Beschleunigung bedürfe, falls nicht Stöcker vorher sein Amt als Hofprediger niederlege."[1])

Es war bereits im Zivilkabinett eine Verfügung entworfen, daß Stöcker mit Ablauf des Jahres 1885 unter allen Umständen ausscheiden sollte. Nach Aufzählung aller der Ursachen, die den Kaiser zu diesem Schritt verursachten, heißt es dann wörtlich:

„Aus diesen Gründen beharren S. M. darauf, daß Sie Ihre amtliche Stellung nicht beibehalten können."

Inzwischen aber war der Kaiser anderen Sinnes geworden, da von vielen Seiten auf ihn im Sinne Stöckers eingewirkt wurde. Infolgedessen blieb die Verfügung nur im Konzept bestehen und wurde nicht abgesandt. Es wurde vielmehr eine Fuß-Notiz angebracht: „S. M. sind zweifelhaft geworden, ob die Entlassung Stöckers wegen der Rückwirkung auf die ob-

---

[1]) Vgl. Oertzen Seite 327, sowie die im Anhang dieses Buches abgedruckte Aktenauszüge.

waltenden politisch-kirchlichen Verhältnisse angemessen sein wird und haben befohlen, die Verhandlungen dem hier weilenden Oberhofdomprediger Dr. Kögel zuzustellen und mit demselben weitere Rücksprache zu nehmen. Gastein 8. 8. 1885."

Vermutlich gehörte zu den Männern, die auf den Kaiser einwirkten, vor allem der Minister von Puttkamer; denn in der damaligen Zeit befand sich unter den Konfirmandenschülerinnen des Hofpredigers Stöcker die Tochter des Ministers von Puttkamer, worauf der Evangelische Oberkirchenrat in einem Schreiben an den Kaiser sogar noch besonders hinwies.....

Minister v. Puttkamer sagt zwar in einem Briefe an Stöcker vom 31. Juli 1885, daß er an eine Möglichkeit zur Umstimmung des Kaisers für Stöcker nicht mehr recht glaube, daß er aber bereit sei, „für einen Aufschub zu wirken, was ich mit um so größerer Zweifellosigkeit tun kann, als ich allerdings, ganz abgesehen von dem Interesse für Ihre Person, der Meinung bin, daß eine Entscheidung in dem von Ihnen eingangs Ihres Briefes angedeuteten Sinne vor den Wahlen politisch sehr ungünstig wirken würde."[1])

Man sieht hieraus deutlich, welche Kräfte am Werke waren, um den Wünschen Kaiser Wilhelms I. dauernd entgegenzuwirken.

Ein Versuch, Bismarck zu gewinnen und an den gleichen Wagen wie Hermes und Puttkamer zu spannen, schlug fehl. Er wurde seinerzeit von dem Oberhofprediger Koegel bei Boetticher unternommen. In der „Münchener Allgemeinen Zeitung" wurde übrigens bei dieser Gelegenheit auf den kritischen Stand der Lage Stöckers hingewiesen und dabei hinzugefügt, daß Bismarck sich gänzlich passiv verhalte, und das stand mit den Tatsachen in Übereinstimmung.

Plötzlich gelang es, wie schon angedeutet, trotz aller Widerstände, den Kaiser umzustimmen. Es wird behauptet, daß Prinz Friedrich Wilhelm, der nachmalige Kaiser Wilhelm II., an seinen Großvater persönlich einen Brief gesandt habe und daß infolgedessen der alte Kaiser von einem Einschreiten gegen Stöcker absah. Immerhin erhielt Stöcker ein erneutes amtliches Warnungsschreiben aus der Feder des Präsidenten des Oberkirchenrates. Hiervon schreibt Oertzen: „Die Wolken waren also für jetzt vorübergezogen. Die Öffentlichkeit erfuhr von diesem Verweise nichts."

Die damalige Verwarnung hatte folgenden Wortlaut:

„Nach Prüfung des Sachverhaltes eröffnen wir nunmehr Ew. Hochwürden, daß diese beiden Erkenntnisse, abgesehen von einzelnen Schlußfolgerungen, die Tatsache außer Zweifel stellen, daß Sie bei der Vielseitigkeit Ihrer öffentlichen Tätigkeit die besonders notwendige Vorsicht in Ihren Äußerungen

---

[1]) Zitiert bei Oertzen S. 330.

nicht immer beobachtet und in öffentlichen Versammlungen in Bezug auf Ihre politischen Gegner sich heftiger, ehrverletzender Ausdrücke bedienen.

Wir haben hierin zwar einen genügenden Anlaß nicht finden können, disziplinarisch gegen Sie einzuschreiten, müssen aber um so mehr die Erwartung aussprechen, daß Sie aus dem Ergebnis jener Prozeßverhandlungen eine Mahnung zur Vorsicht und Maßhaltung selbst entnehmen und um derartigen Kollisionen für die Zukunft zu entgehen, Ihre soziale und politische Tätigkeit nach Art und Umfang in einer den Anforderungen Ihrer Amtsstellung entsprechenden Weise einschränken werden.

gez. Hermes.".

Erfolg hatte dieser Verweis ebenso wenig wie die zahlreichen anderen amtlichen Schritte!

In ganz besonderem Gegensatz zu dem Hofprediger Stöcker stand der damalige Kronprinz und spätere Kaiser Friedrich III. Dieser hat zeitlebens aus seinen Gefühlen Stöcker gegenüber kein Hehl gemacht und bei allen sich bietenden Gelegenheiten seine starke Abneigung diesem Manne gegenüber betont. Bekannt ist das Wort, das dieser Kronprinz dem Stadtrat Magnus gegenüber aussprach, „der Antisemitismus sei eine Schmach für das deutsche Volk."[1]) — Gelegentlich der Unterredung mit Stadtrat Magnus betonte der Kronprinz, „er habe sich im Auslande den Ausländern gegenüber dieser Agitation geschämt" dabei erklärte er, „daß er die antisemitischen Bestrebungen auf das Entschiedenste mißbillige und verwerfe. Was seine Gefühle dabei am meisten verletze, sei das Hineintragen dieser Tendenz in die Schulen und Hörsäle. In die Pflanzstätte des Edlen und Guten sei dieses böse Samenkorn hineingeworfen worden. Hoffentlich werde es nicht zur Reife gelangen. Ich vermag es nicht zu fassen, wie Männer, die auf geistiger Höhe stehen sollten, sich zum Träger und Hilfsmittel einer in ihren Voraussetzungen und Zielen gleichmäßig verwerflichen Agitation hergeben können." Er gab sich der sicheren Hoffnung hin, die Bewegung werde langsam sich im Sande verlaufen; denn derartige ungesunde Dinge könnten keinen Bestand haben.[2])

Die Mißbilligung der antisemitischen Bewegung durch den Kronprinzen Friedrich Wilhelm fand übrigens den Beifall seiner Mutter, der Kaiserin Augusta, die in einem Briefe an Frau von Bonin ihre Freude darüber aussprach, daß der Kronprinz für den antisemitischen Lärm strafende Worte hatte: „Es sind ihm wohl mütterliche Worte im Gedächtnis geblieben, die den Lehren Herders entnommen waren. Ich habe natürlich keine Neigung, mich über

---

[1]) Vgl. die Broschüre von Dr. Baumgarten: „Wider Herrn Hofprediger Stöcker. Eine christliche Stimme über die Judenfrage. April 1881.

[2]) Diese Sätze sind entnommen dem „Politischen ABC Buch von Eugen Richter." Jahrgang 1896.

die jüdische Sache zu echauffieren; aber ich mißbillige den Antisemitismus, weil er eine durch und durch unchristliche Erscheinung ist."

Schon vor seiner Thronbesteigung hatte Friedrich III. Gelegenheit, sich amtlich mit dem Gebahren des Hofpredigers Stöcker zu befassen. In der Zeit, in der Kronprinz Friedrich Wilhelm die Geschäfte für seinen durch ein Attentat verwundeten Vater führte (1878), erregte Stöckers Auftreten an allerhöchster Stelle ein starkes Mißfallen. Stöcker schrieb damals einen sehr umfangreichen Brief an den Thronfolger, dessen Auffassung über Stöcker schon damals allgemein bekannt war. Der Hofprediger suchte in seinem Briefe sein Vorgehen zu rechtfertigen und er wies darauf hin, daß er hoffe, in den drei Wahlkreisen, in denen die Sozialdemokraten mächtig sind, soviel Arbeiterstimmen abzusplittern, daß die Sozialdemokraten nicht zum Siege gelangen, und er legte daher dem Kronprinzen nahe, in einer Audienz mündliche Mitteilung über die Bewegung zu machen. Statt aber eine Einladung zu einer Audienz zu erhalten, erhielt er am 21. Oktober 1878 vom Evangelischen Oberkirchenrat einen scharfen Verweis, der aller Wahrscheinlichkeit nach durch den Kronprinzen veranlaßt worden ist. Der Präsident des Oberkirchenrates schrieb Stöcker, daß das Parteitreiben ihn der Gefahr nahebringe, das Vertrauen eines Teiles seiner Gemeinde zu verlieren und gegen die Verhaltungsmaßregeln verstoße, die den Geistlichen vorgezeichnet seien. Es wird dann bemerkt, daß die Teilnahme des Hofpredigers an politischen Versammlungen und Agitationen nicht gebilligt werden könne und die „Erwartung ausgesprochen, daß schon diese Eröffnung genügen werde, um Sie in Zukunft von jedem weiteren derartigen Vorgehen zurückzuhalten."

Auf diesen Verweis antwortet Stöcker unter dem 30. Oktober 1878 und er betonte, daß während seiner Abwesenheit viele Taktlosigkeiten begangen worden seien und diese hätten ihn gezwungen, mehr als beabsichtigt, in der Wahl-Angelegenheit zu tun. „Selbstverständlich werde ich in Zukunft der Erwartung des Ev. Oberkirchenrates entsprechen und mich unter keinen Umständen parteipolitisch oder an Wahl-Agitationen beteiligen."

Dieses Versprechen hat Stöcker schriftlich gegeben. Er hat aber — ein für einen Prediger doppelt verwerfliches Verfahren — hier sein Wort nicht gehalten. Sein ihm sehr wohlgesinnter Biograph, Dietrich von Oertzen, muß das auch zugeben, indem er schreibt: „Gewiß hat er in dem Augenblick, da er diesen Satz niederschrieb, die feste Absicht gehabt, danach zu verfahren, aber im Drange der Bewegung, die ihn schon ganz gepackt hatte, hat er die Zusage bald vergessen (!), die doch nun schwarz auf weiß in den Akten des Oberkirchenrates lagert."[1]) Aus dieser „Vergeßlichkeit" dürften wohl, selbst wenn man sich noch so sehr bemüht, dem Temperament des Herrn

---

[1]) Seite 187.

Stöcker manches zu gute zu halten, gewisse Rückschlüsse auf die Zuverlässigkeit seines Charakters gestattet sein. Schon ein Politiker darf eine Zusage, sich nicht mehr politisch betätigen zu wollen, nicht ohne weiteres machen. Tut er es aber trotzdem, so ist er unter allen Umständen daran gebunden, und er kann nachher sich nicht darauf berufen, daß er im „Drange der Geschäfte" ein derartiges Versprechen vergessen habe! Ein Mann, der Gottes Wort und die Wahrheit verkünden soll, darf aber erst recht nicht so leichtfertig mit seinem eigenen Worte, das er zudem einer Kirchenbehörde freiwillig gegeben hat, umspringen. Gerade durch sein eigenes Benehmen hat es Stöcker denen, die ihm wohl wollten, schwer gemacht, ihn zu verteidigen, und andererseits der Schar seiner Gegner immer neue Angriffsflächen geboten.

Und Bismarck sind diese Vorgänge natürlich nicht unbekannt geblieben.

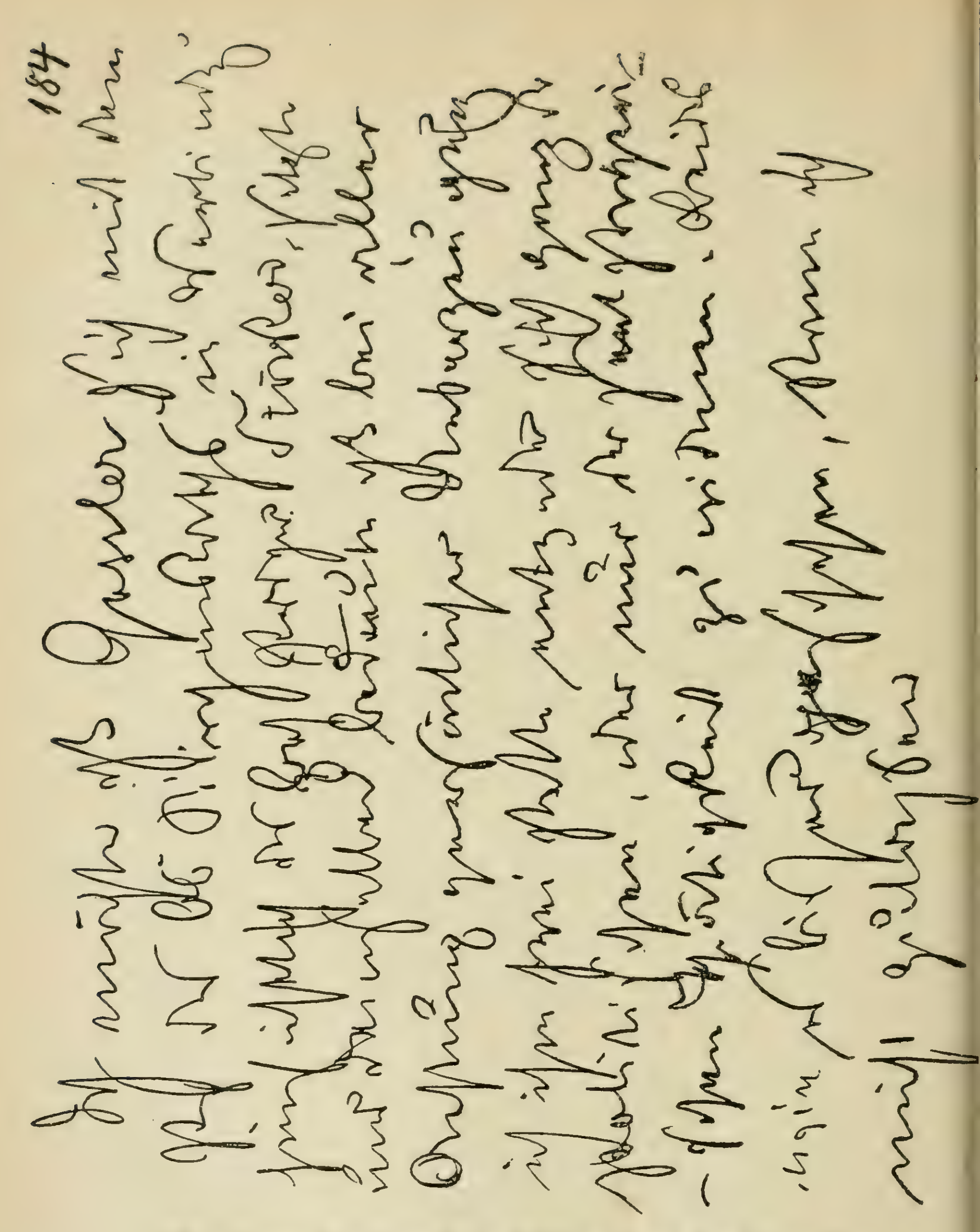
Das Gefühl der Verachtung, die Kaiser Friedrich für den Hofprediger Stöcker hatte, trat deutlich in Erscheinung als dieser Mann den Thron bestiegen hatte. Für jeden, der die Anschauungen dieses Monarchen kannte, war es klar, daß Friedrich III. eine Persönlichkeit wie Stöcker als Hofprediger sicher nicht lange behalten hätte. Eine der ersten Regierungshandlungen des Kaisers war bereits die Anregung zu einer Untersuchung der Disziplinarmöglichkeiten gegen Stöcker.

Veranlaßt wurde dieses Verfahren durch eine Notiz von der Hand des Kaisers, der damals, wie bekannt, bereits nicht mehr sprechen konnte und alle seine Wünsche mit Bleistift auf einen Notizblock schrieb. (Der Wortlaut dieser Notiz ist auf der folgenden Seite abgebildet.)

In der Staatsministerial-Sitzung vom 22. März 1888 bereitete Bismarck die Minister auf die in Aussicht stehende Kronrats-Sitzung vor und präzisierte seinen Standpunkt in der Angelegenheit Stöcker dahin, daß ein Disziplinarverfahren nicht in Betracht kommen könne. Nach den Aufzeichnungen von Lucius von Ballhausen über diese Staatsministerial-Sitzung hat Bismarck ausgeführt, daß der Fall Stöcker dem Kaiser sehr am Herzen liege, er habe geglaubt, ihn beliebig strafversetzen zu können. Stöcker sei aber nicht anders amovible als im Disziplinarverfahren. Dazu scheinen auch Schritte vom Oberkirchenrat eingeleitet zu sein, welchen dann ein weiterer Fortgang nicht gegeben sei. Ballhausen bemerkt dazu, daß Bismarck bei dieser Gelegenheit Stöckers Eifer und Beredsamkeit in der inneren Mission bewundert habe und „daß er ihn nicht gern hart behandelt sehen würde. Aber seine sonstige Agitation passe weder für einen Dom- noch weniger für einen Hofprediger."[1]) Am folgenden Tage fand die Kronrats-Sitzung bei Kaiser Friedrich III. in Gegenwart der beiden Söhne des Kaisers statt. Nachdem Bismarck einen

---

[1]) Lucius von Ballhausen Seite 439.



Eigenhändige Aufzeichnung Kaiser Friedrichs III. aus dem Jahre 1888.
Originalaufnahme nach den Akten.

(Ich möchte, daß Goßler sich mit dem Pr. (Präsidenten) des Ob. Kirchenrats in Verbindung hinsichtlich des Hofpredigers Stöcker setzte und demselben bedeute, daß bei aller Achtung persönlicher Überzeugung ich ihm freistelle, entweder sich ganz der politischen oder nur der seelsorgerischen Tätigkeit zu widmen. Beides, wie es bisher geschehen, kann ich nicht zulassen).

großen Überblick über seine auswärtige Politik gehalten hatte, wurde durch den Kultusminister Goßler der „Fall Stöcker“ vorgetragen. Hierbei wurde bemerkt, daß die Angelegenheit beim Oberkirchenrat schon $1^1/_2$ Jahre ruhte, Stöcker habe sich bereit erklärt, sich mit einem Ruhegehalt von 3000 Mark jährlich zurückzuziehen, und der Finanzminister sei bereit, diese Mittel zu beschaffen. Bismarck schlug dann vor, die Angelegenheit wieder in Fluß zu bringen, betonte nochmals, daß er Stöckers Auftreten bewundere, aber diese Kampfesart schicke sich nicht für einen Dom- oder gar einen Hofprediger. Über den Eindruck, den die Ausführungen Bismarcks gemacht haben, schreibt Lucius von Ballhausen: „Die Prinzen lächelten dabei, während Se. Majestät ernst aussah und seinen inneren Grimm beherrschte.“[1])

Unter dem 19. Mai 1888 berichtete der Kultusminister Goßler an den Kaiser in Beantwortung eines Schreibens des Geh. Kabinettrats vom 9. Mai in der Angelegenheit Stöcker. Goßler betont, daß nach seinem Aktenmaterial Stöcker seit dem 29. Dezember 1885 sich bei seinem öffentlichen Auftreten einer größeren Vorsicht und Zurückhaltung befleißigt habe, als in den vorangegangenen Jahren. Goßler schlug trotzdem vor, daß an den Ober-Kirchenrat in einem Erlaß auf die Tätigkeit Stöckers hingewiesen werde und machte bereits einen Entwurf für einen solchen Erlaß. Er lautete:

„Bereits des in Gott ruhenden Königs Majestät haben wiederholt an dem öffentlichen Auftreten des Hof- und Dompredigers Stöcker, namentlich auch als Leiter des von ihm gegründeten christlich-sozialen Arbeitervereins, Anstoß genommen. Insbesondere haben Allerhöchstdieselbe in dem an p. Stöcker gerichteten Erlaß vom 29. Januar 1888 der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß wenn p. Stöcker auch bei seinen sozialen Bestrebungen von guter Absicht geleitet werde, so doch seine Tätigkeit von Ausschreitungen nach Form und Maß nicht frei geblieben sei, und hieran die Erwartung geknüpft, daß p. Stöcker fortan überall, wo er öffentlich auftritt, auch außerhalb seines geistlichen Amtes, die dem Letzteren besonders obliegende Pflege des Friedens unter allen Klassen der Allerhöchsten Untertanen unbeirrt im Auge behalten werde. Auch mittelst Allerhöchster Ordre vom 29. November 1883 haben Meines Hochseligen Herrn Vaters Majestät durch Vermittlung des Präsidenten des Evangelischen Ober-Kirchenrats unter Bezeugung des Allerhöchsten ernsten Mißfallens über die Londoner Vorgänge vom Mai 1883 dem p. Stöcker eröffnen lassen, daß Allerhöchstdieselbe überhaupt bei dem außeramtlichen Auftreten des p. Stöcker vielfach den Takt vermißten, welcher zur Wahrung der Würde seines Amtes und Berufes als Dom- und Hofprediger unumgänglich geboten ist. Die hieran geknüpfte Erwartung, daß p. Stöcker fortan diese Rücksichten pflichtmäßig mit sorgfältiger Strenge

[1]) Lucius von Ballhausen Seite 444.

beobachten werde, hat sich, wie schon die Verfügung des Evangelischen Ober-Kirchenrats vom 29. Dezember 1885 erweist, nicht erfüllt. Ich verlange aber, daß p. Stöcker die ihm wiederholt von dem Höchsten Träger des kirchlichen Regiments gemachten Eröffnungen zur unabänderlichen Richtschnur seines Handelns nimmt und auch außerhalb seiner amtlichen Wirksamkeit mit peinlichster Gewissenhaftigkeit alles vermeidet, was gegen die, besonders ihm als Hof- und Dompredigers obliegenden Pflichten verstoßen könnte. Ich beauftrage den Evangelischen Oberkirchenrat Vorstehendes dem p. Stöcker zu eröffnen und bei Handhabung des Dispension und Dienstaufsicht im Sinne dieses Erlasses mit unnachsichtlicher Strenge zu verfahren!"

Die Reinschrift einer entsprechenden Anweisung an den Ober-Kirchenrat war bereits angefertigt und harrte der Unterzeichnung durch den Kaiser, aber am 7. Juni 1888, wenige Tage vor dessen Tode, wurde eine Verfügung erlassen, „daß die Angelegenheit des Hof- und Dompredigers Stöcker auf sich beruhen bleiben solle." Hiervon wurde der Kultusminister schriftlich in Kenntnis gesetzt. Friedrich III. fühlte bereits deutlich sein Ende und er wollte keine Handlung vornehmen, von der er genau wußte, daß sie im Widerspruch mit der Auffassung seines Nachfolgers stand. Hatte doch schon die plötzliche Entlassung Puttkamers den Widerspruch der Kreise um Wilhelm II. hervorgerufen.

Eine Aufzeichnung Hammersteins vom 16. Juni 1888 besagt folgendes: „Der Kaiser hat unmittelbar nach dem Tode seines Vaters die Absicht ausgesprochen, Puttkamer sofort wieder einzusetzen. Bismarck hat ausweichend geantwortet. Am 13. Juni, also 2 Tage vor dem Tode Kaiser Friedrichs III., hat die Kaiserin Viktoria Bismarck selbst die Rückkehr Puttkamers angeboten."[1])

In Übereinstimmung mit dieser Aufzeichnung steht das, was Lucius von Ballhausen über diese Pläne sagt:

Noch bevor Kaiser Friedrich III. die Augen schloß, hatte der Kronprinz Wilhelm zu Bismarck gesagt, „er wolle die Regierung im Sinne seines Großvaters führen und Puttkamer rehabilitieren." Bismarck widersprach diesem Plan und wies ebenso wie der Minister Friedberg darauf hin, daß das ein Akt der Inpietät gegen seinen Vater wäre, der seiner Regierung von vornherein einen falschen Stempel aufdrücken würde.[2]) Am folgenden Tage schloß Kaiser Friedrich die Augen, und es dauerte nicht lange, da meldete der „Reichs-Anzeiger" die Verleihung des Schwarzen Adler-Ordens an Puttkamer. Derartige Tendenzen waren dem totkranken Kaiser natürlich nicht verborgen geblieben......

Es wird vielen, die den persönlichen Gegensatz zwischen Stöcker und Bis-

---

[1]) Hans Leuß, Hammerstein Seite 59.

[2]) Lucius von Ballhausen Seite 464.

marck kennen, auffallen, daß Bismarck, entgegen seinem sonstigen Temperament im Jahre 1888 eine gewisse Milde an den Tag legt. Das hatte aber gute Gründe und sicher ist Hans Leuß auf dem richtigen Wege, wenn er eine Version erwähnt, wonach der Reichskanzler sein Verhalten im Falle Stöcker damit erklärt habe, daß „man kein Abbröckeln zulassen müsse;"[1]) denn während der Regierungszeit Kaiser Friedrich III. war Bismarck mehrfach gezwungen, der veränderten politischen Richtung am Hofe gegenüber Männern von rechtsstehender Seite in Schutz zu nehmen, Männern, von denen er wissen mußte, daß ihr Treiben Kaiser Friedrich im höchsten Grade unsympathisch war. Friedrich III. war nicht der Mann, der aus seiner Gesinnung Hehl machte, und wie der Fall Puttkamer beweist, auch daraus sehr rasch seine Folgerungen zog. Hätte Kaiser Friedrich III. länger gelebt, dann wäre sicherlich in der Besetzung mehrerer wichtiger politischer Posten eine radikale Änderung eingetreten. Eine solche Wandlung mußte aber im Hinblick auf die zu erwartende kurze Regierungszeit des totkranken Kaisers und bei der völlig anders gearteten politischen Gesinnung des Sohnes nach Möglichkeit gehemmt werden.

Zu der Behandlung der Stöcker'schen Angelegenheit in der Zeit Kaiser Friedrichs III. äußert sich Harden in der „Zukunft" Nr. 31, Jahrgang 1893 wie folgt:

„Und doch war der Ausweg, den der Kanzler fand, als im Charlottenburger Schloß die Entlassung Stöckers erörtert wurde, nicht nur konstitutionell, sondern auch praktisch der richtigere: er versagte dem Hofprediger das Martyrium des für seine politische Tätigkeit Gemaßregelten und zwang ihn doch, zwischen dem Altar und der Volksversammlung zu wählen. Damals brach für Herrn Stöcker die stillste Zeit an; seine Anhänger sahen nicht gern, daß er das Amt der Agitation vorgezogen hatte, und dann erst vermehrten sich wieder die Reihen seiner Gemeinde, als er der Hofkirche den Rücken kehren mußte."

Daß während der Regierungszeit Kaiser Friedrichs III. der damalige Kronprinz Friedrich Wilhelm zu Stöcker gehalten hat, steht fest. Es wird bestätigt durch ein Schreiben des Freiherrn von Mirbach vom 26. Mai 1888 an den Freiherrn von Hammerstein, worin dieser gebeten wird, sich in der „Kreuz-Zeitung" über den Fall Stöcker absolutes Stillschweigen aufzuerlegen und auf die Angriffe nicht mehr einzugehen. „Sie sind das dem Kronprinzen und seiner Gemahlin schuldig."[2]) Bismarck war über diese Beziehungen selbstverständlich gut unterrichtet, und er hat sie auch sicherlich mit in den Kreis seiner Erwägungen einbezogen, als er dem totkranken Kaiser den Rat gab, keine Zwangsmaßregeln zu ergreifen. Die Rücksichten,

---

[1]) Hans Leuß-Hammerstein Seite 56.

[2]) Hans Leuß Seite 61.

die Bismarck unter Kaiser Friedrich III. Stöcker gegenüber geübt hat, waren, sobald der junge Kaiser ans Ruder gekommen war, nicht mehr notwendig, und wenn Kaiser Wilhelm II. kurz nach seinem Regierungsantritt Stöcker gegenüber eine andere Haltung einnahm, so spielt hierbei Bismarck eine Rolle. So sagt Leuß von Bismarck: „Sehr bald gelingt es, den Hofprediger Stöcker bei Hofe zu verdrängen. Der Hofprediger ließ sich bewegen, sein kirchliches Hofamt durch einen gewissen Verzicht auf politische Agitation zu behaupten, ein Entschluß, der ihn politisch lahmgelegt und ihn schließlich ganz zum Hohenzollern gemacht hat."[1])

Die Tatsache, daß im Jahre 1888 Bismarck im Kronrate unter Kaiser Friedrich III. gegen die Disziplinierung Stöckers eingetreten war, ist Stöcker bekannt geworden, vermutlich auch wieder durch den Minister von Puttkamer, und der Hofprediger hatte das Gefühl, daß hier der Kanzler persönlich ihm einen großen Dienst erwiesen hatte. So sagt er selbst in seinem Buche:[2]) „Man kann wohl begreifen, wie hoch mein Herz schlug, als ich von dieser großmütigen Hilfe in schwerer Stunde erfuhr. Wenn ich dem Fürsten Bismarck gegenüber persönliche Mißstimmung empfunden hätte, was aber nie der Fall war, so wäre sie damals in Dankbarkeit untergegangen." Diese Dankbarkeit hinderte Stöcker aber nicht, noch in dem gleichen Jahre den berüchtigten „Scheiterhaufenbrief" zu schreiben! Freilich sagt Stöcker, daß er hier „nur sachliche und prinzipielle Politik" getrieben habe, aber für einen Mann mit Ehrbegriffen kann hier kein Zweifel über das Zwiespältige der Haltung bestehen.

In seinem Buche: „13 Jahre Hofprediger und Politiker" beurteilt Stöcker Bismarck wie folgt:[3])

„Ich habe den Fürsten Bismarck allezeit in der äußeren Politik für den größten Staatsmann der Weltgeschichte, in der nationalen Politik für einen der größten gehalten und erklärt, in der inneren Politik ist er mir dagegen, einige gute Griffe abgerechnet, als ein wenig glücklicher, in der innersten Politik, in der Pflege der sittlich-religiösen Lebensmächte als ein für Deutschland verhängnisvoller Staatsmann erschienen."

Der „Scheiterhaufenbrief" ist unter dem 14. August 1888 an den Chefredakteur der „Kreuz-Zeitung", Hammerstein, gerichtet gewesen. Auf irgend eine Weise gelangte er in die Hände der Redaktion des „Vorwärts", der ihn im Jahre 1895 veröffentlichte. Aus dem Briefwechsel zwischen Stöcker und Hammerstein geht deutlich hervor, daß die Absicht bestand, Zwietracht zwischen Kaiser und Kanzler zu säen. In dem „Scheiterhaufenbrief" machte Stöcker

[1]) Hans Leuß Seite 61.
[2]) 13 Jahre Hofprediger Seite 45.
[3]) Seite 24.

den Vorschlag, gewisse Fragen zu benutzen, um den Kaiser zu beeinflussen, und ihm zu suggerieren, daß er nicht gut beraten sei. Man müsse rings um das politische Zentrum resp. das Kartell „Scheiterhaufen anzünden und sie hell auflodern lassen, den herrschenden Opportunismus in die Flammen werfen und dadurch die Lage beleuchten. Merkt der Kaiser, daß man zwischen ihn und Bismarck Zwietracht säen will, so stößt man ihn zurück. Nährt man in Dingen, wo er instinktiv auf unserer Seite steht, seine Unzufriedenheit, so stärkt man ihn prinzipiell, ohne persönlich zu reizen. Er hat kürzlich gesagt: „Sechs Monate will ich den Alten (Bismarck) verschnaufen lassen, dann regiere ich selbst. Bismarck habe selbst gemeint, daß er den Kaiser nicht in der Hand behalte. Wir müssen also, ohne etwas zu vergeben, doch behutsam sein." — Dieser „Scheiterhaufenbrief" ist einer der sehr vielen dunklen Punkte im Leben Stöckers, eine Handlung, über die kein Bismarckfreund hinwegkommt. Das Schreiben ist und bleibt eine politische Intrigue, die ein Künder des Gotteswortes unter keinen Umständen vornehmen durfte. Nicht nur das. Sie ist eine Minierarbeit gewesen gegen den größten deutschen Staatsmann in dem Augenblick, wo Deutschland ihn ganz besonders notwendig hatte. Die Feinde Stöckers haben daher nicht mit Unrecht gerade den „Scheiterhaufenbrief" mit viel größerem Erfolge im Kampfe gegen Stöcker verwandt, als die Tatsache, daß er einmal in einer Gerichtsszene anscheinend in unvorsichtiger Weise unzutreffende Angaben gemacht hat. Stellt man sich freilich lediglich auf den Standpunkt der reinen Parteipolitik, die nur das Streben zur Macht kennt, dann hat Harden nicht Unrecht, wenn er sagt: „Die Epistel, die man den „Scheiterhaufenbrief" nennt, zeigt ihn als Meister der Taktik, vielleicht auch als Meister der Psychologie". Aber selbst Harden weist darauf hin, daß das Predigeramt von seinem Verwalter die lautere Wahrhaftigkeit erfordert und man kann nicht gleichzeitig öffentlich die Wahrheit predigen und heimlich in Briefen mit den Mitteln der Täuschung den Sturz des Kanzlers anregen.

Wie Bismarck diejenigen beurteilt hat, die beim Kaiser gegen ihn hetzten, das geht aus zahlreichen Pressekundgebungen hervor, die direkt oder indirekt von Bismarck veranlaßt waren. Die schärfste Charakterisierung in dieser Beziehung ist eine Notiz, die in der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 29. Juli 1892 stand (und ihre ganze Fassung zeigt unzweideutig, daß sie von Bismarck stammt). Da werden die „machtgierigen Elemente, die Bismarck beim Kaiser anschwärzen", gekennzeichnet als „Zuträger und Ohrenbläser, die Bismarck die Gnade des Kaisers gestohlen haben, an dem Kaiser eine Sünde, an der Nation ein Verbrechen und an dem Fürsten Bismarck eine Gewissenlosigkeit begingen, wofür sie schlechterdings keine Schonung beanspruchen können." Unstreitig hat Bismarck bei dieser Notiz an Stöcker gedacht, denn wenn auch damals der „Scheiterhaufenbrief" Bismarck noch

nicht bekannt war, so wußte er doch zu deutlich, in welchem Lager am erfolgreichsten die Bismarckhetze bei Hofe betrieben wurde.

Im Hinblick auf den „Scheiterhaufenbrief" sagt Stöcker: „Nicht mein Brief, sondern der Mißerfolg von 1890 und die mittelparteische Sozialpolitik haben ihn gestürzt. Hätte er eine freundliche und förderliche Stellung zu dem jungen, christlich-nationalen, sozialkonservativen Deutschland gewinnen können und den Kaiser dafür gewonnen, gewiß wäre er noch heute (1895) Kanzler, ich vielleicht noch Hofprediger und in Deutschland stände es jetzt anders." Diese Auffassung Stöckers zeugt nicht gerade von einer sehr großen politischen Begabung; denn die Gründe für den Rücktritt Bismarcks lagen eben ganz wo anders, und das hätte ein Mann wie Stöcker einsehen müssen. Er durfte sich im Jahre 1895 einen derartigen Satz nicht mehr leisten, ohne Gefahr zu laufen, sich lächerlich zu machen.

Über die Treibereien Stöckers gegen Bismarck bringt der Band III G. G. u. E. einige interessante Einzelheiten. So u. a. über die am 28. November 1887 bei Waldersee abgehaltene Versammlung, an der Prinz und Prinzessin Wilhelm (II) teilnahmen. Es handelte sich hierbei um Beschaffung von Geldern für die Berliner Stadtmission, wobei Prinz Wilhelm das Wort vom „christlich-sozialen Gedanken" aussprach. Im Anschluß daran sagte Prinz Wilhelm zu Herbert Bismarck: „Der Stöcker hat doch etwas von Luther." — — —

In dem sehr langen Schreiben Bismarcks an Prinz Wilhelm vom 6. Januar 1888, das im dritten Bande der „Gedanken und Erinnerungen" abgedruckt ist, benutzt Bismarck die Gelegenheit, den Prinzen in vorsichtiger, aber doch klarer Weise vor Stöcker und seinem Kreise zu warnen. Er weist darauf hin, daß „Priester viel verderben können und wenig helfen"; die priesterfrommsten Länder seien die revolutionärsten. In recht bissiger Weise sagt Bismarck von dem Ahnherrn des Prinzen, von Friedrich II:

„Es lag nicht in der Art des großen Königs, sein Vertrauen auf Elemente wie das der inneren Mission zu setzen;"

Bismarck rät dem Thronfolger zu Mißtrauen gegenüber seiner Umgebung und sagt dann wörtlich: „Schon in dem Namen „Mission" liegt ein Prognostikon dafür, daß die Geistlichkeit dem Unternehmen die Signatur geben wird, selbst dann, wenn das arbeitende Mitglied des Comite nicht ein Generalsuperintendent sein würde." „Ich habe nichts gegen Stöcker; er hat für mich nur den einen Fehler „als Politiker, daß er Priester ist und als Priester, daß er Politik treibt".

...... Ich bin ein gläubiger Christ, aber ich fürchte, daß ich in meinem Glauben irre werden könnte, wenn ich, wie der Katholik auf priesterliche Vermittlung zu Gott beschränkt wäre."......

In dem gleichen Briefe heißt es:

„Ich habe seit 30 Jahren zu viel unter der Giftmischerei der Herren „von der Kreuz-Zeitung und den evangelischen Windhorsten gelitten."

Dieser Brief enthüllt deutlich die wahren Gefühle, die Bismarck dem Hofprediger gegenüber hegte. Waren sie etwa unberechtigt?

Eine Einwirkung Stöckers auf den Prinzen Wilhelm, den nachmaligen Kaiser Wilhelm II., war doch gar zu deutlich erkennbar. Sie sprach sich nicht nur in der anfänglichen Begeisterung des Prinzen Wilhelm für Stöcker aus, sondern auch darin, daß der Prinz eine Reihe von Bemerkungen machte, von denen jeder wußte, daß sie lediglich dem Stöckerschen Einfluß zuzuschreiben waren. Wie stark dieser war, geht deutlich aus den Aufzeichnungen eines so konservativen Mannes, wie es der Freiherr Lucius von Ballhausen war, hervor. Dieser gibt aus einer Unterredung mit Bismarck folgendes wieder:

„Es werden jetzt lebhafte Versuche gemacht, den Prinzen Wilhelm in das hochkonservative und orthodoxe Lager zu ziehen, welches Bismarck sehr scharf verurteilt und mißbilligt.... Stöcker müsse sich vom Prinzen und von der Politik zurückziehen. Der Prinz habe die reaktionärsten Anwandlungen und wolle z. B. den Juden verbieten, in der Presse tätig zu sein. Er werde in die bedenklichsten Konflikte geraten und müsse einen vernünftigen Zivil-Adlatus erhalten, welcher ihn gehörig informiere und beeinflusse."[1])

Diese Mitteilung Bismarcks beruhte anscheinend auf einem Gespräch zwischen dem Prinzen Wilhelm und dem Minister von Puttkamer. Denn bei einer Unterredung, die in Letzlingen stattfand, hatte Prinz Wilhelm zu Puttkamer wörtlich gesagt: „Wenn er einmal drankomme, werde er nicht dulden, daß Juden in der Presse tätig seien." Auf Puttkamers Bemerkung, das sei wegen der geltenden Gewerbe-Ordnung nicht zu verhindern, antwortete der Prinz: „Dann schaffen wir die ab."[2])

Daß ein solcher Standpunkt Schrecken im Kabinett hervorrief, ist weiter nicht verwunderlich, und es ist daher verständlich, wenn Lucius von Ballhausen im Dezember 1887 schreibt: „Für einen künftigen Thronfolger hat Prinz Wilhelm zu lange in den beschränkten Ideen und dem Anschauungs-Unterricht der Potsdamer Gardeleutnants gelebt."[3]) Und der Finanzminister stellt fest, daß das Wissen des Prinzen von allgemeinen staatlichen Dingen sehr gering sei, und er beweise durch gelegentliche Äußerungen und Fragen, in welchen diesen Dingen völlig fremden Ideen und Anschauungskreisen er bisher gelebt habe. Daß für ein solches Gemüt der Einfluß Stöckers doppelt gefährlich werden konnte, ist begreiflich, und so ist das sehr scharfe Vorgehen Bismarcks zu erklären, der alles daran setzte, um den Prinzen und Stöcker zu trennen. So zeichnet Lucius von Ballhausen im Anschluß an die Walder-

---

[1]) Lucius von Ballhausen Seite 409.

[2]) a. a. O. Seite 410.

[3]) a. a. O. Seite 410.

see-Versammlung, an der Prinz Wilhelm teilgenommen hat, unter dem 25. Dezember 1887 auf: „Bismarck ist wütend über diese Beteiligung gewesen und hat es direkt oder durch den Grafen Herbert dem Prinzen zu erkennen gegeben. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" brachte auf Veranlassung Bismarcks eine Notiz, in der gesagt wurde, „es betrübe den Kronprinzen, daß in dieser schweren Zeit sich Personen und Priester an den Prinzen Wilhelm herandrängten, welche ihm im Grunde der Seele zuwider seien." Bismarck stützte sich bei diesem „journalistischen Wasserstrahl" auf eine schriftliche Mitteilung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, die an Friedberg gerichtet war und die die Teilnahme des Prinzen an der Waldersee-Versammlung offen mißbilligte.

Stöcker setzte seine ganze Hoffnung auf den jungen Kaiser. Unter seiner Herrschaft glaubte er sein politisches Ziel zu erreichen, hoffte er seinen Ehrgeiz zu befriedigen. Was unter Kaiser Wilhelm I. mit seinem ausgesprochenen Gerechtigkeitsgefühl nicht durchführbar war, was unbedingt auf den Widerstand Friedrich III. gestoßen wäre, das sollte — so glaubte Stöcker fest — unter Wilhelm II. gelingen. Aber es kam, wie es kommen mußte: **Der völlige Zusammenbruch erfolgte!** Gerade der Mann, auf den Stöcker alle Erwartungen gesetzt hatte, er vollzog das, was 1885 Wilhelm I. sich vorgenommen, was 1888 Friedrich III. erstrebt hatte. Nur mit dem Unterschiede, daß Stöcker damals mit allen Ehren verabschiedet worden wäre, während er unter Wilhelm II. erst auf das Schwerste gedemütigt wurde, schließlich in Ungnade fiel und dann ohne das geringste Zeichen von Dank den Stuhl vor die Tür gesetzt fand. Wilhelm II. hatte gar zu bald eingesehen, welche Kreaturen sich an ihn, als er noch Prinz war, herangedrängt hatten und es dauerte gar nicht lange, da trat auch die Folge dieser Erkenntnis deutlich in Erscheinung. Freilich hatte Stöcker es dem Kaiser auch nicht schwer gemacht, zu erkennen, wes Geistes Kind er war. Sein öffentliches Auftreten hatte ihn völlig unmöglich gemacht und die Strafe konnte nicht ausbleiben.

Unter dem 20. März 1889 berichtet Lucius von Ballhausen[1]), daß Wilhelm II. ein scharfes Kabinettsschreiben an den Oberkirchenrat gerichtet habe, worin er die Disziplinierung Stöckers wegen seines agitatorischen Auftretens verlangt, um so mehr, als inzwischen ein von Stöcker sehr unschön geführter Konflikt mit seinem Amtsbruder Witte entstanden war. „In jedem Falle müßte er aufhören, Hofprediger zu sein oder Führer der christlich-sozialen Agitation. Ersteres würde er im Interesse Stöckers und, um den Gegnern den Triumph nicht zu gönnen, bedauern." Zugleich wurde dem Oberkirchenrat ein scharfer Tadel über die „Schlappheit und die Langsamkeit in der Behandlung der Sache" ausgesprochen. Lucius

[1]) Lucius von Ballhausen Seite 493.

vermutet wohl nicht mit Unrecht, daß diese Kundgebung von Bismarck inspiriert war. Allerdings hat Bismarck in einer Staatsministerial-Sitzung vom 20. April angedeutet, als ob Hinzpeter, der Erzieher Wilhelms II. oder Güßfeld (der bekannte Weltreisende) dahinter steckte.[1])

Infolge des Vorgehens des Kaisers wurde er im Jahre 1889 von dem Geh. Kabinettsrat von Lucanus aufgefordert, sofort zu wählen zwischen einem Aufgeben seiner öffentlichen Tätigkeit oder seinem Predigeramt. Stöcker sagt hierzu: „Ich fühlte selbst, wie schwer es auf unser öffentliches Leben einwirken mußte, wenn der Kaiser mir und meinen Bestrebungen und damit allen Gesinnungsgenossen im Reiche seine Ungnade zu erkennen gab. Starke und wirksame Kräfte, die bei einer entschlossenen Politik nicht zu entbehren, wurden dadurch notwendigerweise lahmgelegt."[2]) Demnach hat Stöcker immer noch damit gerechnet, den Kaiser für seine Bewegung gewinnen zu können, und er hoffte hierbei seine Stellung als Hofprediger ausnützen zu können, ein Verfahren, das übrigens selbst in Kreisen der Freunde Stöckers nicht gebilligt wurde. Stöcker schreibt nun einen Brief folgenden Wortlauts (der sich im Original bei den Akten befindet):

„Da S. M. eine Tätigkeit, wie ich sie bisher im politischen Leben Berlins ausgeübt habe, mit dem Amte eines Hofpredigers für unvereinbar hält, so ist selbstverständlich, daß ich dieselbe aufgebe, so lange S. M. mir dieses Amt anvertrauen. Nach den gemachten Erfahrungen habe ich auch zunächst jede Freudigkeit verloren, den öffentlichen Kampf gegen den Umsturz auf politischem, sozialem und religiösen Gebiet in der bisherigen Weise fortzusetzen. Es hat deshalb für mich unter den gegenwärtigen Verhältnissen keine Schwierigkeit, sondern entspricht meiner Neigung, den politischen Parteikampf überhaupt für mich, wie für die christlichsoziale Partei einzustellen. Ich will diesen Teil meiner Tätigkeit den andern überlassen, und meine Vorträge nach Thema, Inhalt und Ton so einrichten, daß sie S. M. keinen Anstoß geben können. Ich werde, wenn ich öffentlich zu reden habe, nur religiöse, patriotische und soziale Gegenstände besprechen und die letzteren nur soweit behandeln, als sie unter den Gesichtspunkt des Christentums, der Kirche und der inneren Mission fallen. Sollte ich später von Gewissens wegen mich veranlaßt sehen, im Interesse des Vaterlandes oder der Kirche den Kampf wieder aufzunehmen, so werde ich S. M. davon pflichtgemäß Mitteilung machen und allerhöchst derselben alles weitere untertänigst anheimstellen."

---

[1]) Auf ein Urlaubsgesuch des Hofpredigers Stöcker schrieb der Geheime Kabinettchef Lucanus unter dem 18. Februar 1889 an den Evangelischen Oberkirchenrat, „daß zwar Stöcker ein Urlaub bewilligt werde, daß ihm jedoch die nachgesuchte Erlaubnis zur Haltung öffentlicher Vorträge überhaupt zu versagen ist." (Das Wort „überhaupt" stammt aus der Feder Wilhelms II.)

[2]) 13 Jahre Hofprediger und Politiker Seite 6 und 7.

Wir haben es hier mit einem Rückzug eines politischen Agitators zu tun, wie er in der Geschichte der Parteien wohl zu den allergrößten Seltenheiten gehört. Mit einem gewaltigen Sturm hatte Stöcker den Kampf begonnen, mit einem geräuschlosen Verzicht in den Akten der Kabinette wurde er beschlossen. Es ist das kein Abgang für einen politischen Helden....

1890 hatte die letzte Stunde Stöckers als Hofprediger geschlagen. Der Oberhofprediger Kögel wurde so krank, daß ein Nachfolger ernannt werden mußte. Stöcker war dem Range nach der älteste. Er wurde aber ostentativ übergangen dadurch, daß der Kaiser statt seiner Dryander zum Oberhofprediger ernannte. Das war ein ganz offentsichtlicher Affront gegen Stöcker und ein deutlicher Wink zum Verschwinden. Stöcker hat das auch empfunden. Mit ihm zusammen fühlte sich ein anderer Hofprediger, Schrader, ebenfalls betroffen. Es kam zu einer gemeinsamen Eingabe von Schrader und Stöcker, in der Schrader Versetzung, Stöcker den Abschied erbat, „wenn in der Berufung eines anderen Geistlichen gegen uns ein Mangel an Vertrauen liegt.“

Unter dem 6. November 1890 spricht Kaiser Wilhelm II. den Wunsch aus, „daß das Entlassungsgesuch Stöckers rasch zum Abschluß gebracht werde.“ Bei dem Hofprediger Schrader dagegen wird ausdrücklich noch von den treuen Diensten gesprochen und der Wunsch geäußert, daß das Ausscheiden aus seiner bisherigen Stellung „unter voller Schonung seiner Person sich vollziehe.“ Stöcker war bereits derartig in Ungnade gefallen, daß ihm bei der Entlassung kein Dank für seine Tätigkeit ausgesprochen wurde! Der Kaiser verfügte lediglich, daß im Gnadenwege Stöcker ein Zuschuß zu seiner Pension aus dem Dispositionsfonds gezahlt werde. Irgend eine Auszeichnung hat er bei seinem Ausscheiden für die langjährigen Dienste nicht erhalten!

Stöckers Hoffnungen auf die Unterstützung des Kaisers sind dann später bitter enttäuscht worden durch das bekannte Kaiser-Telegramm an Hinzpeter: „Stöcker hat geendigt, wie ich es vor Jahren vorausgesagt habe. Politische Pastoren sind ein Unding. Wer Christ ist, der ist auch „sozial“. Christlich-sozial ist Unsinn und führt zur Selbstüberhebung und Unduldsamkeit, beides dem Christentum schnurstracks zuwiderlaufend. Die Herren Pastoren sollen sich um die Seelen ihrer Gemeinde kümmern, die Nächstenliebe pflegen, aber die Politik aus dem Spiele lassen, dieweil sie das gar nichts angeht.“ Gerade dieses Telegramm ist für Stöcker sicherlich der schwerste Schlag seines ganzen Lebens gewesen. Daß gerade der Mann, auf den er die größten Hoffnungen gesetzt und den er vor den Wagen seiner Parteigeschäfte spannen wollte, sein Ziel als „Unsinn“ bezeichnete, mußte den von Natur aus mit so außerordentlicher Eitelkeit behafteten Mann vernichtend treffen!

Nach seinem Rücktritt hat sich Bismarck in der Presse mehrfach mit dem Hofprediger Stöcker auseinandergesetzt. Bemerkenswert in dieser Hinsicht

sind die z. T. aus der Feder Bismarcks stammenden, z. T. durch den Kanzler direkt inspirierten und von Herm. Hofmann geschriebenen Aufsätze aus den „Hamburger Nachrichten“ aus dem Jahre 1895. In dem ersten Aufsatz wird darauf hingewiesen, daß unter der Regierung Kaiser Friedrichs III. von verschiedenen amtlichen und kirchlichen Regimentern ein repressives Vorgehen gegen Stöcker angeregt worden sei, und im Zusammenhang mit diesem Hinweise wird bemerkt, daß die „Scheiterhaufenstimmung“ der Haltung des Reichskanzlers ihre Entstehung verdanke, der verhindern wollte, daß der künftige Thronerbe schon damals für den Einfluß einer bestimmten Kategorie gewonnen werde.

Ein weiterer Aufsatz gegen Stöcker war in der Morgenausgabe der „Hamburger Nachrichten“ vom 28. September 1895 enthalten. Darin wird bemerkt, daß Stöckers Vorstoß gegen Bismarck das Ergebnis des Mißvergnügens darüber sei, daß der Reichskanzler es abgelehnt habe, sich in den Dienst priesterlicher Politik zu stellen und namentlich dem Versuch, ein von der Staatsregierung unabhängiges protestantisches Zentrum neben dem katholischen herzustellen, seine Mitwirkung versagt habe. Bismarck läßt in dem Artikel andeuten, daß Stöckers Absicht bei dem Scheiterhaufenbrief gewesen wäre, „die Erbschaft des Fürsten Bismarck zur Vakanz zu bringen, um für sich und für wenige abhängige Freunde von derselben Besitz zu nehmen.“ In einem weiteren Artikel in den „Hamburger Nachrichten“ (15. Oktober 1896) knüpft Bismarck an eine Bemerkung Stöckers an, in der Stöcker Bismarck in der äußeren Politik für den größten Staatsmann erklärt. Schlagfertig weist Bismarck auf den Widerspruch hin, daß er auf der einen Seite Bismarck für den größten Staatsmann halte, auf der andern Seite aber gerade diesen großen Staatsmann zu stürzen versucht habe. „Jedenfalls liefert der Widerspruch zwischen beiden Äußerungen des Herrn Stöcker den Beweis einer Doppelzüngigkeit, die an einem evangelischen Geistlichen besonders bedauerlich erscheint.“

Natürlich spielen bei den Angriffen Stöckers gegen Bismarck, wie bei allen antisemitischen Angriffen auch die Beziehungen Bismarcks zu Bleichröder eine Rolle. In einem Briefe schreibt Stöcker, daß der Kanzler erst dann Stöckers Feind geworden sei, nachdem er Herrn Bleichröder angegriffen habe. Stöcker stellt absichtlich die Sache so dar, als ob Fürst Bismarck sich die Bekämpfung der Fortschrittspartei durch die christlich-soziale nicht mehr habe gefallen lassen, als man das Judentum in der Person des Herrn v. Bleichröder angegriffen habe. Da sei seine Geduld erschöpft gewesen und aus diesem Anlaß sei zum ersten Mal der Zorn Bismarcks gegen Stöcker erregt worden. Hier tritt das Bestreben zu Tage, den Fürsten Bismarck als unter Bleichröders Einfluß stehend darzustellen, gewissermaßen im Anschluß an den „Reichsglocken“-Gedanken.

In dem Aufsatz in den „Hamburger Nachrichten" wendet sich Bismarck gegen die Stöckerschen Vorwürfe, daß der damalige Angriff Stöckers auf Herrn v. Bleichröder nicht so unschuldiger Natur gewesen sei, wie jetzt von Stöcker behauptet werde. Bismarck vertritt vielmehr die Auffassung, daß die Hilferufe Bleichröders an den Kaiser berechtigt gewesen seien, weil Stöcker unter Hinweis auf die Schätze Bleichröders die Begehrlichkeit der Massen in eine bestimmte Richtung zu lenken versucht habe. Es wird dann schließlich in dem Aufsatz gesagt, daß ein volles Vertrauen des ersten Kanzlers zu Herrn Stöcker kaum jemals vorhanden gewesen sei.....

Sucht man nach den Gründen für die bedauerliche Entwicklung des Menschen in Stöcker, so wird man auf seine Herkunft zurückgreifen müssen. Unstreitig ist Stöcker ein Mann mit Begabung und zunächst auch beseelt von redlichem Willen. Sein Unglück war der zu schnelle Aufstieg aus dem kleinen bürgerlichen Elternhause in die Hofluft. Jeder Verstoß gegen die organische Entwicklung rächt sich, und man findet es nicht selten, daß, wenn ein Aufstieg zu schnell erfolgt, der Charakter des Menschen Schaden leidet, wie ja überhaupt das Emporheben des Menschen in eine andere Gesellschaftssphäre der beste Prüfstein für die Charakter-Eigenschaften ist. Für den Sohn des Wachtmeisters Stöcker ist der Aufstieg zum Hofprediger und zugleich zum Agitator zum Verhängnis geworden. Würde er sich nur auf sein Predigtamt beschränkt haben, oder wäre er nur Politiker geworden, er hätte vielleicht etwas Großes leisten können und wäre sich selbst treu geblieben. Der Verquickung des Hofdienstes mit Seelsorge, innerer Mission und Kampf gegen Sozialismus war sein Charakter anscheinend nicht gewachsen, und das ist sein Verhängnis geworden.

Die originellste Kennzeichnung des ehemaligen Hofpredigers Stöcker dürfte aus der Feder Maximilian Hardens stammen. Harden, der selbst jüdischer Herkunft und der der christlich-sozialen Bestrebung Stöckers sicherlich nicht mit besonderer Sympathie gegenüberstand, ist von einer einseitigen Parteinahme Stöcker gegenüber gesichert. Harden spricht von dem ausdrucksvollen Kopfe, „den leider keine guten Augen freundlich erhellten". Er stellt Mut und Kurzsichtigkeit in politischen Dingen gegenüber und kommt zu der Auffassung, daß Stöcker kein starkes und gütiges Herz gehabt hat und meint, daß man ihm nicht unrecht tue, wenn man sagt, daß nicht die Liebe ihn geleitet habe, die Liebe zum Geringsten im Volke, sondern der Wille zur Macht. Aber andererseits stellte Harden zusammen, was den Mann auszeichnete, und da ist sicherlich der Mut, den er bekundete, keineswegs das Geringste. Zunächst habe er, so meint Harden, nur die Auswüchse des jüdischen Geistes bekämpfen wollen in ziemlich ruhiger Tonart. Erst das große Kesseltreiben,

das gegen ihn begann, habe ihn in einen immer wilderen Haß hineingehetzt. „Er wurde ungerecht, vergaß die gewaltigen Anregungen, die das Volk des Buches der Menschheit gegeben hat und bedachte nicht, daß er die stärkste Waffe von dem Juden Lassalle und Stahl entlehnt hatte, der bis in sein 18. Lebensjahr auch ein Jude gewesen war. Er wurde ungerecht und war und blieb doch ein Prediger, der vor allen anderen wahrhaft und gerecht sein sollte." Sein Verdienst wäre aber gewesen, die evangelische soziale Bewegung möglich gemacht zu haben. Ein großes und geschichtlich bedeutsames Verdienst, selbst auch dann, wenn man bedenkt, daß der christlich-soziale Gedanke nicht von ihm stammte. Und Mut bekundete er, als er, der Hofprediger, Jesus den „Proletarierkönig" und die Bibel das „Arbeiterbuch" nannte, daß er zu Arbeitern ging und in einer Weise sprach, die die Arbeiter zu fesseln verstand. „Dabei war das besondere Talent des deutschen Liberalismus tätig, der es immer verstanden hat, sich alle bedeutenden Kräfte der Zeit zu verfeinden." Sein Fehler sei gewesen, daß der Hofprediger sich nicht auf sein Amt und seine Predigten, sich nicht auf seine soziale Tätigkeit beschränkt, sondern daß er zugleich Berufspolitiker wurde und nun dauernd in Gewissenskonflikte kam: in Gewissenskonflikte mit seinem Amte, am Hofe, in Konflikt mit seiner Stellung als Mitglied der konservativen Partei und als Führer der Christlich-Sozialen, die etwas ganz anderes wollten, als die konservative Partei. Bei den Christlich-Sozialen wollte man soziale Reformen, bei den Konservativen starres Festhalten am Überlieferten. Das Hineinmischen in die Parteipolitik ist, so folgert Harden, dem Manne zum Verhängnis geworden. Er mußte „unsaubere Hände" drücken, seine Kraft wurde gelähmt, und aus dem starken Manne wurde ein pfiffiger Taktiker, und nur seine Stellung in der Partei erklärt es, daß er in so intime Beziehungen zu dem Freiherrn von Hammerstein geriet, der wegen Unterschlagungen, Wechselfälschungen und dergleichen ins Gefängnis kam.....

Von einem Kenner der Verhältnisse in der konservativen Partei, Hans Leuß, wird Stöcker wie folgt charakterisiert: „Stöcker war sicher einer der größten Demagogen der Geschichte, war als Mensch wie als Politiker ein Blender. Ich sage mit Absicht „war"; denn der Stöcker von heute ist bei aller Verwandtschaft mit dem Stöcker von 1880 doch ein sehr verdienter Mann; ein Temperament, das in der Unterhaltung noch weit mehr zu faszinieren vermochte als in der Volksversammlung gab dem Hofprediger in seiner Umgebung den Schein des führenden Mannes. In Wahrheit hatte er von einem solchen wenig an sich. Er war ganz Mann des Moments, bei aller Energie Sanguiniker, der in momentanen Anregungen sich beschäftigte und von jener Stetigkeit des politischen Charakters weit entfernt war. Diesem Mangel verdankt Stöcker seinen Mißerfolg. Er wird dann mit einem Lutherwort charakterisiert, nämlich: er sei ein „fahrender Platzregen"

gewesen und anstatt sich seiner Arbeit in der Provinz zu unterziehen, habe er „einem Phantom nachgejagt, den Hohenzollern Berlin zu Füßen zu legen."[1])

Selbst Kreise, die Stöcker wohl wollten, mußten aber seine Kampfesmethoden verurteilen. So heißt es in dem Handwörterbuch „Die Religion in Geschichte und Gegenwart": „Die Größe seines Lebens war es, daß er mit seinem Glauben in das öffentliche Leben eintrat. Die Tragik aber ist die Art, in der er ihn einführte."[2])....

Gemeinhin pflegt man in jüdischen Kreisen, wenn man von Stöcker und seiner Bewegung spricht, in einem Atemzug mit Stöcker zusammen auch den Historiker Heinrich von Treitschke zu nennen. Ja in jüdischen Kreisen ist sogar die Ansicht verbreitet, als ob Treitschke und Stöcker zusammen gearbeitet hätten und sich dabei gerade des besonderen Wohlwollens Bismarcks erfreut hätten. Diese Auffassung ist völlig falsch und es ist angebracht, ihr einmal entgegen zu treten. Treitschke und Stöcker sind zwei grundverschiedene Charaktere: Stöcker ist, wie wir gesehen haben, ein Mann, der sich aus ganz kleinen Verhältnissen durch sein Streben nach Macht und politischem Ruhm emporgearbeitet hat und dem seine Stellung in der Hof-Gesellschaft zum Unglück für den Charakter wurde. Sein geistiges Niveau ist anders als das des Generalssohnes Treitschke. Gewiß, beide sind Kampfnaturen mit nationaler Gesinnung. Aber der Unterschied ist doch gar zu groß: Dem Volksführer, der die Arbeiter zu gewinnen sucht, steht der Gelehrte gegenüber, der in sich vereinigt Charakterstärke, Temperament und ungewöhnlich künstlerische Begabung. Treitschke hat selbst einmal von sich in einem Briefe gesagt, daß er im Zweifel war, ob er Maler oder Dichter werden sollte, und in der Tat, er hat von jedem der beiden Berufe etwas in sich. Er gehört zu den glänzendsten Stilisten, die Deutschland je gehabt hat. Die dichterische Ader kommt bei ihm immer wieder zum Durchbruch, während bei Stöcker die künstlerische Begabung so gut wie ganz fehlt. Stöckers Kampf ist nicht geadelt durch eine künstlerische Seele. Treitschkes Geschichtsdarstellungen sind stellenweise Gemälde von ungewöhnlicher Farbenpracht. Freilich gehört Treitschke zu den Malern, die auf ihrer Palette nur schwarz und weiß haben. Für die feinen Schattierungen hat Treitschke keine Farbe. Er gehört zu jenen Naturen, die nur glühend lieben oder nur glühend hassen können, und nur so erklärt es sich, wenn er sowohl in seiner Verehrung, als auch in seiner Kritik zuweilen über das Ziel hinausschießt. Wen Treitschke

---

[1]) Hans Leuß: Freiherr v. Hammerstein Seite 39.

[2]) Die Religion in Geschichte und Gegenwart. Handwörterbuch in gemeinverständlicher Darstellung. (Gunkel-Scheel). Tübingen 1913. (Aufsatz über Stöcker).

liebt, den liebt er mit vollem Herzen, wen er aber haßt, den haßt er mit ungeheurer Kraft, und so kommt es, daß bei ihm das Wort der Kritik für diejenigen, die von der Kritik betroffen werden, schärfer wirkt, als es von ihm selbst gemeint ist. Treitschke ist nicht der vorsichtig abwägende Historiker, wie es Ranke gewesen ist; er ist ein absolut subjektiv empfindender, aber darum nicht minder wertvoller Darsteller.

Zu Stöcker hatte Treitschke keine persönlichen Beziehungen. Ja es ist sogar bemerkenswert, was Hermann von Petersdorff von ihm schreibt:[1])

„Überhaupt war Treitschke, insbesondere durch seine Stellung zur Judenfrage, bei vielen — Bekannten und Unbekannten — in ein ganz unrichtiges Licht gekommen. Die Harmlosigkeit des Ministers von Puttkamer, die darin lag, daß er glaubte, zwei gute Freunde nebeneinander zu bringen, indem er Treitschke bei Tisch neben den Hofprediger Stöcker setzte, grenzt an Geschmacklosigkeit. Treitschke mußte Puttkamer darüber aufklären, daß er Stöcker gar nicht kenne."

Damit ist wohl am besten die Frage beantwortet, ob Treitschke Stöcker nähergestanden hat oder nicht. Wenn später einmal Treitschke den Hofprediger wegen der „Meineid-Angelegenheit Stöcker" in Schutz nahm und erklärte, jene Zeugengeschichte hätte jedem passieren können, so wird kein vernünftig denkender Mensch etwas dabei finden können. Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Meineids-Angelegenheit damals von den politischen Gegnern Stöckers gar zu sehr aufgebauscht worden ist und es sich dabei nur um ein Versehen handelt, das in der Tat bei jedem Menschen vor Gericht vorkommen kann.

Gewiß hat Treitschke Kritik an den Juden geübt; aber den Antisemiten ist dieser Mann nicht zuzuzählen. Man hat zwar Treitschke den „Beethoven des Wortes" genannt. Er ist aber eher ein „Richard Wagner des Wortes" gewesen. Wenn Treitschke in den Geruch kam, Anhänger der „Berliner Bewegung" zu sein, so hängt das damit zusammen, daß seine Kritik zeitlich zusammenfällt mit dem Auftreten Stöckers, im übrigen aber keinen organischen Zusammenhang hatte. Gewiß hat er bei seiner Eigenart in der Kritik die jüdischen Fehler vielleicht zu scharf hervorgehoben; aber einem Manne wie Treitschke wird man seinen Charakter und sein Temperament zu gute halten, umsomehr, als er, der in inniger Freundschaft mit jüdischen Gelehrten verbunden war, ganz im Gegensatz zu Stöcker den Standpunkt vertrat, daß man den Juden ihre verfassungsmäßigen Rechte nicht beschränken dürfe.

Was für scharfe Worte hat Treitschke nicht über die Presse und die Publizisten geäußert und dabei mußte er es selbst erleben, daß die Preußische Akademie der Wissenschaften ihn lange Zeit nicht für würdig hielt, Treitschke

[1]) Allgemeine Deutsche Biographie, Band 55, Seite 12.

in ihren Kreis aufzunehmen, weil „Treitschke kein Gelehrter, sondern nur ein geistreicher Publizist sei".

Daß Treitschke und Stöcker vollkommen verschiedenartig zu bewerten sind, das schreibt auch der bereits genannte Erich Lehnhardt, wenn er sagt: „Denn was Herr v. Treitschke gesagt hat, ist kaum mehr, als was sich jeder vernünftige Jude, dem sein deutsches Vaterland am Herzen liegt, hätte sagen müssen. Selbst wenn das nicht der Fall, Herr v. Treitschke mußte als Publizist auf die Bewegung eingehen, mußte sie prüfen und seine aufrichtige Meinung darüber sagen. Das hat er getan! Er denkt nicht daran, sich mit der Stöckerschen Bewegung oder überhaupt mit der Bewegung zu indentifizieren, ja er wendet sich ausdrücklich von ihr ab, wenn er sagt: „Es ist des Schmutzes und der Rohheit nur allzuviel in diesem Treiben." Er erkennt ausdrücklich an, daß sehr viele Juden, getaufte und ungetaufte, Mendelssohn, Veit, Riesser und andere um der Lebenden zu schweigen—deutsche Männer waren im besten Sinne, in denen wir die edlen und guten Züge deutschen Geistes erkennen, wenn er sagt: „Von einer Zurücknahme oder auch nur einer Schmälerung der vollzogenen Emanzipation kann unter Verständigen keine Rede sein. Sie ist eine offene und richtige." Mit Recht bezeichnet Lehnhardt Treitschke als „über dem antisemitischen Treiben stehend." (Seite 52).

Trotz seiner außerordentlich patriotischen Gesinnung und trotz des nationalen Schwunges, der gerade in Treitschkes Deutscher Geschichte im 19ten Jahrhundert zum Ausdruck kommt, ist Treitschke, der sich früher des Wohlwollens Kaiser Wilhelms I. in besonderem Maße erfreute, unter Kaiser Wilhelm II. in Ungnaden gefallen. Die Ursache hierfür soll u. a. die Schilderung des Charakters Friedrich Wilhelms IV. gewesen sein, die an höchster Stelle unliebsam berührt hatte. Infolgedessen versuchten einflußreiche Kreise, vor allem der Kultusminister Bosse und Ministerialdirektor Althoff, unter besonderer Darlegung der großen Verdienste Treitschkes um die deutsche Geschichtsschreibung die kaiserliche Huld für den großen Historiker wieder zu gewinnen. Bemerkenswert ist ein Satz in dem Schreiben des Kultusministers Bosse an den Kaiser, in dem es heißt: „Niemand hat soviel dafür getan, die Eigenart des preußischen Staates und die Verdienste der Hohenzollern um die Geschichte breiten Kreisen zum Verständnis zu bringen. Daneben laufen allerdings so auch in dem neuesten, dem 5ten Bande, seines Werkes manche subjektiv gefärbte und unzutreffende, hin und wieder sogar anstößige Urteile hin und her. Aber das muß bei jedem großen Historiker mit in Kauf genommen werden. Auch Leopold von Ranke hat sich davon, selbst in seiner Beurteilung des persönlich von ihm so verehrten Königs Friedrich Wilhelms I. nicht frei gehalten."....

Wenn im Zusammenhang mit Stöcker zuweilen auch der Name Adolf Wagner auftritt, so muß man auch hier eine Trennungslinie ziehen. Mein

verehrter Lehrer Adolf Wagner, der Altmeister der deutschen Finanzwissenschaften, ist auf politischem Gebiet eine Zeitlang mit Stöcker zusammengegangen; denn er hoffte in den Bestrebungen Stöckers einen Weg zu sehen, der das soziale Elend der unteren Schichten milderte. Wie wenig andere im konservativen Lager hat Adolf Wagner ein sehr warmes Herz für die Not der unteren Stände gehabt und zugleich das Bestreben gezeigt, überall helfend einzugreifen, wo die Möglichkeit sich bot. Gerade der Staatssozialismus Wagners ist ihm ja von vielen Kreisen sehr verübelt worden. Aber ein Charakter wie Adolf Wagner hat sich dadurch nicht beeinflussen lassen. Ein Antisemit ist aber Adolf Wagner, wie ich bestimmt weiß, nicht gewesen. Wagner hat die Auswüchse bekämpft, wo sie festzustellen waren, einerlei, ob es sich um die Ausschreitungen an der Börse oder um Steuer-Defraudationen von Groß-Grundbesitzern gehandelt hat. Überall ist er ebenso mutig wie temperamentvoll vorgegangen, und bekannt ist noch, wie unwürdig einst der große Gelehrte in einer hochkonservativen Versammlung behandelt worden ist. Ein solcher Mann ist ganz anders zu beurteilen als Stöcker, und ich kann auf das Bestimmteste versichern, daß Adolf Wagner dem Antisemitismus innerlich fern gestanden hat.

Er stand dem Judentum absolut objektiv gegenüber. Auf diesem Gebiete verbindet ihn mit Stöcker nichts. Das hat u. a. ein guter Kenner der Verhältnisse mein leider vor Verdun gefallener Freund, Dr. Paul Jacobs, — ein mecklenburgischer Bauerssohn — in einem auf Grund persönlicher Kenntnisse geschriebenen Aufsatz nachgewiesen[1]), und ich kann als alter Wagnerschüler nur bestätigen, daß die Resultate der Untersuchungen von Paul Jacobs durchaus zutreffend sind. Wenn Adolf Wagner sich durch die Agitation Stöckers und seiner Umgebung einmal allzusehr hat beeinflussen lassen, so war er Charakter genug, einzugestehen, wenn er zu weit gegangen war.[2])

[1]) Dieser Aufsatz erschien kurz nach dem Tode des Altmeisters in der „Allgemeinen Zeitung des Judentums", Berlin.

[2]) Ich darf in dieser Beziehung nur auf die Ausführungen Wagners in der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft" des Jahrgange 1880 aufmerksam machen.

## Kapitel 8.

# Der Alte im Sachsenwalde.

Haben wir nun aus den vorherigen Kapiteln zur Genüge ersehen können, wie der Staatsmann Bismarck, der auf der Höhe seiner Zeit steht, den Judentum gegenüber sich stellt, so können wir die Zusammenfassung der Stellung Bismarcks dem Judentum gegenüber am besten aus den Worten erkennen, die Bismarck nach seiner Entlassung ausgesprochen hat. Es ist die dritte Periode. Hier gleicht Bismarck dem Wanderer, der die Berghöhe erstiegen hat, der noch einmal das ganze Land, das hinter ihm liegt, überschaut und der nun seine Reise schildert, nicht immer, wie die Reise wirklich vor sich gegangen ist, vielfach nur so, wie sie in seiner Erinnerung haften geblieben ist, wie er sie gesehen haben will. Manches hat der alte Bismarck so dargestellt, wie er es der Nachwelt überliefert wissen wollte als seine Ansicht, zuweilen abweichend von dem wirklichen Sachverhalt, aber gerade dadurch doppelt interessant. Dieser dritten Periode verdanken wir zwei wichtige Dokumente: das ist ein Gespräch, das Hermann Hofmann, (der für Bismarck das war, was Eckermann für Goethe,) mit Bismarck über die Judenfrage gehabt hat und das zweite ist ein Aufsatz, den Bismarck in den „Hamburger Nachrichten" veranlaßte und der dort am 22. Juli 1892 erschien. Hermann Hofmann sagt selbst, daß dieser Aufsatz das darstelle, was „der Fürst über die Judenfrage und die antisemitische Agitation dachte." Beide Ausführungen sind also Geist von Bismarcks Geist und Fleisch von seinem Fleisch.

In dem Aufsatz in den „Hamburger Nachrichten" wurde ausgeführt, daß verschiedene Vorgänge der jüngsten Vergangenheit Erörterungen über die sogenannte Judenfrage hervorgerufen hätten. Angesichts dieser Tatsache halte es die Zeitung (lies Bismarck) für nützlich, einige Gesichtspunkte in den Vordergrund zu rücken, deren Beachtung bisher vergessen worden sei. Dazu gehöre in erster Linie, daß die antisemitische Agitation so wie sie jetzt in der Presse und in Versammlungen betrieben werde, zu praktischen Ergebnissen schwerlich führen könne. Es sei Tatsache, daß der israelitische Volksstamm vielen anderen Bevölkerungselementen im Gelderwerb überlegen sei. Diese Tatsache und ihre Folgen lassen sich nicht aus der Welt schaffen, wenn man nicht zu Maßregeln wie die Bartholomäusnacht zu Paris oder die Sizilianische Vesper greifen wolle, was selbst die leidenschaftlichsten Antisemiten für unzulässig erklären würden. Außerdem würden sich, wenn man überhaupt Ausnahme-

regeln gegen bestimmte Bevölkerungsklassen im Interesse von Staat und Volk zur Anwendung bringen wollte, Objekte von erheblicherer Schädlichkeit für den Staat als die Juden darbieten. So z. B. sei die Gefahr, die dem Staate und der Gesellschaft von der Sozialdemokratie drohe, sehr viel ernster, als diejenige, welche auf Übelstände zurückgeführt wird, die sich aus der jüdischen Eigentümlichkeit für das Erwerbsleben und die geschäftliche Moral ergeben. Zwar hätten die Antisemiten die dem Gemeinwesen nachteiligen Eigenschaften der Juden scharf hervorgehoben; aber Wege zur praktischen Abhülfe hätten sie nicht gezeigt. Was bisher von dieser Seite in Vorschlag gebracht worden sei, würde, selbst wenn sich eine Regierung fände, die das ausführe, das Übel, das den Klagegrund bildet, nur verschlechtern. So z. B. würden sich diejenigen intelligenten jüdischen Elemente, die von der richterlichen und Anwalts-Laufbahn ausgeschlossen würden, dann dem Handel und sonstigen Gewerbe zuwenden und dadurch die wirtschaftliche Macht der Juden noch vermehren. Alsdann fuhr der Aufsatz wörtlich fort (und an dem Stil des Aufsatzes merkt man deutlich den Bismarckschen Ursprung):

„Den Hauptgrund des Ärgers über die Juden bildet, daran muß man festhalten, die größere Erwerbsfähigkeit derselben. Diese entspringt aber Stammeseigenschaften, die unausrottbar sind. Der Jude ist infolge seiner natürlichen Veranlagung im Gelderwerb klüger als der Christ; er ist, wenigstens solange er noch kein Vermögen erworben hat, arbeitsamer und sparsamer als viele seiner christlichen Mitbewerber in der Branche, in der er überhaupt tätig ist. Und selbst wenn er sein Ziel erreicht hat, und reich geworden ist, bleibt er sparsamer, solange ihn die Renommiersucht nicht erfaßt. Auch der junge begüterte Israelit unterscheidet sich vielfach von seinen gleichsituierten christlichen Altersgenossen. Junge Israeliten, die in Liederlichkeit, Spiel und Gelagen sich und ihr Vermögen zu grunde richten, sind verhältnismäßig selten. Andererseits erklärt sich die größere Fähigkeit der Juden zum Gelderwerb daraus, daß sie finanziell mehr wagen als der Christ. Der Jude mag im Kugelregen vielleicht nicht tapferer und kühner sein als der Christ, aber bei Geschäftsunternehmungen ist er entschieden kouragierter und riskiert mehr. Der Jude ist ohne Zweifel auch durchschnittlich skrupelfreier in der Wahl der Mittel, die seinen Unternehmungen dienen. Dies alles gibt ihm einen Vorsprung im Gelderwerb, der sich durch gesetzliche Maßregeln nicht beseitigen läßt. Es ist natürlich, daß die jüdischen Fähigkeiten zum Gelderwerb sich in der Zeit, in der wir leben, wo jede Erwerbstätigkeit offene Bahn hat, wo alles dem Gelderwerb zustrebt, noch stärker als früher betätigen und in ihren Ergebnissen sichtbar werden.

Ist aber der Jude von seiner Geburt ab mit einer größeren Fähigkeit für den Gelderwerb dotiert, so wird man diese Begünstigung, die er für seine Erwerbstätigkeit von der Vorsehung voraus erhalten hat, nicht durch fortwährende

Deklamationen über die Schädlichkeit dieser Naturgabe beseitigen können. Schreien über einen Schaden nützt nichts; man muß Mittel zu seiner Abstellung anzugeben wissen. Und das vermissen wir bisher an der antisemitischen Agitation."

Daß diese Worte von Bismarck stammten, wurde schon bei Erscheinen des Aufsatzes angenommen. Wußte man doch genau, wie eng die Beziehungen zwischen Hermann Hofmann und Bismarck gewesen waren, wußte man doch, daß zahlreiche Artikel der „Hamburger Nachrichten" vorher Bismarck zu Gesicht gekommen waren. Aber jeder Zweifel, der etwa entstehen könnte, wird ausgeschlossen durch die Worte von Hermann Hofmann, der ausdrücklich betont:

„Wie der Fürst über die Judenfrage und die Antisemiten-Agitation dachte, ist in dem Artikel vom 23. Juli 1892 dargelegt."

Daß dieser Aufsatz sich aber auch wirklich mit der Auffassung des Bismarck aus der dritten Periode deckte, das geht aus der Unterredung hervor, die Herman Hofmann damals mit Bismarck gehabt hat. Damals erklärte der Fürst sein persönliches Verhältnis zu den Juden mit folgenden Worten:

„Eigentlich habe ich Undank von ihnen geerntet. Kein Staatsmann hat mehr für ihre Emanzipation getan als ich. Trotzdem haben mich die demokratischen und radikalen Blätter, die vorwiegend in jüdischen Händen sind, immer am heftigsten angegriffen. Aber ich nehme das nicht so tragisch. Das liegt wohl mehr daran, daß die Eigentümer der Blätter es ihrem politischen Standpunkt schuldig zu sein glauben, der Erinnerung daran, was sie als Juden mir zu verdanken haben, keinen Einfluß auf die Haltung ihrer Organe mir und meiner Politik gegenüber einzuräumen."

Bei diesem Gespräch machte Bismarck dann noch eine ganze Reihe von sehr interessanten Ausführungen. Er sagt:

„Was die antisemitische Agitation betrifft, so sehe ich, abgesehen von allen Erwägungen der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit, keinen Weg, auf dem sie ihr Ziel erreichen könnte. Ich habe öfters mit antisemitisch gesinnten Herren gesprochen. Wenn ich sie nach der Ausführung ihrer Projekte fragte, so ging es ihnen ähnlich wie den Sozialdemokraten. Sie griffen den gegenwärtigen Zustand an, wußten aber nicht, wie er im heutigen Staatsorganismus abzustellen sei. Oder wenn sie etwas vorbrachten, so lag die Unmöglichkeit, es zu verwirklichen, so klar zutage. Ich sagte ihnen: Ausweisen können wir die Juden doch nicht und eine Bartholomäusnacht gegen sie auch nicht in Scene setzen. Andere Maßregeln, wie ihre Ausschließung von richterlichen und anderen Staatsstellen aber können die Sache nur schlimmer machen. Dann würde sich die freigewordene jüdische Intelligenz noch mehr als bisher auf dem wirtschaftlichen und finanziellen Gebiete betätigen, was zur Folge hätte, daß Klagen über die Zunahme der jüdischen Macht und über deren miß-

bräuchliche Anwendung erst recht das Forum erfüllen. Es ist auch widerrätlich dem jüdischen Triebe nach Erwerb und Vermögensbildung staatlicherseits Hindernisse in den Weg zu legen. Solche Maßregeln können nicht getroffen werden, ohne zugleich die übrigen Bevölkerungselemente im Erwerbsleben zu behindern und zu beschränken, was nachteilig auf den nationalen Wohlstand einwirken würde. Auch pflegt namentlich der wohlhabende Jude ein sicherer Steuerzahler und guter Untertan zu sein. Ebenso darf man die Augen nicht vor den guten Seiten der Juden verschließen. Es steckt in ihnen manches, was wir nicht haben: Antriebe und Beweglichkeiten, die ohne die Juden in unserem Verkehrsleben kaum in gleichem Maße vorhanden sein würden. Die Juden bringen in die Meinung der verschiedenen deutschen Stämme ein gewisses Mousseux, das nicht unterschätzt werden sollte. Wenn ich noch Minister wäre, würde ich in bezug auf die Juden den Grundsatz empfehlen: La recherche de la confession est interdite. Man braucht sich aber die Juden nicht über den Kopf wachsen zu lassen oder sich finanziell von ihnen in einem Maße abhängig zu machen, wie es in vielen Ländern leider der Fall ist. Bei meinen Beziehungen als Minister zur jüdischen Hautefinance ist immer diese, niemals bin ich der verpflichtete Teil gewesen."

Die Stellungnahme, die in dem Aufsatz der „Hamburger Nachrichten" den Juden gegenüber zum Ausdruck kommt, deckt sich stellenweise fast wörtlich mit einem Interview, das im Januar 1898 durch die Presse ging, und zwar zunächst in der „Neuen Freien Presse" veröffentlicht wurde. Es wurde damals berichtet:

Ein süddeutscher Politiker, der bei einem der letzten Aufenthalte des Fürsten Bismarck in Kissingen in der oberen Saline zur fürstlichen Tafel zugezogen wurde, hat sich Aufzeichnungen über die damals geführten Gespräche gemacht und der „N. F. P." folgendes darüber mitgeteilt. Wer der Politiker gewesen ist, wird nicht gesagt. Eine Nachprüfung des Gespräches ist daher nicht möglich; aber schon damals stellten die Zeitungen fest, daß die Darlegungen ziemlich parallel mit dem gingen, was am 23. 7. 90 in den „Hamburger Nachrichten" veröffentlicht wurde.

In der „Neuen Freien Presse" wird auf ein Gespräch über die Juden, das an der Tafel Bismarcks geführt wurde, hingewiesen. Der Fürst habe sich zunächst auf einige ganz kurze Bemerkungen beschränkt, sei aber dann, als ein Herr an der Tafelrunde ein hartes Urteil über die Juden fällte und die Frage gestreift habe, ob es nicht zweckmäßiger gewesen wäre, wenn der damalige Reichskanzler einer ihm in den 80iger Jahren überreichten Resolution, die von antisemitischer Seite gekommen wäre, irgendwie Folge gegeben hätte, auf diese antisemitischen Ausfälle näher eingegangen. „Er halte die Beimischung des jüdischen Elementes für sehr nützlich. Die Juden geben der Bevölkerung ein Mousseux, das ihnen sonst fehlen würde, Antriebe und

Beweglichkeiten, die sonst kaum in dem Maße vorhanden wären." Wir haben also hier wiederum denselben Standpunkt, den Bismarck schon mehrfach vertreten hat, nämlich das Problem der Rassenkreuzung. Bismarck stellt auch hier wieder fest, daß eine Vermischung zwischen Semiten und Germanen den Deutschen zum Vorteil gereichen würde.

Auch der folgende Satz deckt sich vollkommen mit dem, was Bismarck bereits an anderer Stelle gesagt hat. Es ist nämlich die Rede davon, daß Bismarck keine Wege sah, auf denen die Ziele der Antisemiten zu verwirklichen waren. Es erginge ihnen ähnlich wie den Sozialdemokraten, sie wüßten nichts praktisch Ausführbares vorzuschlagen. Ausweisen können wir die Juden auch nicht, ohne unseren nationalen Wohlstand schwer zu schädigen. „Andere Maßregeln, wie etwa die Ausschließung der Juden von Richter- und anderen Staatsstellen, das würde, wie mir die Antisemiten selbst zugeben müssen, das Übel nur verschärfen; denn dann würden diejenigen jüdischen Intellektuellen sich auch auf diejenigen Gebiete werfen, bei denen das Übergewicht der Juden schon jetzt von den Antisemiten als unerträglich bezeichnet wird, nämlich auf die geschäftlichen."

Alsdann hat nach der „N.F.P." der Fürst sich über die Ursachen der antisemitischen Bewegung geäußert, und hier nimmt er einen Standpunkt ein, der sich vollkommen mit dem von Ranke deckt. Ranke hat einmal gesagt, daß es einen Antisemitismus aus religiösen oder völkischen Gründen nicht gebe, sondern nur aus wirtschaftlichen. In Übereinstimmung hiermit heißt es in der Aufzeichnung: Der Fürst führte dann aus, daß seiner Ansicht nach die Judenbewegung in der Hauptsache weniger religiösen oder Rasseninstinkten entspräche, als doch mehr *wirtschaftlichen Gründen*. Stellenweise wörtlich übereinstimmend mit dem, was in den „Hamburger Nachrichten" veröffentlicht wird, ist dann die Ansicht von der Überlegenheit der Juden im Gelderwerb. „Diese Überlegenheit aber beruht auf Eigenschaften, die durch staatliche Mittel nicht zu beseitigen sind. Die Juden sind infolge natürlicher Veranlagung in Geldsachen meist klüger und geschickter als die Christen. Auch wären sie, solange sie noch nicht zu Vermögen gelangt seien, wenn auch vielleicht nicht arbeitsamer, so doch genügsamer und sparsamer als die christlichen Mitbewerber." Es wird dann auf den größeren geschäftlichen Wagemut der Juden hingewiesen und dabei als widerrätlich bezeichnet, dem jüdischen Drange nach Erwerb und Vermögensbildung von staatlicher Seite Hindernisse in den Weg zu legen; denn dadurch würden die übrigen Bevölkerungs-Elemente ebenso betroffen werden und der Nationalwohlstand würde zurückgehen. Schließlich habe der Fürst seine Auffassungen dahin zusammengefaßt, er halte die Juden für nützliche Mitglieder des heutigen Staates und finde es unklug, sie zu beunruhigen. Namentlich der reiche Jude pflege ein sicherer Steuerzahler und guter Untertan zu sein.

Es ist eine sehr interessante Übereinstimmung in der ganzen Darlegung, so daß ich an der Echtheit des Interviews, auch wenn der Name des Verfassers nicht genannt ist, nicht zweifle.

Als seinerzeit das Interview veröffentlicht wurde, schrieben die „Berliner Neuesten Nachrichten", die gerade in Bismarckfragen oft sehr gut unterrichtet waren: „Nach unserer eigenen Kenntnis dürften im vorstehenden die Anschauungen des Fürsten, der sich über dieses Thema wiederholt ausgesprochen hat, im wesentlichen richtig wiedergegeben sein."

Auch an einer anderen Stelle hat Bismarck sich zur Judenfrage geäußert, und zwar in einem Artikel vom 17. Dezember 1892 in den „Hamburger Nachrichten". Der Aufsatz ist zwar nicht direkt von Bismarck geschrieben; aber er gehört zu den vielen Aufsätzen, die von Bismarck inspiriert sind. Das geht aus der Registratur von Hermann Hofmann deutlich hervor, im übrigen auch aus einem Aufsatz der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 6. Januar 1893. Es heißt dort: „Auf antisemitischer Seite sucht man unter Berufung auf den Namen des Fürsten Bismarck Parteigeschäfte zu machen. Diesem Unfug kann nicht nachdrücklich genug entgegengetreten werden. Wie man in Friedrichsruh von den antisemitischen Quertreibereien denkt, geht aus einem Artikel der „Hamburger Nachrichten" vom 17. Dezember 1892 hervor. In diesem Artikel werden die Antisemiten ein Element der Zersetzung, die nur der radikalen Linken zu gute kommen kann, genannt, und wird betont, daß man schon vor Jahren bei einer Nachwahl in Pommern die Möglichkeit hatte, die hochgradige Unzuverlässigkeit der Antisemiten kennen zu lernen. Es wird in dem Aufsatz von Demagogen extravaganter Art gesprochen und darauf hingewiesen, daß die Konservativen im Königreich Sachsen schon vor Jahren jede Verbindung mit den Antisemiten abgelehnt hätten. In der antisemitischen deutsch-sozialen Reformpartei befänden sich viele, die nur in einem Zustand politischer Verwirrung „in das Fahrwasser einer Bewegung geraten sind, welche sich in ihrer tatsächlichen Wirkung von der Sozialdemokratie nur zu oft kaum noch unterscheidet."

An diesen Aufsatz knüpft die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" folgenden Satz: „Mit diesem Satz ist für alle, welche in dem alten Reichskanzler den getreuen Eckardt sehen, der im Sachsenwalde über die Geschicke des deutschen Vaterlandes wacht, das Urteil über die antisemitische Bewegung gesprochen."

In der von Anton Memminger herausgegebenen „Bayerischen Landes-Zeitung" erschien im Januar 1898 ein Gespräch, das dieser mit dem Fürsten Bismarck gehabt hatte. Es ist bekannt, das Memminger häufig in Kissingen vom Fürsten Bismarck empfangen worden ist und mit ihm eine Reihe von Gesprächen geführt hat. U. a. werden in der „Bayerischen Landes-Zeitung" folgende Worte Bismarcks erwähnt: „Der bedeutendste und erfolgreichste Antisemit war zweifellos der Hofprediger Stöcker. Er hatte als ein vor-

trefflich unterrichteter Redner, dann als finanziell sehr günstig gestellter, und also wirtschaftlich ganz unabhängiger Mann, dazu in seiner einflußreichen geistlichen Stellung alle Voraussetzungen in sich, den herrschenden Judenbanken und deren freisinnigen Genossen ein Gegengewicht zu schaffen. Aber gleichwohl konnte ich mich für Stöcker nicht erwärmen, weil bei ihm, wie bei allen politischen Agitatoren im geistlichen Gewande, seien sie protestantisch oder katholisch, immer die mehr oder weniger enthüllte Absicht zu Tage tritt, die weltliche Vorsehung zu spielen und die Regierung in ihrem Herrscherberuf unterzukriegen..... die geistliche Herrschaft hat aber noch nirgends etwas oder wenigstens nicht viel getaugt.... Stöcker und seine Leute haben mir darum auch öfter am Zeuge flicken wollen und haben mir namentlich mein Verhältnis zum Bankier Bleichröder vorgeworfen. Ich weiß, was ich von Bleichröder und seinen Söhnen als Mensch zu halten habe. Ich weiß alles und billige nicht alles; aber seine Tochter ist eine Frau von vornehmer Gesinnung und Geist. Für mich selbst war Bleichröder mein Bankier, der einen Teil meiner Finanzen verwaltete. Es ist erlogen, daß ich ihm wichtige Mitteilungen politischer Natur gemacht habe, damit er solchergestalt bessere Geschäfte für sich und mich machen konnte. Aber wahr ist, daß mir Bleichröder im Jahre 1866 die Mittel zur Kriegsführung, die uns niemand vorschießen wollte, beschaffte. Das war eine Tat, für welche ich dem Manne zu Dank verpflichtet war. Als anständiger Mensch lasse ich mir auch von einem Juden nicht nachsagen, daß ich ihn gebraucht und ihn dann für geleistete Dienste, die ich als Staatsmann hoch veranschlagen mußte, verachtet habe. Daß Bleichröder der Urheber der Goldwährung ist und mich zu deren Einführung veranlaßt hat, ist eine Erfindung.... Das Zentrum hat durch seine sinnlose Zustimmung zu den deutschen Handelsverträgen der Landwirtschaft unendlich mehr geschadet, als ihr alle Juden geschadet haben und schaden können. Das war eine wirtlich reichsfeindliche Politik, woran die Sozialdemokratie die ausgelassenste Freude haben konnte[1]."

Man sieht die Wandlung: der jugendliche Bismarck kann sich eine Staatsautorität, die dem Juden Rechte einräumt, nicht denken. Der alte Bismarck will ein Gesetz, wonach die Erkundigung nach der Religion verboten wird, also die völlige Gleichberechtigung, die erst der Gewinn der Revolution gewesen ist. Auch hierin unterscheidet sich Bismarck ganz beträchtlich von seinem früheren Standpunkt, und wir sehen hier deutlich die Weiterentwicklung auf Grund der Erfahrungen. Gerade auf diesem Gebiet sieht man den Widerspruch deutlich; denn als junger Politiker hatte er mit Ludwig v. Gerlach einmal eine Debatte, wobei Bismarck den

[1]) Die Wiedergabe entstammt der Ausgabe der „Deutschen Tageszeitung" vom 19. Januar 1898.

Standpunkt vertrat, daß Preußen als evangelischer Staat nicht nur Protestanten anstellen dürfe, sondern auch Katholiken mit amtlichen Stellen betrauen müsse. Gerlach, der der bekannten pietistischen Richtung angehörte, die nichts wissen wollte von einer Toleranz gegen die Nicht-Protestanten, fragte erstaunt Bismarck, ob es wohl sein Grundsatz sei: „Erfülle Deine Bürgerpflicht, Nach Deinem Glauben frag' ich nicht." was denn Bismarck auch sofort bejahte. Da aber stellte Gerlach die zweite Frage, um ihn festzunageln, ob er den gleichen Standpunkt denn auch den Juden gegenüber einnehme. Der alte Bismarck hätte diese Frage unstreitig mit Ja beantwortet. Der jugendliche Bismarck geht der Festnagelung aus dem Wege, indem er recht schlagfertig antwortet, „die frage ich nicht nach dem Glauben, denen sehe ich es an." Gerade an diesem Beispiel im Vergleich mit den vorstehend wiedergegebenen Zeitungsaufsätzen sieht man deutlich den Umschwung, und zugleich den Fortschritt, der bei Bismarck eingetreten ist.

Adolf Kohut zitiert in der „Allgemeinen Zeitung des Judentums" (Jahrgang 1914) Ausführungen aus der „Allgemeinen Zeitung" in München ohne Angabe des Datums, die er als „Bismarckoffiziös" bezeichnet. Es heißt dort in Abwehr antisemitischer Angriffe:

„Fürst Bismarck hat in Frankfurt mit dem alten Rothschild, in Berlin mit Herrn v. Bleichröder in sehr guten Beziehungen gestanden, und der Letztere bewahrt dem Fürsten auch heute noch eine Ergebenheit und dankenswerte Anhänglichkeit, an welcher sehr viele unserer „patriotischen christlichen Landsleute" sich ein Muster nehmen können. Er dürfte gleichfalls wissen, wie Fürst Bismarck über die Bestrebungen des Antisemitismus denkt. Die freisinnigen Blätter würden viel eher im Rechte sein, wenn sie dem Fürsten Bismarck die Vaterschaft für die Stellung zuschreiben, welche die Juden heute gesetzlich und verfassungsrechtlich in Deutschland einnehmen. Die Herren von der freisinnigen Presse schneiden in ihr eigenes Fleisch aus Liebedienerei gegen die Gegner und Hasser des Fürsten Bismarck, ihn auch nach dieser Richtung als den Urheber einer der widerlichsten Erscheinungen unserer Zeit verleumden zu müssen. Alle gebildeten und unterrichteten Israeliten urteilen hierin wesentlich anders."

Die gleichen Ausführungen sind, wie aus dem Werke von Penzler (Bismarck nach seiner Entlassung) hervorgeht, auch in anderen Zeitungen, die Bismarck nahestanden, erschienen. Stil und Aufmachung deuten klar auf den Ursprung hin.

In diesem Zusammenhang gibt Kohut eine Vorstellung wieder, deren Richtigkeit ich nicht nachprüfen konnte; denn sie ist erst nach dem Tode Bismarcks veröffentlicht worden. Immerhin beruft sich der Verfasser auf Persönlichkeiten, die als Zeuge jener Zusammenkunft seine Mitteilungen bestätigen könnten und Kohut, der mit Poschinger befreundet war, hat sie seiner-

zeit abgedruckt. Es handelt sich um eine Mitteilung des ungarischen Advokaten Dr. Julius Kepes. Dieser hat im Sommer 1892 mit Bismarck in Bad Kissingen ein Gespräch gehabt und ist dabei auf das Judentum zu sprechen gekommen. Diese betreffende Stelle gibt Dr. Kepes in der Monatsschrift „Jung-Ungarn" (Juni-Heft 1911) wieder:

„Dr. Julius Kepes, dem sich Bismarck mit großem Wohlwollen genähert hatte und auf dessen Veranlassung dem gefeierten Staatsmann von den in Kissingen konzertierenden Zigeunermusikanten eine Serenade und zum Diner Tafelmusik gebracht wurde, hatte den Mut, ganz unbefangen und ruhig an den Fürsten die heikle Frage zu richten, ob die ganz außerordentlich herzliche Liebenswürdigkeit, mit der er ihn ausgezeichnet, nicht dadurch beeinträchtigt werde, daß er, Kepes, Jude sei, beziehungsweise ob der Kanzler sich vielleicht hierüber orientiert habe, bevor er ihn mit der Einladung zu Tisch beehrte?

„Warum fragen Sie das?" erwiderte Bismarck.

„Weil man allgemein wissen will," meinte Kepes, „Durchlaucht seien Antisemit. Ich glaube zwar nicht daran, denn Durchlaucht würden sich doch sonst wohl kaum stundenlang mit einem Rabbiner unterhalten haben, wie ich hier in Kissingen hörte."

„Aus den deutschen Zeitungen, die Sie jetzt lesen," bemerkte Bismarck, „müßten Sie wohl den Schluß ziehen, daß ich eigentlich kein guter Deutscher mehr bin. In Wirklichkeit wird das jeder rechtschaffene Mensch als Erfindung bezeichnen. Das Märchen von meinem Antisemitismus muß in dieselbe Kategorie eingereiht werden. Ich war immer bestrebt, die Sitten dieses klugen Volkes zu bessern, ohne ihm je etwas zuleide zu tun. Das wäre auch unchristlich gehandelt, denn das Judentum bildet die lebende Zeugenschaft des Christentums. Sollten die Juden aussterben, so bin ich überzeugt, daß dies für den Fortbestand des Christentums eine ungünstige Prognose wäre. Ich wußte genau, Herr Doktor, daß Sie der israelitischen Religion angehören, aber dieser Umstand beeinflußt meine Gesinnung nicht, im Gegenteil" — und er schob seinen Arm in den von Kepes — „die Zeugen des Christentums müssen hochleben."

Der Interviewer spann dieses Thema weiter und fragte den Fürsten, ob er wirklich gottgläubig sei. Bismarck beantwortete diese Frage ungefähr mit den Worten: „Leben und Gesundheit sind Gottesgaben. Hierüber habe ich seit meiner Jugend meine entschiedene unumstößliche Überzeugung. Ungeachtet der verschiedenen philosophischen Auffassungen, metaphysischen Wissenschaften und ihrer Entwicklung bin ich niemals auch nur einen Augenblick in meinem Glauben an Gott wankelmütig geworden."…..

Daß die beiden größten Deutschen des vorigen Jahrhunderts Goethe und Bismarck sehr viel Gemeinsames in ihrer ganzen Denkweise und auch in ihrer Entwicklung gehabt haben, das hat die Bismarck-Literatur sehr oft

hervorgehoben. Gewiß, man muß feststellen, daß Goethe nicht zu den Lieblingsdichtern Bismarcks gehörte, ja daß Bismarck sogar zahlreiche andere Klassiker, wie Shakespeare bevorzugte vor dem Weisen von Weimar. Aber dennoch auch bei Bismarck bewahrheitet sich das Wort: „In jedem Deutschen steckt ein Stück Faust." Und schon im Anfang dieser Ausführungen ist auf das Parallele in der Entwicklung zwischen Goethe und Bismarck hingewiesen worden. Der „Alte im Sachsenwalde" gleicht in vieler Beziehung dem „Alten aus dem Weimarer Gartenhause". Das gilt nicht nur von allgemeinen Weltanschauungsfragen, das gilt auch für eine Reihe von Problemen der Politik, und gerade in den Gesprächen „Goethes mit Eckermann" findet man zahlreiche Gedanken aus dem Munde Goethes, die sich mit den Auffassungen Bismarcks decken, und die gleiche Erscheinung haben wir in der Judenfrage zu sehen. Goethe und Bismarck haben in ihrer Stellung dem Judentum gegenüber die gleiche Entwicklung durchgemacht. Goethe und Bismarck haben in ihrer Stellung gegen das Judentum mit der Abneigung gegen das Judentum begonnen. Beide sind zunächst gegen die Mischehen aufgetreten. Aber beide haben sich im Laufe ihres langen Lebens durchgerungen zu einem Verstehen des Judentums. Die Entwicklung, die Bismarck genommen, ist in diesem Buche gezeigt. Die Entwicklung Goethes, die auffallend parallel läuft, kommt zum Ausdruck in dem Werk: „Meine Religion, mein politischer Glaube"[1]. Dort sagt Goethe.

„Ich war gegen unser neues Judengesetz, das die Heirat zwischen beiden Glaubensverwandten gestattet; ich meine, der Herr Superintendent müsse eher sein Amt niederlegen, als daß er die Trauung einer Jüdin im Namen der heiligen Dreifaltigkeit dulde; jede Verachtung der religiösen Gefühle im Volke bringt Unglück. Aber ich hasse die Juden nicht. Was sich in meiner frühen Jugend als Abscheu gegen die Juden regte, war mehr Scheu vor dem Rätselhaften, vor dem Unschönen. Meine Verachtung, die sich wohl zu regen pflegte, war mehr der Reflex der mich umgebenden christlichen Männer und Frauen. Erst später, als ich viele geistesbegabte, feinfühlige Männer dieses Stmmmes kennen lernte, gesellte sich Achtung zu der Bewunderung, die ich für das bibelschöpferische Volk hege und für den Dichter, der das hohe Liebeslied gesungen."

[1]) Herausgegeben von Dr. W. Bode, Berlin 1899, Seite 69.

# Anhang: Aktenstücke.

## Vom Berliner Kongreß.

### Aus dem 8. Protokoll. Sitzung vom 28. Juni 1878.[1])

Lord Salisbury erkennt die Unabhängigkeit Serbiens an, meint aber, daß es angebracht sei, für das Fürstentum das große Prinzip der religiösen Freiheit festzusetzen. — M. Waddington (Vertreter Frankreichs) gesteht ebenfalls Serbien die Unabhängigkeit zu, aber unter der Voraussetzung folgenden Vorschlags, wie ihn der Kongreß ebenso für Bulgarien angenommen hat:

„Die Einwohner des Fürstentums Serbien, gleichgültig welches ihre Religion sei, genießen vollständige Gleichheit der Rechte. Sie können zu allen öffentlichen Diensten, Ämtern und Ehren zugelassen werden und jeden Beruf ausüben, und der Unterschied des religiösen Glaubens kann niemandem gegenüber als ein Grund der Ausschließung geltend gemacht werden. Die Ausübung eines jeden Kultus ist absolut frei, und es darf keine Fessel auferlegt werden, weder in Bezug auf die hierarchische Organisation der verschiedenen Gemeinden, noch auf ihre Beziehungen zu ihren Geistlichen."

Fürst Gortschakoff fürchtet, daß diese Fassung sich insbesondere auf die Israeliten bezieht und wünscht — ohne jedoch dem erwähnten Prinzip im allgemeinen entgegentreten zu wollen — nicht, die Judenfrage, welche später behandelt werden wird, durch diese im voraus gegebene Erklärung festzulegen. Fürst G. erklärt, daß, soweit es sich nur um religiöse Freiheiten handele, solche in Rußland stets gewährt worden sind. Er stimmt seinerseits diesem Prinzip in vollstem Maße zu und wäre bereit, es im weitesten Sinne auszudehnen. Aber wenn es sich um staatsbürgerliche und politische Rechte handle, so bitte er, die Berliner, Pariser, Londoner und Wiener Juden, denen man sicherlich kein politisches und bürgerliches Recht verweigern würde, nicht zu verwechseln mit den Juden Serbiens, Rumäniens und anderer russischer Provinzen, welche seiner Ansicht nach eine Plage für die einheimische Bevölkerung sind. — Auf die Bemerkung des Präsidenten[2]) daß der bedauerliche Zustand der Israeliten vielleicht gerade auf die Beschränkung in den politischen und bürgerlichen Rechten zurückzuführen sei, erwidert Fürst Gortschakoff, daß die russische Regierung in einigen Provinzen unter dem Druck einer absoluten und durch die Erfahrungen gerechtfertigten Notwendigkeit die Israeliten einem Sondergesetz hätte unterwerfen müssen, um die Interessen der Bevölkerung zu wahren. — M. Waddington hält es für wichtig, diese feierliche Gelegenheit zu ergreifen, um den Grundsatz der religiösen Freiheit durch die Vertreter Europas bestätigen zu lassen. Er fügt hinzu, daß, wenn Serbien in die europäische Familie in derselben Weise wie die anderen Staaten eintreten will, es auch vorher die Prinzipien anerkennen muß, welche die Basis des sozialen Aufbaues in allen Staaten Europas bilden und daß es sie annehmen muß als die notwendige Vorbedingung für die Vorteile, die es zu erlangen wünscht. — Fürst Gortschakoff hält an seinem Standpunkt fest, daß die bürgerlichen und politischen Rechte den Juden in Serbien nicht in absoluter Form zugestanden werden können. —

---

[1]) Die Übersetzung des Protokolls aus dem im „Staatsarchiv" abgedruckten französischen Original verdanke ich Fräulein Grata Schlomka.

[2]) d. i. Fürst Bismarck.

Graf Schouwaloff weist darauf hin, daß diese Bemerkungen keinen prinzipiellen Gegensatz zu den französischen Vorschlägen darstellen. Das jüdische Element, das in einigen russischen Provinzen zu stark geworden war, mußte einer besonderen Regelung unterworfen werden, aber es sei zu hoffen, daß man in Zukunft die unbestreitbar bestehenden Unzuträglichkeiten, wie Fürst Gortschakoff sie angedeutet hat, überwinden könne, ohne die religiöse Freiheit, deren Entwicklung auch Rußland wünscht, zu verletzen. — Graf de Launay sagt im Namen Italiens, er beeile sich dem Prinzip der religiösen Freiheit zuzustimmen, welche eine der wichtigsten Grundlagen der Organisation seines Landes sei, und er schließe sich den hierzu von Deutschland, Frankreich und England gemachten Ausführungen an. — Graf Andrassy äußert sich in gleichem Sinne, und die ottomanischen Bevollmächtigten erheben keinen Widerspruch. — Fürst Bismarck erklärt, nachdem er das Resultat des Votums bestätigt, daß der Kongreß die Unabhängigkeit Serbiens anerkennt, aber unter der Bedingung, daß in dem Fürstentum religiöse Freiheit gewährt wird. Er fügt hinzu, daß die Berichtskommission beim Formulieren dieses Beschlusses den Zusammenhang darlegen müsse, der zwischen der Proklamation der Unabhängigkeit Serbiens und der Anerkennung der religiösen Freiheit durch den Kongreß hergestellt sei.

## Aus dem 10. Protokoll. Sitzung vom 1. Juli 1878.

M. Waddington erklärt, daß die Bevollmächtigten Frankreichs, getreu den Prinzipien, welche sie bisher gewahrt haben, von dem Kongreß verlangen, daß er für die Unabhängigkeit Rumäniens die gleichen Bedingungen stelle wie für die Serbiens. Er verhehlt sich nicht die Schwierigkeiten, die in Rumänien bestehen, aber nach eingehender Prüfung der Argumente, welche man nach der einen und anderen Richtung vorbringen kann, sind die Vertreter Frankreichs zu der Überzeugung gekommen, daß von dem großen Grundsatz der Gleichheit der Rechte und der Freiheit der Kulte nicht abgewichen werden darf. Die rumänische Regierung könne auch schwerlich für sein eigenes Gebiet einen Grundsatz ablehnen, der in der Türkei für seine eigenen Untertanen gilt. Er meint, daß es kein Zögern gebe und daß Rumänien, wenn es in die große europäische Familie aufgenommen zu werden wünsche, die Pflichten und selbst die Unbequemlichkeiten auf sich nehmen muß, die mit der Stellung, aus der es Nutzen gewinnen will, verbunden sind. Für lange finde sich eine so günstige und feierliche Gelegenheit nicht wieder, um erneut einen Grundsatz zu proklamieren, der die Ehre und Festigkeit aller zivilisierten Nationen begründet. Was die bestehenden lokalen Schwierigkeiten anbelangt, so meint der 1. Vertreter Frankreichs, daß diese sich leichter überwinden ließen, wenn dieser Grundsatz in Rumänien anerkannt worden sei und die jüdische Rasse weiß, daß nur ihre eigene Tüchtigkeit und die Übereinstimmung ihrer Interessen mit denen der einheimischen Bevölkerung ihr Erfolg verspricht. Zum Schluß sagt W., daß er darauf bestehen müsse, daß die gleichen Bedingungen politischer und religiöser Art, die man für Serbien verlangt hat, auch dem rumänischen Staat auferlagt würden. — Fürst Bismarck weist auf die in Deutschland bestehenden Prinzipien bezüglich der öffentlichen Rechte hin und auf das Gewicht, das die öffentliche Meinung darauf legt, daß man die gleichen Prinzipien, die man in der inneren Politik anwendet auch auf die äußere Politik ausdehnt, und er erklärt im Namen Deutschlands sich dem französischen Vorschlage anzuschließen. — Graf Andrassy stimmt dem französischen Vorschlag zu. — Lord Beaconsfield gibt im Namen der englischen Regierung seine volle Zustimmung zu dem französischen Vorschlag. Er würde nicht einen Augenblick daran denken, daß der Kongreß die Unabhängigkeit Rumäniens ohne diese Bedingung anerkennen würde. — Die Vertreter Italiens geben die gleiche Erklärung ab. — Fürst Gortschakoff, der sich auf die Ausführungen bezieht, durch die der französische

Vorschlag begründet worden ist, und durch die der religiösen Freiheit die weiteste Ausdehnung gegeben ist, stimmt dem Vorschlag voll zu. — Graf Schouwaloff fügt noch hinzu, daß die Zustimmung Rußlands zu der Unabhängigkeit Rumäniens indessen davon abhängt, daß Rumänien die von der russischen Regierung geforderte Bedingung der Wiederabtretung annimmt. — Die ottomanischen Vertreter erheben keinen Widerspruch gegen die von den französischen Vertretern vorgelegten Grundsätze und der Präsident stellt fest, daß der Kongreß darin einig ist, Rumäniens Unabhängigkeit nur unter denselben Bedingungen, die Serbien gestellt worden sind, anzuerkennen.

# Der „Fall Stöcker".

## Auszüge aus den Akten.

Berlin, den 29. Dezember 1885.

An des Kaisers und Königs Majestät.

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät Allergnädigsten Weisung vom 24. Juni d. Js. folgend, unterlassen wir nicht, über die den Hofprediger Stöcker betreffenden Festsetzungen und Anführungen, welche in dem gegen den Redakteur der Freien Zeitung, Bäcker, ergangenen Erkenntnis des hiesigen Landgerichts vom 16. Juni d. Js. enthalten sind, in Rücksicht auf das vom p. Stöcker bekleidete Amt als Hof- und Domprediger alleruntertänigst nachstehend zu berichten:

Mittels Eingabe vom 19. Juni d. Js. sandte p. Stöcker uns die beiden Flugblätter zur Information, welche den Prozeß gegen die Freie Zeitung und den von dem Fabrikanten Reinhard Schmidt gegen Stöcker angestrengten Prozeß hervorgerufen haben, Wir nahmen Veranlassung, sowohl das Erkenntnis des hiesigen Landgerichts in der ersteren Anklagesache vom 16. Juni d. Js., als auch das Urteil des hiesigen Schöffengerichts in der Beleidigungs-Prozeßsache mit Schmidt vom 16. Juni d. Js. einzufordern. Ersteres hat die Rechtskraft beschritten. Das Letztere, durch welches p. Stöcker wegen öffentlicher Beleidigung des Privatklägers Schmidt mit einer Geldstrafe von Mk. 150,— im Unvermögensfalle mit 15 Tagen Gefängnis, Schmidt aber auf die Widerklage Stöckers, wegen öffentlicher Beleidigung des Letzteren, mit einer Geldstrafe von Mk. 50,—, im Unvermögensfalle mit 5 Tagen Gefängnis bestraft worden ist, erlangte nicht die Rechtskraft, weil dagegen seitens des Beklagten und Widerklägers Stöcker die Berufung eingelegt wurde. Die getroffene Strafentscheidung kam endlich dadurch in Fortfall, daß auf Vorschlag des Klägers Schmidt beide Teile ihre Strafanträge in der Berufungsinstanz zurücknahmen und p. Stöcker sich verpflichtete, die Kosten des Prozesses zu tragen.

Das durch diesen Vergleich beseitigte Erkenntnis bleibt indessen in seinen Ausführungen bei der jetzigen Beurteilung der Sachlage jedenfalls insofern von Bedeutung, als sich dieselben auf ausdrückliche Zugeständnisse des Verklagten Stöcker stützen. Danach hat p. Stöcker in der öffentlichen Versammlung vom 7. November 1884 bei Erörterung der Aussichten für die Stichwahl in Siegen für den Reichstag geäußert:

„Die elenden Lügen, welche mein Gegenkandidat Schmidt auf rotes Papier drucken läßt, werden nicht verfangen. Gegen solche Infamien schützt am besten der dortige konservative Grundsatz: „Ein kräftiges und lebendiges Christentum", und hat im ferneren Verlauf seiner Rede das Wort „Buben" gebraucht, wenn auch nicht in Bezug auf den Kläger selbst, wohl aber auf die „Fortschrittlichen Agitatoren"; der Richter hatte seiner-

seits, allerdings ohne nähere Begründung, angenommen, daß p. Stöcker mit dem Ausdruck „Buben" auch den Kläger Schmidt bezeichnet habe.

Was das zuerst erwähnte Erkenntnis in der Anklagesache wider den Redakteur Bäcker anlangt, welcher die ihm wegen öffentlicher Beleidigung des p. Stöcker auferlegte Gefängnisstrafe von 3 Wochen inzwischen verbüßt hat, so wird in den Gründen zwischen solchen Behauptungen des Angeklagten unterschieden, welche die Schuldfrage berühren und solchen, welche bei der Strafzumessung in Betracht kommen. In beiden Richtungen werden über das Verhalten und Äußerungen Stöckers Einzelheiten angeführt, die zum Teil 5—7 Jahre zurückliegen und durch die Tagespresse, in welcher sie seit jener Zeit für und wieder eingehend erörtert worden sind, uns im Wesentlichen schon früher bekannt waren. Sie lassen sich auf Inkorrektheiten im Ausdruck und auf Irrtümer zurückführen, deren größere oder geringere Bedeutung von dem Standpunkt des jeweiligen Beurteilers abhängig, und welche als solche, gegenüber der vielseitigen politischen Tätigkeit Stöckers überhaupt, nur von verhältnismäßig geringem Belang erscheinen.

Das Kollegium war einstimmig der Ansicht, daß aus den in den Erkenntnissen erörterten Tatsachen ein Anlaß nicht zu entnehmen sei, gegen p. Stöcker das Disziplinarverfahren mit dem Ziel auf Entfernung aus dem von ihm bekleideten Amt als Hof- und Domprediger zu eröffnen, zumal inzwischen die zweite Ordentliche General-Synode der berufensten Vertreter der synodalen Organe unserer Evangelischen Landeskirche denselben bei der durch Akklamation vollzogenen Wahl des General-Synodalrats in diese Körperschaft gewählt hat, und es keinem Zweifel unterliegt, daß p. Stöcker nach wie vor das Vertrauen und die Sympathien ausgedehnter kirchlicher Kreise in vollem Umfang besitzt.

Diese Kreise würden ein disziplinarisches Vorgehen des kirchlichen Regiments gegen p. Stöcker nicht verstehen und dadurch geradezu in Verwirrung und Aufregung versetzt werden, um so mehr, als ein solches Vorgehen von der kirchlich oder politisch gegen p. Stöcker feindlich auftretenden Presse mit dem lautesten Triumph gefeiert werden würde. Schon aus diesem Grunde war bei Behandlung der Angelegenheit die größte Vorsicht als unabweisbare Pflicht zu erkennen. Wohl aber erscheint es notwendig, aus Anlaß der erwähnten Erkenntnisse von Neuem zu prüfen, in wie weit p. Stöcker durch seine politische Tätigkeit in Konflikte mit den ihm als Geistlichen der Landeskirche obliegenden Pflichten geraten, und in welcher Weise die kirchliche Aufsichtsbehörde zur Aufrechterhaltung der bestehenden kirchlichen Ordnung dem gesamten Verhalten des Hofpredigers Stöcker gegenüber Stellung zu nehmen habe. Dasselbe kam bei der Erwägung nach vier Richtungen hin in Betracht, nämlich:

1. in Bezug auf seine spezielle Amtstätigkeit an der hiesigen Domkirche,
2. hinsichtlich seiner Tätigkeit auf dem Gebiete der inneren Mission, insbesondere als Leiter der Berliner Stadtmission,
3. als Abgeordneter des Deutschen Reichstages und des Preußischen Abgeordnetenhauses,
4. als Stifter und Führer der Christlich-Sozialen, und was hiermit in unmittelbarer Verbindung steht, als rühriger Agitator einer bestimmten politischen Partei.

In Betreff der beiden ersten Kategorien konnte die rückhaltlose Anerkennung seiner Verdienste einem Zweifel nicht unterliegen. Seine Predigten werden stets von einer zahlreichen und andächtigen Gemeinde besucht. Das von ihm vor einigen Jahren in kleinen Anfängen begonnene Werk, an Sonntagen gedruckte christliche Predigten erbaulichen Inhalts an Personen verkaufen zu lassen, die durch ihren Lebensberuf oder Krankheit verhindert werden, ihre Erbauung im Gotteshause zu suchen, hat sich unter Gottes sichtbarem Segen in ungeahnter Weise ausgebreitet.

Daneben ist Stöcker ein treuer Seelsorger seiner Gemeinde und wird darin wirksam unterstützt durch die Berliner Stadtmission, deren der vollsten Anerkennung würdige Erfolge dem ganzen Vaterlande zugute kommen und einer besonderen Beleuchtung nicht bedürfen. Die Brandenburgische Provinzial-Synode hat ihre Anerkennung dadurch zum Ausdruck gebracht, daß sie p. Stöcker 1881 mit 76 von 128 Stimmen und 1884 mit 112 von 132 Stimmen zum ersten geistlichen Beisitzer ihres Vorstandes gewählt hat.

Was Stöckers Eingreifen in die politischen Verhältnisse als Mitglied des Deutschen Reichstags und des Preußischen Abgeordnetenhauses anlangt, so liegt dasselbe unserer Beurteilung zwar ferner; indessen wird kaum bestritten werden können, daß daraus der Kirche selbst insofern Vorteile erwachsen, als bis zu Stöckers Eintritt in die parlamentarischen Körperschaften es darin an Geistlichen gefehlt hat, welche die spezifisch kirchlichen Interessen vom positiven, nicht protestantenvereinlichen Standpunkt (wie Richter-Mariendorf u. a.) vertreten.

Die Hauptbedenken fand das Kollegium auf dem vierten Gebiet, nämlich Stöckers ausgedehnter allgemein politischer Parteitätigkeit, insbesondere als Haupt der Christlich-sozialen Partei. Unvergessen wird auch hier der unverzagte Mut bleiben, mit welchem p. Stöcker vor mehr als 7 Jahren sich der drohenden Hochflut der Sozialdemokratie — man kann sagen mit Gefährdung seines Lebens — entgegenwarf, in Versammlungen der aufgeregten Masse hineinging und durch seine christliche und volkstümliche Beredsamkeit große Kreise von Arbeitern und aus dem Bürgerstande unter die Anhörung christlicher Wahrheiten brachte, welche dafür sonst nicht erreichbar wären.

Bei aller Anerkennung dieser Seite der Sache, konnte sich indessen das Kollegium das gewichtige Bedenken nicht verhehlen, daß p. Stöcker, mitten in den Parteileidenschaften stehend, von den erbitterten Gegnern und einer wohlgeschulten skandalsüchtigen Presse auf Schritt und Tritt beobachtet und mit grimmigem Haß verfolgt und beschimpft, der fast unüberwindlichen Gefahr ausgesetzt ist, auch seinerseits diejenigen Grenzen der Friedfertigkeit und gemessenen Haltung zu überschreiten, welche ihm durch sein Amt als evangelischer Geistlicher überhaupt, in Sonderheit durch seine Stellung als Hof- und Domprediger geboten sind.

Tatsächlich ist nun auch durch die oben erwähnten Prozesse konstatiert, daß p. Stöcker in einzelnen Fällen jene Grenze nicht innegehalten hat, und es fehlt nicht an Stimmen in unserem Kollegium, welche die Gefahren der Lage, die auf diesem Gebiete für Stöcker als Geistlichen erwachsen, sowie die daraus für die Kirche überhaupt abzuleitenden Folgen so schwer würdigen, daß sie geneigt sind, dem p. Stöcker die Ausübung seiner sozialpolitischen Tätigkeit nach Maßgabe unserer Verfügung vom 15. Januar 1863 (Kirchliches Gesetz- und Verordnungsblatt pro 1876/77 S. 253 ff.) ganz und gar zu untersagen.

Jedoch hat die überwiegende Mehrheit des Kollegiums, sich vergegenwärtigend, daß die Sozialdemokratie in der Hauptstadt des Landes bereits auf mehr als 50000 Stimmen angewachsen ist und mit zahlreichen Umsturzelementen im ganzen Reiche in Verbindung steht, daß aber diesen verderblichen Elementen bisher noch niemand mit gleich hervorragender Begabung wie p. Stöcker als christlicher Volksredner entgegengetreten ist, zu diesem Schritt sich nicht entschließen können. Es ist danach der Beschluß gefaßt, an p. Stöcker die hierneben in Abschrift alleruntertänigst zur Vorsicht und zum Maßhalten mahnende Verfügung zu erlassen.

Diese Mahnung, welche nur vervollständigt, was mündlich bereits in eindringlichster Weise von gewichtigen Stimmen dem p. Stöcker ans Herz gelegt worden, ist heute an ihn abgegangen. Wir glauben hoffen zu dürfen, daß sie die für seine höchsten Interessen wünschenswerte Wirkung nicht verfehlen wird.

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät erlauben wir uns ehrfurchtsvoll anheimzustellen, Allergnädigst die uns befohlene Berichterstattung hierdurch als erledigt ansehen zu wollen.

Der Evangelische Oberkirchenrat.
Hermes.

Evangelischer Oberkirchenrat — Berlin, 29. Dezember 1885.
A..O. Nr. 6181

Mittels Bericht vom 19. Juni d. Js. haben Euer Hochwürden die beiden Flugblätter, welche den Prozeß gegen die Freie Zeitung und den von dem Fabrikanten Reinhard Schmidt gegen Sie angestrengten Prozeß hervorgerufen haben, uns zur vorläufigen Information vorgelegt. Nach einem uns demnächst zugegangenen Schreiben des Geh. Zivilkabinetts Sr. Majestät des Kaisers und Königs vom 24. Juni d. Js. haben Sie selbst Allerhöchsten Orts angezeigt, daß Sie selbst die in der am 16. Juni d. Js. publizierten Erkenntnis enthaltenen, Sie betreffenden Festsetzungen und Anführungen uns zur Prüfung übergeben hätten und haben danach Seine Majestät unserem Bericht hierüber entgegensehen wollen.

Wir haben hieraus Veranlassung genommen, nicht nur das Ergebnis der II. Strafkammer des hiesigen Landgerichts I vom 16. Juni d. Js., welches die Rechtskraft beschritten hat, sondern auch das in Ihrer Prozeßsache mit dem Fabrikanten Schmidt ergangene Urteil des hiesigen Kgl. Schöffengerichts vom 16. Juli d. Js. einzufordern, welches letzteres durch die Zurücknahme der Klage und Widerklage in der Berufungs-Instanz hinsichtlich der Straffestsetzung gegenstandslos geworden ist.

Nach Prüfung des Sachverhalts eröffnen wir nunmehr Ew. Hochwürden, daß diese beiden Erkenntnisse, abgesehen von einzelnen Schlußfolgerungen, die Tatsache außer Zweifel stellen, daß Sie die bei der Vielseitigkeit Ihrer öffentlichen Tätigkeit besonders notwendige Vorsicht in Ihren Äußerungen nicht immer beobachtet und in öffentlichen Versammlungen in Bezug auf Ihre politischen Gegner sich heftiger und ehrverletzender Ausdrücke bedient haben.

Wir haben hierin zwar einen genügenden Anlaß nicht finden können, disziplinarisch gegen Sie einzuschreiten, müssen aber um so mehr die Erwartung aussprechen können, daß Sie aus dem Ergebnis jener Prozeßverhandlungen eine Mahnung zur Vorsicht und Maßhaltung selbst entnehmen und um derartigen Kollisionen für die Zukunft zu entgehen, Ihre soziale und politische Tätigkeit nach Art und Umfang in einer den Anforderungen ihrer Amtsstellung entsprechenden Weise einschränken werden.

Hermes.

An den
Kgl. Hof- und Domprediger
Herrn Stöcker
Hochwürden

## (Ein Schreiben des Chefs des Geheimen Zivilkabinetts des Kaisers.)

Berlin, den 19. Febr. 1889

An den
Präsidenten des Evangelischen Ober-Kirchenrats,
Wirkl. Geheim. Rat Dr. Hermes, Exellenz
Eigenhändig.

Seine Majestät der Kaiser und König sind auf das Unangenehmste durch die jüngsten Erörterungen in der Presse berührt worden, welche sich auf Vorgänge beziehen, die zwischen

dem Pfarrer Witte und dem Hof- und Domprediger Stöcker hierselbst stattgefunden haben. Seine Majestät geruhten es als unerhört zu bezeichnen, daß zwei Geistliche, welche der Landeskirche angehören und von denen der Eine überdies die Funktion eines Hofpredigers bekleidet, in den Tagesblättern Erörterungen veröffentlichen, welche auf eine gegenseitige Bezichtigung des Mangels an Wahrhaftigkeit hinauslaufen. Allerhöchstdieselben erachten eine strenge Untersuchung als unerläßlich und sind überzeugt, daß der Evangelische Ober-Kirchenrat es nicht unterlassen haben wird, diesen Vorgängen seine amtliche Aufmerksamkeit zuzuwenden, wohl aber einem eingehenden Bericht des Evangelischen Ober-Kirchenrats sowohl über die tatsächlichen Verhältnisse, als auch darüber entgegensehen, wie dies Vorgänge vom Standpunkt der Disziplin zu beurteilen und zu behandeln sein werden. Bei der politischen Bedeutung, welche der Angelegenheit innewohnt, geruhten Seine Majestät zugleich zu befinden, daß der Bericht des Evangelischen Ober-Kirchenrats Allerhöchst ihnen durch Vermittlung des Herrn Ministers der Geistlichen Angelegenheiten eingereicht werde....

Auf diese Verfügung des Geheimen Zivilkabinetts hin antwortete der Kultusminister unter dem 15. März 1889, indem er den Bericht des Evangelischen Ober-Kirchenrats überreichte, in Übereinstimmung mit Bismarck wie folgt:

„Daß zwei Geistliche der Hauptstadt in angesehener Stellung, unter ihnen ein Hof- und Dompredigr, in konservativen Blättern sich befehden, sich Unwahrhaftigkeit vorwerfen und Vokommnisse aus den Jahren 1885 enthüllen, welche, wie der Evang. Ober-Kirchenrat bemerkt, zu erheblichen Mißdeutungen führen können, ist eine tief bedauerliche und auch kirchlich-politisch sehr unerwünschte Tatsache. Sie enthält gleichzeitig eine schwere Verletzung der kirchlichen Pflichten, auf der einen Seite auch noch der gegen Ew. Majestät zu nehmenden Rücksichten.

Von besonderer Bedeutung erscheint daher die Prüfung, ob die kirchliche Aufsichtsbehörde die nötige Aufmerksamkeit und Entschiedenheit bewiesen habe, zu deren Anwendung sie nach den mehrfachen, von Allerhöchster Stelle gerügten Ausschreitungen des Hof- und Dompredigers Stöcker in besonderem Grade verpflichtet wäre. Diese Frage dürfte sich nicht zugunsten der kirchlichen Behörde beantworten lassen....

In diesem langen Zeitraum[1]) ist von einem Eingreifen des Evang. Ober-Kirchenrats, welchem unmittelbar die Disziplin über p. Stöcker zusteht, so weit der Bericht erkennen läßt, nicht die Rede; erst nachdem der Evang. Ober-Kirchenrat mit der Sache durch die Beschwerde befaßt worden, ist eine Verfügung ergangen, die die verantwortliche Vernehmung der beiden Geistlichen anordnet.

Ob es möglich gewesen wäre, die vorgedachten Erörterungen mit Witte abzuschneiden oder zu unterbrechen, möchte ich nicht untersuchen. Aber ein Einschreiten nach begangener Tat in einem früheren Zeitpunkte wäre sicherlich möglich gewesen und eine rasche Sühne um so mehr geboten, als die Angelegenheit nicht allein vielen ernsten Evangelischen zum tiefen Ärgernis gereicht hat, sondern auch bei den Nichtevangelischen die Auffassung nährt, daß die Disziplin den evangelischen Geistlichen gegenüber in laxer Weise gehandhabt wird.

Was den Disziplinarfall als solchen betrifft, so läßt sich ein abschließendes Urteil erst nach der verantwortlichen Vernehmung bezw. nach Beendigung der einzuleitenden Untersuchung fällen. Von vornherein bin ich aber — im Einverständnis mit dem Ministerpräsidenten — geneigt, den p. Stöcker für mehr belastet zu halten. Erstens wegen seiner besonderen Amtsstellung, zweitens deshalb, daß er trotz mancher ernsten Erfahrungen nicht davon abläßt, die Presse zu persönlichen Erörterungen unter Belastung anderer, zu

[1]) Gemeint ist die Zeit vom 3. Januar, der ersten Veröffentlichung ab.

gebrauchen, drittens weil er die Erklärungen fortgesetzt hat, obwohl er sich schon am 10. Januar bei dem Konsistorium über p. Witte beschwert hatte.

Goßler.

Unter dem 20. März 1889 ergeht ein Schreiben Kaiser Wilhelms II. an den Evang. Ober-Kirchenrat in Sachen Stöcker/Witte, das sich im wesentlichen den Ausführungen des Kultusministers Goßler anschließt. Der Kaiser fügt aber selbst noch folgende Bemerkungen an:

„Wird der vorliegende besondere Fall durch die zu erlassende Disziplinar-Entscheidung seine Erledigung finden, so vermag Ich die Angelegenheit doch damit nicht für abgeschlossen zu erachten. Seit dem Jahre 1881 haben sich die beklagenswerten Ärgernisse in regelmäßiger Widerkehr erneuert, zu welchen der Hof- und Domprediger Stöcker durch sein öffentliches Auftreten Anlaß gegeben hat, und zwar ungeachtet der gegen ihn geübten Milde und ungeachtet der ihm zuteil gewordenen Verwarnungen und Mahnungen. Ich besorge, daß auch in Zukunft ähnliche Vorkommnisse nicht ausbleiben werden, wenn der Hof- und Domprediger Stöcker nicht die Leitung der ausgedehnten Berliner Bewegung niederlegt; denn es liegt in der Natur der Dinge begründet, daß die Rolle eines politischen Agitators denselben immer wieder mit seiner allgemeinen Pflicht als Mein Hofprediger in Konflikt bringen wird.

Ich bin aber entschlossen, nicht zu dulden, daß fernerhin einer meiner Hofprediger durch seine öffentliche Tätigkeit die Würde des geistlichen Amtes kompromittiert und die Rücksicht gegen Meine Person verletzt. Die nächste Ausschreitung auf diesem Gebiete müßte die Entfernung des p. Stöcker aus seinem jetzigen Amte zur Folge haben. Einen solchen Ausgang würde ich beklagen, teils im Interesse Stöckers selbst, teils um gewissen Kreisen seiner Gegner nicht einen solchen Triumph zu gönnen. Es wird aber mit Aussicht auf Erfolg kaum anders vorgebeugt werden können, als durch den Rücktritt, Stöckers von der Leitung der Christlich-Sozialen Partei. Es wird daher zu erwägen sein, ob Stöcker im Anschluß an den jetzigen Disziplinarfall nicht aufzufordern ist, seine Tätigkeit innerhalb der christlich-sozialen Bewegung einzustellen."

# Register.

Abgeordneten-Haus, Preuß. 42, 76, 101, 197
Abgeordnetentag, Frankfurter 53
Ahlwardt 115 ff., 121
Allgemeine Zeitung des Judentums 33
Althoff 181
Amerika 30, 40
Andrassy, Graf Julius 84, 86, 194
Antisemiten 29, 79, 81, 83, 95 ff., 105 ff., 111 ff.
Antisemitismus 5, 20, 29, 37 ff.
„Antisemitische Korrespondenz" 119
„Ära-Aufsätze" 102 ff.
Arbeiterbewegung, evangelische 88
Arbeiter-Verein, Christlich-sozialer 145, 148, 153, 165
Arnim 109
Augusta, Kaiserin 114, 161
Ausweisung der Juden 111

Bäcker 159, 194
Balder 126, 127, 129
v. Ballhausen, Lucius Freiherr 39, 94, 114, 115, 163, 165, 166, 171 ff.
Bamberger, Ludwig, 25, 60 ff., 69, 73, 87, 115, 119
Barth, Theodor 65
Bartholomäusnacht 183, 185
v. Bassewitz, Graf 21
Baumgarten, Prof. 154, 161
Bayerische Landeszeitung 188
Beaconsfield, Lord, s. Disraeli 84 ff., 94, 193
Bebel 54, 55
Becker, Jacob 14
v. Beckerath 6, 9
Beethoven 180
Behrend, Moritz 78 ff., 105, 113, 115, 129
Bendemann 31
Benedikt, Moritz 90
v. Bennigsen, Rudolf 60, 64, 98, 119
„Beobachter, der Freie" 131
Berendt, M. 14
„Berliner Bewegung" 133 ff., 180, 199
„Berliner Börsen-Courier" 142 ff.
Berliner Kongreß 35, 88, 122, 193 ff.
„Berliner Neueste Nachrichten" 188
„Berliner Tageblatt" 60, 87, 103, 157
Berliner Vertrag 36
„Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen" 49
Bernhardi 76
Bernstein, Eduard 54
v. Bethmann 18
v. Bethmann Hollweg 19
Bewer, Max 119, 124
Biarritz 59
v. Bismarck, Graf Herbert, 96, 119, 170
von Bismarck, Levin Friedrich 126
von Bismarck, Rudolf 126
von Bismarck, Wilhelm 80
von Blankenburg, Moritz 101
von Bleichröder, Gerson 19, 30, 36, 50, 64 91 ff., 113, 119, 120, 127 ff., 141 ff., 158, 176, 189, 190
Blum 106
Bode, Dr. Wilhelm 192
Bodenkredit-Aktien 101
v. Bonin, Frau 161
Booth, John 85, 136
Bosse 181
Boetticher 160
Brandes, Georg 48, 55
v. Brandt 118
Branntweinmonopol 69
Braß, August 13
Braumann, Adolf 120
Bremer 171
Bulgarien 193
v. Bülow, Staatssekretär 2, 95
Bucher, Lothar 13, 44, 55 ff., 61, 64, 81, 87, 88, 135
Bundesrat 21, 96
Bundestag 16
Busch, Moritz 25 ff., 30, 49, 58, 62, 87, 91, 92, 94, 101, 110, 113, 114, 135

Camphausen 94, 102, 103, 109, 119
Caprivi 90
Cohen, Dr. Eduard 12, 36, 84, 85, 92

Christlich-soziale, 41, 134 ff., 146, 174, 176, 178, 195—199
Cremer 82
Curtius, Dr. Julius 65

„Daily News" 57
Dampfer-Subvention 65
Delbrück, 94, 102, 103, 109, 119
Delbrück, Leo & Co. 102
Delitzsch, Prof. 154
Dernburg, Friedrich 76
Deutsche Bank, Errichtung der 62
Deutsches Reich, Begründung des 76
„Deutsches Tageblatt" 42, 80, 81, 83
„Deutsch-soziale Blätter" 117
v. Diest-Daber 91, 97 ff., 107
Disraeli s. Beaconsfield 84 ff.
Disziplinarverfahren (s. Stöcker) 148, 163
Dryander 174
Dühring, Eugen 119

Eckermann 183, 192
v. Eckardtstein, Freiherr 44, 67, 84
Einkommensteuer, progressive 147
„Eisenbahn-Zeitung, Deutsche" 105, 108
Eisenbahn, Verstaatlichung der 118
Elisabeth von Österreich 31
Emser Depesche 86
Engel, Hugo 115
Engels 59
England 2, 40, 43, 44, 65, 94, 193
Europäischer Kongreß 35

Falk 23, 119, 128
Falkenstein, General 116
Feudalstaat, ständischer 3
Fischer, Justizrat 48
Förster, Prof. Paul 119
Fortschrittspartei (s. Freisinn, Liberalismus) 82, 110, 136, 176
„Frankfurter Zeitung" 58, 71
Frankreich 10, 40, 44, 193
„Freideutschland" 20, 120
„Freie Zeitung" 194
Freihandel 64
Freisinn (s. Liberalismus und Fortschrittspartei) 25 ff., 53, 115, 140
Frenssen, Gustav 14
Friedberg 74, 75, 166, 172,
Friedenthal 74, 128
Friedländer, David 74
Friedrich II. 171
Friedrich der Große (s. Friedrich II.) 31
Friedrich III 78, 155, 158, 161 ff. 166 ff. 172, 175.
Friedrich Wilhelm, Prinz und Kronprinz, (s. Wilhelm II.) 160, 167, 172
Friedrich Wilhelm, Kronprinz (s. Friedrich III.) 43, 161, 162
Friedrich Wilhelm I. 181
Friedrich Wilhelm IV 6, 76, 181
Fritsch, Theodor 117

v. Gagern 76
Gambetta 85
Gehlsen, Joachim 104, 105 ff., 109, 117
Geldmarkt, internationaler 62
Genossenschaften, produktive 3
„Generalanzeiger, Deutscher", 130
General-Synode 197
v. Gerlach, Leopold, 4, 6, 18, 19, 23, 24, 57, 189, 190
„Germania" 23
Gersdorff 115
Gesetz, betr. die Gleichberechtigung der Juden 20 ff., 189
Gesetz betr. die Zivilehe 23 f.
Gesetzgebung, liberale 3
Ghetto 15
Gladstone 84
Gleichberechtigung der Juden 6, 33, 35, 42, 193 ff.
Goldwährung, Einführung der 62
v. d. Goltz, Graf 34, 35
Gortschakoff, Fürst 35, 39, 85, 193, 194
v. Goßler, 164, 165, 170
Goethe 4, 14, 19, 117, 118, 183, 191, 192
v. Gottschall, Rud. 76
„Grenzbote" 87
Gründer-Ära 69
Gumbinner, Dr. 87
v. Gusserow 27
Güßfeld 173

Hahn, Ludwig 87, 89
Hahn, Mathias Elkan Markus 89
Halevy 31
„Hamburger Correspondent" 140

„Hamburger Nachrichten" 140, 141, 157, 158, 175, 176, 183, 185, 186, 188,
Hammann 2
v. Hammerstein, Freiherr 83, 102, 114, 115, 166 ff., 178
Handbuch der Nationalliberalen Partei, Politisches 41
Handelspolitik 94
Handelsverträge, deutsche 189
Hänel 35, 42, 43
„Hannoverscher Kurier" 45
Hansemann 104
Harden, Maximilian 12, 19, 29. 49, 88, 116, 167, 169, 178
v. Hardenberg 23, 74
Hatzfeldt, Gräfin 50, 54 ff.
Heine, Heinrich 31, 32
Henkel von Donnersmarck, Graf Guido 93
Herder 161
Hermann, Hans 117
Hermes, Dr., Präsident des Evang. Oberkirchenrats 147, 153, 159, 160, 161, 197 ff.
Hesekiel, 109
von der Heydt, Minister 98
Hinzpeter 173, 175
Hochberg, Graf 170
Hofmann, Hermann 27, 183, 185
Hohenlohe-Schillingsfürst, Fürst Chlodwig zu 84, 94, 95, 143
Hohenzollern 56, 178, 181
Hugenotten 40

Jacobi 116
Jacobs, Dr. Paul 182
Jesuiten 24
„Indiskret" 92
Internationale 59
Interpellation Hänel Genossen 42, 43
Josephine, Kaiserin 11
Italien 44, 193
Juden, rumänische 33
Juden, russische 9
Juden, Ausweisung der 111
Juden-Debatte 12
Juden-Emanzipation 8, 9, 12, 19, 25, 128, 185
Juden-Frage 111, 120
Juden-Gesetz 19
Juden, Gleichberechtigung der, 6, 33, 35, 42, 193 ff.
Judenherrschaft 109
Judenhetzen, — Krawalle, — Verfolgungen 8, 34, 38, 44, 79, 114, 115
Judenpolitik 102, 113
Judentum, westdeutsches 39
Judentums, Allgemeine Zeitung des 190
Jungdeutschland-Bewegung 85
„Jung-Ungarn" 191

Kahn, Fritz 37
Karol, Fürst von Rumänien 33, 34
Katholizismus 24
Kayser 74
Kepes, Dr. Julius 191
Keudell 16, 56, 77, 92, 93
Keyserling, Hermann Graf 35
„Kikeriki" 132
„Kirchlicher Anzeiger, Evangelischer" 155
Klassenkampf 106
Kleist Retzow 4
Kniephof 6
Kögel, Oberhofdomprediger Dr. 160, 174
Kohl, Horst 19, 95
Kohlhaas, Michael 98, 100
Kohut, Adolf 33, 115, 190
„Kölnische Volkszeitung" 157
„Kölnische Zeitung" 28, 32, 47, 48, 87
Kolonial-Abteilung des Auswärtigen Amts 74
Kolonialpolitik 64, 65
Kommunistenbund 60
Kongreß, Europäischer 35
Königgrätz, Schlacht bei 68, 77
Konservative, 3, 4, 24, 25, 41, 82, 97, 102, 110, 114, 136, 178
„Korrespondenz, Antisemitische" 119
„Korrespondenz, Liberale" 158
„Kreuz-Zeitung" 3, 28, 53, 80, 83, 87, 100, 102 ff., 106, 114, 115, 139, 163, 167, 168, 171
Kulturkampf 1, 24, 25, 109
Künstler, jüdische 30
Kuranda, Ignaz 87

Landau 104
„Landzeitung, Bayerische" 188
Landtag, Preußischer 68, 96
Landtag, Vereinigter 6, 12, 24

Lasker, Eduard 25, 55, 61, 67 ff., 98, 119
Lassalle 50 ff., 61, 68, 177
de Launay, Graf 194
Ledochowski 30
Lehnhardt, Erich 108, 180, 181
Lenz 6
Leuß, Hans, 102, 166 ff., 178
Lewald, Fanny 74
Lewysohn, Arthur 87
Liberale 68, 82
„Liberale Vereinigung" 64
Liberalismus (s. Fortschritt, Freisinn) 52 ff., 64, 65, 135, 177
Lindau, Paul 144
List, Friedrich 61, 64
von Loe, Otto Freiherr 107, 108, 109
v. Lucanus 173
Lucius 128
Lucca 127
Luckhardt, Friedrich 42, 43, 80, 81, 83
v. Ludwig, Abgeordneter 101
Luther 24, 170
v. Lynar 27

v. Madai 46 ff.
Magnus, Stadtrat 161
Magron E. 109
Maier, Gustav 54
Manteuffel 17
Marks, Erich 16, 36
Marx, Karl 57, 61, 68
Mecklenburg, Die Juden in 20 ff.
Memminger, Anton 91, 188
Mendelssohn 31, 180
Mencken, Prof. Anastasius 4, 86, 127
Menzel, Wolfgang 88
Meyer, Dr. Rudolf 100, 104, 107, 127
Meyerbeer 31
Meyerheim 31
Michaelis 109
Militär-Entziehungen 98
Militärgericht 101
Militärgesetz 68
Minde, Karl 120, 126
Miquel, Johannes, 60, 104
v. Mirbach, Freiherr 167
Mischehen 11, 12, 27, 29, 192
Mission, innere 139, 163, 171, 174, 176, 197
v. Mohl, Ottmar 32
v. Mohl, Robert 71, 72
Moldau, Judenverfolgungen in der 34
Moltke 71, 99, 125
Moser 74
„Münchener Allgemeine Zeitung" 160, 190
Münster, Fürst 44

Napoleon I. 11, 31, 118
Napoleon III. 59, 93
„Nation" 65
Nationalliberale 41, 56, 63, 68, 69, 113
Nationalversammlung, Frankfurter 76, 77
„National-Zeitung" 80 ff., 113
Naumann 7
Naumann, Dr. Max 32
„Neue Freie Presse" (Wien) 90, 186, 187
„Neueste Nachrichten, Berliner" 188
Nietzsche 4, 27
Noah, Geheimrat 74
„Norddeutsche Allgemeine Zeitung" 13, 48, 49, 135, 137, 139, 140, 172, 188
Norddeutscher Bund 20, 21, 60
Norddeutscher Bundestag 21
v. Nostitz 17

Ober-Kirchenrat, Evang. 154, 155, 160, 162, 165 f., 173
Österreich 40
Oncken 50, 60, 62
v. Oppeln-Bronikowski, Friedrich 37, 38, 58
Oppenheimer 104
Oppert de Blowitz, Chevalier 88
v. Oertzen, Dietrich 145, 153, 156, 159, 160, 162
Ostjuden 32, 33

Paasch, Carl 118
Paasch, Geh. Rat Dr. Richard 28
Pahnke, Robert 114
Papierfabrik, Varziner 78
Parlamentarismus 65
Partei, christlich-soziale 41, 134 ff., 146, 174, 176, 178, 195, 199
Partei, Konservative 3, 4, 24, 25, 41, 82, 97, 102, 110, 114, 136, 178
Partei, Liberale 68, 82
Partei, nationalliberale 41, 56, 63, 68, 96, 136

Partei, österreichisch-katholische 17
Parteipolitik 47
Penzler 190
Perrot 100, 102 ff.
v. Petersdorff, Hermann 75, 77, 103, 179
Petitionen 42, 155
Philosemiten 29
Platzhoff, Walter 44
Polentum 136
Pommern 26
Popper, Jos. 115
Posen, Großherzogtum 6
v. Poschinger, Heinrich 34, 44, 57, 58, 62, 75, 83 ff., 87, 136, 137, 158, 190
„Post", Die 140
Presse, 52, 53, 67, 86 ff., 109, 132, 136, 137, 140, 171, 183, 186, 190, 195, 196
Preßfreiheit 13
„Preßordonnanz" 52, 53
Preßpolitik 82, 87
„Preußische Jahrbücher" 1
v. Prokesch 17
Proudhon 59
„Provinzial-Korrespondenz" 89, 137
v. Puttkammer, Johanna 5
v. Puttkammer, Minister, 21, 45, 47, 48, 145, 149, 150, 152, 158, 160, 166, 170, 171, 179
v. Puttkammer, Rittmeister a. D. 107

v. Quelle, K. A. 36

v. Ranke, Leopold 112, 179, 181, 187
Raschdau, Excellenz 28, 29, 33, 71
Rasse, 39, 40, 111, 112
Rassenfrage 112
Rassenkämpfe 82, 106
Rassenkreuzung 112, 187
v. Rauer, A. 36
Reformjuden 11
Reformpartei, deutsch-soziale 188
„Reichs-Anzeiger" 166
Reichsbank 62, 63, 65
„Reichsbote" 158
Reichsgründung 69
Reichensperger, August 64, 75
„Reichsglocke" 100, 103, 105 ff., 110, 117, 176
Reichstag 67, 69, 76, 96, 195
Reinecke, Adolf 123
Religionsgesellschaften 10
Repräsentantenhaus zu Washington 70, 71
Revolution 39, 189
„Revue Moderne" 61
Richmond 44
Richter, Eugen 25, 69, 70, 96, 114, 156, 161
Richter-Mariendorf 196
Rickert 25
Riesser 180
Robolsky, Dr. 137
Rocheforte 119
Rothschild, Freiherr von 16, 17, 18, 91, 94, 104, 119, 190
v. Rottenburg, Exc. 31
Rowton, Lord 84
Rumänien 33, 34, 35, 193, 194
Rußland, 2, 9, 44, 119, 193, 194

Sachsen, König von 44
Salisbury, Lord 84, 193
Samoa-Inseln 64
Schauspielhaus, Kgl. 144
Scheffler, Karl 3, 26
Scheiterhaufenbrief 157, 168 ff., 175
„Schlesische Zeitung" 144
Schleswig-Holstein 55
Schmidt, Reinhard 194, 197 ff.
Schmoller, Gustav, 3, 4, 39, 70, 72 ff.
Schottland 10
Schrader 174
Schulze-Delitzsch 73, 74
Schwarz, Carl, 30, 70
Schutzzölle 64, 94
Schutzzollpolitik 3
Schuwaloff 92, 193, 194
Schweitzer 58
Schweninger 96, 97
v. Schwerin 76
Sedlatzek, Karl 95, 96, 130
Seehandlung, Kgl. 127
Senft-Pilsach 4
Serbien 193, 194
Shakespeare 192
Sigl 131
Simon, Jules 85
v. Simson, Martin Eduard 30, 50, 51, 69, 74, 113, 128
Simson, Zacharias Jakob 74

Singer, Arthur 115
Sizilianische Vesper 183
Smith, Adam 64
Sonnemann 64, 71
Sozialdemokratie 25, 30, 41, 49, 56, 60, 63, 68, 120, 135, 136, 146, 157, 162, 184 ff., 196
Sozialisierung des Inseratenteils 53
Sozialismus 40, 52, 99, 177
Sozialistenfrage 83
Sozialisten-Gesetz 1, 25, 63, 70, 83, 138, 156, 157
Sozialpolitik 1, 3, 158, 170
Sozialreform, Centralverein für 147, 153
Staat, Konfessioneller 28
„Staatsanzeiger" Preußischer 57, 58
„Staatsbürger-Zeitung" 20
Staatsreligion 28
Staatssozialismus 181
Stadtmission, Berliner 140, 170, 195
Stahl 67, 177
Stände, Curie der drei 6
Stein, August 71
Stöcker, Adolf 19, 40, 43, 45, 46, 47, 61, 66, 81, 82, 88, 106, 116, 133 ff., 194 ff.,
Stollberg-Wernigerode, Graf zu 42, 131, 170
Stosch 114
Strack, Professor 154
v. Styrum 27
Sybel 76

„Tägliche Rundschau" 39
v. Thiele 6
v. Tiedemann, Christoph 70
„Times", Die 38, 80
v. Treitschke, Heinrich 61, 76, 155, 178 ff.
Türken 33

Ultramontane (s. Zentrum) 113
Unfallversicherungs-Gesetz 65, 68, 114

Valentin 15
Veit 180
„Vereinigung, Liberale" 64
„Verleumdungsära" 97 ff.
Verordnung „die Verhältnisse der Juden betreffend" 6, 9
Versailles 30, 93, 94
Verstaatlichung der Eisenbahn 118
Viktoria, Kaiserin 166
v. Vincke 12
Virchow 25, 136
„Volk" Das 157
Volkspartei, Deutsch-nationale 37
Volkspartei, Freisinnige 170
Volkswirtschaftsrat 64, 65
„Vorwärts" 168
„Vossische Zeitung" 52, 157

Waddington, M. 193
Wagener 4
Wagner, Adolf 134, 185
Wagner, Richard 181
Wahl, Adalbert 1, 2, 44
Wahlrecht 3, 54
Waldersee, Graf 170
Waldersee-Versammlung 140, 157, 158, 170, 172
Warnebold 60
Warschauer, Robert 74
Wiggers 21
v. Wedemeyer 99, 100
Weltkrieg 2
„Westdeutsche Allgemeine Zeitung" 169
Whitmann, Sidney 85
Wilhelm, Prinz und Kronprinz (s. Wilhelm II.) 140, 166, 170
Wilhelm I. 6, 19, 22, 23, 48, 53, 69, 76, 78, 96, 131, 136, 138, 141 ff., 153, 160, 172, 184
Wilhelm II. (s. Prinz u. Kronprinz Wilhelm) 96, 160, 166, 168, 172, 181, 200
v. Wilmowski 48, 142, 143, 159
Windhorst 65, 70, 72, 171
Wippermann 62, 68
Wirtschaftsparlament 64
Wirtschaftspolitik 79, 103
Witkowski, Isidor (s. Harden) 88
Witte 154, 198, 199
Wolfshain 74
Wucher 8

„Zeitung, Freie" 194
„Zeitung des Judentums, Allgemeine" 190
„Zeitung, Münchener Allgemeine" 160, 190
„Zeitung, Norddeutsche Allgemeine" 13, 48, 49, 135, 137, 139, 140, 172, 188

„Zeitung, Schlesische“ 144
„Zeitung von Staats u. gelehrten Sachen, Berlinische“ 49
„Zeitung, Westdeutsche Allgemeine“ 169
Zentral-Bodenkredit-Aktien-Gesellschaft, Preußische 98, 99, 104
Zentrum (s. Ultramontane) 25, 30, 56, 82, 88, 97, 120, 136, 175, 189
Zion 26
Zitelmann 87
Zivilehe 10, 11, 23
Zivil-Kabinet, Geheimes 143, 149 f., 159, 197, 198
Zollparlament 62
Zolltarif 64
Zoepfl, Prof. 39
Zunftwesen 3
Zweibund 2

Druck von J. J. Augustin in Glückstadt und Hamburg.